Heft 3 März 2003 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

Ebermann, Gremliza:
Gegen Krieg und deutschen Frieden

Humanitärer Nachschlag:
Ethnisierung des Irak

Die Sudeten:
Tschechien bleibt unser!

»Superstar«:
Dumme Sache, dicke Summe

DEUTSCHLAND GEGEN KRIEG!

KRIEG GEGEN DEUTSCHLAND?

4 191202 704806 03

in konkret März 2003

hier konkret von Ernst Kaltenegger
Bleibt Peymann in Wien oder kommt der Kommunismus wieder? So formulierte vor einigen Jahren Michael Scharang in KONKRET das strategische Dilemma der Revolution in Kakanien. Mittlerweile hat Peymann Wien den Rücken gekehrt, aber Österreich ist vom Kommunismus weiter entfernt denn je. In Graz allerdings, der Landeshauptstadt der Steiermark (200.000 Wahlberechtigte) steigerte die Kommunistische Partei Österreichs bei den Kommunalwahlen Mitte Februar ihren Stimmenanteil auf 20,8 Prozent. Ein Erfolg, der dem auch unter Linken umstrittenen Ernst Kaltenegger zu verdanken ist. Kaltenegger war bereits seit 1981 Gemeinderat und ist seit 1998 Stadtrat für Mieterfragen

von Konkret

an Konkret

Germania, hoffensdick von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

The End of the West von Michael Hahn
Es scheint, als hätten die Amerikaner begriffen, daß die Antikriegspropaganda der Deutschen eine Kriegserklärung an sie ist.

Nationales Interesse von Thomas Ebermann
Zwischen offiziellen Kriegsbegründungen und realen Kriegsgründen liegen Welten. Zwischen offizieller Kriegsablehnung und alternativem Imperialismus ist der Abstand nicht geringer.

Schröder ist der Antideutschen Mann von Oliver Tolmein

Schafft ein, zwei, viele Kurdistan von Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer
Gefährlicher als seine Spürpanzer sind Deutschlands humanitäre Organisationen, die den Irak nach dem Krieg zerlegen wollen.

Der große Coup von Stefan Frank
Alle reden über Öl und merken nicht, daß es den USA um etwas ganz anderes geht.

Wir sind die Guten von Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer
Und für wen wir sind, der kann nicht schlecht sein. Achtzig Jahre deutsche Kriegs- und Friedenspropaganda von Löwen bis Halabja.

Das Ende der Alchimisten von Stefan Frank
Zwischen 1982 und 2000 boomte die Wirtschaft, der Goldpreis fiel, während der Dollar haussierte. Verkehrt sich diese Entwicklung in ihr Gegenteil? Malaysia und andere islamische Staaten planen, sich sicherheitshalber von der US-Währung unabhängig zu machen – nicht nur aus religiösen Gründen.

Auf dem Weg ins Nazi-Paradies von Christian Eggers
In dem gerade zu Ende gegangenen Prozeß vor dem Hamburger Oberlandesgericht gegen Mounir El Motassadeq sind vor allem die antisemitischen Wahnvorstellungen der militanten Islamisten deutlich geworden.

Deutsch denken von Joachim Rohloff

Größte Koalition von Georg Fülberth

Nach dem Absturz der SPD: freudige Gefühle bei der Ankunft im Keller.

Eine Niederlage von Rolf Surmann

Tschechien bleibt unser! von Erich Später
Mit Unterstützung der Bundesregierung bereiten die Sudetendeutschen diesseits und jenseits der deutsch-tschechischen Grenze die Restitution der alten Eigen- und »Volkstums«verhältnisse vor.

In Treue fest von Erich Später

Stalingrad im Rückspiegel von Kurt Pätzold
Vor neuen Schlachten werden die alten noch einmal durchgenommen. Zum Stalingrad-Gedenkrummel der letzten Wochen.

Deutsche Mattscheibe von Magnus Klaue
Guido Knopp bringt die Legende der Deutschen als »Opfer des Bombenkriegs« dorthin zurück, woher sie stammt – in die Wohnzimmer.

Zwei Leben von Georg Fülberth
Ein Mann mit Vergangenheit: Über Eric Hobsbawms Autobiographie.

»Tiefster Abstieg« von Amram Mitzna, Volker Weiß
KONKRET-Interview mit Amram Mitzna, Chef der Arbeitspartei, über Israel nach einer Knesset-Wahl und vor einem Irakkrieg

Gangster unter sich von Jürgen Elsässer
Wo bisher Jugoslawien war, gibt es künftig Dschindschistan und Dschukanowitschien, eine Rauschgift-Republik und einen Freistaat-Puff.

Kunst & Gewerbe von Peter O. Chotjewitz
Krieg den Hüten

Kunst & Gewerbe
Schröder Investigation Unit

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth
Ursprüngliche Bierakkumulation oder: Bloß eine Jugendsünde?

Kunst & Gewerbe von Peter Köhler
Ausgerechnet KONKRET!

Kunst & Gewerbe von Michael Rudolf
Schröder will Bundeskanzler werden!

Europa rotzt retour von Jürgen Roth
Kultur-Kolumne

Star Maker von Gert Ockert
»Deutschland sucht den Superstar« – eine Medienmaschine, die die Träume der Depravierten zu Geld macht.

Literatur ohne Risiko von Carsten Otte
Die Inszenierung der Nachwuchsautorin Judith Hermann.

Roter Bulldog von Fritzi Busch
Wie Claus Peymann Brechts »Mutter« erledigte.

Bohlen-Forschung von Magnus Klaue

Buch & Deckel von Jenna L. Brinning
Michael Moore: Stupid White Men. Piper, München 2002, 329 Seiten, 12 Euro

Buch & Deckel von Alexandra Buch
Freerk Huisken: z.B. Erfurt. Was das bürgerliche Bildungs- und Einbildungswesen so anrichtet. VSA, Hamburg 2002, 130 Seiten, 8 Euro

Buch & Deckel von Volker Weiß
Michael Brenner: Geschichte des Zionismus. C. H. Beck, München 2002, 128 Seiten, 7,90 Euro

Buch des Monats von Oliver Tolmein
Klaus Briegleb: Mißachtung und Tabu – Wie antisemitisch war die Gruppe 47? Philo, Berlin 2003, 324 Seiten, 24,90 Euro

Danach von Georg Fülberth
Peter Hacks zum 75. Geburtstag am 21. März.

Trübes Wetter von Rayk Wieland
André Müller sen./Peter Hacks: »Nur daß wir ein bischen klärer sind. Der Briefwechsel 1989 und 1990.« Herausgegeben von den Korrespondenten. Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2002, 126 Seiten, 12,90 Euro

FilmTheater von Andreas Busche
About Schmidt

FilmTheater von Tobias Nagl
Chicago

FilmTheater
Solaris

Film des Monats von Dietrich Kuhlbrodt
Adaptation

Nichts dahinter von Ludwig Seyfarth
Ist die gegenwärtige Renaissance der figurativen Malerei nur ein Coup des Kunstmarkts? Zur Frankfurter Ausstellung »Lieber Maler, male mir ...«

Ein Wunder von Fritz Tietz

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
The Residents: Demons Dance Alone. Euro Ralph Records/Indigo

Melodie & Rhythmus von Michael Saager
Sole: Selling Live Water. Anticon/Efa

Melodie & Rhythmus von Michael Sailer
John Sinclair & His Blues Scholars: Fattening Frogs For Snakes – The Delta Sound. Okra-Tone/In-Akustik

Platte des Monats von Alexander Kasbohm
Jimi Tenor: Higher Planes. Kitty-Yo

KEIN SCHÖNER LAND - Planet der Affen von Frank Schäfer
Ein Tryptichon.

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/03, S. 3

Ernst Kaltenegger

hier konkret

Bleibt Peymann in Wien oder kommt der Kommunismus wieder? So formulierte vor einigen Jahren Michael Scharang in KONKRET das strategische Dilemma der Revolution in Kakanien. Mittlerweile hat Peymann Wien den Rücken gekehrt, aber Österreich ist vom Kommunismus weiter entfernt denn je. In Graz allerdings, der Landeshauptstadt der Steiermark (200.000 Wahlberechtigte) steigerte die Kommunistische Partei Österreichs bei den Kommunalwahlen Mitte Februar ihren Stimmenanteil auf 20,8 Prozent. Ein Erfolg, der dem auch unter Linken umstrittenen Ernst Kaltenegger zu verdanken ist. Kaltenegger war bereits seit 1981 Gemeinderat und ist seit 1998 Stadtrat für Mieterfragen

konkret: Wie schafft man es, in einer Stadt wie Graz für die Kommunisten über 20 Prozent der Stimmen zu holen?

Kaltenegger: Wir lagen ja schon 1998 bei 7,9 Prozent. Das Geheimnis heißt beharrliche Arbeit. Wir haben uns seit Jahren einen Schwerpunkt im Bereich Wohnen gesetzt, einen Mieternotruf eingerichtet, Rechtshilfe für Spekulationsopfer geleistet. In Graz hat sich einfach herumgesprochen: Die KPÖ ist die erste Adresse für alle, die als Mieter Probleme haben.

konkret: Ihnen persönlich wurde hoch angerechnet, daß Sie 60 Prozent Ihrer Diäten bzw. Ihres Gehalts an Bedürftige abgeben haben, in der letzten Legislaturperiode immerhin 200.000 Euro. Heißt KPÖ also Kaltenegger Partei Österreichs?

Kaltenegger: Ganz bestimmt nicht. Auf dem Wahlzettel stand ja ganz groß drauf: Kommunistische Partei Österreich.

konkret: Die konservative ÖVP ist in Graz parallel zur KPÖ ebenfalls angewachsen, von 23 auf 36 Prozent. Der ÖVP-Landesvorsitzende Gerhard Hirschmann gratulierte Ihnen und meinte, auch seine eigene Partei sei »in ihrem Herzen immer eine kommunistische gewesen«. Don Camillo und Peppone in der Steiermark?

Kaltenegger: Hirschmann hat eine Einzelmeinung geäußert und wird sich ohnedies bald aus der Politik verabschieden. Was er da gesagt hat, entspricht wohl nicht der allgemeinen Beschlußlage der ÖVP. Von unserer Seite ist eine Koalition mit der ÖVP ausgeschlossen. In wichtigen programmatischen Fragen liegen Welten zwischen uns. So steht die Verteidigung des öffentlichen Eigentums gegen die Vorstellung von immer mehr Privatisierung.

konkret: Keine Koalition mit der ÖVP, aber mit Sozialdemokraten und Grünen wie in Italien und Frankreich?

Kaltenegger: Auch das ist mit Vorsicht zu behandeln. Die Sozialdemokraten reden immer links, wenn sie die Kommunisten als Mehrheitsbeschaffer brauchen. Wichtig ist, daß wir uns nicht in einem diffusen Bündnis auflösen und daß wir politisch erkennbar bleiben.

konkret: Die Linke in den westlichen Metropolen befaßte sich in den letzten Jahren nicht besonders intensiv mit der sozialen Problematik, sondern machte eher in Antifa und Ökologie. Ein Fehler?

Kaltenegger: Das kann man nicht sagen, denn auch diese Themen sind wichtig. Doch die Linke muß ihre Alltagstauglichkeit beweisen und den Menschen zeigen, wo sie konkret für sie von Nutzen sein kann.

konkret: Ihnen wird von linken Initiativen vorgeworfen, sie würden eine ausländerfeindliche Politik machen und hätten sich gegen die Vergabe von Sozialwohnungen an Immigranten ausgesprochen.

Kaltenegger: Das ist falsch. Natürlich sind Flüchtlingsfamilien bei uns in Sozialwohnungen untergebracht. Und außerdem: Von den Menschen, die meine Unterstützung als Stadtrat für Wohnungsfragen suchen, sind ein Drittel Ausländer. Das wäre wohl nicht der Fall, wenn die Vorwürfe stimmen würden.

konkret: Was heißt für Sie eigentlich Kommunismus? Diktatur des Proletariats?

Kaltenegger: Wir sind uns einig, daß die gescheiterten Gesellschaften Osteuropas kein Vorbild sein können. Jetzt muß programmatisch erarbeitet werden, wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen kann. Dabei sind für mich Grundwerte wie soziale Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Solidarität ganz wichtig.

konkret: Das hört sich eher sozialdemokratisch oder christlich an.

Kaltenegger: Es kommt nicht darauf an, was jemand auf dem Papier an Zielen formuliert, sondern was er in der Praxis macht. Die Sozialdemokraten entdecken an jedem 1. Mai ihr soziales Herz, und danach machen sie wieder eine ganz andere Politik.

konkret: Sie haben ein Traumergebnis erzielt, aber in Wien hat die KPÖ bei den letzten Wahlen weiter verloren und dümpelt landesweit bei 0,5 Prozent. Welche neue Strategie würden Sie der Partei-Zentrale empfehlen?

Kaltenegger: Konzentration auf Kommunalpolitik und Alltagsfragen.

konkret: KPÖ-Chef Walter Baier sollte also nicht zum Weltsozialgipfel nach Porto Allegre jetten, sondern lieber in den Armenvierteln Wiens präsent sein?

Kaltenegger: Das wäre bestimmt kein Fehler.

Konkret 03/03, S. 4

von Konkret

In Abständen geraten KONKRET und sein Herausgeber in Verdacht, die gute Sache, die sie bis gestern vertraten, zu verraten. Auch jetzt, in Erwartung eines Kriegs gegen den Irak. Um so wichtiger werden in solchen Zeiten Beispiele der Überzeugungstreue wie die zwei folgenden.

Prophete links:

Ich behaupte einfach, es gibt den klassischen linken Antisemitismus in Form des Antizionismus und verwandter Erscheinungen so nicht ... Der letzte knüppelharte Antisemit ist seines Redakteurspostens enthoben worden, der Pirker ... Die radikale Linke, die Zeitschriften wie KONKRET oder »Bahamas« liest, hat (die Geschichte des linken Antisemitismus) so aufgearbeitet, daß sie sich jetzt nicht dauernd Asche aufs Haupt zu streuen braucht in dem Sinne: Ich steck ja als Deutscher irgendwie mit drin und meine Oma und sonst etwas ... Das ist eine ganz komische sozialarbeiterische Angelegenheit ...

Das war, auf dem KONKRET-Sommergelage 2000, jener Justus Wertmüller, der dem KONKRET-Herausgeber deshalb heute in der Vierteljahresschrift »Bahamas« vorwerfen muß, er habe »die Voraussetzungen für die Solidarität mit dem jüdischen Staat untergraben« und lasse »Israel-Hasser« wie jenen Bernhard Schmid zu Wort kommen, der es »wiederum mit offen antizionistischen und antisemitischen Autoren« halte.

Prophete rechts:

(Die Berichterstattung der Tageszeitung »Junge Welt« zeigt), daß ein Gutteil der Linken heute die Rolle übernommen hat, die beim Pogrom von Rostock-Lichtenhagen die CDU/CSU spielte: Ihre Vor- und Afterdenker fabrizieren die Brand-Sätze, die dann von Glatz- und Hohlköpfen nur noch angezündet werden müssen. Deshalb: Heute ist es nicht nur illusionär, sondern reaktionär, sich positiv auf die Linke zu beziehen ... Die allermeisten Linken waren, sind und bleiben Spießer, Reaktionäre, Antisemiten ... Für emanzipatorisches Gedankengut gibt es in der DKP nicht mehr Aufgeschlossenheit als in der FDP. Kommunismus müßte auch gegen die überwältigende Mehrheit der Kommunisten durchgesetzt werden.

Das war, zwei Jahre vor dem Sommergelage, der damalige Redakteur der »Jungle World«, Jürgen Elsässer, der deshalb heute KONKRET und seinen Herausgeber in der »Jungen Welt« auffordert, weil »das Kapital so mächtig und skrupellos« sei, »die sterile Aus- und Abgrenzerei« von Spießern, Reaktionären und Antisemiten zu beenden.

KONKRET und sein Herausgeber werden sehen, was sich da tun läßt.

Die »Redaktion Nachtcafé« des SWR fragt an:

Um eine Pro-Bush-Position, wie sie ihr Herausgeber Hermann Gremliza vertritt, zu diskutieren, hätte ich gerne etwas Material.

Wir auch. Vielleicht kann Elsässer aushelfen. Oder Wertmüller.

Stasi verkehrt. Ein »wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik«, die also, noch als ehemalige, einen Staatssicherheitsdienst hat, schreibt in der »FAZ am Sonntag« unter dem Titel »Der schmutzige Antifaschismus der Stasi« über den ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal:

... ist es nicht verwunderlich, wenn es in einem DDR-Dokument von 1974 heißt: »Löwenthal ist Halbjude ... Nach 1945 hat es Löwenthal immer verstanden, seine vorübergehende Festnahme als ›KZ-Haft‹ und ›politischen Widerstand‹ auszulegen und daraus Nutzen für seine politische Karriere zu ziehen.« Dies bezog sich vermutlich auf einen Artikel in der Hamburger Zeitschrift KONKRET, in welchem sich der Autor, Hermann L. Gremliza, in diesem Sinne geäußert hatte ... Das mögliche Motiv: Gremliza, politisch linksstehend, wollte Löwenthal wohl als politischen Rechtsausleger abstempeln, ohne auf dessen Argumente eingehen zu müssen.

»Abstempeln« ist gut. Auf Veranstaltungen, bei denen Löwenthal gegen die Ostpolitik der Bundesregierung agitierte, pflegten seine Anhänger »Bahr und Brandt / An die Wand!« zu skandieren, ein Argument, auf das schwer einzugehen war. Der »Halbjude« kommt in dem Artikel, dessen Stil leider den erst kurz zuvor dem »Spiegel« und seiner Schule entkommenen Redakteur noch verrät, aber schon als Anspielung auf den Sprachgebrauch von Gerhard Freys Nazi-Zeitung vor, die stets Löwenthals treuester Begleiter war.

Veranstaltungen: 3.3. Uni Stuttgart, K 2, Raum 17.22, 19.30 Uhr: Thomas von der Osten-Sacken, Mitherausgeber des **konkret texte**-Bands *Saddam Husseins letztes Gefecht?,* referiert über Antisemitismus in arabischen Ländern.

8.3., O.K. Centrum für Gegenwartskunst, Linz, 10-18 Uhr:_Hermann L. Gremliza spricht auf dem Symposium »Remapping the region« über die Lage in Nahost.

Nachtrag: In dem Text »Amputierte Wahrnehmung« in KONKRET 2/03 fehlte der Hinweis, daß es sich bei der Valie-Export-Retrospektive in der Berliner Akademie der Künste um eine Ausstellung der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), Berlin, handelt. Der Katalog ist bei der NGBK für 20 Euro erhältlich.

Konkret 03/03, S. 6

an Konkret

Eier

KONKRET 2/03: »Krieg den Palästen?« von Hermann L. Gremliza

Hermann L. Gremliza hat es auf den Punkt gebracht: Die neueste deutsche Friedensbewegung von Grass bis Gauweiler, von Mahler bis Ditfurth ist nicht an antimilitaristischen Positionen orientiert. Sie speist sich aus spezifisch deutschen, antisemitischen und antiamerikanischen Ressentiments, aus Israelhaß, aus der kaum verhohlenen Sympathie für einen faschistischen Folterstaat in Gestalt von Saddam Husseins Ba'th-Regime. Die Sicherheit Israels, das Interesse der unterdrückten irakischen Bevölkerung an einem Sturz Saddams, die aggressive Rolle des deutschen Kapitals bei der Aufrüstung des Irak und der Schaffung einer akuten Bedrohung für Israel durch Massenvernichtungswaffen spielt in der bürgerlichen Öffentlichkeit, auch in weiten Teilen der Linken, keine Rolle.

Gremliza erklärt, daß die scheinbare Wahl zwischen Verteidigern der bürgerlich- kapitalistischen Gesellschaft wie den USA und barbarischen Pseudogegnern wie Islamisten, Antisemiten, Nazis und deutschen Ideologen eine zwischen falschen Alternativen ist. Müßte man die USA nicht doch als kleineres Übel einstufen? Ist nicht ein kritischer Theoretiker, der das Ganze als das Falsche erkannt hat, manchmal dazu verpflichtet, im Rahmen des falschen Ganzen für ein kleineres Übel Partei zu ergreifen? Ist Gremlizas Weltbild zu wenig an Kritischer Theorie, zu sehr an traditionalistisch- leninistischem Antiimperialismus orientiert? Die Schlampereien und Kurzschlüsse verzeiht man ihm, da er sich im Unterschied zu weiten Teilen der deutschen Linken klar zur Solidarität mit Israel und gegen deutsche Großmachtambitionen wendet.

S. Biber

per E-Mail

Apropos Gremlizas Linie zum zweiten Golfkrieg: Eiertanz ist nicht Dialektik.

Heidi Urban de Jauregui

Montpellier/Frankreich

Erbsen

KONKRET 1/03: »...muß weg!« von Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken

Da hat von der Osten-Sacken im Verbund mit Uwer gelernt, wie man den Titel eines Buchs korrekt zitiert. Das in der Zeit von KONKRET 12/02 auf 1/03. Zählen können die auch. Mindestens bis zehn. So oft haben sie im »Vorwort« von Biermann/Klönne: *Ein Kreuzzug für die Zivilisation?* den Begriff »Jahrhundertkrieg« aufgespürt. Das Buch hat kein Vorwort, macht aber nichts. Ich frage allerdings irritiert: Was mag die Herren am wiederholten Gebrauch eines Begriffs, den der Präsident der USA unter die Leute gebracht hat, bloß stören? Vielleicht, daß der Mann regulär als nicht gewählt gelten muß? Oder ist verdrängter Antiamerikanismus am Werk? Wie auch immer, beide brauchen nur noch lesen lernen, um sich beim Kommentieren von Büchern nicht mehr vorrangig auf die Umschläge beziehen zu müssen, wie beim ersten Mal, als sie dem Papyrossa Verlag Referenz erwiesen.

Auf einer ähnlichen Basis beruhen ihre Ausführungen auch dieses Mal: auf Erbsenzählerei, dem verballhornten Zitat, dem Buchumschlag. Immerhin liefern sie Stoff zum Rätselraten. Zum Beispiel, welcher Zusammenhang zwischen der Abbildung einer B-52 und der »Gleichsetzung von Naziherrschaft und imperialistischer Politik« bestehen mag. Soweit ich herausfinden konnte, hat es die USAF bis zum 8. Mai 1945 nur bis zur B-29 gebracht. Die B-52 war dagegen Instrument, ein südostasiatisches Land zurück in die Steinzeit zu befördern und die Hauptstadt des nördlichen Teils breitflächig zu bombardieren. Bei genauerem Kartenstudium erweist sich, daß Hanoi nicht im Deutschen Reich lag. Bisher wurde auch nicht nachgewiesen, daß Hitler dort residierte. Daß die Vereinigten Staaten von 1941 bis 1945 der Anti-Hitler-Koalition angehörten, macht ihre Aggression gegen Vietnam auch nicht zum antifaschistischen Krieg. Imperialistische Verbrechen, von wem auch immer begangen, werden auch dadurch nicht zum Kavaliersdelikt, daß die der Nazis noch schlimmer waren. Vielleicht ist der Vorwurf einer »Gleichsetzung von Naziherrschaft und imperialistischer Politik« ganz anders gemeint. Vielleicht soll er besagen, daß der deutsche Faschismus seinem Charakter nach nicht imperialistisch war. Was war er dann? Antiimperialistisch, sozialistisch oder totalitär wie der Kommunismus? Was bleibt, ist der Eindruck, daß von der Osten-Sacken und Uwer es nicht mögen, wenn über imperialistische Kriege und Regierungspolitik der USA gleichzeitig nachgedacht wird. Was mag die beiden da nur so empfindlich machen?

Jürgen Harrer

Papyrossa Verlag

Sushi

KONKRET 2/03: »Hitlers Schreck« von Erich Später

Späters Ausführungen zu den abstrusen Verschwörungstheorien zu Pearl Harbor sind so interessant wie seine Kenntnisse über die neuere japanische Geschichte mangelhaft. Sonst hätte er wohl kaum: die von der chinesischen Regierung diktierten Opferzahlen zum Massaker von Nanjing übernommen, die selbst Historiker/innen der Volksrepublik nicht erklären können; eine »Blutsgemeinschaft« als zusammenhaltendes Ideal Japans um 1930 behauptet, wo der vorherrschende Selbstdiskurs des bereits Korea und Taiwan umfassenden Reiches längst der eines multiethnischen Staates war; die »Politik der drei Beseitigungen« als einen von der japanischen Armee geprägten Begriff verstanden, während es sich in Wahrheit um einen chinesischen Terminus handelt; die Juli 1940 durchgeführte Auflösung von Parteien und Gewerkschaften auf 1939 datiert – andersherum hätte man auch anmerken können, daß noch 1937 Abgeordnete der Sozialistischen Massenpartei und der Proletarischen Partei Japans legal in den Reichstag gewählt wurden.

Die Kenntnis solcher Details hätte Später vielleicht von dem Versuch abgehalten, Japan als möglichst identisches Ebenbild NS-Deutschlands zu konstruieren. Seine schematische Sicht der Dinge verführt ihn auch zu widersprüchlichen Aussagen über die Politik der USA: So erwähnt er, Japan habe mit seinem Einmarsch in Nordvietnam September 1940 »weitere Hilfslieferungen … der USA verhindern« wollen. Ein paar Absätze weiter erfahren wir jedoch, die Neutralitätsgesetze von 1935 und 1937 hätten »jede Unterstützung der von … Japan bedrohten Nationen« verhindert und die USA sich bis zur Kapitulation Frankreichs nicht bedroht gefühlt bzw. Roosevelts Umdenken erst zum Zeitpunkt seiner zitierten Rede vom Mai 1941 eingesetzt. Daß Roosevelt schon 1937 mit seiner Quarantine-Speech eine Abkehr von der Nichteinmischungspolitik einläutete, die USA seit 1938 Nationalchina finanziell unterstützten und 1939 die Neutralitätsgesetzgebung aufgehoben wurden, erwähnt Später nicht.

Man kann die Vernichtungspolitik Deutschlands und den Angriffskrieg Japans auch verdammen, ohne sie in unpräzisem Einerlei gleichzusetzen oder die Alliierten als makellose Helden zu glorifizieren.

Hans Martin Krämer

Bochum

Nachschlag

KONKRET 1/03: Platte des Monats

Über die Wahl des Moorsoldatenliedes zur Platte des Monats habe ich mich sehr gefreut, zumal die Doppel-CD sehr informativ ist. Auf CD 1 befindet sich sogar ein Interview, das der Komponist des Liedes, Rudi Goguel (mein Vater), 1974, zwei Jahre vor seinem Tod, gegeben hat, über die Entstehung und die Geschichte des Liedes.

Um so verwunderter war ich, daß es dem Rezensenten Martin Büsser gelungen ist, eine ganze Seite über die CD zu schreiben, das Lied zu preisen, ohne den Komponisten auch nur zu nennen, geschweige denn einen Satz über ihn zu schreiben.

Im übrigen ist die von Ihnen abgedruckte Original-Partitur so entstanden, daß mein Vater dem Graphiker und Freund Hanns Kralik (ebenfalls Häftling) die Noten aufmalte, damit er dann dieses schöne Liedblatt zeichnen konnte, das später aus dem Lager geschmuggelt wurde.

Thomas Goguel

Hamburg

Konkret 03/03, S. 9

Hermann L. Gremliza

Germania, hoffensdick

Prognosen, sagt der Weise, sind schwer, besonders wenn sie die Zukunft betreffen, und nicht jeder hat das Glück, daß sein Wort zu der Zeit, da es wahr werden soll, längst vergessen ist. Prophezeit aber einer, die Gegenwart betreffend, es sei »an die Stelle des einstigen Machtkampfs zwischen den Nationalstaaten der perspektivlose Weltordnungskrieg des in der Nato vereinigten ideellen Gesamtimperialismus« getreten, kommt zum Unglück auch noch Pech hinzu.

Er hätte, was kam, wissen können. Man hat es ihm oft genug gesagt. Will er es nicht wissen? Ist die Wahrheit, daß der Nationalstaat, dessen Bürger der Prophet des ideellen Gesamtkapitalismus ist, im Namen und auf Kosten Europas gegen die andere, die noch erste imperialistische Macht einen zwar kalten, aber aussichtsreichen Weltordnungskrieg führt, dem Robert Kurz so unangenehm wie seiner ganzen Nation, die darum ihren Krieg lieber Frieden nennt?

Die Deutschen sind zu einer einzigen Friedensbewegung zusammengewachsen, vereinend, was man hoffte, nie vereint zu sehen: die Führer der beiden christlichen Kirchen, die noch jeden deutschen Krieg gesegnet haben, mit Atheisten, die wenigstens hinterher dagegen waren, Kommunisten mit Antikommunisten, Grüne mit Gelben, Rote mit Schwarzen, den Präsidenten des Bundestages mit sogenannten Autonomen, den Minister für Dosenpfand mit dem Atomkraftgegner, den Chef der größten Gewerkschaft mit dem christlichen Förderer des afghanischen Banditen Hekmatyar – nicht mehr zu unterscheiden von einem echten Ströbele, dieser Todenhöfer von Burda und der CDU: »Bush will sich das irakische Öl sichern.« Zum Schluß der Demonstration, der größten, die das demokratische Berlin seit zirka dem 30. Januar 1933 sah, dankte der Sprecher der Bewegung »unserer Regierung« für ihre friedenspolitische Standhaftigkeit.

Warum hatte man die Herren und Damen, die Jungs und Mädels nicht auf der Straße gesehen, als Deutschland seinen jüngsten Krieg begann? Ist das Leben von Serben weniger wert als das von Irakern? War das Regime des Slobodan Milosevic blutiger als das des Saddam Hussein? Hielt jener gefährlichere Waffen vor als dieser? Wurde zur Begründung des Kriegs damals nicht noch einmal so dreist gelogen wie heute?

Es ist von allem so ziemlich das Gegenteil der Fall: An Hussein gemessen war Milosevic ein Friedensengel, und besser als Rumsfeld log Scharping allemal. Den kleinen Unterschied mit seinen großen Folgen macht aus, daß der Krieg auf dem Balkan im Interesse Deutschlands war, ein Krieg gegen Saddam Hussein es aber nicht ist. Genauer: Die Zustimmung oder Teilnahme Deutschlands ist es nicht. Ein Krieg, geführt von den USA gegen deutschen Einspruch, könnte in deutschem Interesse sein.

Es war zu erwarten, daß Deutschland sich diesmal weiter vorwagen würde als beim vorigen Krieg gegen den Irak. Damals regierte eine Koalition, die nicht im Ruf stand, mit der Generation der Täter gebrochen zu haben, und deren Klientel daran mitgewirkt hatte, Saddam Hussein zur Bedrohung Israels mit deutschem Giftgas zu befähigen, weshalb Kanzler Kohl seine Distanzierung von den USA noch als Treuegelöbnis hatte verkleiden müssen. Rotgrün aber hat Auschwitz befreit (nämlich im Kosovo) und kann nun Deutschland, das Opfer, in den Zeugenstand rufen: »Wer wie ich die Bombardierung der nahezu vollkommen wehrlosen Stadt Dresden miterlebt hat, der ist für immer davon überzeugt, daß es keinen denkbaren Legitimationsgrund für diese Art von Waffengebrauch geben kann«, sprach im Namen von Millionen Volksgenossen der grüne Ossi Wolfgang Ullmann.

Daß Kohls Nachfolger das Maul weiter aufriß, als seine Diplomaten geraten hätten, war teils dieser neuen Schamlosigkeit geschuldet, teils einem wahrhaft tragischen Konflikt: Nur durch die Mobilisierung antiamerikanischer Ressentiments konnte Schröder noch einmal Kanzler werden, wenn auch möglicherweise gerade dadurch nicht mehr lange bleiben. Wobei Schröders außenpolitische »Unprofessionalität« (u. a. Westerwelle) der Anlaß, nicht der Grund seiner Ablösung wäre. Gesucht ist eine Regierung, die weitere Reformen, nämlich die reibungslose Enteignung der Armen, Kranken und Alten, erleichtert. Ein probates Mittel, eine entsprechend belastbare Mehrheit herzustellen, ist Krieg – da hatte sogar Frau Däubler-Gmelin einmal ganz recht, auch wenn sie ein besseres Beispiel hätte wählen sollen, nämlich statt Hitler und Bush Hitler und Schröder. Ein kalter Krieg, wie ihn Euro-Deutschland gegen die USA führt, erfüllt zur Not den gleichen guten Zweck wie ein heißer.

So ganz allein im schwarzen Wald blieb des deutschen Kanzlers Pfiff jedenfalls nicht lange. Das scheue Kapital, das nach den Auf- und Zutritten von Donald Rumsfeld wider das »alte Europa« und das »irrelevante« Deutschland heftig auf Rückzug hatte drängen lassen (Hans-Olaf Henkel: »Sofort Verhältnis zu den USA ins Lot bringen, sonst sind unsere Exporte bedroht«), faßte Mitte Februar neuen Mut. Sehr schnell nämlich hatte seine Regierung dem Tschechen Havel, dem Spanier Aznar und all den anderen, die sich an die Amis rangeschmissen hatten, bedeutet, was auf Insubordination steht, und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in dem einen Fuß zu stellen den Deutschen gerade erlaubt worden war, gegen die USA eine Mehrheit der Interessen und Ressentiments zusammengebracht, die der Behauptung, die Regierung

habe Deutschland »isoliert« (u. a. Angela Merkel), die Imposanz nahm. Sogar das Feuilleton der »FAZ«, deren Leitartikler sich gerade für Schröder bei Rumsfeld entschuldigt hatten, bot mit Habermas, Sloterdijk, Derrida, Virilio, Muschg, Semprun, Menasse, Grünbein und Schwarzer alle Quartalsdenker der Nation und ihrer Hilfsvölker auf, den Wilden des Westens zu sagen, daß sie keinen Goethe haben.

Auch die USA schienen sich ihrer Sache nicht mehr ganz sicher. Allein, nur gestützt von einem britischen Premier, der sich weit über seine Verhältnisse bläht, gegen den Rest der Welt – das kann teuer werden. Nach jeder Rede Bushs fielen die Kurse an der Wall Street noch ein paar Punkte, die Europäische Zentralbank konnte die Flucht aus dem Dollar in den Euro, die neue Leitwährung, kaum bremsen. Dabei sollte der Krieg doch das Ansehen der USA stärken, auch und gerade bei ihren eigenen Bürgern. Bei einer Gallup-Umfrage, wer bei wieviel Amerikanern Vertrauen genieße, war die Wall Street Mitte 2002 nur noch auf 19 Prozent gekommen, Big Business auf 20, der Kongreß auf 29, der Präsident auf 58, die Polizei auf 59 und das Militär auf 79 Prozent – ein Dokument einer Panik, die keine Wahl läßt.

Gleich wie der Krieg um den Krieg ausgehen mag: mit einer diplomatischen Katastrophe für die USA, die ihn nicht führen dürfen, oder mit der politischen Niederlage, daß sie ihn allein führen müssen (nämlich in exklusiver Gesellschaft des Staatsmanndarstellers Blair) – Deutschland ist in jedem der Fälle guter Hoffnung. Auf Sieg.

Und verlangt, wie alle Schwangeren, äußerste Schonung. Vom Irak, von den ungezählten Verbrechen, die das Regime Saddam Husseins angerichtet hat und noch anzurichten droht, darf am Friedenslager nicht gesprochen werden. Wer es dennoch tut, ist ein Kriegstreiber. Da mein diesbezüglicher Ruf hinreichend ruiniert ist, kann ich’s ja sagen: Wäre gewährleistet, daß Saddam Husseins Regime beseitigt und durch ein menschenfreundliches ersetzt werden könnte, ohne fünfzig-, hunderttausend oder mehr Iraker kollateral umzubringen und zugleich an anderen Orten andere Monster zu entfesseln, hätte ich keinen Einwand.

Konkret 03/03, S. 10

Herrschaftszeiten

Aus den befreiten Gebieten (1)

28. Dezember 2002, »Süddeutsche Zeitung«:

Schon im Jahr eins nach dem Sieg über die Taliban hat sich in Afghanistan die verheerende Zersplitterung in Einflußgebiete verschiedener Kriegsherren wieder herausgebildet. Der Präsident Hamid Karsai ist de facto nicht mehr als ein Bürgermeister von Kabul – wenn überhaupt. Denn die Regierung des paschtunischen Polit-Stars wird dominiert von einer starken tadschikischen Clique um den Verteidigungsminister und starken Mann Mohammed Fahim. Fahim geht es um die Dominanz seiner Tadschiken-Miliz, die gemeinsam mit den Amerikanern die Taliban aus Kabul vertrieben hatte und daraus einen Vormachtanspruch ableitet.

Im Norden Afghanistans streiten sich der Usbeke Abdul Raschid Dostum und der Tadschike Mohammed Atta um die Macht. In den Westprovinzen um die Stadt Herat herum hat der Tadschike Ismail Khan sein vortalibanisches Fürstentum reorganisiert. Im Osten in den Provinzen Khost und Paktia fordert der Paschtune Pascha Khan die Kabuler Führung heraus. Der Süden rings um Kandahar gilt ohnehin als das Gebiet, in dem die paschtunischen Taliban sich auf ihre Wiederauferstehung vorbereiten. Und der wahrscheinlich schlimmste Friedensfeind läßt sich derzeit nicht einmal orten: Gulbuddin Hekmatyar, paschtunischer Warlord und einer der Hauptzerstörer Kabuls während der Bürgerkriegsjahre, ist aus seinem iranischen Exils zurückgekehrt nach Afghanistan. Seine erste Amtshaltung: Die Ausrufung des Dschihad gegen die dort kämpfenden Amerikaner.

Aus den befreiten Gebieten (2)

Januar 2003, »Gegenwind«, Kiel, Interview mit der Ärztin Fatma Nassir, die im Herbst 2002 in Kabul gearbeitet hat:

Ich war darauf vorbereitet, daß mir Fälle begegnen werden, die sehr schlimm sind. Aber ich war nicht darauf vorbereitet, daß so große sexualisierte Gewalt in Afghanistan herrscht. Daß die Taliban nicht mehr da sind, heißt nicht, daß Frauen jetzt keine Gewalt mehr angetan wird. Die Taliban waren auch vorher nicht die einzigen, die den Frauen etwas zugefügt haben. Seit Nadjibulla, der Präsident bis 1992, nicht mehr an der Macht ist, geht es den Frauen, was sexualisierte Gewalt betrifft, sehr schlecht.

Ich habe im Krankenhaus Fälle gesehen, von denen ich nicht einmal geahnt habe, daß so etwas möglich ist, und bei uns sind Frauen gestorben nach Massenvergewaltigungen. Im Krankenhaus wurden Frauen eingeliefert, die von Polizisten verprügelt worden waren, weil sie um 21 Uhr auf der Straße waren – wohlgemerkt, mit Burka und allem Drum und Dran. Viel mitbekommen habe ich auch von Kindesmißhandlungen, über die in Afghanistan nicht gesprochen wird. Das betrifft Mädchen wie Jungen, Jungen sogar mehr, weil Mädchen nicht rausgehen dürfen und man an Jungen besser rankommt. Ich weiß es natürlich nicht genau, aber ich denke, daß neunzig Prozent der Kinder in Kabul sexuelle Gewalt erfahren.

Die neue Regierung ist meiner Meinung nach eine Versammlung von Kriegsverbrechern, die alle nach Den Haag gehören. Dementsprechend geht es dem Land.

Der 11. September ist ein Ereignis, das man in einer Unfallstatistik des Landes gar nicht wahrnehmen würde. Zwei- oder dreitausend Tote innerhalb eines Tages liegen innerhalb der natürlichen Varianz

---

Peter Sloterdijk, deutscher Denker

Levitenlesung

18. Januar, »Süddeutsche Zeitung«:

... wie der österreichische Dramatiker Peter Turrini, den die Stuttgarter Zeitung zur Finanznot der deutschen Theater befragte. »Ach«, seufzte da der sonst so mitteilsame Dichter, »die Deutschen«, und formulierte die kühne These, schuld an der Krise sei nicht Geldmangel, sondern Kunstfeindlichkeit. Daß sich die Deutschen ihre Theater bislang so viel hätten kosten lassen, läge allein an ihren historischen Schuldgefühlen. Auf der Bühne hätten sie beweisen können, »daß der Faschismus ein Betriebsunfall ihres Charakter und ihrer Geschichte war«. Nachdem diese Schuldgefühle mittlerweile abgeklungen seinen, würden sie wieder »Ansätze der Barbarei« zeigen, indem sie die Kulturetats kürzen.

Blut für Öl

24. Januar, »Süddeutsche Zeitung«:

Öl, so lesen wir in einem Bestseller aus alten Leihbibliotheken, sei »geballteste Kraft«, und »die Geschichte des Öls« sei eng verbunden mit der jüngsten Geschichte der »Demokratien«, – wohlgemerkt: der sogenannten, der »westlichen« Demokratien. Öl, das »flüssige Gold«, so lesen wir weiter, sei als Leitwährung jener »Plutokratien« eine »der wesentlichen Kräfte in der Weltpolitik der letzten Jahrzehnte« gewesen: Englands Ölinteressen hätten den Zweiten Weltkrieg ausgelöst und schon beim Ersten Weltkrieg sei es nicht viel anders gewesen: In dessen fünftem Jahr habe der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau an den amerikanischen Präsidenten Woodroow Wilson die telegraphischen Worte gekabelt: »Ein Tropfen Öl ist uns einen Tropfen Blut wert.«

»Blut für Öl«: Die simple und stereotype Stammtischerklärung für vergangene und kommende Kriege, der sich neben dem »Spiegel« auch unser Staatsdichter Günter Grass angeschlossen hat, geht zurück auf Anton Zischka, einen der erfolgreichsten deutschen Industrie- und Sachbuchautoren des vorigen Jahrhunderts. Zischkas Buck vom »Ölkrieg« , das einen epochalen Abschnitt des »großen Kampfes zwischen uns Schaffenden und den Räubern, zwischen Aufbauenden und den vom Zufall Lebenden« schildert – also wieder die Dichotomie vom »schaffenden« gegen »raffendes«, sprich »jüdisches« Kapital – , ... propagierte ein großindustrielles Projekt zur synthetischen Ölgewinnung, die Deutschland von der imperalistischen Tyrannei des verjudeten, des amerikanischen Öls unabhängig machen sollten. Zischka erfreute sich bester Beziehungen zur deutschen Großindustrie und zum IG-Farben-Konzern, und während er schrieb und für das Mammutprojekt Ölsynthese warb, war eine erste industrielle Anlage zur synthetischen Ölgewinnung bereits entstanden. Sie stand in Auschwitz.

Schills Kameraden

27. Januar, »Tageszeitung«:

Bei den Sicherheitsbehörden herrscht Alarmstimmung: Im Verfahren vor dem Amtsgericht Hamburg im Strafjustizgebäude werden militante Neonazis erwartet. Auf der anderen Seite werden wohl auch Antifas dem Verfahren beiwohnen. Angeklagt ist »Taz«-Autor und Neonazi-Kenner Andreas Speit. Die Anklage wirft Speit »gefährliche Körperverletzung« vor, er soll im Verlauf einer Kundgebung vor der Innenbehörde den mehrfach verurteilten Neonazi Peter Borchert angegriffen haben. Die Staatsanwaltschaft beharrt auf den Prozeß. (Er) dreht sich um einen Aufmarsch der Rechten durch die Hamburger City vom 17. Februar 2001. Nachdem ein Gegendemonstrant ein rechtes Transparent zu Boden gerissen hatte und es zu einem Handgemenge kam, nutzten einige Rechtsradikale die Situation, um gezielt JournalistInnen anzugreifen. Speit wurde in dieser Situation von Neonazis mit einer Fahnenstange angegriffen, konnte den Schlag allerdings abwehren und die Stange zu Boden werfen. Dabei erlitt er eine Handverletzung.

Der Vater ist die Mutter aller Dinge

Heraklit F., griechischer Hausmann

Kein Blut für Öl

27. Januar, »Rundmail« der DKP Düsseldorf:

Friedensbriefmarke bei der Post. Zur Zeit gibt es eine Sonder-Briefmarke zu 55 Cent (also für Briefe) mit der Aufschrift: »Ich hab den Krieg verhindern wollen – Georg Elser, am 9.4.1945 im KZ Dachau ermordet.« Nichts wie hin zur Post und Nix wie hin und sich mit Vorrat eindecken!

Die Friedensbewegung ruft auf: Hängt weiße Tücher in die Fenster. Die DKP Düsseldorf bietet Friedens-Fenstertransparente an: weißer Stoff 100 x 150 cm. Kein Blut für Öl! Friedenstaube auf blauem Grund. 15 Euro (inkl. 5 Euro Porto/Verpackung).

Grenzregime

29. Januar »Antirassistische Initiative Berlin«:

Die Dokumentation umfaßt den Zeitraum der letzten 10 Jahre: vom 1. 1. 1993 bis 31. 12. 2002:

137 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 106 an den deutschen Ost-Grenzen, 389 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 229 an den deutschen Ost-Grenzen, 111 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen; davon 45 Menschen in Abschiebehaft, 385 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung

oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen; davon befanden sich 243 Menschen in Abschiebehaft, fünf Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 206 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt, 18 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode und mindestens 337 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert, 44 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos, zehn Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen; 272 wurden durch Polizei oder Überwachungspersonal verletzt, 57 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 582 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt, elf Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

Dresdens Würde

30. Januar, DPA:

Die Stadt Dresden hat ein Versammlungsverbot für den 13. Februar – den Jahrestag der Zerstörung – erlassen. Es gilt für die Zeit zwischen Mittag und Mitternacht und erstreckt sich auf die Innenstadt, teilte die Verwaltung am Donnerstag mit. In den vergangenen Jahren waren an jenem Tag immer wieder rechtsextremistische Demonstranten aufmarschiert. »Mit Andacht und Würde wollen die Dresdner am 13. Februar der Zerstörung ihrer Stadt vor 58 Jahren Gedenken«, begründete die Kommune ihre Entscheidung.

Infotainment

8. Februar, »Hamburger Abendblatt«:

Die britische Regierung hat für ihren Bericht über das irakische Waffenprogramm aus der Abschlußarbeit eines Hochschulabsolventen aus den USA abgeschrieben. »Rückblickend hätten wir, um Verwirrung zu vermeiden, zeigen müssen welche Stücke aus öffentlichen Quellen stammen und welche Stücke aus anderen Quellen«, räumte der Sprecher von Premierminister Tony Blair am Freitag ein. Der Politikstudent Ibrahim al-Marashi hatte der Regierung in einem Interview mit dem Rundfunksender BBC vorgeworfen, Passagen aus seiner Arbeit abgeschrieben zu haben, ohne ihn als Urheber zu nennen. US-Außenminister Colin Powell hatte den Londoner Bericht in seiner Rede vor dem US-Sicherheitsrat ausdrücklich gelobt.

Aus den befreiten Gebieten (3)

6. Februar, »Frankfurter Allgemeine«:

Heroin wird in Europa nicht knapp. Zu dieser Einschätzung kommt Europol im aktuellen Informationsbulletin Rauschgift. Zur Begründung verweist das in Den Haag ansässige europäische Polizeiamt auf eine vorläufige Schätzung des für Afghanistan zuständigen Büros des Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen (UNDCP). Danach werde der Mohnanbau in den traditionellen Anbaugebieten im Süden und Osten Afghanistans wieder das Niveau erreichen, das Mitte der neunziger Jahre ausgereicht hatte, um den europäischen Markt nahezu vollständig mit Heroin zu versorgen. Der Aufstieg Afghanistans zum größten Opiumproduzenten der Welt begann während der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion. Für die islamischen Widerstandskämpfer wurden Einnahmen aus dem Schlafmohnanbau zu einer der wichtigsten Finanzquellen. Die Vereinigten Staaten setzten dieser Entwicklung nichts entgegen. Das Geld aus dem Rauschgifthandel war eine willkommene Ergänzung ihrer Hilfe für den afghanischen Widerstand. Außerdem war das Rauschgift nicht für den amerikanischen Markt bestimmt, sondern für Europa. In Erwartung neuer Lieferungen aus Afghanistan hat sich der Heroinmarkt in Europa schon im Frühling des vergangenen Jahres wieder normalisiert. Und ziehe man die blühenden Mohnfelder in Afghanistan in Betracht, so das Resümee von Europol, dann sei nicht mit einer Verknappung von Heroin auf dem europäischen Markt zu rechnen.

Non ölet

5. Februar, »Bild Hamburg«:

Der Gewinn von Autobauer Daimler-Chrysler stieg im vergangenen Jahr um 340 Prozent auf 5,8 Mrd. Euro.

Independents

4. Februar, »Pressemitteilung der ARD«:

Die ARD unterstützt ein Kooperationsabkommen der Europäischen Rundfunkunion (EBU) mit RTK, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Kosovo. Die ARD will jetzt die kostengünstige Überlassung insbesondere von Bildungs- und

Kinderprogrammen prüfen. Die jüngst getroffene Vereinbarung zwischen EBU und RTK sieht die regelmäßige Zulieferung von Nachrichtenfilmen vor. Aufgabe von RTK ist es, die Bevölkerung im Kosovo mit einer unabhängigen Berichterstattung zu versorgen.

Nur

4. Februar, »Die Welt«:

Sollten die USA ohne UN-Mandat den Irak angreifen, können sie auf die Unterstützung der deutschen Bevölkerung kaum hoffen. 71 Prozent würden den USA dann nicht fol-gen wollen. Selbst in den USA hätten sich nur 67 Prozent der Bürger für einen Irak- krieg ausgesprochen. In England seien es nur 49 Prozent. Die Bereitschaft, die USA militärisch zu unterstützen, sei in Australien, Kanada, Neuseeland und den Niederlanden bei über der Hälfte der Befragten zu finden. In den übrigen Ländern überwiege deutlich die Ablehnung.

Ich habe gehört, sie wollen alle Amerikaner aus Europa evakuieren

---

Nicolas Cage, amerikanischer Filmstar

Zwei Helden

3. Februar, DPA:

Abu Hamza, Imam an der Londoner Zentralmoschee Finsbury Park, nannte die Columbia-Katastrophe eine »Strafe Gottes«. Die Mission der Raumfähre sei eine »Trinität des Bösen« gewesen, weil neben amerikanischen Astronauten ein israelischer Jude und ein Hindu indischer Herkunft an Bord der Columbia waren, sagte Abu Hamza am Montag. Die Raumfahrer wollten im All die Zuverlässigkeit von Bomben mittels Satelliten verbessern, behauptete der Radikal-Islamist.

Der libanesische Drusenführer und Chef der Progressiven Sozialistischen Partei, Walid Dschumblatt, drückte ebenfalls seine Freude über die Katastrophe aus. Libanesische Radiosender zitieren ihn am Montag mit den Worten: »Ich würde gern Mitleid gefühlt haben. Aber meine Freude war groß, weil einer der Getöteten ein israelischer Astronaut war, der vorher ein Mitglied der kriminellen israelischen Armee war.«

Konkret 03/03, S. 12

Michael Hahn

The End of the West

Es scheint, als hätten die Amerikaner begriffen, daß die Antikriegspropaganda der Deutschen eine Kriegserklärung an sie ist.

»Wir haben die Absicht, den deutschen Handel und die deutsche Industrie nachhaltig zu schädigen.«

Pentagon-Beamter (»Süddeutsche Zeitung«, 17.2.03)

Endlich. Lange Zeit hatte man es nicht leicht, gegen den »Empire«-Hype (Negri/

Hardt) zu argumentieren. Wer empirisch belegen wollte, daß sich der Kapitalismus trotz Internet und WTO keineswegs in eine ortlose netzförmige Macht verwandelt, mußte sich erst mal durch den »FAZ«-Wirtschaftsteil kämpfen, sich über obskure Themen wie die zwischen den USA und der EU umstrittenen Agrarsubventionen oder das geplante europäische Galileo-Satellitensystem informieren und dann noch erklären, warum sich trotz transatlantischer Konzerne (Daimler-Chrysler, Bertelsmann) die inner-imperialistische Konkurrenz zwischen den Blöcken verschärft.

Wieviel einfacher hat man es damit nun seit einem halben Jahr. Neuerdings warnen nicht nur exklusive Denkschriften aus den Thinktanks beiderseits des Atlantiks, daß die Konkurrenz zwischen den Blöcken aus dem Ruder zu laufen droht, sondern dies diktieren jetzt Regierungschefs und Kabinettsmitglieder selbst in die Fernsehkameras und Leitartikel. Da pries Kanzler Schröder im August den »deutschen Weg« (gegen den US-amerikanischen »Raubtier«-Kapitalismus und sein Irak-»Abenteuer«). Einige Wochen später sichtete seine damalige Justizministerin die »Methode« von Adolf Hitler im Weißen Haus. Daraufhin nannte US-Sicherheitsberaterin Rice die amerikanisch-deutschen Beziehungen »vergiftet«, US-Kriegsminister Rumsfeld verweigerte Ende September seinem deutschen Kollegen Struck bei einer Nato-Konferenz in Warschau den öffentlichen Handschlag und verspottete im Januar Frankreich und Deutschland als »old Europe«. Pentagon-Berater Richard Perle hakte Deutschland in der »Süddeutschen« (30.1.03) gar als »irrelevant« ab.

Solchem Pfeifen im Walde widersprach Dan Coats, der US-Botschafter in Berlin: Deutschland sei keineswegs irrelevant (schon allein wegen seiner wirtschaftlichen Potenz) und stehe in der Irakfrage auch nicht passiv abseits, sondern: »Wir wollen nicht, daß Deutschland gegen uns arbeitet« (»Berliner Zeitung«, 6.2.03). »In der amerikanischen Öffentlichkeit sind ernste Zweifel aufgekommen, ob Deutschland noch ein verläßlicher Partner ist. Das schadet unseren Beziehungen, und sicherlich schadet es Deutschland«, drohte der Botschafter. Die vorläufige Krönung: Im US-Kongreß nannte Rumsfeld Deutschland in einem Atemzug mit Kuba und Libyen, die in Washington bekanntermaßen als »Schurkenstaaten« gehandelt werden. Eine dramatische Wandlung seit der »Partnership in Leadership«, die Präsident Bush Senior 1992 Helmut Kohl angeboten hatte. Was aber hat sich seither geändert? Woher kommt diese Schärfe? Kann sich ein alter Haudegen wie Rumsfeld nur nicht diplomatisch ausdrücken? Oder dämmert den US-Eliten erst jetzt, daß ihnen mit dem wiedererstarkten Deutschland ein ernstzunehmender Konkurrent erwachsen ist?

Es hat lange gedauert. Vor gut zehn Jahren, nach dem politischen Sieg über die Sowjetunion und dem militärischen Sieg über den Irak delirierte man in Washington noch über ein »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama), in dem die liberalen Demokratien gemeinsam für das Allgemeinwohl der Welt sorgen. Dazu paßte, daß Bush Kohl die (Junior-)Partnerschaft anbot (nachdem er zuvor französische und britische Vorbehalte gegen die deutsche Wiedervereinigung beschwichtigt hatte).

Gleichzeitig gab der damalige US-Kriegsminister und heutige Vizepräsident Cheney jedoch ein Geheimpapier in Auftrag, an dessen Erstellung auch der heutige Vizeminister Paul Wolfowitz beteiligt war. An den Inhalt dieses »Defense Planning Guide« erinnerte vor kurzem die »New York Times« (27.1.03): »Erstes Ziel« der US-Außenpolitik sei es, das Erstarken eines »neuen Rivalen« zu verhindern. Gemeint waren Japan, Rußland – und Deutschland (siehe KONKRET 9/92). Mittlerweile ist noch China als potentieller Rivale hinzugekommen. Nachdem das Geheimpapier im März 1992 bekannt geworden war, spielte die US-Regierung seine Bedeutung freilich herunter.

Ohne den Kalten Krieg, der das westliche Bündnis zusammengehalten hatte, nahmen in den folgenden Jahren die transatlantischen Konflikte zu. Als Stichwörter mögen genügen: Stahlimporte, Internationaler Strafgerichtshof (den nicht erst Bush, sondern schon Clinton bekämpfte), EU-Eingreiftruppe, Klimaschutz. Doch irgendwie gelang es immer wieder, die Streitigkeiten einzudämmen oder auszusitzen.

Dementsprechend wenig Notiz nahm die US-Öffentlichkeit von der zunehmenden Konkurrenz. Vor einem »Auseinanderbrechen des Westens« wurde allenfalls in Fachzeitschriften gewarnt. Und auch dort wurde meist nicht die Aggressivität, sondern die Schwäche der westeuropäischen Nato-Partner bemängelt: Die Europäer seien zu verweichlicht, sie gäben zu viel Geld für ihre Sozialsysteme aus und zu wenig für ihr Militär (weniger als zwei Prozent des europäischen

Bruttosozialprodukts, gegenüber mehr als drei Prozent in den USA), und sie könnten nicht einmal in ihrem Hinterhof auf dem Balkan für Ordnung sorgen.

Der wohl meistzitierte Strategie-Aufsatz des vergangenen Jahres erschien im Juni 2002 im konservativen »Policy Review«. Dort schrieb Robert Kagan (der übrigens bereits 1997 zusammen mit Paul Wolfowitz in einem Zeitschriftenartikel gefordert hatte: »Saddam Must Go«) über die geopolitischen Veränderungen seit dem Ende der Sowjetunion: »Die 90er Jahre erlebten nicht den Aufstieg einer europäischen Supermacht, sondern Europas Abstieg in relative Schwäche.« Europa und die USA lebten in »verschiedenen Welten«: Die Europäer glaubten an Völkerrecht, internationale Verträge und Kompromisse, während die USA auf die »Macht des Stärkeren« setzten. Dieser »kulturelle Unterschied«, so Kagan, sei jedoch nicht weiter bedrohlich – beide Seiten sollten einander respektieren. Die Juli-Ausgabe von »Foreign Affairs« sekundierte: »Heute haben die Vereinigten Staaten keinen ernstzunehmenden Rivalen.« In diese Wahrnehmung passen auch die aktuellen US-Schlagzeilen über Frankreich und Deutschland als »Axis of Weasel« (Achse der Leisetreter und Weicheier), die ignorieren, daß Paris und Berlin mit ihrer »Antikriegspolitik« durchaus eigene Interessen verfolgen.

Etwas besorgter klang da schon der oben genannte Francis Fukuyama, der Kagans Thesen in der »International Herald Tribune« (9.8.02) aufgriff. Statt »The End of History« hieß es nun: »The West may be cracking.« Laut Fukuyama sind es neuerdings »nicht nur europäische Intellektuelle, sondern Politiker und die allgemeine Öffentlichkeit, die die Vereinigten Staaten kritisieren. Was geht hier vor?« Seine Antwort: »Der Sinn für gemeinsame Werte franst zunehmend aus.«

So kamen in den Massenmedien nun vermehrt kritischere Stimmen zu Wort. »Europa als Konkurrent«, titelte am 21.7.02 (kurz vorher war der Wechselkurs des Euro erstmals seit 1999 über einen US-Dollar gestiegen) die »NYT«-Sonntagsausgabe: »Reale Interessen laufen auseinander, und das jahrelange Reden von Spannungen und Verstimmungen schoß zu der plötzlichen Erkenntnis zusammen, daß sich die Beziehung selbst verändert hat.« Im einflußreichen Magazin »Atlantic Monthly« (November 2002) warnte Charles Kupchan vom »Council of Foreign Relations« vor dem »next Clash of Civilizations«: Der werde »nicht zwischen dem Westen und dem Rest, sondern zwischen den Vereinigten Staaten und Europa« stattfinden. Doch die US-Regierung sei blind (»oblivious«) gegen die »Herausforderung durch ein aufstrebendes Europa«, mit Deutschland als Führungsmacht. Titel des Essays, der anscheinend schon vor der aktuellen Irakkrise verfaßt worden war: »The End of the West«.

Schröders Rede vom »deutschen Weg« und seine Kritik an einem möglichen Irakkrieg wurden in Washington zunächst relativ gelassen als Wahlkampf-Opportunismus gewertet. Für die konkreten Kriegsvorbereitungen war die deutsche Absage ohnehin irrelevant. »Der Kanzler hat seine Position erklärt, ohne daß irgend jemand Deutschland gefragt hätte, an irgend etwas teilzunehmen«, stellte Pentagon-Berater Perle vor kurzem noch einmal klar (»SZ«, 30.1.03). Im UN-Sicherheitsrat ist die deutsche Stimme mangels Vetorecht ohne großes Gewicht. Und die amerikanischen Überflug- und Landerechte (der einzige Punkt, an dem die USA tatsächlich auf die deutsche Unterstützung angewiesen sind) standen nie zur Diskussion.

Doch allmählich wurde der Ton schärfer. Nicht mehr Kontinentaleuropa als Ganzes, sondern seine deutsche Führungsmacht wurde nun als Gegner ausgemacht. Am 19.9.02 zitierte der konservative Kolumnist William Safire, der für seine guten Verbindungen zur US-Regierung bekannt ist, in der »NYT« Rudolf Scharpings Idee, eine »mächtige, vielleicht übermächtige jüdische Lobby« sei für Bushs Irakeskalation verantwortlich. Safire: »Solch bigotte politische Analyse ist typisch für die Art, mit der Deutschland seine atlantische Allianz untergräbt.« Der Kolumnist empfahl, die in Deutschland stationierten US-Truppen zu reduzieren und in mobilere Einheiten umzustrukturieren, damit man in künftigen Krisen nicht mehr auf deutsche Landegenehmigungen angewiesen sei. Der willkommene Nebeneffekt: Die Familienangehörigen der Soldaten, die in Deutschland »US-Dollars ausgeben«, würden ebenfalls abgezogen. Der einflußreiche rechtslastige US-Senator Jesse Helms (mittlerweile im Ruhestand) griff die Idee auf, die vor kurzem erneut verbreitet wurde. Noch einmal Safire: »Der Vorschlag ist keine Strafe für Schröders Antikriegszuhälterei ..., aber der Zeitpunkt ist günstig« (»NYT«, 10.2.03). Dabei sei Schröders Lavieren kein Anlaß zu Spott, hatte Safire erst am 23. Januar gewarnt: »Die deutsche Absicht ist es anscheinend, den atlantischen Teil des atlantischen Bündnisses abzusägen und Britannien und die USA von einem föderalen Europa zu trennen, das wiederum von Deutschland und Frankreich dominiert wird (mit Frankreich als Juniorpartner).«

Allmählich zeigt solches »German-Bashing« auch Wirkung in der US-amerikanischen Bevölkerung. So heißt es beim Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels: »Unternehmen berichten über bereits entstandene Ausfälle und schwierige Gespräche mit amerikanischen Kunden.« Und beim deutschen Maschinenbau-Verband VDMA: »Bei unseren Geschäftspartnern ist eine gewisse antideutsche Stimmung zu spüren« (»FAZ«, 12.2.02).

Die einzigen, die die Brisanz der neuen Block-Konfrontation noch nicht zu erkennen scheinen, sind US-amerikanische Linke. So wird Schröder nicht nur auf deutschen, sondern auch auf amerikanischen Antikriegsdemos als »Friedenspolitiker« verehrt. Und US-Linksliberale wie Norman Birnbaum (der häufig in der »Taz« schreibt), Richard Rorty oder Michael Walzer lassen keine Gelegenheit aus, um an Europa zu appellieren, sich »von Amerika unabhängig« zu machen (Birnbaum) und »politische Verantwortung im globalen Maßstab zu übernehmen« (Rorty). Aus solchen Appellen spricht sicher manche Illusion über die »Zivilmacht« Europa oder gar über ein sozialstaatliches »Modell Deutschland«.

Trotzdem sollte man den US-Linken und -Linksliberalen mildernde Umstände zubilligen. Im Unterschied zu vielen deutschen Friedensfreunden folgen sie immer noch Karl Liebknechts guter alter Maxime: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land.«

Michael Hahn schrieb in KONKRET 1/03 über eine Studie zum Antiamerikanismus

Konkret 03/03, S. 14

Thomas Ebermann

Nationales Interesse

Zwischen offiziellen Kriegsbegründungen und realen Kriegsgründen liegen Welten. Zwischen offizieller Kriegsablehnung und alternativem Imperialismus ist der Abstand nicht geringer.

Ob der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt und sich mit islamistischem Terrorismus einläßt, ob man ihn gar zu einer »Bedrohung des Weltfriedens« stilisiert, spielt für die Gründe, ihn militärisch besetzen zu wollen, so wenig eine Rolle, wie auf der anderen Seite die Sorge ums Völkerrecht ernst gemeint wäre oder die Befürchtung, der Krieg sei nicht »Ultima ratio« sondern womöglich manchmal auch vorletzte Vernunft, also zu leichtfertig benutzt. Was da an Rhetorik aufgefahren wird ist im Prinzip so irrelevant, wie das, was in Racak tatsächlich passierte, oder ob es einen Hufeisenplan gab oder die Sorge der Frau Bush um die Rechte der afghanischen Frauen. Es ist so irrelevant wie das, was Hans Blix ermittelt.

Geheimdienste haben zwei Funktionen: Erstens sammeln sie Informationen, fördern Freunde und bringen manchmal auch Feinde um; zweitens betreiben sie Propaganda, geben also als Ermittlungsergebnis aus, was ihre Regierung für ihre politischen Optionen benötigt. Entschieden wird entlang eines einzigen Maßstabs, der heißt »nationales Interesse«. Die Ermittlung liegt in einer Klassengesellschaft bei der Herrschaft, die nebenbei ihre Sicht der Dinge zur Mehrheitsmeinung zu machen trachtet, was gegenwärtig sowohl in den USA als auch in Deutschland gelingt, weniger z.B. in Spanien und der Türkei (was nicht viel besagt).

Bevor er mit moralischen Kategorien hantiert oder gar der Herrschaft eine fehlerhafte Interpretation des nationalen Interesses vorwirft, sollte der linke Aufklärer die Gründe benennen, die in einer falsch verfaßten Welt dennoch rational-imperialistische sind. Die USA machen, das ist meine These, keinen Fehler. Sie erheben seit einigen Jahrzehnten den Anspruch auf Hegemonie über die Region am Golf und haben vor 13 Jahren einen Verbündeten verloren, der bis dahin, relativ, ihren Anforderungen, gerade auch in punkto Brutalität, entsprach. Ein gewöhnlicher Vorgang, mit dem sich schon im Feudalismus die Herrschaft herumzuschlagen hatte: Erst vergibt man ein Lehen und dann paktiert der untreue Beschenkte mit der Konkurrenz! Etwas Vergleichbares war vor einigen Jahren in Panama zu besichtigen, vielleicht bald auch in Kasachstan. Der dortige Staatschef hat Milliardenbeträge aus den USA erhalten, aber die Chinesen und Russen noch immer nicht aus dem Land gejagt. Nun bezichtigen ihn amerikanische Gerichte der Korruption.

Die militärischen Mittel hätten 1991 locker gereicht, den Abtrünnigen abzuräumen, aber gegenläufige Erwägungen (z. B. die Qualität des Ersatzpersonals, von dem man Bürgerkrieg und »Destabilisierung« fürchtete; Rücksicht auf die damalige Allianz, speziell die arabischen Staaten und Frankreich) sprachen dagegen. So wurde der Anspruch der amerikanischen Hegemonie in die Form der Ausschaltung bzw. extremen Schwächung des Irak gefaßt: Ihm wurden allerlei Hoheitsrechte entzogen, das Regime durfte nicht das ganze Staatsvolk drangsalieren, nicht seine Ressourcen zum eigenen Nutzen verkaufen, sich nicht auf dem Weltmarkt bedienen wie andere Souveräne. Regelmäßiger Bombenabwurf sorgte zusätzlich für ökonomische Schwächung.

Gegen die amerikanische Option der extremen Schwächung (wahrscheinlich kombiniert mit der Absicht eines Staatsstreichs) entwickelten die Gegenspieler der ersten Weltmacht die Option der schrittweisen Normalisierung. Sie machten Geschäfte und – mehr noch – sicherten sich zukünftige Ansprüche auf Förderrechte, Industrieanlagen und (in fernerer Zukunft) natürlich auch Rüstungsaufträge. Am intensivsten betrieben das Rußland, Frankreich und China (quantitativ untergeordnet auch Deutschland).

Profiteure des teillegalen und des Schwarzhandels (verbotene Geschäfte sind in der Marktwirtschaft besonders profitabel) wurden z. B. Jordanien und Syrien. Im Interesse dieser Staaten war, ganz frei von humanistischen Erwägungen, eine Verlängerung des bestehenden Schwebezustands als zweitbeste, eine Dynamisierung Richtung Normalisierung, d. h. Aufhebung des Embargos, als beste Lösung. Beide Möglichkeiten durch die Einrichtung eines eigenen Protektorats, durch die Übernahme einer Mandatsherrschaft zu unterbinden ist unumstößlicher US-amerikanischer Beschluß. Das hat nichts mit schießwütigen Cowboys oder sonstwie blutrünstigen Typen (wie die politische Elite auf einem »Spiegel«-Titel porträtiert wird) zu tun. Wirklich sind ja alle genau in dem Sinne für eine »friedliche Lösung«, daß die Amerikaner nichts gegen einen Putsch im Irak hätten, wenn gleich anschließend die Putschisten sie zu einer Besetzung des Landes zwecks Sicherung seiner Stabilität und zwecks Verhinderung von Blutvergießen aufforderten.

Welche Vorteile erwüchsen den USA aus einem Protektorat Irak (kombiniert mit den Aktivitäten rund ums Kaspische Meer)?

· Sie gewännen die Hoheit über eine Fördermenge von knapp fünf Millionen Barrel Öl täglich. Die USA sehen sich bekanntlich mit dem Problem konfrontiert, daß ihr heutiger Rohölimport, der momentan bei 470 Millionen Tonnen im Jahr liegt, bis zum Jahr 2020 auf vielleicht 70 Prozent des amerikanischen Gesamtverbrauchs steigen wird. Diesen Zufluß zu sichern ist die eine, ihn billig zu halten die andere Aufgabe. Schutz- und Protektoratsmächte realisieren bekanntlich Sonderpreise. Nur als Beispiel, nicht als präzise Prognose: Die USA importieren, unterstellt, sie zahlen den Weltmarktpreis,

momentan für 100 Milliarden Dollar Öl, ein ihnen zufallender Sonderpreis, sagen wir 15 Dollar pro Barrel, brächte der amerikanischen Wirtschaft einen Konkurrenzvorteil von 50 Milliarden Dollar jährlich. Natürlich fließt zusätzlich der Hauptteil der Gewinne aus dem sogenannten Wiederaufbau des Irak an amerikanische Konzerne (die Briten machen ja deshalb so massiv mit, weil sie nicht noch einmal so leer ausgehen wollen, wie nach 1991 in Kuwait).
Mit dem Besitz des irakischen Öls fällt zudem die Preispolitik der Opec; die bisherige Möglichkeit vor allem Saudi-Arabiens, die Fördermenge zu steigern, wenn andere durch ihre Verknappung den Preis erhöhen, könnte der Irak, also die USA übernehmen. Besitz von oder die Hegemonie über die weltweit wichtigsten Energieressourcen schafft Drohpotentiale und Abhängigkeiten von gewaltiger Tragweite.

· Rußland kann – so bedeutend ist sein Öl- und Gasexport für Devisenbeschaffung und Staatshaushalt – Staatsbankrott anmelden, wenn es seine Lieferverträge nicht erfüllen, also z. B. seine Pipelines nicht militärisch sichern kann oder wenn der Energiepreis verfällt.

· China kann ohne gesicherte und rapide steigende Energiezufuhr sein Programm nachholender Akkumulation (dessen Erfolg die USA strategisch fürchten) vergessen. Für dieses Programm wird neben Öl übrigens auch die Staatsform der Diktatur benötigt, denn nur mit ihr sind die mörderisch langen Arbeitstage bei niedrigstem Lohn durchzusetzen sowie Sezession und Andersdenkerei zu verhindern. Die gewaltige Zahl (meist öffentlicher) Hinrichtungen in China bezeugt diese Tatsache.

· Der saudischen Herrschaft kann in ganz anderer Schärfe die Frage gestellt werden, mit welcher Entschiedenheit sie den islamistisch-antiamerikanischen Terror, dem einige ihrer Sprößlinge frönen, zu bekämpfen bereit ist. Sonst bekommt eben ein anderer Familienzweig die Macht zugeteilt, werden Auslandskonten einkassiert und vielleicht auch Ölfelder besetzt.

· Dem Iran entgeht nicht, daß er das nächste Ziel sein könnte (was nebenbei ein viel härterer Schlag für deutsche Interessen und Geschäfte in der Region wäre). Amerikanische Ankündigungen sind grundsätzlich ernst zu nehmen, schließlich verriet Clinton schon während des Jugoslawienkrieges, daß der Bestandteil des größeren Projekts sei, den Russen ihren Süden streitig zu machen.

Wegen der Bedeutung des Irak, das sollten meine Beispiele andeuten, ist seine Besetzung aus Sicht der USA tatsächlich »alternativlos«. Uno, Sicherheitsrat und die Staatenwelt werden nicht gefragt, ob ihnen das gefällt (oder ob sie die Beweislage plausibel finden), sondern die Aufforderung lautet anders. Nämlich so: Ermittelt doch mal, ob euer nationales Interesse weniger Schaden nimmt, wenn ihr unser Vorgehen, das gegen euch gerichtet sein mag, dennoch billigt. Es ist ein Appell an den in der Politik hoch im Kurs stehenden Realismus, also die Kunst, nie das Unvermeidliche zu bekämpfen; das heißt aus Niederlagen das relativ Beste zu machen. (Eine echte materielle Gewinnoption hat meines Erachtens nur Großbritannien und eventuell die Türkei, der bekanntlich eine lukrative Schlüsselstellung bei allerlei Pipelines und Transportwegen zugefallen ist und die – vielleicht – auf nordirakische Beute hoffen darf.)

Einige der den Staaten aufgezwungenen Erwägungen betreffen direkt den Irak. Rußland, China und Frankreich müssen herausfinden (wahrscheinlich geheimdiplomatisch ermitteln), ob die von Saddam Hussein ratifizierten, die Ölfelder betreffenden Verträge gültig bleiben. Der Wert der Vorverträge über 19 irakische Ölfelder liegt bei 38 Milliarden Dollar. Natürlich zielen nicht alle Erwägungen so konkret auf den Irak. China mag die deutsche Position unendlich sympathisch finden, aber für Chinas nachholende Akkumulation ist eben der Export extrem wichtig – und da geht das sechsfache dessen, was nach Deutschland exportiert wird, in die USA. Rußland mag, wie Deutschland, von der Perspektive einer Allianz, wie sie Putin den jubelnden Abgeordneten des Bundestags vor Jahresfrist ausmalte, träumen – aber die deutsche Außenpolitik hat ihm keine Konzession zu Kaliningrad angeboten, und die Amerikaner stellen ein interessantes Geschäft in Aussicht: sibirisches Öl über die Beringstraße!

Die Ermittlung der diversen nationalen Interessen ist keine Rechenaufgabe, die man bekanntlich richtig oder falsch lösen kann. Die deutsche Regierung hat entschieden, die unter heutigen Bedingungen denkbar schärfste Konfrontation zu suchen. Daß diese Konfrontation keine absolute sein kann, also nicht den Abzug von Spürpanzern, die Versagung von Überflugrechten oder gar eine materielle Unterstützung von Saddam Hussein bedeutet, unterstelle ich als bekannt. Wer an diese notwendige Begrenzung der Konfrontation die Behauptung knüpft, Deutschland sei letztinstanzlich doch ein Vasall der USA, hat entweder nichts begriffen oder verrät, wie sehr er unter imperialistisch notwendigen Konzessionen leidet. Ich schreibe seit 1989 über die Herausbildung eines gegen die USA gerichteten Blocks, dessen führende Kraft Deutschland sei – und bin dennoch überrascht, wie scharf der Widerspruch nun formuliert wird. Es gibt gewichtige Stimmen, aus CDU und FDP (zu schweigen von den Chefkommentatoren der »FAZ«, die jahrelang eine nicht moralisch begründete Gegnerschaft zu den USA angemahnt hatten), die dieses Tempo der Zuspitzung für falsch halten. Kapazitäten wie die (Ex-)Generäle Naumann und Stücklen laufen fast schon Amok gegen Schröders (Über-)Mut.

Allerdings wird da nicht die notwendige Bildung eines Lagers gegen die USA in Frage gestellt, sondern Zeitpunkt, Vehemenz und Risiko. Es ist ja auch wirklich nicht wenig, was die USA an Distanz zu Frankreich und Deutschland in der

Nato, der EU und unter den Beitrittskandidaten auf die Beine bringen. Sie stellen den lieben Partnern der Deutschen im Prinzip zwei Fragen (ich vernachlässige hier nationale Differenzierungen):

1. In Erinnerung an die verschiedenen Zumutungen die euch von Deutschland oktroyiert wurden, habt ihr da nicht ein plausibles nationales Interesse, die europäische Hegemonialmacht ein wenig zu schwächen?

2. Wenn es die Nato nur US-dominiert oder gar nicht gibt, wer ist die Kraft, die künftig Souveränität zu vergeben und also auch zu nehmen imstande ist? Wer schützt euch gegebenenfalls militärisch; wer hat ein SDI-Programm und also die Möglichkeit, euch entweder zu schützen oder relativ ungeschützt zu lassen?

Das Verhältnis, in dem diese Fragen beantwortet wurden – 16:3 z. B. in der Nato – , verweist mindestens darauf, daß das Gerede, die EU oder Ost- bzw. Südosteuropa seien quasi in deutschem Besitz, falsch ist.

Der Vorwurf an Schröder, zu scharf und zu früh polarisiert zu haben, ist ja nur insofern relevant, als die deutschen Kontrahenten des Kanzlers ihrerseits auf Probleme und Störungen in der Politik der ersten Weltmacht hoffen. Was sie als Sorge formulieren, Unruhe und Instabilität z. B. im arabischen Raum, ist nicht selten ihr Wunsch. Sie hoffen auf militärische Komplikationen, die US-Streitkräfte binden (also z. B. den amerikanischen Weg in den Iran verhindern oder verzögern). Sie hoffen, daß das US-Haushaltsdefizit, das im nächsten Jahr 307 Milliarden Dollar betragen soll, den Vereinigten Staaten Grenzen setzt.

Aber gegenwärtig konkurrieren ungleiche Gleiche. *Ungleich* sind sie, was die Mittel betrifft. Das amerikanische Militärpotential ist dem europäischen quantitativ und qualitativ turmhoch überlegen. Die amerikanische Ökonomie ist der der EU quantitativ gleichrangig, steht aber unter *einem* politischen Kommando. Beim unmittelbaren Kriegführen (nicht bei der anschließenden Besetzung) steht verbündetes Militär eher im Wege als daß es nützt. *Gleich* sind die imperialistischen Konkurrenten, was ihre prinzipiellen Zwecke und Absichten betrifft: Alle folgen einer Militärdoktrin mit dem Anspruch der Sicherung von Märkten und Rohstoffen fern der Heimat, alle arbeiten an ihrer militärischen Interventionsfähigkeit, an schnellen Eingreiftruppen, an der Landesverteidigung z. B. am Hindukusch. Aus der Besichtigung der ungleichen Mittel ergibt sich praktisch die (schwer zu realisierende) Ambition des Aufholens. Scholl-Latour etwa beklagt das Fehlen einer deutschen, mit Frankreich koordinierten Atomstreitmacht.

Nehmen wir das Alternativkonzept zum amerikanischen Irakkrieg, für das die deutsche Außenpolitik laut »Spiegel« seit Jahresanfang wirbt. Da marschieren »Tausende von Soldaten« ein, »Elitesoldaten«, die »unter europäischer Führung und mit deutscher Beteiligung« so tun, als würden sie »die Arbeit der Inspektoren militärisch absichern«, aber real »ein Protektorat der Uno« errichten, also Hussein »faktisch entmündigen«, ihn nur »formal Herrscher seines Landes« sein lassen, bis der Laden »implodiert« und ein »tiefgreifender Wandel der politischen Verhältnisse« ins Werk gesetzt wird. Hussein muß diesem Weg seiner Ausschaltung zustimmen – oder die Autoren des Konzepts legitimieren die US-Invasion.

Die Frage der Realitätstüchtigkeit solcher Sandkastenspielereien vernachlässigend, sei festgestellt: Es handelt sich hierbei um ausgereiften alternativen Imperialismus, der seinen Einfluß zu vergrößern strebt – nicht einmal die Ministerin für Entwicklungshilfe durfte einen humanitären Aspekt hinzulügen. Imperialistische Konkurrenten unterscheiden sich eben nicht in ihrer Stellung zu Uno und Völkerrecht. Staaten und Staatenbündnisse, wenn sie über die entsprechenden Machtmittel verfügen, dulden keinen Souverän über sich.

Der Jugoslawienkrieg exekutierte geradezu klassisch die Ausschaltung des Sicherheitsrats; erst nach Vollzug wurde, wer zuvor düpiert, »wieder ins Boot geholt«. Die Zahl der deutschen Gutachter, die damals in gewagtesten Konstruktionen die (völkerrechtliche) Legitimität des Angriffskrieges bestätigten, ist genauso groß, wie die Zahl jener, die nun die USA der Verletzung des Völkerrechts überführen. Was damals Entschlußkraft, Führungsstärke, soldatische Tugend oder Unbeirrbarkeit hieß, ist nun amerikanische Arroganz und Kriegstreiberei: Schröders Abkanzlung etwa des tschechischen Regierungschefs, als dieser die wirkliche Rolle der Sudetendeutschen zur Zeit des Nationalsozialismus ansprach (Staatsbesuch abgesagt, Eignung zum Eintritt in die EU bezweifelt) fand eine Bewunderung, die Rumsfeld versagt bleibt. So zweifelsfrei altruistisch die Gründe, deretwegen die deutschen Soldaten zum Beispiel im Kosovo, am Horn von Afrika oder in Afghanistan sind, so zweifellos mies sind die der Amerikaner: Öl und Mammon, widerlich!

Die ganze Dummheit, die aufbringen mußte, wer Scharpings Beweisen glauben wollte, ist der blöden Schlauheit gewichen, die keinem amerikanischen oder britischen Dokument trauen will. Die Pfaffen, die noch keine deutsche Waffe zu segnen unterließen, gehen tief in Klausur und finden den Krieg, der kein deutscher ist, vom christlichen Standpunkt aus ethisch mehr als bedenklich. Wir kehren zurück in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Neid auf die ungleichen Machtmittel (das war mal die Schlagkraft der napoleonischen Truppen, aber auch Englands Kolonialreich und seine überlegene industrielle Produktivität) kleidet sich wieder in die Form der Überlegenheit deutscher (bzw. alt-europäischer) Kultur. Das ist nach dem Nationalsozialismus ungeheuerlicher als damals.

Die Arbeitsteilung zwischen Dichtern und Denkern einerseits, Staatspolitikern andererseits, die Schröder mal mit Blick auf Martin Walser so erläuterte: »Ein Dichter darf das sagen, ein Kanzler nicht«, ist partiell vor die Hunde gegangen. Nicht allerdings bei der »FAZ«, die den Unterschied zwischen kalkulierendem Leitartikel und nationalgefühligem Feuilleton

noch kennt. Im Leitartikel wie im Feuilleton ist man jedoch, Kennzeichen jeder aktuell unterlegenen Nation, unisono fürs Multilaterale und aufs Heftigste gegen das Unilaterale.

Ob sich imperialistische Staaten auf ein gemeinsames Interesse zur Beseitigung eines Störfaktors einigen, ob sie verdeckt oder offen konkurrieren – die »Menschen«, also die Untertanen, seien sie »Kosovaren«, Paschtunen, Kurden oder Schiiten, sind für die Berechnungen der Mächtigen bloßes Material. Ein Beispiel: Die CBS-Korrespondentin fragt die damalige Außenministerin Albright: »Wir haben gehört, daß eine halbe Million Kinder gestorben ist. Ich meine, damit sind mehr Kinder umgekommen als in Hiroshima ... Ist es das wirklich wert?« Die Antwort der Ministerin: »Ich glaube, das ist eine sehr harte Entscheidung, aber der Preis – wir glauben, daß es das wert war.«

Ich kann jetzt durchaus bedenken, daß das Ba'th-Regime die durch das Embargo beschränkten Mittel nicht zur medizinischen Versorgung der unteren Bevölkerungsschichten benutzt; manches diente der Bereicherung der Oberschicht, manches der Finanzierung des Repressionsapparates usw. Aber: Die Rechnung, »daß es das wert war«, daß 500.000 tote Kinder ein akzeptabler Preis sind, diese Rechnung hat die Außenministerin Albright aufgestellt. Natürlich ist das keine einzigartige, gar »amerikanische« Berechnung. Sie ähnelt zum Beispiel der, die angestellt wird, wenn in anderen Weltgegenden von Staaten Schulden eingetrieben werden, um den Preis des Verhungerns vieler. Oder wenn quasi-betriebswirtschaftlich ermittelt wird, daß Millionen in Afrika an Aids krepieren, nicht etwa weil man sie haßt (oder vernichten möchte), sondern einfach nur, weil ihre Nachfrage nach Medikamenten nicht durch die erforderliche Kaufkraft gedeckt ist. Politische Sanktionen und betriebswirtschaftliches Kalkül weisen in ihrer Zwecksetzung und Durchführung Unterschiede auf, die aus der Sicht der Opfer nicht sehr relevant sind.

Taucht das Leid von Menschen in der Propaganda auf, ist der instrumentelle Bezug meist leicht zu ermitteln. Den sonst auf Härte getrimmten westlichen Untertanen (die ja sonst die Mühsal ihres Lebens sich durch den Vergleich mit dem viel größeren Elend der Dritten Welt als »ganz erträglich« stilisieren sollen) wird dann Mitleid nahegelegt, bei gleichzeitiger Zusicherung, daß das nichts kostet, also keine Flüchtlinge kommen werden, oder wenn, dann für kurze Zeit.

Weil die Menschen Material sind, verwertbares oder unnützes, sind alle imperialistischen Nationen völlig gleichgültig gegenüber der inneren Verfaßtheit der von ihnen dominierten Länder, solange die Zurichtung des Menschenmaterials garantiert ist. Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit, denn in den Zentralen der wirklich Mächtigen ist man sich bewußt, daß Demokratie eine zwar effektive, aber auch recht teure Form der Herrschaft ist. Also zu Regionen des allseitigen Mangels nicht paßt. Übrigens auch nicht zum System eines Staates, der sich praktisch nur aus der Ölrente finanziert. Deshalb stand, zum Beispiel, die feudale Struktur Kuwaits aus amerikanischer Sicht nie zur Disposition. Der Zusammenhang von Diktatur und Mangel ist übrigens für Linke so lange eine selbstverständliche Erkenntnis, bis sie Freunde der Zivilgesellschaft, also blöde werden. Dann blüht die Idee, der materielle Mangel sei dem Fehlen von Demokratie geschuldet, nicht die Abwesenheit von Demokratie dem materiellen Mangel.

Zu einer kapitalistisch verfaßten und durch wachsende nationale Konkurrenzen strukturierten Welt gehören Kriege wie »Überschwemmungen und Erdbeben zur Natur«. Der Krieg ist die konsequenteste Form der Degradierung von Menschen zu Material, zu Kanonenfutter. Die Zahl der Opfer der beiden Golfkriege (einschließlich derer, die zeitverzögert durch den Einsatz uranhaltiger Munition getötet oder verkrüppelt wurden, die als Fehlgeburten nie lebten und die, weil sie im Norden und Süden des Irak Aufstände wagten, massakriert wurden) läßt die Befürchtungen wachsen, was in einem dritten Golfkrieg passieren könnte. Indem ich Opfer und mögliche Opfer nenne, werden sie nicht zu Trägern emanzipatorischer Bestrebungen.

Ich kenne die konkrete Kriegsstrategie der Amerikaner nicht. Ich brauche keinen Hinweis auf neueste Waffen, Häuserkampf oder gar den Einsatz sogenannter taktischer Atomwaffen. Ich halte die Schnauze, wenn über die mögliche Zahl von Kriegstoten spekuliert wird – oder darüber, was möglicherweise kleine Gruppen, Rächer und Selbstmörder, wo auch immer auf der Welt, anrichten könnten. Mein erster Impuls ist: Es möge nicht geschehen! Ich bin Kriegsgegner! Natürlich kenne ich die welthistorischen Ausnahmen, für die die Parole »Niemals Krieg« nicht gilt. Natürlich bin ich kein Pazifist, aber ich weiß auch, für wie viele ehemals Linke diese Erwägungen zur bloßen Ausrede dafür dienen, sich in »westlicher« Härte und »Realismus« zu üben.

Vor diese Alternative gestellt geselle ich mich – obwohl ich Alternativen hasse – zu den Pazifisten. Ich bin nicht begeistert von Leuten, die sich übers Bett dieses klug-resignative Zitat Walter Benjamins von der Verzweiflung des Engels der Geschichte hängen, die aber, wenn's Tag ist und es drauf ankommt, doch Bescheid wissen übers Hobeln und daß dabei nun mal Späne fallen und über höhere Ideale und kollaterale Schäden, die, siehe Albright, in Kauf zu nehmen sind.

Ich habe hier – implizit – gegen Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken polemisiert, gegen ihre seit vielen Monaten betriebene Werbung in der Linken, sie möge einen Krieg gegen den Irak insofern unterstützen, als dieser, wegen einer Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik oder der Feuilletons einiger amerikanischer Zeitungen, große Chancen auf eine Befreiung des Irak bringen könnte. Meine Polemik gilt nicht den Enthüllungen und Berichten über den

despotischen Charakter des Ba'th-Regimes. Über Einzelheiten hierzu, z.B. ob man blutrünstige Gesellen, die mit der Ba'th-Partei über Kreuz geraten sind, als glaubwürdige Zeugen benennen sollte, vielleicht später einmal.

Dreierlei will ich explizit ansprechen:

1. Mit einem Konstrukt nehmen Uwer/Osten-Sacken mir einige hundert meiner Argumente. Sie konzedieren in der »Jungle World« vom 5. Februar, daß bis dato amerikanische Interventionen die »Etablierung antidemokratischer Regimes« erbracht hätten und »es bislang kein Vorbild für eine Intervention (gibt), die zur Demokratisierung eines Landes geführt hätte«. Nun aber könne eine welthistorische Premiere bevorstehen. Die unausgesprochene Aufforderung lautet: Machen wir einen Strich unter Vietnam, Kuwait, Jugoslawien, Afghanistan, nun kommt etwas Neues. Ich hätte da ein paar Ideen ähnlicher Art: Bisher haben die Kapitalisten menschliche Arbeitskraft unter ihr Kommando gebracht, weil sie daraus einen Profit erzielen wollten. Vielleicht machen sie es morgen aus Gründen des Massenwohlstands. Vielleicht ist es bald auch im Winter wärmer als im Sommer.

2. Die Berufungsinstanz des Optimismus der beiden Autoren sind die Verlautbarungen eines Teils der irakischen Opposition. Dieser ist demokratisch, sozial, säkular und will einen entmilitarisierten Staat. (Also so etwas ähnliches, wie auch die Afghanen bei der Petersberg-Konferenz zu Protokoll gaben.) Dazu läßt sich ohne große Sachkenntnis feststellen: Was hier Opposition genannt wird, findet seine aktuelle und zukünftige Sortierung durch die Protektoratsmacht. Die heutige Opposition ist nicht die Macht, die über Lizenzen, Reparationszahlungen, Förderquote und Auftragsvergabe entscheiden wird.

Einige werden, weil sie ihre Interessen nicht oder nur ungenügend berücksichtigt finden, sich gegen die Protektoratsmacht und deren einheimisches Personal wenden – ob sie die Kraft haben, das militärisch zu tun, weiß ich nicht. Ich weiß ferner nicht, wie groß der Machtanteil der dissidenten Ba'th-Mörder sein wird; ich weiß nicht, wie schroff (auch militärisch) die Konfrontation zwischen KDP und PUK sein wird oder ob sich beide gegen eine türkische Besatzungsmacht werden verbünden müssen. Mir scheint zweifelhaft, ob eine Organisation, die »Rat der islamischen Revolution« (Sciri) heißt, mit Feuereifer für den säkularen Staat ficht. Das Bild, das Uwer/Osten-Sacken von der Opposition zeichnen, ist mindestens unvollständig. Sie sollten zitieren, was diese Opposition in der Vergangenheit so alles zu Israel und »Judentum« verfaßt hat.

3. Die größte aller Berufungsinstanzen ist allerdings die irakische Bevölkerung. Sich auf die »Opposition« beziehend, die den Krieg befürwortet, also behaupten muß, die Bevölkerung fürchte diesen vergleichsweise wenig, konstruieren Uwer/Osten-Sacken die höchste Form der Homogenisierung: den »Willen der Irakis«.

Ohne zu qualifizieren halte ich den für ein ideologisches Konstrukt. Ich vermute: Das Ba'th-Regime hat (leider!) in Teilen von Militär und Gesellschaft Stützen, es könnte durchaus viele Irakis geben, die durch Hunger und Diktatur so erschöpft sind, daß ihr Denken sich auf das Brot am nächsten Tag reduziert; Menschen, die das System hassen, können dennoch wünschen, der Krieg käme nicht über sie; Kurden können Macht und Willkür der beiden Clan-Chefs fürchten (wie es immer im türkischen Kurdistan auch eine begründete Angst vor der PKK gab); im iranischen Exil Vegetierende können ihre religiösen Vorbeter lieben – oder verachten; und, marginalisierte (was in dieser Zeit keine Schande ist) Intellektuelle, die ihr Leben von Hussein bedroht sehen, können dennoch von Befreiung einen anderen Begriff haben als den einer Ordnung, die jetzt im Irak installiert werden soll. Ich berufe mich, aus guten Gründen, auf keinen Willen keiner Bevölkerung (schon gar nicht auf Umfrageergebnisse in westlichen Demokratien).

Der westliche Bellizismus ist ideologisch fein raus: Entweder entdeckt er ein islamistisch-terroristisch-todessehnsüchtiges Volk, dann darf, ja muß geradezu wegen Unbelehrbarkeit eines »Selbstmordkollektivs« gebombt werden. Das war bisher die Masche. Oder er entdeckt einen »Willen der Irakis« und demnächst einen »Willen der Iraner« etc., in dessen Namen gebombt werden muß. Da bleibe ich lieber bei dem, zugegeben nicht wirkungsmächtigen Geschäft, die »gesellschaftlichen Voraussetzungen des Krieges ... zu kritisieren« – also Kommunist.

Auch einen praktischen Vorschlag hätte ich (bedenkend, daß ich nur reden und schreiben kann, also nicht organisiert bin – was praktische Vorschläge anrüchig macht). Was heute Friedensbewegung heißt, gehört gespalten. Wer Schröder und Fischer den Rücken stärken will, wer die oben beschriebenen Denker und Pfaffen als Bereicherung des Spektrums begrüßt, agiert für die Option eines imperialistischen Gegenblocks. Vielleicht wäre das, was ich eben Spaltung nannte, auch real nur eine Abschürfung. Aber einige Tausend, die keine deutschen Regierungsleute (und keine Antisemiten) in ihren Reihen duldeten, das wäre doch ein Anfang, der, um einen weit verbreiteten Terminus zu verwenden, »Mut machen« würde.

Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Statements, das Thomas Ebermann zu Beginn eines von der Wochenzeitung »Jungle World« veranstalteten Streitgesprächs mit Thomas Uwer am 13. Februar in der Berliner Volksbühne vorgetragen hat.

Thomas Ebermann schrieb in KONKRET 2/03 über die Geschichte des KB

Konkret 03/03, S. 16

Oliver Tolmein

Schröder ist der Antideutschen Mann

Die Erklärung der acht und kurz darauf die Stellungnahme der zehn EU-Staaten, die den USA für ihre Kriegspläne gegen den Irak den Rücken stärkten, hat nicht nur im Bundeskanzleramt für Aufregung gesorgt, sondern hätte auch in den maßgeblichen Fraktionen der Antideutschen zu hektischer Betriebsamkeit führen können. Osteuropäische Staaten wie Kroatien, Slowenien, die Slowakei und auch Polen traten plötzlich mit Positionen an die Weltöffentlichkeit, die der deutschen Hegemonialmacht nicht recht sein konnten. Und das obwohl doch in den kritischen Analysen deutscher Politik gerade Osteuropa, insbesondere Kroatien, immer wieder als fester Bestandteil der deutschen Einflußsphäre beschrieben worden war und das Drängen auf die EU- und Nato-Osterweiterung gerade auch als Anliegen der Bundesrepublik galt, um damit ihre Position in den Organisationen zu stärken.

Es ist die Diskrepanz zwischen Wollen und Sein hier wohl Ausdruck eines bestimmten linken Blicks auf die deutsche Politik: Die Ziele des Gegners werden allzuschnell mit dessen Fähigkeiten gleichgesetzt. Wenn Deutschland die Eingemeindung des Ostens plant, um damit sein politisches Gewicht zu vermehren, gilt das als bereits geschehen. Tatsächlich zeigt sich gegenwärtig, daß Schröders lauthals vorgetragener Anspruch, in der ersten Reihe zu sitzen und alles mitzubestimmen, zwar Ausdruck eines übersteigerten nationalen Selbstbewußtseins ist, im Ergebnis aber nur dazu führt, daß Deutschland jetzt, obwohl es zur Zeit dem Sicherheitsrat vorsitzt, die weltpolitische Strafbank drücken muß. Daß sich die osteuropäischen Staaten, die in der Linken als deutscher Hinterhof gelten, demonstrativ an die Seite der USA stellen, ist jedenfalls ein Hinweis auf den Verlust an politischem Kapital, den die Bundesrepublik aktuell zu verbuchen hat. Möglicherweise weist die Entwicklung aber auch auf ein grundsätzlicheres Problem: Die Verbundenheit der osteuropäischen Nationen mit Deutschland, die anläßlich von Polizeihilfeabkommen gerne ausgestellt wird, könnte eher eine erzwungene sein. Im Zweifelsfall ziehen die Staaten eben doch eine ferne Weltmacht der benachbarten Hegemonialmacht vor.

Ob die diplomatische Fehlkalkulation der Deutschen zu einer ernsten Krise führen wird, muß sich erst noch zeigen. Deutlich ist immerhin, daß die Spannungen in Europa und innerhalb der EU nahezu genauso groß sind, wie die zwischen der EU und den USA. Und Deutschland kann sie nicht überspielen. Es ist eben noch keine Weltmacht, sondern will erst eine werden. Die Chancen dafür stehen gegenwärtig erfreulich schlecht. Helmut Kohl hätte die schlechte Sache wahrscheinlich besser gemacht. Gut für die Welt, daß wir Gerhard Schröder haben.

Konkret 03/03, S. 22

Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer

Schafft ein, zwei, viele Kurdistan

Gefährlicher als seine Spürpanzer sind Deutschlands humanitäre Organisationen, die den Irak nach dem Krieg zerlegen wollen.

»In Iraq there is still – and I say this with a heart full of sorrow – no Iraqi people but unimagineable masses of human beings, devoid of any patriotic idea, imbued with religious traditions and absurdities, connected by no common tie, giving ear to evil, prone to anarchy, and perpetually ready to rise against any government whatever.«

König Faisal

Die Geschichte des Irak beginnt mit diesen Sätzen. Unvorstellbare Menschenmassen ohne jede Vorstellung von Patriotismus und verhaftet in ethnisch/konfessionellen Kollektiven, die sich der Zentralgewalt des Staates, wo es nur geht, durch traditionale und anarchische Widerständigkeit entziehen: Dies ist das Bild, das sich dem ersten Souverän des Irak, König Faisal, beim Blick vom Balkon des Regierungspalastes auf die Straßen Bagdads bot.

Achtzig Jahre später steht die Berliner »Tageszeitung« auf dem Balkon: »Der Irak ist ein multiethnisches Land, hier leben Araber, Kurden, Turkmenen und andere Minderheiten. Hinzu kommen religiöse Spannungen, vor allem zwischen der schiitischen Bevölkerungsmehrheit und den politisch dominanten Sunniten. Die Folge: Es gibt keine allgemein akzeptierte Integrationsfigur, die Saddam Hussein ablösen könnte ...«

Es scheint, als habe sich nichts geändert, als habe ein halbes Jahrhundert kapitalistischer Modernisierung zwar die Flinte durch Giftgas ersetzt und die Bazarstraßen mit Automobilen gefüllt, die Gesellschaft im Kern jedoch unberührt gelassen. Über 70 Jahre nach der Erlangung nationaler Souveränität sieht man den Irak verharren in einem vornationalen Zustand, und allein dank der »Integrationsfigur« Saddam Hussein scheint die Rivalität zwischen Stämmen und Clans, Ethnien und Religionsgemeinschaften noch nicht in gegenseitiges Morden umgeschlagen zu sein.

Das zugrundeliegende Wahrnehmungsmuster ist nur allzu vertraut. Es erlaubt weder, in der Bevölkerung des Landes im republikanischen Sinne den Souverän des Nationalstaates zu sehen, noch ein Recht auf Freiheit ernst zu nehmen, das nicht als Selbstbestimmungsrecht einer Volksgruppe daherkommt. Die Ansprüche ethnischer Kollektive und nationaler Minderheiten haben sich im Kampf gegen die Nationalstaaten und Staatsbürgernationen des ehemaligen Ostblocks bewährt und liegen besonders den Deutschen am Herzen. *Foreign policy* heißt auf deutsch nicht Außenpolitik, sondern Völkerkunde. Dies allein vermag das Festhalten der Bundesregierung und ihrer Presse an Saddam Hussein zwar nicht zu erklären, wohl aber die in Deutschland weitverbreitete Weigerung, sich einen Irak ohne Saddam Hussein anders vorzustellen als einen Ort des Kampfes aller gegen alle.

Im Falle des Irak sind die Volksgruppenrechte nicht nur nicht gefragt, sondern derart gefürchtet, daß selbst eine Organisation wie »Medico International«, die jahrelang in Irakisch-Kurdistan tätig war und es besser wissen müßte, den antizipierten Krieg der Minderheiten mehr fürchtet als den mit Massenvernichtungswaffen hochgerüsteten Diktator. Der Irak, so Thomas Gebauer, Geschäftsführer des entwicklungspolitischen Vereins, sei »ein Land mit großen sozialen Gegensätzen. Wer unter solchen Umständen zum Instrument des Kriegs greift, verkennt auf fatale Weise die fragile politische und soziale Struktur des Landes. Eine militärische Intervention wird die Gegensätze zwischen den Kurden, Turkmenen, Assyrern und den ihrerseits in Schiiten und Sunniten gespaltenen Arabern nicht mildern, sondern eher noch verschärfen.«

Tatsächlich ist, wo immer zuletzt im Namen der Völker auf Seite der Ethnien eingegriffen wurde, diesen mit Gewalt erst dazu verholfen worden, als geschichtsmächtige Kollektive einen exklusiven Anspruch gegenüber dem staatlichen Gemeinwesen zu erheben, der auf dessen Auflösung herausläuft. Die Dynamik dieser Politik richtet sich gegen das Bestehende, ohne zugleich Neues errichten zu können. Zehn Jahre nach dem Beginn der Zerlegung Jugoslawiens in ethnisch homogene Teile stehen sich die Volksgruppen in unversöhnlicher Feindseligkeit gegenüber.

Daß Gebauer nun im Umkehrschluß den irakischen Ba'th-Staat in eine »fragile politische und soziale Struktur« umbenennt, an deren »sozialen Widersprüchen« man besser nicht rührt, zeigt, wie weitgehend die Prämisse einer in Ethnien und Völker geteilten Welt die Wahrnehmung präformiert. Die Möglichkeit, daß es den Menschen des Irak in erster Linie darum gehen könnte, nicht als Mitglieder von Völkern oder Ethnien, sondern als Individuen, die der Gewalt eines sich arabisch definierenden Staates unabhängig von Herkunft und Glaubensbekenntnis gleichermaßen ausgesetzt sind, sich von einem diktatorischen Herrschaftssystem zu befreien, ist ihm derart fremd, daß er sie gar nicht in Erwägung zieht. Unter

dieser Prämisse wird das Verrückte zur Normalität, gilt als selbstverständlich, daß Menschen, unentwegt gegen ihre individuellen Interessen handelnd, abstrakten Kollektiven sich aufopfern.

Es macht den organisierten irakischen Widerstand solchen Beobachtern nur noch suspekter, daß er sich bisher als fast vorbildlich nationale Opposition verhält. Weder wollen seine Parteien und Gruppen den irakischen Staat in ethnisch homogene Teile zerlegen, noch sortieren sich seine Fraktionen nach Kurden und Arabern, Turkmenen und Assyrern oder Schiiten und Sunniten. Der zukünftige irakische Staat, sollte er denn so gestaltet sein, wie es sich die vergangenes Jahr in London zusammengekommene Opposition vorstellt, soll ein föderaler Nationalstaat sein, Recht soll jedem Staatsbürger unabhängig von Geschlecht, Religion oder ethnischer Zuschreibung zukommen, übergangsweise – bis zu freien Wahlen – übernimmt eine qua Bevölkerungsproporz gebildete Regierung aus den verschiedenen Oppositionsgruppen die Gewalt.

Auf Unterstützung aus Europa hofft das Oppositionsbündnis vergeblich. Die jüngst von der Bundesregierung vorgeschlagene Entsendung von UN-Blauhelmen in den Irak verdeutlichte vielmehr die Kontinuität deutscher Außenpolitik. So wie die UN im Balkan zum Hilfsmittel wurden, einen unliebsamen Staat, das »Völkergefängnis Jugoslawien« (»FAZ«), zu zerlegen, sollen sie nun einen Staat, der den Deutschen recht ist, vor dem halluzinierten Zerfall schützen. Das ist es, was Außenminister Josef Fischer meint, wenn er monoton vor einem drohenden »Flächenbrand« im Nahen Osten warnt, der nach einem Sturz des irakische Regimes ausbrechen würde.

Während die Bundesregierung sich konsequenterweise weigert, mit dem in London gewählten Übergangskomitee ins Gespräch zu kommen, hintertreibt die französische Regierung bereits die Einigungsbestrebungen der Iraker. So wurden im November ausschließlich die Vertreter der kurdischen Parteien zu Gesprächen über die Zukunft des Irak nach Paris geladen. Als Koordinator für den Wiederaufbau des Irak ist Bernard Kouchner vorgesehen, der sich im Kosovo als Vertreter einer ethnisierenden Hilfspolitik hinlänglich qualifiziert hat. Einsprüche seitens der irakischen Opposition und aus den USA konnten dieses Vorhaben bislang stoppen.

So konstruiert die Aufteilung von Ländern in Volksgruppen auch erscheinen mag, so wirkungsmächtig wird sie immer dort, wo ethnische Klientelstrukturen über den Zugang zu materiellen Mitteln verfügen, die ein reales Partikularinteresse gegenüber anderen erst erzeugen. Besser noch als militärische Interventionen ist humanitäre Hilfe geeignet, Staaten zu zerlegen und Gemeinwesen in lokale Verteilungszirkel zu verwandeln.

Wie dies funktioniert, haben deutsche und europäische Hilfsorganisationen im kurdischen Nordirak bewiesen, lange bevor sie an der Seite der UCK im Kosovo einrückten und die Region unter den Milizen aufteilten. 1991 lief im Nordirak eine großangelegte Hilfsaktion an, die den politischen Unwillen, die befreite Region anzuerkennen, durch humanitäre Maßnahmen kompensieren sollte. So notwendig die Versorgung der Bevölkerung in der weitgehend zerstörten Region war, so verheerend wirkte sich die Umsetzung der Programme auf die Entwicklung des kurdischen Nordirak aus. Während Hilfsorganisationen praktisch für alle relevanten Bereiche – von der Bereitstellung von Unterkünften und sauberem Trinkwasser über die Verteilung von Nahrungsmitteln und die Gesundheitsversorgung bis zum Wiederaufbau zerstörter Dörfer – verantwortlich waren, wurde die 1992 gewählte kurdische Regionalregierung darauf beschränkt, den ungehinderten Fluß der Hilfsgüter zu garantieren. »Lokale NGOs wurden schnell zu mächtigen Instrumenten einer neuen Ökonomie«, schreibt Michiel Leezenberg, der die Wirtschaft Irakisch-Kurdistans erforscht hat. »Sie arbeiteten üblicherweise für ihren eigenen Profit und wurden zu einer Art lokaler Vertragsnehmer, finanziert mit ausländischem Kapital, die die Verwaltungsstrukturen der Regierung zunehmend aushöhlten.«

Blindlings setzten internationale Organisationen auf eine Hilfsökonomie, die in erster Linie auf den Aufbau effektiver Verteilungszirkel zielte. Bedient wurden bestehende lokale und von Partei- und Milizverbänden geprägte Strukturen, die durch die Kontrolle der Hilfsgüterverteilung aufgewertet wurden. Weil der Zugang zu Mitteln der humanitären Hilfe die einzige Einkommensquelle darstellte, war die absolute Loyalität zu lokalen Eliten die beste Garantie fürs Überleben. Die Kontrolle der Hilfsprogramme wurde zum zentralen Gegenstand eines Verteilungskampfs, der zunehmend in den Kategorien von regionaler Zugehörigkeit und der Gewährung bzw. Verweigerung der damit verknüpften Rechte ausgetragen wurde, an Hilfsprogrammen zu partizipieren.

Selbst wenn lokale NGOs es nicht wollten, mußten sie doch zu Kompagnons der Parteien werden, die über bewaffnete Verbände verfügten, weil ohne sie eine sichere Verteilung nicht möglich gewesen wäre. Binnen weniger Jahre führte das System zum Kollaps der Region. Die Regierung zerbrach unter dem Einfluß konkurrierender Parteien. 1994 brach ein kurdischer Parteienkrieg aus, der erst 1998, in Folge der Einführung des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms der Vereinten Nationen und der damit einhergehenden zentralen Absicherung der Grundversorgung, beigelegt wurde.

Diese »Kurdistan-Experience«, wie das zeitweilige Auseinanderbrechen des Nordirak unter dem Eindruck der internationalen Hilfsökonomie von der irakischen Opposition genannt wird, verweist auch auf die Gefahren, denen ein künftiger Irak ausgesetzt sein wird. Denn mit dem Einmarsch der humanitären Organisationen aus Deutschland und Europa im Windschatten der Militärs droht die bekannte Ökonomie der regionalen Verteilung, alle Versuche einer nationalen Einigung zu unterminieren. Eine humanitäre Intervention, die unter Einsatz von Partei- und Lokaleliten eine auf die

Verteilung von Hilfsgütern reduzierte Wirtschaft als Alternative zur staatlichen Ordnung einführt, Lebensmittel und Medikamente mit vorgehaltener Waffe verteilt und zurückerobert, wird das Ende der Humanität bedeuten.

Thomas Uwer/ Thomas von der Osten-Sacken schrieben in KONKRET 2/03 über die verpaßte Entkolinialisierung des Irak

Konkret 03/03, S. 24

Stefan Frank

Der große Coup

Alle reden über Öl und merken nicht, daß es den USA um etwas ganz anderes geht.

Die nordirakische Stadt Mossul war schon im Mittelalter unter europäischen Geschäftsleuten berühmt, von dort kam der *Musselin* genannte Stoff. Die vornehmlich aus Genua stammenden Händler, die ihn nach Europa importierten, hießen *Mussolini*, so entstand der beliebte italienische Nachname.

Heute sind Mossul und die Nachbarstadt Kirkuk vor allem wegen der in ihrer Umgebung liegenden Ölfelder bekannt. Daß die Türkei an ihnen Interesse hat, hat Peter Nowak kürzlich dargestellt (»Vorstoß nach Kirkuk«, KONKRET 11/02). Nun sind uralte Verträge aufgetaucht, die die Türkei zu Ansprüchen auf dieses Öl berechtigen sollen. »Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen«, dachte sich der türkische Außenminister Yasar Yakis und sagte der Tageszeitung »Hurriyet«: »Wenn wir solche Rechte besitzen, müssen wir das der internationalen Gemeinschaft und unseren Partnern erklären, um diese Rechte zu sichern.« Was der Türkei bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche helfen wird, sind allerdings wohl weniger dubiose Verträge, als die 5.000 türkischen Soldaten, die sich bereits im Nordirak aufhalten.

Wenn auch feststeht, daß nach dem Krieg eine »Neuordnung« der irakischen Ölindustrie ansteht, ist es doch eher unwahrscheinlich, daß die »Partner« bereits die gesamte Beute aufgeteilt haben. Die nun zwölf Jahre andauernden Sanktionen haben zum Verfall der irakischen Infrastruktur geführt, viele Ölquellen sind versiegt, Exploration fand kaum statt. Zunächst wird also wohl eine Reihe von technischen und ökonomischen Expertisen erstellt werden müssen, um den Wert der Felder zu ermitteln. An der Reparatur und Erweiterung der Förderanlagen und Pipelines werden erst einmal die dafür zuständigen Service-Unternehmen verdienen, vor allem Schlumberger und Dick Cheneys ehemaliges Unternehmen Halliburton. Auch müssen die Kosten für die Besatzung aus den Öl-Erträgen bezahlt werden. Sie werden auf zwölf Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt – oder noch höher.

Was kommt dann? »Die Ölfelder gehören dem irakischen Volk«, sagt US-Außenminister Colin Powell. Aus der Sprache der Diplomaten übersetzt, heißt das: Neben Unternehmen der USA und Großbritanniens können vielleicht auch Rußland, Frankreich und China noch hoffen, daß ihre Konzerne am Ölgeschäft beteiligt werden. Unternehmen aus diesen Ländern haben bereits Verträge im Wert von mehreren Milliarden Euro abgeschlossen. Die britische Tageszeitung »Observer« berichtete im Oktober unter Berufung auf Quellen in der Pariser Regierung, Frankreich werde sich möglicherweise sogar am Krieg beteiligen, aus Angst, sonst später leer auszugehen.

Rußland ist in einer ähnlichen Lage: Als das irakische Energieministerium am 12. Dezember plötzlich einen wichtigen Vertrag mit drei russischen Ölkonzernen kündigte, war aus Moskau zu hören, daß damit ein entscheidender Grund für den russischen Widerstand gegen einen Krieg wegfalle. Andererseits erinnert man sich daran, daß die USA die Versprechen, die sie Putin im Herbst 2001 als Belohnung für seine Unterstützung des Krieges in Afghanistan gaben (vor allem die Aufhebung von Handelsbeschränkungen), nicht gehalten haben.

Der »Economist« (25.1.03) kommt zu dem Ergebnis, die Instandsetzung der irakischen Ölindustrie werde so lange dauern und so hohe Kosten verursachen, daß diejenigen widerlegt seien, die behaupteten, die Kriegspläne der USA seien vom Ziel eines niedrigen Ölpreises bestimmt. Das ist wahr – tatsächlich geht es natürlich um die langfristige Wahrung energiepolitischer und geostrategischer Interessen.

Oder geht es vielleicht überhaupt nicht um Öl? Wer Materialismus für unfein hält, der kann natürlich auch behaupten, »der 11. September« habe in den USA zu der Erkenntnis geführt, daß der Nahe Osten wohl ein bißchen verändert und demokratisiert werden müsse. Dabei stößt man dann allerdings auf den lustigen Zufall, daß dieselben Leute, die heute den Umsturz (im Irak) anstreben, dies bereits seit vielen Jahren tun. Die Gruppe *Project for the New American Century* wandte sich im Mai 1998 mit einem offenen Brief an den Mehrheitsführer im Senat, Trent Lott, in dem ein – notfalls gewaltsamer – Regimewechsel im Irak verlangt wurde, um die »lebenswichtigen Interessen der USA und ihrer Verbündeten« zu schützen. Neben Rumsfeld und seinem heutigen Stellvertreter Wolfowitz unterzeichneten unter anderem: Zalmay Khalilzad, John Bolton, Richard Perle und Richard Armitage.

Khalilzad, ein gebürtiger Paschtune, verhandelte zu dieser Zeit mit den Taliban über den Bau einer Pipeline durch Afghanistan, im Auftrag der Firma Unocal (Slogan: »Improving people's lives wherever we are«). Später wurde er Bushs Afghanistan-Berater. Bolton und Armitage gehören heute zu den wichtigsten Personen im Außenministerium. Perle wurde unter Bush Vorsitzender des *Defense Policy Board* (er äußerte im November, daß die USA den Irak auch dann angreifen werden, wenn Blix keine Beweise für Massenvernichtungswaffen findet).

Welche die »lebenswichtigen Interesssen« sind, darüber läßt der im Mai 2001 veröffentlichte *US National Energy Policy Report* (»Cheney-Report«) keinen Zweifel: Im Jahr 2020 werden die Golfstaaten zwischen 54 und 67 Prozent des gesamten

Öls produzieren. »Also wird die globale Ökonomie so gut wie sicher weiterhin von der Ölversorgung durch Opec-Mitglieder, besonders vom Golf, abhängen. Diese Region wird für die US-Interessen lebenswichtig bleiben.« Die Empfehlung der Kommission lautet: »Die NEPD-Gruppe empfiehlt, daß der Präsident der Sicherung der Energievorräte in unserer Wirtschafts- und Außenpolitik Vorrang einräumt.« Das macht er.

Hat je ein imperialistischer Staat seine Ziele so offen formuliert? Alles ist im Internet jedem zugänglich. Da liegt es nahe, eine Finte zu vermuten: Die USA lassen alle Welt glauben, es gehe ihnen bloß um das schnöde Öl. So abgelenkt, merkt niemand, daß sie heimlich an ihrem Hauptziel arbeiten, der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten – »improving people's lives wherever we are«.

Stefan Frank schrieb in KONKRET 2/03 über die Rürup-Kommission

Konkret 03/03, S. 25

Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer

Wir sind die Guten

Und für wen wir sind, der kann nicht schlecht sein. Achtzig Jahre deutsche Kriegs- und Friedenspropaganda von Löwen bis Halabja.

Knappe vier Jahre ist es her, daß Rudolf Scharping dem Bundestag den Hufeisenplan enthüllte und mit tränenerstickter Stimme erklärte, serbische Soldaten grillten die Föten kosovarischer Frauen. Der offensichtliche Unfug reichte aus, einen deutschen Kriegseintritt zu rechtfertigen und knüpfte vermutlich ganz unwissentlich an eine lange Tradition der Tatsachenverweigerung an, die im August 1914 begründet wurde. Bereits als deutsche Truppen Belgien verwüsteten, die Stadt Löwen zerstörten, die dortige Bibliothek niederbrannten und mit größter Grausamkeit völlig unbeteiligte Zivilisten exekutierten, zeigten die Deutschen jene vollständige Resistenz gegen Tatsachen, die nicht in ihr Weltbild passen.

»Die deutschen Zeitungen waren von der ersten Woche an voll von Geschichten über die ›abscheulichen Grausamkeiten‹ der Belgier, von ›Geistlichen, die bewaffnet an der Spitze der Freischärler kämpften ... von heimtückischen Überfällen auf Patrouillen und Posten, die man später mit ausgestochenen Augen und abgeschnittenen Zungen gefunden‹ habe«, schreibt Barbara Tuchmann über die den Einmarsch in Belgien flankierende deutsche Propaganda. Voller Unverständnis und moralischer Empörung sah man, daß sich Belgien, ein neutrales Land, gegen die deutsche Invasion wehrte. Nicht der eigene Überfall, sondern die Gegenwehr der Überfallenen erschien den Deutschen als Ungeheuerlichkeit und Verletzung des internationalen Kriegsrechts. Tuchmann: »Verletzung des Völkerrechts – das war bei den Deutschen zur fixen Idee geworden. Sie brachten es fertig, den Verstoß, den ihre eigene Anwesenheit in Belgien darstellte, zu verdrängen und den Blick nur auf das Unrecht zu richten, das die Belgier ihrer Ansicht nach begingen, wenn sie sich gegen diese Anwesenheit wehrten.«

Als ein deutscher Offizier nach der Besetzung Löwens erschossen wurde, brannten deutsche Truppen die Stadt zur Strafe nieder, nachdem sie zuvor schon Hunderte von Geiseln erschossen und Dörfer zerstört hatten. In zivilisierten Ländern erregte diese Form der Kriegführung Entsetzen. »Stammt ihr von Goethe ab oder vom Hunnenkönig Attila?« fragte etwa der Humanist Romain Rolland. In Deutschland aber fanden sich 93 hochrangige Petitionäre, vor allem Professoren, Schriftsteller und Künstler, die einer ungläubig staunenden Welt erklärten: »Es ist nicht wahr, daß wir die Neutralität Belgiens verbrecherisch verletzt haben ... Es ist nicht wahr, daß unsere Truppen Löwen brutal zerstört haben.« Die Vorwürfe gegen die Deutschen seien haltlos und eine infame Beleidigung des Volkes, das Goethe hervorgebracht habe.

Der Überfall auf Belgien und seine nationale Verarbeitung führten ein auch heute virulentes Syndrom vor, dem Karl Kraus damals den Titel »Deutschland, die verfolgende Unschuld« gegeben hat. Es besteht im völligen Fehlen jedes Unrechtsbewußtseins, in der Verkehrung der eigenen Taten in die Greuel des Gegners und einer tiefen emotionalen Übereinstimmung mit den eigenen Lügen. Die Empörung über belgische Frauen, die angeblich deutschen Offizieren die Augen ausstachen, war genauso authentisch, wie der Glaube, eine Nation, die Goethe hervorgebracht habe, könne nicht Bibliotheken niederbrennen.

80 Jahre später empörte sich die deutsche Friedensbewegung über den »US-amerikanischen Vernichtungskrieg« gegen den Irak. Als Eliteeinheiten des Irak, auf dessen Seite die Deutschen sich nicht nur emotional gestellt hatten, im Norden und Süden des Landes die eigene Bevölkerung niedermachten, blieb jeder Protest aus. Als 1,5 Millionen kurdische Flüchtlinge aus Angst vor einem erneuten Angriff mit Giftgas frierend und hungernd an der türkischen und iranischen Grenze auf Einlaß ins sichere Hinterland hofften, waren die weißen Laken aus den Fenstern verschwunden, das letzte Friedensgebet längst verstummt. Auch in den Jahren 1987/88, als der Irak mindestens 41 Giftgasangriffe gegen die eigene Zivilbevölkerung flog, während gleichzeitig deutsche Ingenieure in den Produktionsstätten von Samarra und Faluja Kammern zur Erprobung der Wirksamkeit des von ihnen gelieferten »Pflanzenschutzmittels« an Eseln und Hunden errichteten und sich liebevoll um die Camouflage der Anlagen kümmerten, empörte sich in Deutschland niemand. »Dabei sollte man erwarten«, schrieb 1989 der Kolumnist William Safire, »daß die gegenwärtige Generation von Deutschen, der Schuld ihrer Väter am Vergasen von Millionen Menschen vor gar nicht so langer Zeit bewußt, besonders empfindlich auf die Möglichkeit reagieren würde, Deutsche könnten einem terroristischen Diktator bei Gasmord in irgendeiner Weise helfen.«

Als der ehemalige CIA-Agent Stephen C. Pelletiere jetzt in der »New York Times« seine zehn Jahre alte Behauptung wiederholen durfte, der Giftgasangriff auf Halabja im März 1988 sei aller Wahrscheinlichkeit nach vom Iran ausgegangen, erntete er einen Sturm der Entrüstung vor allem in linken Medien der USA wie der »New Republic«. Dafür griffen deutsche Friedensfreunde um so begieriger zu. Rainer Rupp entlarvte in der »Jungen Welt« die »Halabja-Lüge«: »Pelletiere hat, aufgrund seiner Biographie und seines Wissens als führender Mitarbeiter der CIA und der US-Army, eine der hinterhältigsten Lügengeschichten zur Rechtfertigung des nächsten US-Krieges gegen Irak nicht nur entkräftet, sondern sie

wie eine Seifenblase zum Platzen gebracht. Es geht um die Behauptung, daß Saddam Hussein chemische Waffen gegen die Bürger seines eigenen Landes eingesetzt habe.«

Daß an der Täterschaft wie auch an der Herkunft des Giftgases, das in Halabja eingesetzt wurde, keine ernsthaften Zweifel bestehen, scheint irrelevant. Augenzeugen haben die irakischen Hoheitszeichen der tieffliegenden Angreifer identifiziert, iranische Truppen hielten sich zum Zeitpunkt des Angriffs in unmittelbarer Nähe der Stadt auf, das eingesetzte Gift wurde vom Iran nicht verwendet, Dokumente der irakischen Regierung, die 1991 in den Besitz der Aufständischen und von dort zur Uno gelangten, dokumentieren die Planung und Durchführung der Giftgaseinsätze. Alles gefälscht, alles erfunden?

In Halabja wurde, wie in anderen kurdischen Städten auch, Giftgas aus deutscher Produktion eingesetzt. Im Bereich der Massenvernichtungswaffen, der Belieferung mit Komponenten, Fertigungsstätten und dem Know-how zur Produktion chemischer und biologischer Kampfstoffe, hat die deutsche Wirtschaft siebzig Prozent des Gesamtvolumens für sich eingeheimst. Die restlichen dreißig Prozent verteilen sich auf Frankreich, die Sowjetunion, die USA und andere Staaten. Diese prozentuale Verteilung gibt lediglich einen Teil der deutschen Verantwortung wieder. Im Gegensatz beispielsweise zur amerikanischen Konkurrenz hat die deutsche Wirtschaft nicht nur Produkte, sondern den gesamten Produktionsapparat gleich mitgeliefert.

Die angebliche Wahrheit über die »Halabja-Lüge« fand sich bereits einen Tag nach der Veröffentlichung in der »Jungen Welt« auf unzähligen deutschen Internetseiten, bei attac-Regionalgruppen, Ortsvereinen der PDS und in den einschlägigen Portalen der Friedensbewegung. Im Leugnen realer Massaker sind die Deutschen so einfallsreich wie im Erfinden. Vergangenes Jahr hatte die »Junge Welt« noch erklärt: »Die humanitäre Katastrophe, die im Kosovo behauptet wurde, ist in Palästina eine unleugbare Tatsache.« Gemeint war das »Massaker von Djenin«, von dem die »Palästina-Expertin« Viktoria Waltz behauptete, die Israelis hätten 800 Leichen in Abfallgruben und auf Friedhöfen verscharrt und »die Bewohner gezwungen, der Exekution ihrer Kinder, Freunde, Brüder und Nachbarn zuzusehen«. Scharpings gegrillte Föten, das Massaker von Djenin, die Wahrheit über Halabja sind nur drei Beispiele, wie recht Bernhard Shaw 1914 hatte, als er resigniert bemerkte, die Deutschen brächten der menschlichen Vernunft wie auch dem menschlichen Glück nichts als Verachtung entgegen.

Zur Ehre nicht der »Jungen Welt«, aber der jüngst dort gelandeten ehemaligen PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke, muß gesagt werden, daß sie drei Tage nach ihrem Kollegen Rupp Pelletieres Erzählungen ausführlich widerlegt hat.

Konkret 03/03, S. 26

Stefan Frank

Das Ende der Alchimisten

Zwischen 1982 und 2000 boomte die Wirtschaft, der Goldpreis fiel, während der Dollar haussierte. Verkehrt sich diese Entwicklung in ihr Gegenteil? Malaysia und andere islamische Staaten planen, sich sicherheitshalber von der US-Währung unabhängig zu machen – nicht nur aus religiösen Gründen.

Marco Polo sagt in seinen Reisebeschreibungen, vom Großkhan könne man behaupten, »daß er das Geheimnis der Alchimisten kennt, da er die Kunst versteht, Geld zu machen«. Der »oberste Münzmeister« taucht das ihm anvertraute Siegel in Zinnober und stempelt damit ein Papier, das dadurch »völlige Kraft als gültige Münze« erhält. Heute ist das Prinzip dasselbe, allerdings hätte ein Münzmeister im Dienst der Notenbanken etwas mehr zu stempeln, vor allem in den USA. Die Staatsverschuldung erreicht dort inzwischen 6,4 Billionen Dollar, der Kongreß muß nun der Regierung die Erlaubnis erteilen, sich noch höher zu verschulden. Das Haushaltsdefizit beläuft sich auf 307 Milliarden Dollar. Der Rekord von 290 Milliarden, den Papa Bush 1992 schaffte, ist damit eingestellt.

Der Goldpreis erreichte im Februar mit über 350 Dollar pro Unze ein Sechs-Jahres-Hoch. Die »FAZ« (7.1.03) machte hierfür »die Schwäche des amerikanischen Dollar« verantwortlich. Das ist zwar etwas wirr, da der Goldpreis ja nichts anderes ist als das Verhältnis, zu welchem Gold gegen Dollar getauscht wird, so daß jeder Anstieg des Goldpreises eine Abwertung des Dollars ist – und umgekehrt. Immerhin aber wird hier einmal nicht »der Irakkonflikt« als Grund angeführt. Der stützt nämlich Dollar und Börsen, verhindert, daß sie noch stärker fallen, indem er den Glauben erzeugt, »nach dem Krieg« werde endlich alles gut.

Ob stark oder schwach, noch ist der Dollar die Hauptreservewährung. »Niemand wagt es, das in so großer Menge geprägte Papiergeld, das in allen Provinzen des Großkhans in Umlauf gesetzt wird, als nichtgültige Zahlung abzulehnen«, heißt es bei Marco Polo. Der Außenhandel des Großkhans funktionierte übrigens wie der der USA heute: Karawanen kamen an, lieferten ihre Waren ab, bekamen dafür Papier und waren glücklich. Die römischen Kaiser hatten es schwerer, obwohl auch sie einige fiskalpolitische Innovationen hervorbrachten. Konstantin etwa hatte mit einem Problem zu kämpfen, das allen sich in Auflösung befindlichen Imperien gemein ist: Militärausgaben verschlangen einen immer größeren Teil der Staatseinnahmen. Was machte er? Er bekam Visionen, führte das Christentum ein und konnte ruhigen Gewissens den Jupiter-Tempel und andere nun heidnisch gewordenen Heiligtümer plündern (heute würden wir von *Privatisierungen* sprechen).

Ähnlich verfuhr der englische König Heinrich VIII. noch 1200 Jahre später – er ersetzte die katholische Kirche durch die anglikanische und sammelte die überschüssigen Reichtümer ein. Da das noch nicht reichte, um die Staatsfinanzen zu sanieren, verringerte er gegen Ende seiner Amtszeit den Silbergehalt der Münzen so sehr, daß auf den mit seinem Bildnis geprägten Münzen das Kupfer durchschien und Heinrich den Beinamen »old copper nose« bekam. Hier wird der Vorzug des Papiergeldes augenfällig: Duisenberg, Greenspan und ihre Kollegen in aller Welt können die Geldmenge beliebig erhöhen, ohne daß sie rote Nasen bekommen.

Papierwährungen, die durch nichts gedeckt sind (nicht einmal durch Versprechen), haben aber, das zeigt die Geschichte, den Nachteil, daß sie irgendwann wertlos werden. Außerdem ist Gold, zum Leid der Notenbanker, ja nicht aus der Welt, wer wollte da Papier haben? Als US-Präsident Nixon 1971 die Golddeckung des Dollars endgültig beendete, war ein rasanter Anstieg des Goldpreises die Folge; 1971 hatte er noch bei 40 Dollar pro Unze gelegen, danach stieg er immer weiter, im Frühjahr 1980 erreichte er das bisherige Hoch von 850 Dollar. Der damalige Notenbank-Präsident Paul Volcker beendete die Abwertung der US-Währung, indem er die Zinsen auf über 18 Prozent anhob.

Ungebremste Ausweitung der Geldmenge und der Staatsschulden wäre (noch) einfacher, wenn Gold ganz aus dem Bewußtsein der Kapitalisten verschwände, wenn niemand aus der Papierwährung flüchten könnte, selbst in Krisenzeiten nicht. So denken auch die Notenbanken, man kann es in den Gesprächsprotokollen der FED (sie werden nach Ablauf von fünf Jahren freigegeben) nachlesen. In einer Sitzung, die am 6. und 7. Juli 1993 stattfand, sagte FED-Gouverneur Wayne Angell: »We can hold the price of gold very easily; all we have to do is to cause the opportunity cost in terms of interests rates and U.S. Treasury Bills to make it unprofitable to own gold.« Er meinte: Wenn die Zinsen hoch genug sind, wird kein Gold gekauft, sondern Staatsanleihen. Eine Anspielung verrät, daß der Gouverneur noch eine andere Möglichkeit sah, Gold unprofitabel zu machen: »A lot of that is held by central banks.«

Die Bank von England verkaufte zwischen Juni 1999 und März 2002 über die Hälfte ihres Goldes, nämlich 415 Tonnen, in öffentlichen Auktionen. Im Namen ihrer Majestät wurde das Gold fast genau zum niedrigsten Preis der letzten zwanzig Jahre verramscht, der erzielte Durchschnittspreis betrug 274,92 Dollar, gegenüber 350 Dollar Anfang 2003. 40 Prozent des Erlöses wurden in US-Dollar angelegt, der seitdem um über 20 Prozent gefallen ist. Schatzkanzler Gordon Brown nannte das einen »Erfolg«.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke wollte nicht zurückstehen und erklärte im Januar 2002 dem Fernsehsender »Bloomberg«, auch er halte den Verkauf von Gold für eine gute Idee. Etwas später konkretisierte er seine Vorstellungen in der »FAZ« (25.3.02): »Welteke will Gold in Aktien tauschen.« Er denke an ein »Aktiendepot mit einer guten Mischung aus Euro-Stoxx-50-Werten und anderen Standardaktien«, also Deutsche Telekom, Allianz, Nokia. Der DAX stand an jenem Tag bei 5366 Punkten.

Zentralbanken verkaufen aber nicht nur Gold, sie »verleihen« es auch. Das klingt merkwürdig: Wer würde sich von einer Notenbank Gold leihen wollen, es in einen Tresor legen, um es später zurückzubringen? Ein Juwelier, der es zur Herstellung von Schmuck benötigt, wohl nicht. Es sind Kreditbanken wie J.P. Morgan, Citigroup oder die Deutsche Bank. Sie »leihen« sich bei den Zentralbanken Gold zu niedrigen Zinssätzen zwischen 0,5 und zwei Prozent. Dann verkaufen sie das Gold und legen den Erlös in Rentenpapieren an, die mit vier bis sieben Prozent rentieren (inzwischen natürlich etwas niedriger). Ist der Goldpreis an dem Tag, an dem die Kreditbank das Gold zurückgeben muß, gefallen, dann hat die Bank einen Extra-Profit erzielt, da sie das Gold billiger zurückkauft als sie es vorher verkauft hat. Das schien lange ein Spiel ohne Risiko zu sein, da sich der Goldpreis zwischen 1980 und 2000 in einer anhaltenden Abwärtsbewegung befand; er fiel von 850 US-Dollar auf einen Tiefstand von 250 Dollar.

Gegen einen Preisanstieg schützen sich die Banken teilweise dadurch, daß sie Verträge mit Goldproduzenten eingehen. Konzerne wie die südafrikanische Anglogold oder die kanadische Firma Barrick verkaufen den größten Teil des von ihnen geförderten Goldes nicht zum jeweiligen Marktpreis, sondern sind langfristige Verträge eingegangen, in denen sie sich verpflichten, Gold zu einem festgelegten Preis zu liefern. Diese Praxis, *Hedging* genannt, hielten sie für lukrativ, da sie auf diese Weise etwas höhere Verkaufspreise erzielten und vor weiterem Preisverfall geschützt waren – zu dem sie selbst beitrugen, da die Vorwärtsverkäufe ja ein künstliches Mehr-Angebot erzeugten.

Die offiziellen Goldverkäufe der Zentralbanken belaufen sich auf 500 Tonnen pro Jahr. Eine Menge, die kaum ausreicht, das Defizit zu decken, das dadurch entsteht, daß der Verbrauch die Produktion jedes Jahr um mindestens 1.200 Tonnen übersteigt. Offiziell besitzen die USA noch über 8.000 Tonnen Gold, die Bundesbank 3.500 Tonnen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das »verliehene« Gold immer noch mitgezählt wird. Im juristischen Sinn besitzen die Zentralbanken es ja auch noch, tatsächlich aber ist es weg – und wird niemals mehr zu ihnen zurückgelangen. Es handelt sich hierbei um eine Menge von 5.000 Tonnen, nach anderen Schätzungen sogar sehr viel mehr. Gefördert werden pro Jahr nur 2.500 Tonnen, und die genügen nicht einmal, die Nachfrage der Schmuckindustrie zu decken. Über diese Menge hinaus kann Gold also nur von den Zentralbanken selbst kommen.

Eine interessante Frage ist, wieviel Gold aus ihrem Besitz in Wirklichkeit längst aus den Tresoren verschwunden ist. Das wird, aus gutem Grund, nicht verraten. Mit einer Ausnahme: Im Geschäftsbericht der portugiesischen Zentralbank ist ausgewiesen, daß 65 (!) Prozent der portugiesischen Goldreserven »verliehen« sind. Bei den anderen Notenbanken wird es nicht anders aussehen.

Ob es wohl vorkommt, daß A Geld verleiht an B, damit dieser seine alten Schulden bei A zurückzahlen kann? Genau das passiert. Als sich im September 1999 Notenbanken der EU und der USA im *Washington Agreement* darauf einigten, den Verkauf und Verleih von Gold zu beschränken, kam es zu Panikkäufen, die den Goldpreis innerhalb weniger Tage von 270 auf über 330 Dollar pro Unze trieben. Daraufhin sagte Alan Greenspan, die Notenbanken seien bereit, Gold in »ausreichender Menge« auszuleihen, um Preisausschläge zu verhindern.

Damals gab es noch eine weitere erstaunliche Begebenheit: Zwei Goldkonzerne, die kanadische Cambior und Ashanti Goldfields aus Ghana, wurden durch den steigenden Goldpreis beinahe in den Bankrott getrieben. Per Option, d.h. der Verpflichtung, Gold zu einem bestimmten Preis zu verkaufen, hatten sie viel mehr Gold verkauft, als sie produzierten, und waren nun unfähig zu liefern.

Zwar reduzierten die Goldminen-Betreiber ihre Vorwärtsverkäufe im vergangenen Jahr um 300 Tonnen, doch noch immer stehen 2.700 Tonnen aus, das entspricht einer kompletten Jahresproduktion. Sollte es zu einem plötzlichen heftigen Preisanstieg kommen, ist eine Kettenreaktion möglich, die wie 1999 einige der *Hedging* betreibenden Goldkonzerne (außer den genannten z.B. alle australischen Produzenten) in Bedrängnis bringen würde, vor allem aber die in diese Geschäfte verwickelten Banken. In einem obligatorischen Bericht an das *Office of the Comptroller of the Currency* (OCC) meldete J.P. Morgan im letzten Jahr Gold-Derivate (also sich auf Gold beziehende Termingeschäfte) im Volumen von 41 Milliarden Dollar, Citibank von zwölf, HSBC von vierzehn Milliarden Dollar. Der Wert der Fördermenge eines Jahres beträgt nur 28 Milliarden Dollar.

Am 6. Januar 2003 meldete die Nachrichtenagentur »Reuters«, J.P. Morgan habe die Börsenaufsicht SEC gebeten, zu prüfen, woher die Gerüchte kämen, die Bank habe Probleme mit ihren Gold-Derivaten. Berichte, wonach sie schon im November zwischen 17 und 70 Milliarden Dollar verloren habe, seien »falsch und unverantwortlich«. Das glaubt man der Hausbank von Enron gern.

Um die Verluste nicht zu groß werden zu lassen, könnten die beteiligten Banken versuchen, den Goldpreis wieder auf 300 Dollar zu drücken, indem sie noch mehr Gold verkaufen, das sie nicht besitzen. Diese Methode wäre der ähnlich, mit welcher der berühmte Nick Leeson 1995 die Barings-Bank in den Ruin führte.

Malaysia will noch in diesem Jahr einen »Gold-Dinar« zur Abwicklung des bilatera-len Handels einführen, wahrscheinlich zunächst mit dem Iran. Mahathir Mohamad, der Premierminister Malaysias, sagte der ägyptischen Zeitung »Al-Ahram Weekly« (23.11.02), damit solle »die Souveränität und der Wohlstand der islamischen Nationen« vor den »Heimsuchungen der Globalisierung« geschützt werden, und erinnerte an die asiatische Wirtschafts- und Währungskrise von 1997.

In Washington wird man jetzt wohl noch keine Angst vor dieser Konkurrenz zum US-Dollar haben. Sollte der »Gold-Dinar« aber so erfolgreich werden, wie man in Kuala Lumpur glaubt, dann könnte die »islamische« Währung für die USA gefährlicher werden als eine islamische Atombombe. Zwei Firmen bieten bereits goldgedeckten Zahlungsverkehr über das Internet an. Die eine wirbt mit dem Slogan: »better money«, die andere bietet »islamisch korrektes Bezahlen«.

Konkret 03/03, S. 28

Christian Eggers

Auf dem Weg ins Nazi-Paradies

In dem gerade zu Ende gegangenen Prozeß vor dem Hamburger Oberlandesgericht gegen Mounir El Motassadeq sind vor allem die antisemitischen Wahnvorstellungen der militanten Islamisten deutlich geworden.

Knapp vier Monate hat der Prozeß gegen Mounir El Motassadeq vor dem Hamburger Oberlandesgericht gedauert. Beihilfe zum Mord an über 3.000 Menschen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung hatte die Bundesanwaltschaft dem Angeklagten vorgeworfen. Er soll ein Mitglied der Hamburger Al-Qaida-Zelle um den mutmaßlichen Attentäter Mohammed Atta gewesen sein und bei der Vorbereitung der Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington geholfen haben. Handfeste Beweise für ihre Vorwürfe hat die zentrale Strafverfolgungsbehörde im Lauf des Prozesses nicht vorgelegt. Über die Planung und die Hintermänner der Angriffe war ebenfalls nichts Neues zu hören. Doch immerhin wurde im Zuge der Gerichtsverhandlung deutlich, daß der Verfassungsschutz die Hamburger Islamistengruppe schon geraume Zeit vor dem 11. September 2001 im Blick hatte. Und das zentrale Motiv der heiligen Krieger wurde durch Zeugenaussagen kenntlich: eliminatorischer Antisemitismus nach deutschem Vorbild.

Ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BFV), der als Zeuge unter dem Decknamen »Jürgen Lindweiler« vor Gericht auftrat, gab zwar zu, daß sein »Dienst« einige Mitglieder der Hamburger Al-Qaida-Zelle schon lange vor den Anschlägen in den USA beobachtet hatte. Doch konkrete Informationen über die Erkenntnisse, die das Amt aus den verschiedenen Observations-Maßnahmen gezogen hat, wollte »Lindweiler« unter Berufung auf seine eingeschränkte Aussagegenehmigung nicht preisgeben. Blöd für den Geheimdienst, daß die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« wenige Tage nach der Vernehmung »Lindweilers« einen Artikel veröffentlichte, in dem sie behauptete, über Dokumente zu verfügen, nach denen das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz sogar einen V-Mann im Umfeld der militanten Islamisten plaziert hatte. Die »Hamburger Todespiloten« hätten sich »unter den Augen diverser Nachrichtendienste zu einer Terrorgruppe« zusammengeschlossen und die Anschläge in den USA geplant, »während sie beobachtet wurden«, schrieb das Blatt. Auch Mounir El Motassadeq sei schon seit 1999 vom Verfassungsschutz observiert worden. »So reiste Motassadeq mit Kenntnis des BFV über Istanbul nach Pakistan und von dort weiter in ein Trainingscamp der Al-Qaida, wo er sich zum Terroristen ausbilden ließ.« Kein Wunder also, daß »Lindweiler« sich zu den Details der Arbeit seines Dienstes in der Hamburger Islamistenszene vor Gericht nicht äußern wollte. Daß Motassadeqs Reise nach Afghanistan dem Verfassungsschutz bekannt gewesen sei, stritt »Lindweiler« allerdings ab. Nur dessen Ausreise in die Türkei habe man registriert, erklärte der BFV-Mitarbeiter.

Wahrscheinlich wäre es aber ohnehin besser gewesen, wenn das Gericht gleich einen zuständigen Redakteur der »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« oder des »Spiegel« vorgeladen hätte. Auch das Hamburger Nachrichtenmagazin zeigte sich nämlich – wie häufig, wenn es um die Arbeit der Geheimdienste geht – gut informiert: »Jetzt steht fest, daß die Verfassungsschützer teilweise von 1996 an reihenweise Telefonate von Unterstützern und Mitgliedern der Hamburger Qaida-Zelle, darunter sogar von Marwan al-Shehhi, der das Flugzeug in den Südturm des World Trade Center lenkte, abgehört hatten – und keine Ahnung davon bekamen, wen sie da belauschten und was sich da zusammenbraute« (»Spiegel« 6/03). Der Geheimdienst habe die »auf dem Tisch liegenden Puzzlestücke des spektakulärsten Terroranschlags der Geschichte, dessen Vorbereitung gerade begonnen hatte, nicht zusammensetzen« können. Offenbar hatten die Schlapphüte aber auch gar kein Interesse daran, denn – auch das berichtet der »Spiegel« – der Verfassungsschutz habe sich auf »die Theorie« verlassen, daß die militanten Islamisten »in Deutschland keine Anschläge begehen oder auch nur vorbereiten«.

Nun ist es zwar eine gewagte Theorie zu unterstellen, daß Anschläge in Deutschland nicht geplant waren, denn schließlich standen – das mußte auch der Verfassungsschutz wissen – Synagogen und andere jüdische Einrichtungen sehr wohl im Visier der Gotteskrieger. Aber richtig ist, daß sie die Berliner Repu- blik nicht zu ihren Feinden zählte, weil sie Deutschland aus historischen wie aus aktuellen Gründen als potentiellen Bündnispartner gegen Israel, die Juden und die USA wahrnahmen. Ahmed Maglad, ein Student, der zeitweise zu der Hamburger Gruppe um Mohammed Atta gehörte, sagte als Zeuge vor dem Oberlandesgericht: »Wir waren der Ansicht, daß die deutsche und die französische Politik immer auf seiten der arabischen Länder war. Aber die USA ist die Mutter Israels.« Und der jüdische Staat müsse endlich wieder von der Welt verschwinden. Was nach Ansicht der Gruppe mit den dort lebenden Menschen geschehen solle, sagte Maglad nicht. Aber Atta, al-Shehhi, Motassadeq und andere Mitglieder der Islamistenzelle haben sich zu diesem Thema häufig gegenüber Mitstreitern und sogar Außenstehenden geäußert. Schließlich war für sie die Vernichtung Israels und der Juden der ganze Sinn und Zweck ihres irdischen Daseins.

Shahid Nickels, ein heute 21jähriger Student, der als Schüler 1997 zu den Hamburger Islamisten gekommen war, schilderte vor Gericht den wahnhaften Stand der Diskussion in der Gruppe. »Daß Israel kein Existenzrecht habe, war allgemeine Meinung in der Gruppe. Die glaubten an eine Weltverschwörung der Juden und dachten, die Juden kontrollieren weltweit

die Politik, die Medien und die Wirtschaft.« Schon den Zweiten Weltkrieg hätten die Juden organisiert, um Israel gründen zu können. Die Juden hätten nach Ansicht der Gruppe auch alle Kriege im Nahen Osten, in Tschetschenien, Bosnien und im Kosovo vom Zaun gebrochen, um »den Einfluß des Islam zurückzudrehen«. So erhitzten sich die Gotteskrieger Nickels zufolge immer weiter: Der Chef der Weltbank sei ein Jude, die Krise in Asien sei von Juden gemacht, und Monika Lewinsky sei »von den Juden geschickt worden, um Clinton zu blamieren«. New York, so Nickels, sei bei den Diskussionen häufig im Gespräch gewesen. »Die dachten, die Stadt sei das Zentrum des Weltjudentums.«

Shahid Nickels wurden von der Gruppe deutsche antisemitische Zeitschriften empfohlen, »weil da die Wahrheit über die Juden drin stehen sollte«. Welche Publikationen das waren, sagte der Zeuge nicht. Weder die Richter noch die Bundesanwälte zeigten Interesse an dieser Äußerung. Keiner fragte nach. Und auch als Nickels angab, daß die Gruppe sich mehrmals »mit Leuten aus Albanien wegen dem Kosovokrieg« getroffen habe, war das keinem Prozeßbeteiligten eine Nachfrage wert. Die Nazi- und die UCK-Connections der Hamburger Islamisten sollten offenbar nicht thematisiert werden.

Die Gruppe beschränkte sich aber bekanntlich nicht nur auf eine Analyse der Weltsituation, sondern sie diskutierte auch schon die geeigneten Maßnahmen gegen »das Weltjudentum«. Nickels: »Sie waren überzeugt, daß der Djihad gegen die Juden und damit gegen Israel, Rußland, Serbien und Amerika nötig sei. Sie sagten, wenn man Selbstmordattentate mit der richtigen Absicht mache, dürfe man das, um Märtyrer zu werden. Wenn Anschläge islamisch sind, sind sie auch gut. Nach dem Tod sollte es für den Attentäter 70 Jungfrauen oder so geben. Die genaue Zahl weiß ich nicht mehr. Auf jeden Fall sollte es eine sehr hohe Belohnung geben.« Insbesondere Marwan al-Shehhi sei davon ganz besonders begeistert gewesen. »Er hat viel über das Paradies geredet, das hat er sich sehr schön vorgestellt.« Und dahin hat er sich am 11. September 2001 dann ja wohl auch auf den Weg gemacht.

Motassadeq war dagegen offenbar mehr dem irdischen Paradies der Antisemiten verhaftet. Gegenüber Ralf Götsche, der mit ihm einige Jahre in einem Studentenwohnheim zusammengelebt hatte, philosophierte Motassadeq: »Das, was Hitler gemacht hat, war gar nicht so schlimm, das mit den Juden und so.« Sein Zimmernachbar habe »eine stark antisemitische Haltung« gehabt, sagte Götsche als Zeuge vor Gericht. Holger Liszkowski, der ebenfalls in den Wohnheim gelebt hatte, konnte das bestätigen. Im Jahr 1997 habe er Motassadeq von seinem Plan erzählt, in Israel Urlaub zu machen, erinnerte sich der Zeuge. Motassadeq habe ihn daraufhin scharf zurecht gewiesen: »Das heißt nicht Israel, sondern Palästina.« Es werde niemals Frieden geben mit den Juden in Palästina, und ein Kompromiß sei in dem Kampf nicht möglich, habe Motassadeq erklärt. Einige Monate später hörte Liszkowski nach eigenen Angaben wie Motassadeq zu einem anderen Studenten sagte: »Sie machen wieder was Großes. Die Juden werden brennen, und am Ende werden wir auf ihren Gräbern tanzen.«

Mounir El Motassadeq hat das vor Gericht selbstverständlich alles weit von sich gewiesen. Er könne gar kein Antisemit sein, weil er als Araber schließlich »auch ein Semit« sei, sagte der Angeklagte in seinem Schlußwort. Das hat er wahrscheinlich in irgendeiner der deutschen Zeitschriften gelesen, in der »die Wahrheit über die Juden« steht.

Christian Eggers ist freier Journalist und lebt in Hamburg

Konkret 03/03, S. 28

Joachim Rohloff

Deutsch denken

Manchmal hat sogar Jürgen Todenhöfer, der auf seine alten Tage noch einmal in den Krieg zieht gegen den Krieg, eine gute Idee. Neulich stellte er sich den Berliner Polizeipräsidenten vor, wie er »auf der Suche nach einem furchtbaren Terroristen, der sich nach einem verheerenden Anschlag auf ein bewohntes Hochhaus bei befreundeten Drogenhändlern in Kreuzberg versteckt hielte, Kreuzberg bombardieren ließe und dabei Hunderte unschuldiger Zivilpersonen, darunter zahlreiche Kinder, töten würde, den Terroristen entkommen ließe und trotzdem der Öffentlichkeit stolz verkünden würde, das Ganze sei ein großer Erfolg, denn immerhin seien die Drogendealer bei der Bombardierung weitgehend ausgeschaltet worden«.

Eine charmante Idee. Leider ist sie nicht zu verwirklichen. Denn erstens verfügt die Polizei über keine Bombengeschwader, und zweitens wohnen die Drogenhändler nicht in Kreuzberg, sondern in Zehlendorf. In Kreuzberg wohnt die Presse.

Ich schlage deshalb vor, die Bundeswehr bombardiere die Umgebung des ehemaligen Checkpoint Charly und töte einige Hundert schuldiger Zivilisten. In diesem Fall würde ich mich bereit erklären, für den Anlaß zu sorgen, einen weißen Turban aufzusetzen und mir einen Bart wachsen zu lassen. Und wenn das Rudi-Dutschke-Haus in Flammen stünde und die Sprengkörper senkrecht durchs Axel-Springer-Haus führen, ritte ich auf einem Esel über die Oberbaumbrücke und dächte an die Brandstwiete und an Offenburg.

Aber Todenhöfer hat es natürlich nicht böse gemeint. Er wollte bloß sagen, so wie jener Polizeichef hätten die Amerikaner sich in Afghanistan aufgeführt. Und Ähnliches planten sie nun im Irak. Einst operierte er am rechten Rand der CDU, unterstützte den antiimperialistischen Widerstand der afghanischen Mujahedin gegen die Rote Armee und verlangte nach einer europäischen Atomwaffe, über deren Einsatz auch die Deutschen zu entscheiden hätten. Heute ist er der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Hubert-Burda-Doofenpresse-AG, und noch immer gilt sein Leitspruch: »Ich denke deutsch.«

Wer in diesen Tagen deutsch denkt, kommt alsbald darauf, daß George Bush einen rechtswidrigen Krieg plant, in dem es nicht um die Demokratie gehen wird, sondern ums Öl. Todenhöfer reiste zweimal in den Irak und sah keine chemischen Waffen und keine islamistischen Terroristen, sondern eine leidende Bevölkerung. Als er nach Deutschland zurückkehrte, sah er, daß aus der »uneingeschränkten Solidarität« mit den USA in seiner Abwesenheit eine »uneingeschränkte Unterwürfigkeit« geworden war.

Aber damit ist es ja bekanntlich vorbei, alle gutwilligen Deutschen teilen inzwischen seine Meinung. Außer seiner eigenen Partei. Wird er nun der DKP beitreten?

Konkret 03/03, S. 30

Georg Fülberth

Größte Koalition

Nach dem Absturz der SPD: freudige Gefühle bei der Ankunft im Keller.

Wenn eine Partei, die die Bundesregierung führt, bei Landtagswahlen schwere Verluste erleidet, hat sie mehrere Möglichkeiten, das Ergebnis schönzureden. Sie kann zum Beispiel auf regionale Besonderheiten hinweisen oder auf eine Ausnahmesituation. Die SPD hat nach den Wahlen in Hessen und Niedersachsen auf dieses Ritual verzichtet. Dabei hätten sich ihr auch diesmal ein paar Ausreden angeboten. Zum Beispiel:

Im Januar 2003 hatten viele Wählerinnen und Wähler weniger Geld auf dem Lohn- oder Gehaltskonto als ein Jahr vorher. Die Beiträge zur gesetzlichen Altersversicherung und die Bemessungsgrenze waren angehoben worden. Dies hätte durch die für den Jahresbeginn geplante Senkung der Einkommenssteuer kompensiert werden können. Doch sie war ja wegen der Flut 2002 verschoben worden: Die Regierungsmehrheit hatte damals ihre Wahlchancen durch die Demonstration von Tatkraft verbessert. Man kann auch sagen, sie hat in der Stunde der Not eine richtige Entscheidung getroffen, die damals in der Sache von der Opposition unterstützt wurde. Und jetzt, so hätte die SPD argumentieren können, müßten eben die Folgen getragen werden: von uns allen durch Einkommenseinbußen und von ihr durch zwei schwere Wahlniederlagen. Die waren diesmal allerdings so heftig, daß bei einer solchen Erklärung irgendwie eine Lücke geblieben wäre. In ihr hätte sich öffentliche Zerknirschtheit, Trotz oder auch Verzweiflung breitmachen können.

Auch daran hat es nach dem 2. Februar 2003 deutlich gefehlt. Noch am Wahlabend zeigte der Wirtschaftsminister Clement bei »Sabine Christiansen« zwar zwischendurch die dem Anlaß angemessene betrübte Miene, aber sie wirkte irgendwie gespielt. Ein Eindruck von klammheimlicher Erleichterung ließ sich kaum verbergen. Gemeinsam mit Westerwelle, Merz und einem Unternehmensberater fiel der sozialdemokratische Minister über den Gewerkschaftsvorsitzenden Bsirske her. Er hatte den Schuldigen schon gefunden und gab blitzschnell die nun gültige Parole aus: Der Kündigungsschutz müsse, wie er es ja schon vor der Wahl gesagt hatte, abgebaut werden, und im übrigen laufe jetzt gar nichts mehr ohne die CDU/CSU, mit der man die Zusammenarbeit suchen werde. Denn schließlich habe sie ihre Mehrheit im Bundesrat ausgebaut. Die Union, insbesondere ihr neuer Star Roland Koch, signalisierte Zustimmung. Und so war in wenigen Stunden eine implizite Große Koalition gebildet, die sich über die Notwendigkeit einschneidender Reformen ebenso einig war wie Brandt, Kiesinger, Wehner und Strauß 1966 nach dem Sturz Ludwig Erhards.

Das Programm

Die Agenda mußte nicht mühsam formuliert werden, man hatte sich hier ja schon vorher im Grunde nicht unterschieden. Es geht nicht nur um den Kündigungsschutz, sondern auch um Leistungskürzungen und Teilprivatisierung bei den gesetzlichen Krankenkassen sowie bei der Rente um die Fortsetzung des Weges, den Walter Riester und die großen Versicherungsgesellschaften (= Institutionelle Anleger) bereits gewiesen haben. Hinzu kommen Einsparungen in den nicht militärrelevanten Teilen des Staatshaushalts. In der Außenpolitik kann eine große Schnittmenge genutzt werden: Schröder darf weiter eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak ablehnen, wenn er daraus eine Konsequenz zieht, die der CDU/CSU gefällt: ein energischer Beitrag der Bundesrepublik zu einer Wehridentität Europas durch glaubhafte Rüstungsanstrengungen. Aber das hat Struck irgendwie ja auch schon gesagt.

Das Ganze ist ein Segen für die SPD: Die Zeit der Profillosigkeit ist vorbei. Wie schädlich diese war, kann am Beispiel der Sozialversicherungen gezeigt werden. Grundsätzlich gibt es da zwei Möglichkeiten: eine egalitär-sozialstaatliche und eine neoliberale. Entscheidet sich eine SPD-geführte Regierung für die erste Variante, ruft Professor Baring zur Bürgerlichen Revolution. Wählt sie die zweite, demobilisiert sie den sozialdemokratischen Teil ihres Anhangs. Tut und läßt sie beides zugleich, hat sie die größtmögliche Opposition gegen sich. Das Resultat durfte sie jetzt in Hessen und Niedersachsen besichtigen. Es gibt Clement und Schröder den erwünschten Anlaß, nun endlich zu tun, was sie schon lange wollten: dasselbe wie CDU/CSU, FDP und Bündnis □90/Die Grünen. Niemand wird das besser verstehen als die gebeutelten Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen. Der linke Flügel darf hier vernachlässigt werden. Er wird nur deshalb öffentlich wahrgenommen, weil er einer großen Partei angehört, deren Mehrheit aus der Mitte besteht.

Von der expliziten Großen Koalition der Jahre 1966-1969 unterscheidet sich die jetzige, also die implizite, dadurch, daß sie nicht auf die CDU/CSU und die SPD beschränkt ist. FDP und Bündnis □90/Die Grünen gehören ebenso dazu wie die Berliner PDS, die den Ausstieg dieses Stadtstaates aus dem Flächentarifvertrag mitverantwortet. Es gibt keine wirtschafts- und sozialpolitische Opposition in Deutschland.

Das Volk

Undemokratisch ist das nicht. Denn niemand hat ja die Opposition verboten. Die Parteien der größten Koalition stützen sich auf einen Konsens, der nahezu das ganze Volk umfaßt. Jedenfalls würde der folgende Forderungskatalog immer eine breite Mehrheit finden: weniger Steuern, Abgaben, Sozialhilfe, Bürokratie und inländische Ausländer, mehr Wettbewerb, null Toleranz. Wer fürchten muß, irgendwann einmal selbst diesem Kanon nicht mehr gerecht zu werden, wird das zunächst verdrängen und dann eine andere Menschengruppe finden, die, bitte schön, noch vorher zu drangsalieren wäre. Erst dann führt vielleicht kein Weg mehr an Alkohol und Depression vorbei.

In der Mitte der Allparteienkonstellation steht allerdings ein Politiker, den man früher wohl am rechten Rand verortet hätte: Roland Koch. Er ist ein Mann des Volkes. Als er 1999 eine Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft organisierte, wurde er sofort Ministerpräsident. Die Schwarzgeld-Affäre hat der Union in Hessen ebensowenig geschadet wie Amigo in Bayern und – trotz Rücktritt – Späths Traumschiff-Vergnügen in Baden-Württemberg. Im Gegenteil: Wer auf diese Weise demonstriert, daß er mit der »Wirtschaft« kann, verdient Vertrauen.

Vor der letzten hessischen Landtagswahl erinnerte Roland Koch seine Mitbürgerinnen und Mitbürger an ihre Meinung, daß der Jude als solcher reich sei und zur Steuerhinterziehung neige. Dafür dankten sie ihm mit der absoluten Mehrheit. Der Fall Möllemann ist hiermit ausgestanden: Ob er in der kleinen FDP weiter geduldet wird, ist völlig egal, seit seine Sache von einem Mann vertreten wird, den die CDU vielleicht als ihren nächsten Kanzlerkandidaten aufstellen wird.

Stillstand und Bewegung

Angesichts der Geschlossenheit des Parteiensystems liegt es nahe, wieder einmal nach der außerparlamentarischen Opposition zu fragen. Die Friedensbewegung wird derzeit vom Bundeskanzler und vom Außenminister geführt. Um neben diesen sichtbar zu bleiben, muß sie sich aufs Nebengeschäft kaprizieren: Überflugrechte. Aufgrund ihrer Konzentration auf den internationalen Kapitalverkehr steht die Gruppe »Attac« den herrschenden Parteien bei ihren aktuellen Zentralaufgaben – Kündigungsschutz, Sozialversicherung, Schleifung der Kommunen – nicht wirklich im Weg. Befaßte sich diese Bewegung mit der Überakkumulation als einer Ursache der Finanzkrisen, könnte sie von ihrem Mitglied Jörg Huffschmid zwar etwas lernen, wäre aber als marxistisch zu schelten.

Die Gewerkschaften bleiben unentbehrlich: als Feindbild. Diesen Zweck erfüllen vor allem solche Gegner, die es entweder gar nicht gibt oder die schon das hippokratische Gesicht machen. Bsirskes Tarifabschluß war ideal: Die Mitglieder bekommen faktisch keinen höheren Reallohn, aber die öffentlichen Arbeitgeber können jetzt noch besser erklären, weshalb sie Leistungen und Personal abbauen müssen.

Clement hat vom Arbeitgeberpräsidenten Hundt gelernt, daß man zwischen ein paar dröhnenden Gewerkschaftsfunktionären und den kleinlauten und weithin demoralisierten Mitgliedern unterscheiden darf. Außerdem muß er auch an die Unorganisierten denken: Sie sind die Mehrheit unter den Lohnabhängigen, werden nicht von irgendwelchen Ersten Bevollmächtigten, sondern von der »Bildzeitung« mobilisiert und sind deshalb wichtiger.

Der Sieg

Nun ist wieder die Ansicht zu lesen, der Schulterschluß der SPD mit den anderen Parteien könne zu ihrem Untergang führen. Dieses Geschwätz kennen wir aber schon seit Godesberg 1959. So lange die Bundesrepublik in ihrer jetzigen Verfaßtheit besteht, wird es neben der Union eine Partei geben, auf der SPD draufsteht. Was drin ist, hat sich schon so oft geändert, daß es auf einmal mehr oder weniger nicht mehr ankommt.

Auch kann nicht davon gesprochen werden, die SPD gebe demokratisch-sozialistische Errungenschaften preis, die einst von August Bebel und den Seinen in harten Kämpfen errungen wurden. Die paritätisch finanzierte Alters- und Unfallversicherung stammt noch von Bismarck, die Reichs-(heute: Bundes-)anstalt für Arbeit wurde 1927 unter dem Arbeitsminister und Priester Heinrich Brauns (Zentrumspartei) eingeführt, das Umlageverfahren von Adenauer. Unter Blüm kam die Pflegeversicherung zur Schonung der Erben. Es handelt sich also um Leistungen des konservativen, später korporatistischen Wohlfahrtsstaats, die jetzt teilweise zurückgenommen werden. Die Bezahlung des arbeitsfreien Ersten Mai, des Oster- und Pfingstmontags, des 25. und 26. Dezember sowie das Kindergeld werden wohl bleiben. Die sind vom Führer.

Daran können wir allerdings auch sehen, daß die gegenwärtige volksgemeinschaftliche Übereinstimmung ein ziemlich breites und tiefes Fundament hat. Der Anteil der SPD bestand oft darin, daß sie vollendete Tatsachen nachvollzog. Das war nicht immer zu ihrem Schaden. Nehmen wir ein Beispiel aus der Außenpolitik: Als Wehner 1960 die Zustimmung der SPD zur Nato verkündete, wurde prophezeit, die Partei mache sich überflüssig, weil sie nunmehr dasselbe wolle wie die CDU. Das war ein Irrtum. Die SPD hatte sich auf dieselbe Basis begeben wie die Union, um dort – letztlich erfolgreich – mit ihr zu konkurrieren. Ein weiteres Beispiel ist New Labour. Diese Partei stellt seit 1997 den Premierminister, weil Blair offenbar zugetraut wird, er könne Thatchers Programm besser fortsetzen als vorher John Major.

So mag es sein, daß, vom späteren Ergebnis her gesehen, die SPD am 2. Februar 2003 die Wahl sogar gewonnen hat.

Georg F□ lberth schrieb in KONKRET 2/03 über Politik in Waffen

Konkret 03/03, S. 31

Rolf Surmann

Eine Niederlage

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Anfang des Jahres gegen die Opfer eines Wehrmachtsmassakers aus dem griechischen Städtchen Distomo ein Urteil gefällt, in dem Staaten- über Menschenrechte gestellt werden. Die Kläger waren bekannt geworden, als sie gegenüber der zahlungsunwilligen Bundesrepublik ein rechtskräftiges griechisches Urteil durch Pfändung des Goethe-Instituts in Athen vollstrecken wollten. Ihre Klage in Straßburg gegen den Einspruch des griechischen Justizministers hiergegen ist jetzt zurückgewiesen worden. Die Zwangsvollstreckung ist damit unmöglich. Darüber hinaus stärkt die Entscheidung grundsätzlich den Schutz der Bundesrepublik vor zahlreichen anderen in Europa klagenden NS-Opfern. Denn nach einem Bericht der »Berliner Zeitung« entschied es grundsätzlich, daß der völkerrechtliche Grundsatz der Staatenimmunität das Klagerecht von Einzelpersonen einschränken könne, sofern diese Einschränkung ein legitimes Ziel verfolge und verhältnismäßig sei.

Die exemplarische Chance, die in der griechischen Rechtssituation steckte, ist damit zunichte gemacht. Der erhoffte Durchbruch für andere Opfergruppen, denen ihr Recht bis heute verweigert wird, ist nicht erfolgt. Das Urteil ist deshalb ein harter Rückschlag für alle, die in Sachen Entschädigung auf den Rechtsweg hoffen. Der Kampf der griechischen NS-Opfer ist damit allerdings noch nicht beendet, in Griechenland stehen weitere Verfahren an. Die Einreichung von Sammelklagen in den USA wird erwogen. Auch der Bundesgerichtshof hat eine Entscheidung in dieser Angelegenheit erst noch zu treffen. Doch bedarf es keiner prophetischen Gaben, um den Ausgang *dieses* Verfahrens vorherzusagen.

In erster Linie kommt es nun erneut auf die politische und gesellschaftliche Durchsetzungskraft der Interessen der NS-Opfer an. Um die ist es jedoch weder in Griechenland noch in Deutschland gut bestellt. Gerade der Umstand, daß in Griechenland der Justizminister die Realisierung der erreichten juristischen Erfolge durch ein politisches Verdikt in letzter Minute vereitelte, zeigt, daß man dort weiß, wer in Europa das Sagen hat. Über die Lage in Deutschland brauchen wir kein Wort zu verlieren, ist doch diese No-win-Situation in der Entschädigungspolitik seit Jahrzehnten der Normalfall. Es wird deshalb so weitergehen, wie es immer gegangen ist. Ignatz Bubis hat diese Situation einmal mit den Worten umrissen, daß es, solange noch ein NS-Opfer lebt, den Kampf um Entschädigung geben wird. Für die übrigen ist es, sofern sie denn daran interessiert sind, eine kostenlose Lektion über die moralische Verfassung, in der diese Gesellschaft sich befindet.

Konkret 03/03, S. 32

Erich Später

Tschechien bleibt unser!

Mit Unterstützung der Bundesregierung bereiten die Sudetendeutschen diesseits und jenseits der deutsch-tschechischen Grenze die Restitution der alten Eigen- und »Volkstums«verhältnisse vor.

Bernd Posselt, CSU-Europaabgeordneter, Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und stellvertretender Leiter des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses »Europäisches Parlament/Tschechisches Parlament«, schien sehr wütend zu werden, als er das Gutachten des deutschen Völkerrechtlers Frowein über die »Benes-Dekrete« zur Kenntnis nehmen mußte. »Rassistisch« und eine »nationalistische Hinterlassenschaft« seien diese Dekrete und bis heute die Grundlage dafür, daß in der tschechischen Republik »ethnisch nachgesäubert werde«. Das Gutachten Froweins sei mithin ein politischer Skandal.

Als »Persilschein für Vertreiber«, »Legalisierung rassistischer und menschenrechtswidriger Enteignungs- und Vertreibungsdekrete« wurde das Gutachten in Artikeln der »Sudetendeutschen Zeitung« und in Stellungnahmen hoher Vertriebenenfunktionäre bezeichnet. Für kurze Zeit erreichte Frowein in der Haßskala der Landsmannschaft jene oberen Ränge, die gemeinhin von demokratischen und sozialistischen Politikern der tschechischen Republik und deutschen »Verrätern« besetzt werden. Der Prager Korrespondent der »FAZ«, Karl-Peter Schwarz, warf Frowein gar vor, durch sein Gutachten »ein Element nationalsozialistischen Rechtsverständnisses«, das in den Dekreten Benes' enthalten sei, in die EU einzuführen.

Das vom Europäischen Parlament im Mai 2002 in Auftrag gegebene Gutachten zu den Dekreten der Regierung Benes war Anfang Oktober veröffentlicht worden. Die Völkerrechtler Jochen Frowein, Ulf Bernitz und Sir Christopher Prout waren zu dem Ergebnis gekommen, daß die Dekrete für den EU-Beitritt Tschechiens keine rechtliche Relevanz besitzen und nicht aufgehoben werden müssen. Die Gutachter bewerten die Dekrete des Präsidenten der CSSR, die die Enteignung und Ausbürgerung der Sudetendeutschen betreffen, als rechtlich einwandfrei. Die »vernünftige« Unterscheidung »zwischen Personen, die während der Besetzung Loyalität zum tschechoslowakischen Staat bewiesen haben und den anderen« sei Grundlage der dekretalen Rechtssetzung.

Auch das Amnestiegesetz von 1946, das antifaschistische Aktionen und Widerstandshandlungen gegen die deutschen Besatzer sowie »die gerechte Vergeltung für Taten der Besatzungskräfte« straffrei stellt, wird im Gutachten nicht beanstandet. Bemerkenswert ist der politische Begründungszusammenhang, der den grundlegenden Sachverhalt betont, daß man nicht Widerstandshandlungen gegen die deutschen Nationalsozialisten bestrafen könne, während »viele, wenn nicht alle Taten der Deutschen während der Besetzung ... nie von Staatsanwälten oder Gerichten untersucht wurden«. Der tschechische Botschafter bei der EU, Libor Secka, bewertete die Debatte im außenpolitischen Ausschuß des Europaparlaments mit Blick auf die Empörung deutscher und österreichischer Abgeordneter über das Gutachten: »Es gibt eine ziemlich kleine Gruppe von deutschen und österreichischen Abgeordneten, die sich sehr lebhaft für dieses Thema interessieren ... Die große Gruppe derjenigen, die kein spezielles Interesse daran haben, betrachtet die Ergebnisse der Analysen, die vom Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurden, als richtungsweisend ... Die Analysen sprechen eine klare Sprache: die Benes-Dekrete stellen kein Hindernis für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik dar.«

Wie nicht anders zu erwarten, konnten die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die ihr politisch verbundenen deutschen und österreichischen EU-Abgeordneten das »Frowein-Gutachten« mit einer völkerrechtlichen Expertise kontern. Die juristische Allzweckwaffe der deutschen Vertriebenverbände, der Würzburger Völkerrechtler Dieter Blumenwitz, antwortete mit einem Gutachten, das den politischen Kampf der Sudetendeutschen Landsmannschaft gegen die Souveränität und staatliche Legitimität der tschechische Republik juristisch untermauerte. Blumenwitz kommt, wie gehabt, zu der Schlußfolgerung, daß die »Benes-Dekrete« mit europäischen Menschenrechtsstandards nicht vereinbar seien und vor einem EU-Beitritt Tschechiens aufgehoben werden müssen. Bereits im Mai 1998 hatte Blumenwitz in einem Vortrag vor den Amtsträgern der Landsmannschaft (»Heimatrecht, Volksgruppenrecht und Eigentum – Die rechtliche Situation der sudetendeutschen Volksgruppe«) die politischen und juristischen Schlußfolgerungen aus dem zu erwartenden EU-Beitritt Tschechiens gezogen. Er fordert für die Sudetendeutschen »das Recht auf Rückkehr zur alten Heimstätte und zu ihrem Besitz«. »Auch wenn die Rückführung faktisch scheitern muß«, so Blumenwitz, bleiben »alle vermögensrechtlichen Ansprüche« auf im Zuge der Umsiedlung enteigneten Besitz erhalten.

Das »Menschenrecht auf Heimat« für die Sudetendeutschen wird durch die Osterweiterung der EU nicht verwirklicht. »Mit dem Beitritt Polens und der Tschechischen Republik genießen zwar alle Unionsbürger – also auch die deutschen Heimatvertriebenen – Freizügigkeits- und Niederlassungsfreiheit im erweiterten Vertragsgebiet. Das den Vertriebenen zu gewährleistende Recht, zu Heimstätte und Besitz zurückzukehren, geht jedoch weit über die gemeinschaftsrechtlichen Verbürgungen hinaus.« Das heißt, daß auch nach einem EU-Beitritt Tschechiens die Forderungen der Vertriebenen politisch

und juristisch Bestand haben. Das im Oktober 2002 vorgelegte Blumenwitz-Gutachten entspricht in seinen wesentlichen Schlußfolgerungen der Rede vor den Vertriebenen-Funktionären, die bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft bis vor kurzem wie die Nazi-Kader der Henlein-Partei »Amtsträger« hießen.

Blumenwitz arbeitet seit Jahrzehnten in der von den deutschen Vertriebenenverbänden unterstützten »Studiengruppe für Politik und Völkerrecht« an der völkerrechtlichen und politischen Legitimierung deutscher Hegemonialpolitik in Europa. Wegen seines Eintretens für die Interessen der Vertriebenen wurde er hoch geehrt. Er ist seit 1990 Träger des »Preußenschildes« der Landsmannschaft Ostpreußen. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft ehrte ihn 1998 mit der Verleihung ihrer höchsten Auszeichnung, dem »Europäischen Karlspreis«. Blumenwitz ist als juristischer Berater der Landsmannschaft einer der Nachfolger von Prof. Hermann Raschhofer, der von 1956 bis 1970 in Würzburg Völkerrecht lehrte. Raschhofer war einer der engsten Mitarbeiter des SS-Gruppenführers Karl-Hermann Frank, des stellvertretenden Reichsprotektors von Böhmen und Mähren, d.h. des unter deutscher Besatzungsherrschaft stehenden tschechischen Teils der 1938/39 zerschlagenen Tschechoslowakischen Republik.

Raschhofer hatte die juristischen Expertisen für die Auflösung der CSR und die Etablierung der deutschen Ausplünderungs- und Terrorherrschaft geliefert. Im August 1941 schrieb der fünf Jahre später als Massenmörder in Prag hingerichtete Frank »Raschhofer zeichnet sich als Völker- und Staatsrechtler durch eine umfangreiche publizistische Tätigkeit aus und hat wertvolle Beiträge nicht nur zur Auseinandersetzung mit der Feindpropaganda, sondern auch zur Bekämpfung der tschechoslowakischen Staats- und Geschichtsauffassung geliefert.« 1942/43 gehörte Raschhofer zur berüchtigten Einheit »Bergmann«, die unter Oberfehl des späteren bundesdeutschen Vertriebenministers Oberländer zu Sabotageakten im sowjetischen Hinterland sowie zu Massenhinrichtungen von sowjetischen Zivilisten eingesetzt wurde. Als Mitglied der Einsatzgruppe H des Sicherheitsdienstes war Raschhofer an der Niederschlagung des Volksaufstandes im NS-Marionettenstaat Slowakei im Herbst 1944 beteiligt. Nach der deutschen Kapitulation konnte er sich einer Strafverfolgung durch Flucht entziehen. Seine Karriere in Westdeutschland wurde nie durch ein Ermittlungsverfahren gestört. Die Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft unter maßgeblicher Beteiligung der überlebenden Mitglieder der Nazi-Funktions- und Vernichtungselite des Reichsgaus Sudetenland und des »Protektorats« schuf für ihn ein neues Betätigungsfeld. Sein 1953 erschienenes Buch *Die Sudetenfrage* ist noch heute das politische und juristische Standardwerk für die Aktivisten der Landsmannschaft.

Die Kampagne gegen die »Benes-Dekrete«, die die Landsmannschaft seit den Vorbereitungen des Beitritts Tschechiens in die EU führt, stützt sich argumentativ und politisch auf die Ausarbeitungen und Thesen Raschhofers. Diese wurden taktisch modifiziert und der gestärkten Position der Landsmannschaft nach 1989 angepaßt. Wie Samuel Salzborn in seiner grundlegenden Studie über die deutschen Vertriebenverbände feststellt (*Heimatrecht und Volkstumskampf*, Hannover 2001), sind die Sudetendeutschen nach 1989 zu Akteuren der bundesdeutschen Außenpolitik geworden. Im Mittelpunkt steht dabei nicht mehr der Traum von einem Großdeutschland in den Grenzen von August 1939, sondern das Bemühen, »Volksgruppenrechte« für zu rekonstruierende »deutsche Minderheiten« in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verankern, um mit ihrer Hilfe politischen, ökonomischen und kulturellen Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik der Nachbarstaaten zu gewinnen. Salzborn betont, daß die Vertriebenenverbände das »Volksgruppenrecht« als Bestandteil des Völkerrechts zu etablieren versuchen und dabei bereits Erfolge verbuchen können. Er belegt seine Thesen mit einer detaillierten Untersuchung des deutschen Vorgehens in der polnischen Provinz Oberschlesien, wo sich die bevölkerungspolitische Basis der deutschen Minderheit und damit die Bedeutung ihrer politischen und kulturellen Organisationen durch gezielte Förderung seitens der Bundesregierung und der in ihrem Auftrag handelnden Vertriebenenverbände beträchtlich vergrößert hat. Die erheblichen Anstrengungen, in Osteuropa eine »deutsche Minderheit« zu rekonstruieren, wären ohne die institutionelle Förderung der Vertriebenenverbände durch die Bundesregierung nicht möglich. Allein zwischen 1988 und 1998 flossen nach Berechnungen Salzborns über 67 Millionen Mark an Fördergeldern für Institutionen und Projekte, die grenzüberschreitende Kulturarbeit leisten, d.h. für die Rekonstruktion und Betreuung »deutscher Minderheiten«.

Die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihren politischen und publizistischen Hilfstruppen geführte Kampagne gegen die »Benes-Dekrete« und die damit verbundene Infragestellung der staatlichen Souveränität und Legitimität der tschechischen Republik spielen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit seit mehreren Jahren eine große Rolle. Die gleichzeitig sich entfaltende politische und kulturelle »Basisarbeit« zur Rekonstruktion einer völkisch definierten deutschen Minderheit in der CSR findet dagegen kaum Beachtung.

Die Aktivitäten der »deutschen Minderheit« und der Sudetendeutschen Landsmannschaft sind durch den 1992 geschlossenen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über »gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« rechtlich legitimiert. Der entscheidende Passus lautet: »Die Angehörigen der deutschen Minderheit, d.h. Personen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit, die

deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, haben insbesondere das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen ... frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden. Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik ermöglicht und erleichtert im Rahmen ihrer geltenden Gesetze der Bundesrepublik Fördermaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit und ihrer Organisationen.«

Der Export des deutsch-völkischen Prinzips in die Rechtsordnung der CSR und die damit einhergehende Schaffung einer deutschen Minderheit haben dazu geführt, daß bis zum Jahr 2002 mehr als 70.000 neue deutsche Staatsbürgerschaften verliehen wurden. Bei der letzten Volkszählung in der CSR 1991 hatten sich zudem 30.000 Menschen als Angehörige der deutschen Minderheit ohne doppelte deutsche Staatsbürgerschaft deklariert. Dies wird sich in den nächsten Jahren deutlich ändern. Der Nachweis einer deutschen Abstammung, etwa die Erfassung in »Volksgruppenlisten« der SS, die der Germanisierungspolitik in der Zeit der deutschen Herrschaft dienten, genügt zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft. Die deutsche Botschaft in Prag unterstützt diesen Prozeß unbürokratisch, etwa durch Entsendung mobiler Beratungsteams, die vor Ort die Antragssteller beraten und deutsche Pässe aushändigen.

Die 14tägig erscheinende »Landeszeitung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien« berichtete in ihrer Ausgabe vom 27. März 2001 über den zweiten Konsularsprechtag der Botschaft in der Stadt Krawarn, die im »Hultschiner Ländchen«, einer Region an der Grenze zu Polen, liegt: »Bereits mehr als eine Stunde vor der angekündigten Besuchszeit drängten sich viele Einwohner vieler Gemeinden des Hultschiner Ländchens im Gang zum Arbeitsraum. Neben der Bearbeitung von Staatsangehörigkeitsanträgen händigten diese Herren bis in die Abendstunden deutsche Reisepässe aus ... der deutsche Freundeskreis hofft, daß auch in Zukunft die deutsche Botschaft den ›Hultschinern‹ behilflich sein wird und das wenigstens einmal in zwei Monaten.«

Ein Jahr später, am 30. Juli 2002, berichtet die »Landeszeitung«: »Tausende Hultschiner ziehen nämlich in die EU ... Das ermöglicht der wertvolle deutsche Reisepaß. Mittlerweile hat ihn schon fast die Hälfte aller Hultschiner in der Tasche, die sich in diesem Zusammenhang auch als ›Preußen‹ bezeichnen. Einen Anspruch auf einen zweiten Paß haben bis zu 180.000 Bürger nicht nur aus dem Hultschiner Ländchen, sondern aus der ganzen mährisch-schlesischen Region.« Anfang September 2002 schließen die »Deutschen Verbände im Hultschiner Ländchen und Umland« und der Bund der Vertriebenen (Kreisverband Cham, Bayern), der aus sechs sudetendeutschen und zwei schlesischen Verbänden besteht, ein feierliches Patenschaftsabkommen. Die Patenschaft soll, wie es im Bericht der »Landeszeitung« heißt, »durch eine Städtepartnerschaft zwischen der deutschen Stadt Roding und der Stadt Deutsch-Kravarn auf der tschechischen Seite ergänzt werden«.

Die Landesversammlung der »Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien« besteht zur Zeit aus 24 Regionalverbänden und unterhält dreizehn sogenannte Begegnungsstätten. Hauptziel der Landesversammlung ist die »Wiederbelebung der deutschen Sprache und kulturellen Selbstverwirklichung der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik«. Die deutschen Verbände werden von der Bundesregierung großzügig unterstützt – in den Jahren 1999 bis 2001 erhielten sie vier Millionen Mark.

Die Führung der Landesversammlung arbeitet eng mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusammen. Sie ist auf allen größeren Zusammenkünften in Deutschland vertreten. Regionale Gliederungen der Landsmannschaft, die »Heimatkreise« und »Landschaften« übernehmen Patenschaften bei der Gründung von regionalen und örtlichen Zusammenschlüssen der »heimatverbliebenen« Deutschen in der CSR. »Unser Verband der Deutschen, Nordmähren-Adlergebirge, wurde mit seinen sechs Ortsgruppen und ca. 600 Mitgliedern 1990 gegründet ... Der Verband pflegt im kulturell-gesellschaftlichen Bereich eine enge Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Heimatlandschaft Adlergebirge« (»Landeszeitung«, 7.5.02).

Zu einem Eklat kam es auf der Konferenz des deutsch-tschechischen Gesprächsforums Anfang März 2002 in Berlin, als der tschechische Senator Bednao, Mitglied der bürgerlichen ODS des ehemaligen Ministerpräsidenten Klaus, den Vertretern der deutschen Minderheit vorwarf, die politischen Ziele der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu verfolgen. Durch eine Kombination von innerem und äußerem Druck solle die Tschechische Republik zur Aufhebung der Präsidial-Dekrete bewegt werden. Die »Landesversammlung der Deutschen« hatte dem Petitionsausschuß des tschechischen Parlaments bereits im August 2001 eine Entschädigungsforderung der deutschen Minderheit übergeben – als Forderung der deutschen »Volksgruppe« in der CSR. – »Korbel (Sprecher der »Landesversammlung«, E.S.) begründete die Initiative damit, daß der deutschen Minderheit in Tschechien, nachdem Deutschland eine Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter nun umsetzt, ebenfalls Wiedergutmachung für erfahrenes Leid zustehe. Die Landesversammlung fordert den tschechischen Staat auf, über dieses Dokument zu verhandeln, damit sich auch die Angehörigen der deutschen Minderheit in Tschechien wie vollwertige Bürger des Landes« fühlen können (Politischer Kurzbericht der Adenauer-Stiftung, Tschechien, August 2001).

Nach dem EU-Beitritt Tschechiens, über den die Bevölkerung im Frühjahr in einer Volksabstimmung entscheidet, und infolge der damit einhergehenden Schwächung der staatlichen Souveränität werden sich die politischen und juristischen Möglichkeiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der ihr verbundenen neuen und alten »Heimatverbliebenen« beträchtlich erweitern. Die Führung der Landsmannschaft hat dies längst erkannt. Der laute Protest gegen die Entscheidung

der EU-Kommission im November 2002, den Beitritt der CSR ohne die Aufhebung der »Benes-Dekrete« zu befürworten, war eine absichtsvolle Inszenierung. Denn diese Entscheidung war keineswegs eine politische Niederlage der »Volkstumskämpfer«.

Die Bundesversammlung der Landsmannschaft (»Exilparlament«), die am 2. Dezember 2002 tagte, hat die Vorteile der neuen Situation analysiert. In ihrer »heimatpolitischen Erklärung« wurde die politische Strategie nach einem EU-Beitritt der CSR festgelegt. Die CSR wird aufgefordert, »das Recht auf Heimat« als Bestandteil der universellen Menschenrechte anzuerkennen. Die Bundesversammlung verlangt die volle rechtliche Gleichstellung der sudetendeutschen Vertriebenen und der deutschen Minderheit vor dem tschechischen Staat und vor den Gerichten, um unter anderem die Möglichkeit zu haben, die Rückgabe des nach 1945 konfiszierten Eigentums einzuklagen. Die Regierung Tschechiens wird aufgefordert, mit den »Repräsentanten der vertriebenen sudetendeutschen Volksgruppe« Verhandlungen aufzunehmen.

Mit ihrem Forderungskatalog signalisiert die Landsmannschaft der CSR, daß sie den politischen und juristischen Kampf um Rückkehr- und Eigentumsrechte im Rahmen der EU, d.h. unter günstigeren Bedingungen fortsetzen und mit Hilfe der »Deutschen Minderheit« in Tschechien radikalisieren wird. Bernd Posselt freut sich derweil über einen neuen Gesprächspartner, mit dem er die gerechten Anliegen seiner Sudetendeutschen diskutieren kann. Die »Sudetendeutsche Zeitung« berichtet von der Initiative Posselts im Europaparlament, eine von den derzeitigen und den künftigen Mitgliedsstaaten zu unterzeichnende Europäische Erklärung zu verabschieden, »die die gegenseitige Anerkennung der im und nach dem Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Greueltaten und Ungerechtigkeiten sowie das Bedauern darüber beinhaltet«. Weiter schreibt das Blatt: »Diese Passage kam aufgrund ausführlicher Verhandlungen zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, und Bernd Posselt zustande, die einen gemeinsamen Textentwurf gegen Völkermord und Vertreibung vorlegen wollen.«

Wir sind alle Sudetendeutsche!

Erich Später schrieb in KONKRET 2/03 über Pearl Habor

Konkret 03/03, S. 34

Erich Später

In Treue fest

Vor kurzem gab der Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft bekannt, daß Bundespräsident Rau am Pfingsttreffen »der sudetendeutschen Volksgruppe im Exil«, das dieses Jahr am 7./8. Juni in Augsburg stattfindet, teilnehmen wird. Die Tradition der Pfingsttreffen der Sudetendeutschen war 1950 von den überlebenden Mitgliedern der Nazi-Elite des Reichsgaus Sudetenland begründet worden, die danach die Politik des Vertriebenverbandes über Jahrzehnte prägten.

Mit einer Kranzniederlegung im KZ Theresienstadt erinnerte der tschechische Ministerpräsident Zeman am 19. Mai 2002 an die Ermordung von 260.000 jüdischen Bürgern der Republik durch die Deutschen. In seiner Rede betonte er seine Entschlossenheit, die staatliche Legitimität und Souveränität Tschechiens zu verteidigen. Am gleichen Wochenende fand in Nürnberg das 52. Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft statt. Gefeierter Eröffnungsredner war der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber. Neben anderen verdienten Volkstumskämpfern begrüßte er besonders »den bald 90jährigen Siegfried Zoglmann«.

Zoglmann ist seit der Gründung der Landsmannschaft einer ihrer führenden Repräsentanten und einer der letzten noch lebenden engen Mitstreiter der sudetendeutschen NS-Führer Henlein und Frank. Bereits im Jahre 1928 wurde Zoglmann Mitglied der deutschen Nazipartei in der CSR. Er steigt schnell in führende Ränge der Jugendorganisation auf. Wegen einer Teilnahme an einer SA-Übung in Deutschland wird er nach seiner Rückkehr von der republikanischen Justiz zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. 1934 flieht er mit anderen sudetendeutschen Nazifunktionären nach Deutschland. Nach der Zerschlagung der tschechoslowakischen Republik wird er als enger Mitarbeiter Karl-Hermann Franks zum Führer der Hitler-Jugend des Protektorats ernannt. Er meldet sich 1943 als Hauptsturmführer zur Waffen-SS, Division »Leibstandarte Adolf Hitler«. Frank verleiht ihm 1943 das Goldene Ehrenzeichen der HJ. Seine Nachkriegskarriere in der BRD bringt ihn in die Führungsgruppe der Landsmannschaft, der er mehrere Jahrzehnte angehört. Unter seinen ehemaligen SS-Kameraden und Parteigenossen wird er sich kaum unwohl gefühlt haben. Jedenfalls wird er auch als Bundestagsabgeordneter der FDP für sie tätig. »Ehemaligen Führern und Unterführern der SS-Verfügungstruppen, welche vor dem 8. Mai (1945) berufsmäßig Dienst gemacht haben, kann Versorgung auf Antrag gewährt werden«, heißt es in einem Antrag, den er und andere 1957 im Bundestag einbrachten.

Gegen Zoglmann wurde in der Bundesrepublik nie ermittelt. Die bayerische Staatsregierung verlieh ihm wegen seiner Verdienste 1983 einen hohen Orden. Den konnte er sich unter das Goldene Ehrenabzeichen der HJ hängen.

Konkret 03/03, S. 36

Kurt Pätzold

Stalingrad im Rückspiegel

Vor neuen Schlachten werden die alten noch einmal durchgenommen. Zum Stalingrad-Gedenkrummel der letzten Wochen.

Munzingers Vorausblick auf Tage, an denen sich mehr oder weniger bedeutsame geschichtliche Ereignisse jähren oder aus besonderem Anlaß dieser oder jener Person der Geschichte gedacht werden sollte, gehört, wie Journalisten versichern, zu ihrem unentbehrlichen Handwerkszeug. Allein darauf aber haben sie sich im letzten und im angebrochenen Jahr mit Sicherheit nicht verlassen. Sonst wäre den Januar- und Februar-Tagen, da vor 60 Jahren die Reste der deutschen Truppen in Stalingrad die Waffen streckten, die Aufmerksamkeit der Medien nicht in dem zu beobachtenden Ausmaß zuteil geworden. Indessen begannen Rundfunk- und Fernsehsender, Zeitschriften und Zeitungen bereits im November 2002 sich des Themas anzunehmen. Wie das geschah, erlaubt mehr Rückschlüsse auf den Zustand der deutschen Gesellschaft und ihrer Geschichtspublizistik als auf den Stand des Wissens, das wir von dem Ereignis inzwischen besitzen.

Den Anfang machte im Herbst 2002, wir erinnern uns, ein Aufruf des einstigen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, der im Auftrag eines Rundfunksenders Briefe von Soldaten der »Stalingrad«-Armee erbat, die in einer Sendefolge verlesen werden sollten (siehe KONKRET 11/02). Das geschah. Auswahl und Anordnung wurden so getroffen, daß ein Bild von den Leiden der Soldaten und dem elenden Untergang der gesamten Sechsten Armee entstand. Damit war ein Grundton angeschlagen, der die folgende Kampagne dominierte. Geschichtliche Zusammenhänge kamen durch diese Quellengruppe nicht in Sicht. Erst wer sich die verlesenen Dokumente aus dem Internet zog und sie neu gruppierte, gewann einen Eindruck von den politisch unterschiedlichen Haltungen, die Offiziere und Mannschaften der Armee eingenommen hatten. Doch sollte nicht das, sondern die Kriegsgemeinschaft der Deutschen vorgeführt werden, der Weg der Opferkolonne.

Noch in der Frühphase des Gedenkens ereignete sich ein Zwischenfall, den die Medien nur am Rande vermerkten. Der als Redner zu einer Kundgebung am Volkstrauertag geladene Bundestagspräsident Wolfgang Thierse machte seinen Auftritt vor dem vom Volksbund Kriegsgräberfürsorge in den Reichstag gerufenen Publikum von einigen Änderungen im Beiprogramm abhängig. Die Brieftexte, die der französische Komponist Aubert Lemeland in seiner Stalingrad-Symphonie verarbeitet hatte, sollten nicht verlesen, sondern durch andere ersetzt werden, deren Authentizität außer Zweifel stand. Und das »Ich hatt' einen Kameraden« sollte aus diesem Anlaß nicht erklingen. Prinzipielle Bedenken gegen den 1809 von Ludwig Uhland gedichteten mordspatriotischen Text gab es nicht. Zudem kann Friedrich Silzers 1825 entstandene Vertonung jeder deutschnationale Mann bis zum heutigen Tag mindestens mitsummen. Bei Begräbnissen und Gedenken wird das herzig-markige Werk nach wie vor gespielt, so auch als der für die Stalingrader Schlacht verantwortliche Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don, Erich von Manstein, betagt gestorben war und in der Bundesrepublik mit militärischen Ehren beigesetzt wurde. Thierses Einwand war taktischer Natur und ergab sich aus seiner Erinnerung daran, daß das Lied auch am 3. Februar 1943, nachdem die Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht das Schlachtende mitgeteilt hatte, über alle Sender des Großdeutschen Rundfunks zu hören gewesen war. Diese Vorgeschichte der Reichstagsveranstaltung signalisierte: Heldisch sollte es beim Stalingrad-Erinnern nicht zugehen. Das aber war, wir werden es sehen, bis zum Ende der Gedenkkampagne nicht durchzuhalten.

Was bot sich über Wochen und Monate dem Geschichtsinteressierten, wenn er in die ihm vorgehaltenen Rückspiegel sah? Bilder, die deutsche Soldaten im ungewohnten und untrainierten Häuserkampf zeigten. Einblicke in Dokumente des Grauens und äußerster Kriegsbarbarei. Das Vis-à-vis mit Zeitzeugen, von denen behauptet wurde, nun könnten sie endlich und im Angesicht ihres nahen Lebensendes von ihren Leiden berichten, wobei mitunter verschwiegen wurde, wie alt die Aufzeichnungen waren, die der Zuschauer zu sehen bekam. Kommentare, in denen deutsche Militärführer – sofern sie später bei er Gründung der Nato Pate gestanden oder sie wenigstens gut geheißen hatten – geschont, andere verteufelt wurden und in denen kaum Erwähnung fand, daß der extrem abenteuerliche Feldzugsplan des Jahres 1942 als Ausarbeitung des Heeresgeneralstabes unter Franz Halder und Walter Warlimont und nicht nur aus einer fixen Idee des Obersten Befehlshabers entstanden war.

Zu den Angaben, die wie üblich ohne Beleg immer wieder gegeben wurden, damit sie sich einprägten, gehörte das angebliche Verbot Stalins, die Zivilbevölkerung der Stadt rechtzeitig zu evakuieren, so daß die Schuld am Tod der etwa 40.000 Zivilisten, die seit dem 23. August 1942 im Bombenhagel der Geschwader des Feldmarschalls von Richthofen umkamen, wenn nicht ganz so doch in der Hauptsache auf das Konto des sowjetischen Diktators zu schreiben waren. (Hingegen ist noch niemand auf die Idee gekommen, die Toten von Lübeck, Rostock oder Hamburg Hitler anzulasten, weil er die Zivilisten aus diesen Städten nicht aufs platte Land umgesiedelt hatte.)

Unter den Text-, Ton- und Bildserien zur Stalingrader Schlacht sollte diejenige der ZDF-Fernsehhistoriker einen, wenn nicht den abschließenden Höhepunkt bilden. Anders als alles bis dahin Gebotene wurde ihre Ankündigung mit dem

Bemerken verbunden, sie werde Neues, bisher ganz Unvermutetes aus sowjetischen Archiven enthalten. Denn, so schon in den Reklamespalten, es hätten sich, wie nun sicher festgestellt, an jenem 2. Februar 1943 die Reste der Sechsten Armee gar nicht vollständig in Gefangenschaft begeben. Tausende deutsche Männer hätten die Waffen noch nicht gestreckt, einige von ihnen den Kampf auch danach noch fortgesetzt. Wer nur mit einiger historischer Phantasie begabt war, dachte da schon: »Wenn das der Führer gewußt hätte!« In welches Wechselbad von Gefühlen wäre er gestürzt worden. Der erhebende Gedanke an diese Helden aus seinem Holze und der erneute niederschmetternde Beweis, wie sehr ihn die Generale betrogen, die ihm unwillig oder unwissend davon nichts zu berichtet, sondern ihn dahin gebracht hatten, verfrüht und falsch das Ende der Kämpfe bekanntgeben zu lassen. Doch die Mainzer kamen mit ihrer Entdeckung zu spät.

Was sie präsentierten und im unvermeidlichen Buch zum Film »Anstelle eines Nachworts« plazierten, war ein im März 1943 angefertigter Bericht des Volkskommisariats für Innere Angelegenheiten (NKWD), in Teilen wiedergegeben, ohne Adressaten, ohne Unterschrift, ohne näheres Datum. Demnach hätten bewaffnete Banden, wie die Deutschen da heißen, vereinzelt in Gebieten der Stadt bis zum 20. Februar 1943 sich versteckt gehalten und Widerstand geleistet. Von den mehr als 11.000 Aufgespürten seien etwa zweieinhalbtausend Soldaten und Offiziere getötet, die anderen gefangengenommen und in Lager gebracht worden. Merkwürdig, daß von diesen Überlebenden niemand nach Deutschland zurückgekehrt und – etwa bei einem Treffen im Bund der Stalingradkämpfer – sich als einer von jenen zu erkennen gegeben hat, die dem Führer am längsten den Treueid hielten. Merkwürdig, daß sie alle in echtdeutscher Bescheidenheit ihr Heldentum beschwiegen und ihr Wissen ins Grab genommen haben. Merkwürdig schließlich, daß diejenigen, denen dieser Bericht vor Augen kam, nicht einen quellenkritischen Gedanken darauf wendeten, daß sich mit dem Namen NKWD erwiesenermaßen auch das Wirken einer der größten geheimdienstlichen Lügen- und Märchenfabriken verbindet, und daß ihnen auch nicht beifiel, hier könnten Leute berichtet haben, die sich vor ihrer Obrigkeit einen größeren Anteil an der Schlacht zuschreiben (oder ihn erheblich aufwerten) wollten, den sie in Wahrheit nicht besaßen. Jedenfalls paßte dieser Fund haargenau in jenes Konzept, das in Hitlers großsprecherischen Worten »Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich« hieß.

Zu den primitivsten Angeboten, die im auf Stalingrad gerichteten Rückspiegel zu finden waren, gehört die Deutung der Schlacht als ein Kampf zweier Diktatoren, die einzig vom Prestigedenken geleitet gewesen seien. Daß es im gesamten Kriegsverlauf auch um das Ansehen derer ging, die an der Spitze der Streitkräfte standen, war keine Neuheit des Zweiten Weltkrieges. Daß namentlich Hitler um die Folgen der Niederlage besorgt sein mußte und als Folge der verlorenen Schlacht, wie Goebbels notierte, sich auch eine den Führer erfassende Vertrauenskrise entwickelte, ist längst bekannt.

Die dumme Verkürzung der Feldzugsziele aufs Persönliche aber, die in einer – nicht in Bayern erscheinenden – Zeitung ihren Tiefpunkt in der Erklärung des Ausgangs der Schlacht »zum gewonnenen Armdrücken Stalins gegen Hitler« fand, besitzt den Vorteil, daß von gesellschaftlichen Interessen an Krieg und Kriegszielen nicht gesprochen werden muß. »Hitlers Angriff auf die Sowjetunion«, »Angreifer Hitler«, »Hitlers Eroberungspläne«, »nun will der Gröfaz«, »Hitler beschließt nun«, »Hitler will Stalingrad sturmreif schießen«, das ist eine unvollständige Auswahl aus einem einschlägigen Text eines Nachrichtenmagazins. Wäre da auf dem gedachten Weg an die türkische Grenze nicht nächst dem Weizen des Kubangebietes das Erdöl gewesen. Das wollte, so war wieder und wieder zu erfahren, aber auch nur Hitler und auch er nicht eigentlich auf Dauer, sondern nur damit er den Krieg »wirtschaftlich« weiterführen könne, was er den unökonomisch denkenden Generalen so schwer klarmachen konnte.

Von der gemischten, von Staaten und Privatfirmen gegründeten Gesellschaft, die sich mit ihrem Geld und ihrem Personal auf dem Sprung nach Maikop, Grosny und Baku befand, von den in Südrußland hinter der Front bereitliegenden Teilen jener in Frankreich bereits abgebauten Ölraffinerie und von langfristigen Kriegszielen war kaum irgendwo die Rede. Und diese Abstinenz mündete in die Weigerung, den Charakter und den Platz der Schlacht zwischen Wolga und Don auf den Begriff zu bringen. Harmlos noch die nichtssagende Wendung von der »einzigartigen Schlacht«. Anders die Formulierung, die Stalingrad »die berüchtigtste [was doch wohl heißt: die im schlechtesten Ruf stehende] Schlacht des Zweiten Weltkrieges« nannte.

Wer eine Prämie für den ersten Journalisten ausgesetzt hätte, der in einer der traditionellen großen Zeitungen der Bundesrepublik darauf verwiese, in jenem Winter 1942/1943 sei aus der Hoffnung Gewißheit geworden, daß es das Europa unter der Geisel des Hakenkreuzes nicht geben werde, hätte sie nicht auszahlen müssen. Wie überhaupt in diesem Rückspiegel die Reaktion auf das Schlachtgeschehen in den deutsch-besetzten Gebieten, in Gefängnissen und Zuchthäusern, in Konzentrations- und Zwangsarbeiterlagern, im deutschen Widerstand (mit Ausnahme der Münchener Studentengruppe), im neutralen Ausland, in den verbündeten Staaten und im deutschen Exil kaum auftauchte.

Kommt Geschichte, zumal Zeitgeschichte, ins Blickfeld, wird nach Lehren und Nutzen für Gegenwart und Zukunft gefragt. Das blieb auch im Hinblick auf Stalingrad nicht aus. Der rheinland-pfälzische Finanzminister, Gastredner eines Neujahrsempfangs in Trier, verglich die Lage der Deutschen heute mit den Zeiten von Stalingrad und des Bombenkrieges, um festzustellen, wie viel besser sie sei. Vordem schon hatte in einem Heimatblatt ein aus dem Niederschlesischen stammender Pfarrer auf »unsere deutschen Soldaten« Bezug genommen, »die am Rande der Verzweiflung gekämpft haben, bis zum Letzten«, und lobend herausgestellt, daß »unsere allein von der Truppenstärke her unterlegenen Männer« sich

nicht aufgaben, auch weil sie aus dem Anblick der »Stalingrad-Madonna« Kraft schöpfen konnten. »Angesichts solchen Heldentums« existierte auch für ihn kein Recht, über die Gegenwart zu jammern. In Weiden/Oberpfalz, wo sich zu Jahresanfang Vertreter von 72 lokalen und regionalen Vereinen zusammenfanden, bemerkte der Chef der Dachorganisation, aus den Briefen der in Stalingrad Eingeschlossenen lasse sich ermessen, »was Heimat ist«.

Je drohender die USA ihre und ihrer Verbündeten Truppen vor den Grenzen des Irak aufmarschieren ließen, desto bestimmter wurden Warnungen, die sich auf Stalingrad beriefen. Während eines Gottesdienstes anläßlich des Volkstrauertags erinnerte ein Pfarrer in Meppen an die Stalingrader Schlacht, erwähnte die Kriegsdrohung gegen den Irak und die Verantwortung des US-Präsidenten George W. Bush. Andernorts erklärte ein früherer Wehrmachtssoldat: »Die Schlacht um den Irak stelle ich mir noch schlimmer vor als Stalingrad, mit noch grausameren Waffen. Wenn ich jetzt einen Sohn hätte, würde ich ihn jedenfalls nicht opfern, um einen solchen Krieg mitzumachen.«

Dann war es Norman Birnbaum, Politologe und emeritierter Professor der Georgetown Universität, der Anfang 2003 in einer deutschen Zeitung einen Offenen Brief an seinen Landsmann, den Direktor des Aspen-Instituts in Berlin, Jeffrey Gedmin, schrieb und auf den Hinweis, die USA seien in Saigon nur knapp »ihrem eigenen Stalingrad« entgangen, die Vorhersage folgen ließ, daß, werde Leuten wie Verteidigungsminister Rumsfeld nicht Einhalt geboten, »auch unser Stalingrad kommen (wird) – wenn nicht in Bagdad, dann anderswo und das recht bald«. Einen völlig anderen Bezug stellte ein deutscher Professor her, der an der Berliner Humboldt-Universität lehrt und ein Experte der Militärgeschichtsschreibung ist. Er wurde mit den Worten zitiert: »Die Lehre von Stalingrad heiße nun nicht mehr ›Nie wieder Krieg‹, sondern ›Nie wieder ein solcher Krieg‹, in dem eine deutsche Regierung ihre Soldaten in eine vergleichbare fatale Lage manövriert.« Nicht das Verbrecherische des unprovozierten Einfalls in ein benachbartes Land erscheint hier verwerflich, sondern die elende Situation, in welche die eigenen Soldaten im Verlaufe eines Krieges gebracht worden sind. Der Gedanke darf weiter gedacht werden: Ein Hubschrauberabschuß bei Kabul, sieben Tote, das mag durchgehen. Ähnliche, mitunter schlimmere Unfälle tragen sich auch in der Heimat Tag für Tag zu. Solange Zeitungen melden können »Bislang keine Toten bei Kampfeinsätzen«, keine eigenen, versteht sich, können demnach die Lehren von 1943 als beherzigt gelten.

Inzwischen ist Stalingrad aus den deutschen Rückspiegeln wieder verschwunden. Bald werden in ihnen anstelle der T34-Panzer, die in der Steppe zwischen Wolga und Don operierten, Fahrzeuge gleichen Typs auftauchen, diesmal jedoch an der Spree und der Pleiße. Der Zehn-Jahres-Sprung »nach vorn« wird zum 17. Juni 1953 und in einen anderen geschichtlichen Bezirk führen, in dem sich die deutsche Geschichtspublizistik gedanklich viel freier und leichter wird bewegen können. Und wieder werden sich die Deutschen als Opfer präsentieren.

Kurt Pätzold hat zuletzt das Buch »Stalingrad und kein Zurück. Wahn und Wirklichkeit« veröffentlicht (Militzke Verlag)

Konkret 03/03, S. 38

Magnus Klaue

Deutsche Mattscheibe

Guido Knopp bringt die Legende der Deutschen als »Opfer des Bombenkriegs« dorthin zurück, woher sie stammt – in die Wohnzimmer.

In Ingeborg Bachmanns 1961 veröffentlichter Erzählung »Unter Mördern und Irren« erinnert sich eine Gruppe von Männern bei der abendlichen Stammtischrunde an die heroischen Kriegszeiten. Nur der Ich-Erzähler und seine beiden Freunde, die sich als Vertreter eines »fortschrittlichen« Standpunkts alleingelassen fühlen, wenden sich vom revisionistischen Geschwätz der Kameraden ab. Sie betrachten sich jedoch nicht als Angehörige der Täternation, sondern als Opfer: »Wir sind heute nur drei Juden«, lautet ihre Selbstbeschreibung. Die anmaßende Gleichsetzung der eigenen Situation mit den Opfern des Holocaust reflektieren sie nicht. Überhaupt spielt die Judenvernichtung in ihrer Kritik an den »Vätern« keine entscheidende Rolle. Ihre Maxime lautet: »›Nach dem Krieg‹ – dies ist die Zeitrechung.« »Nach dem Krieg«, nicht »nach Auschwitz«.

Bachmanns Erzählung ist beispielhaft dafür, wie die deutsche Nachkriegsliteratur über die Nazi-Zeit spricht. Von Borchert über Böll bis zu Nossack widmet sie sich mit Vorliebe »dem Krieg«, dem Juden oder Kommunisten ebenso zum Opfer fielen wie Herr Müller von nebenan. In ihrem Mittelpunkt stehen Analysen der seelischen Verwundung von Kriegsheimkehrern und Trümmerkindern. Die Berufung auf den Bombenkrieg wurde so zumindest in der Literatur und im Familiengespräch bereits während der fünfziger Jahre zum Mittel, die Differenz zwischen Tätern und Opfern, Völkermord und Kriegshandlungen zu nivellieren. Der Krieg, dessen anonyme Gewalt alle Beteiligten gleichzumachen schien, erwies sich als kleinster gemeinsamer Nenner, auf den sich Adenauer und die Gruppe 47 einigen konnten. Früher noch als die Bilder der Konzentrationslager fungierten die Bilder zerstörter deutscher Städte in den Filmen von Wolfgang Staudte und Helmut Käutner als Ikonen des Schreckens, die jede Frage nach dem Zusammenhang von Verbrechen und »Strafe« blockierten. Die Bilder bewiesen, wie schlimm es für alle war, und gaben sich mit dieser Diagnose zufrieden. Ihre Moral folgte der in ihrer Allmenschlichkeit inhumanen Phrase, wonach Kriege immer ein Übel sind.

Gleichzeitig jedoch herrschte bis 1989 ein zwar »verordneter«, aber für die öffentliche Rede verbindlicher Konsens, das alliierte Bombardement als »Befreiung« zu verstehen. Begrüßenswert war dieser Konsens, weil er verbot, alliierte Kriegshandlungen und deutschen Völkermord gegeneinander abzuwägen und aufzurechnen. Aber er war auch von Beginn an eine Lüge, suggerierte er doch, daß das NS-Regime eine Art Verschwörung gegen das deutsche Volk war – und nicht Ausdruck des politischen Willens einer breiten Bevölkerungsmehrheit. Die zur Allerweltsformel geronnene Rede von der »Unfähigkeit zu trauern« meinte bei den Mitscherlichs eben nicht die Trauer um die Opfer des Holocaust, sondern die Trauer um die Zerstörung des im »Führer« verkörperten kollektiven »Ich-Ideals«. Indem die Nazis als »die anderen« imaginiert wurden, von denen man endlich befreit worden war, wurde jene Identifikation (die Mitscherlichs sprechen von der »Verliebtheit in den Führer«) verdrängt, aber nicht aufgehoben. Am Stammtisch, im Familienkreis und im Gespräch in der Straßenbahn tobte sie sich weiterhin aus. Hier figurierte »Amerika« schon immer als Synonym für Fremdherrschaft, während an das Leben in Nazi-Deutschland nostalgisch zurückgedacht wurde.

Jörg Friedrich, zu dessen Kolportageroman *Der Brand* (siehe KONKRET 1/03) der ZDF-Chefrevisionist Guido Knopp am 4. Februar die adäquate Illustration ausstrahlen ließ, sprach kürzlich in einem Interview davon, daß »es« manchmal mit ihm »durchgeht« und er in solchen Momenten die Verpflichtung spüre, die Deutschen darüber aufzuklären, daß sie jahrzehntelang gehindert worden seien, »ihrer eigenen Opferschaft zu gedenken«. Tatsächlich bricht sich in der Debatte um Friedrichs Buch und in potenzierter Form in Knopps Elaborat jene verdrängte nazistische Identifikation Bahn, von der schon die Mitscherlichs befürchteten, daß sie unter der Oberfläche administrativer Demokratisierung lebendig bleiben würde. Alle »Zeitzeugen«, die im ZDF-Film »Der Bombenkrieg« zu Wort kommen, dienen diesem Zweck: Peter Scholl-Latour und Loki Schmidt, Gerhard Baum, Lothar Loewe, und auch jener britische Soldat, der bekennen darf, daß alle im Recht sind, die seinesgleichen anspucken: »Was ich getan habe, war kriegsverbrecherisch.« Lorenz Jäger kommentierte in der »FAZ« diese Szene, die »zu den erschütterndsten Momenten des Films gehört«, mit dankenswerter Ehrlichkeit: »Übrigens sprach der Mann ein ausgezeichnetes Deutsch, und gern hätte man gewußt, ob er die Sprache in einem Akt privater Sühne erst nach dem Krieg erlernte.« Richtig wohl fühlt sich der Deutsche erst, wenn man ihn um Entschuldigung dafür bittet, seinen Amoklauf gestoppt zu haben.

Auch Ralph Giordano, dessen Moraltiraden laut Jäger »unverhältnismäßig breiten Raum« in Knopps Film einnehmen, paßt ins ästhetische Konzept. Einerseits figuriert Giordano in den Medien schon seit Jahren als politisch korrekte Schießbudenfigur, deren Warnungen vor dem immer noch fruchtbaren deutschen Schoß ungefähr so ernst zu nehmen sind wie die Glaubensbekenntnisse von Johannes Rau. Außerdem spielt Giordano in »Der Bombenkrieg« eine Doppelrolle, weil er, wie Knopp im »Tagesspiegel«-Interview betonte, »einerseits Verfolgter des Nazi-Regimes und andererseits in Hamburg

Opfer des Bombenkrieges war«. Die Gleichsetzung von deutschem Genozid und alliierten »Kriegsverbrechen« wird mithin ausgerechnet von dem einzigen Protagonisten verkörpert, der noch irgendwie als »Linker« durchgehen könnte.

Doch »moralische Fragestellungen« stehen laut Knopp sowieso »ganz am Ende der Programmentscheidung«. Theoriedebatten verabscheut er ebenso wie Friedrich, der in Knopps Film ausgiebig zu Wort kommt. Der Normativität des Faktischen, die Friedrichs von keinerlei »moralischen Fragestellungen« getrübte Erörterungen durchherrscht, entspricht im Film die sture Aneinanderreihung von Bildern zerstörter deutscher Städte und vernichteter »Kulturgüter«. »Erst die Bilder« können Knopp zufolge »zeigen, wie es wirklich war«, weil in ihnen ausgedrückt ist, »wie die Geschehnisse von den Betroffenen ... heute empfunden werden«. Deshalb ist die hirnlose Bildergeschichte das perfekte Korrelat zum Konzept der Oral history, die es der deutschen Durchschnittsfamilie erlaubt, das Geschwätz, das sie vom Fernsehen gelernt hat, erneut als »Zeitzeugen« zu reproduzieren. Seriöse Historiker arbeiten nach Knopps Geschmack denn auch irgendwie zu »abstrakt«, weil sie den Deutschen das Gefühl geben, »daß ihr Erleben mit dem jeweiligen Schwerpunkt des historischen Diskurses nicht übereinstimmt«, der Historiograph mithin noch immer nicht ganz so verblödet ist wie man selbst.

Das wird sich in Zukunft ändern. Erste Anzeichen gibt es bereits. Herfried Münkler, Autor einiger keineswegs dummer Bücher über Geschichte und Theorie der Kriegsführung, führte kürzlich auf der Berliner Welle »RadioKultur« ein Gespräch mit Jörg Friedrich, das eigentlich ein auf zwei Stimmen verteilter Monolog war. Das Skandalon des neuen deutschen »Opferbewußtseins« wurde hier gar nicht mehr diskutiert, sondern als selbstverständlich hingenommen. Am Ende waren sich Friedrich und Münkler einig, daß die alliierten Bombardements das Ziel hatten, »die deutsche Zivilbevölkerung auszurotten«, und der Zweite Weltkrieg im übrigen trotz aller kriegerischen Gewalt »keinerlei Ergebnis« zeitigte. Offenbar muß Aufklärung künftig wieder ganz von vorn beginnen: mit der Erläuterung des Unterschieds von Diktatur und Demokratie und der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Magnus Klaue schrieb in KONKRET 2/03 über Georg Kreislers »Lied vom Ende«

Konkret 03/03, S. 39

Georg Fülberth

Zwei Leben

Ein Mann mit Vergangenheit: Über Eric Hobsbawms Autobiographie.

»There is nobody so adorable as oneself when young«

Yvonne Kapp, 1976

Noch einmal hat Eric Hobsbawm die Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts geschrieben, diesmal als Autobiographie. Mit seiner jüdischen Abstammung verbindet er wenig, mit dem Ort seiner Geburt – Alexandria – nichts, mit dem Jahr 1917 um so mehr. Die Mutter ist Österreicherin, der Vater Brite. Der Sohn wächst in Wien auf und kommt nach dem Tod der Eltern 1931 zu Verwandten nach Berlin. Die Familie ist arm und wahrt angestrengt den bürgerlichen Schein.

In Berlin wird der Fünfzehnjährige Kommunist im »Sozialistischen Schülerbund«. Am 25. Januar 1933 ist er dabei, als die KPD zu einer Kundgebung vor dem Karl-Liebknecht-Haus mobilisiert. Er erinnert sich: »Die Teilnahme an einer Massendemonstration in Zeiten großer öffentlicher Erregung ist – nach dem Sex – diejenige Aktivität, in der sich Körpererfahrung und angespannte Emotion auf höchstem Niveau verbinden. Anders als der Sex, der wesentlich individuell ist, ist sie naturgemäß kollektiv, und anders als die sexuelle Klimax (zumindest beim Mann) kann sie stundenlang anhalten.«

Im Reichstags-Wahlkampf 1933 verteilt er Flugblätter für die KPD, dann geht die Familie nach Großbritannien, nicht aus unmittelbar politischen Gründen, sondern weil sein Onkel arbeitslos wird. Die Verwandten hindern den Jungen daran, sofort in die britische KP einzutreten. In seinem Tagebuch notiert er, warum er Kommunist ist: »□mass ecstasy□ (Massenekstase, for I wrote my diary in German)«, außerdem »pity with the exploited, the aesthetic appeal of a perfect and comprehensive intellectual system, □dialectical materialism□, a little bit of the Blakean vision of the new Jerusalem and a good deal of intellectual anti-philistinism.«

Als er ein Stipendium für Cambridge gewinnt, ist dies wie der Aufstieg in eine andere Klasse. Er stürzt sich in die Geschichtswissenschaft, tritt der KP bei und wird einer ihrer aktivsten Studentenfunktionäre in dieser damals als »rot« geltenden Universität. Die Sommer verbringt er in Paris, auch hier unter anderem als Organisator. Ein Foto zeigt ihn auf einem Lastauto während einer Demonstration der Volksfront 1936. Bei einem Trip ins republikanische Spanien wird er nach einem Tag ausgewiesen: Die Anarchisten trauen ihm nicht.

Mit seinem Beitrag zum Zweiten Weltkrieg ist er unzufrieden. Viele seiner Kommilitonen und Dozenten werden nach Bletchley eingezogen, wo sie für den Geheimdienst die deutschen Codes knacken sollen. Ihn nimmt man nicht einmal als Dolmetscher: entweder weil er Kommunist ist oder weil seine Mutter Österreicherin war. So zieht er bei den Pionieren Strippen im Inlandseinsatz und wird danach an eine Art armee-interner Volkshochschule kommandiert. »I wasted my country□s time and my own during most of my twenties.«

Seit 1947 arbeitet er als Dozent am Birkbeck College in London. Bei weiteren Bewerbungen wird er abgewiesen – Kalter Krieg. Kommunisten im öffentlichen Dienst wurden von ihren Vorgesetzten aufgefordert zu kündigen. Weigerten sie sich, flogen sie nicht raus, sondern wurden auf einen unbedeutenden Posten abgeschoben oder blieben – wenn sie ohnehin schon in der Besenkammer steckten – dort, wo sie gerade waren. Hobsbawm findet das nicht so arg. Die Diskriminierung geschah »in a relatively low-key, gentlemanly manner«. Sein erstes Buch wird nicht gedruckt. Der Verlag wurde vor diesem Autor gewarnt.

Schlimmer war der Zwanzigste Parteitag der KPdSU 1956. Die Erschütterung über Chruschtschows Enthüllungen sprengte die Gruppe von Intellektuellen – vor allem Historiker – , mit denen sich die britische Partei hatte schmücken können. Hobsbawms Freunde verließen die Partei, weil diese sich nicht konsequent genug mit ihrer Geschichte auseinandersetzte. Er selbst blieb – aus Stolz, sagt er – , obwohl er ihre Kritik teilte. Aber er stieg aus der Parteiarbeit, die bis dahin einen erheblichen Teil seiner Zeit ausgefüllt hatte, aus und betrachtete sich als eine Art informelles Mitglied der italienischen KP. Eine andere Kombination aus Ekstase und Reflexion hatte er schon lange im Jazz gefunden: als Fan und Kritiker.

1959 (er war jetzt zweiundvierzig) konnte er erstmals zwei Bücher veröffentlichen. Das eine – *The Ja□ □ Scene* – erschien unter dem Pseudonym Francis Newton, das andere heißt *Primitive Rebells* (deutsch: *So□ ialrebellen*) und wurde sofort ein Welterfolg. Bis heute sichert es seinem Verfasser Anhänger/innen, in jeder neuen Generation von jungen Linksradikalen.

Ab 1960, vollends nach der Kuba-Krise 1962, spürte er (auch an der Besserung seiner eigenen Lebensumstände), daß das Zeitalter der Katastrophen in das »Golden Age« des Kapitalismus übergegangen war. In den Metropolen hatten die Unterklassen ebenfalls etwas davon. Die kommunistischen Parteien begannen leerzulaufen. Eine Massenbasis haben sie, wenn die Hoffnung jedes einzelnen Mitglieds auf aktuelle Hebung seiner persönlichen Lage nur durch die Erreichung des

meist etwas idealistisch formulierten Gesamtziels realistisch erscheint. Klafft das auseinander, bleibt vorderhand nicht mehr die Alternative: Sozialismus oder Barbarei, sondern: Sekte oder Sozialdemokratie. Hobsbawm richtete ab 1962 seine revolutionäre Neugier auf Lateinamerika. Er wurde zum publizistischen Begleiter der Guerilla.

Allmählich kam auch die akademische Anerkennung, unter anderem aufgrund eines dreibändigen Werks über das lange Neunzehnte Jahrhundert. 1971, mit vierundfünzig, wurde er Professor. Nach seiner Emeritierung lehrte er an der New School for Social Research in New York, bis er achtzig war.

Daß *Das Zeitalter der Extreme* sein größter Erfolg wurde, hat drei Gründe: Erstens die Qualität des Textes. Zweitens die Genugtuung der Sieger. Ein Gegner erklärt ihnen, ohne selbst abzuschwören, seine Niederlage. Die rumänische Übersetzung hat George Soros finanziert. Drittens der Trost für die Verlierer. Ein Genosse und Professor spricht aus, was sie selbst kaum noch zu sagen wagen: daß es eine gute Sache war.

Wenn er einmal die Position des »Watcher in Politics« verläßt, geht das nicht immer gut. Als in den achtziger Jahren Neil Kinnock die Labour-Führung von Linken säuberte, berief er sich auf Hobsbawm. Der ließ es sich nicht nur gefallen, sondern hoffte, daß damit mehr »common sense« in die Partei einziehe. Heraus kam am Ende (zu seinem Mißvergnügen): Blair, »Thatcher in trousers«.

Ebenfalls in den achtziger Jahren tummelte er sich mit großer Lebensfreude unter seinen eurokommunistischen Freunden in Italien. Heute gesteht er, daß er nicht gemerkt habe, wie schon damals das Land sich auf Berlusconi hinbewegte.

Der Autor der *So□ ialrebellen* steht konsterniert vor den Taten von IRA, ETA und »Sendero Luminoso«.

Man begreift, daß die Eule der Minerva erst in der Abenddämmerung ausfliegt und warum ein Mann mit dieser Vergangenheit in einer solchen Gegenwart nicht von dem radikalen Youngster der Jahre 1932/33 loskommen will.

Eric Hobsbawm: *Interesting Times. A Twentieth-Century Life.* Allen Lane, an imprint of Penguin books. London 2002, 464 Seiten, 25 £

Konkret 03/03, S. 40

Amram Mitzna, Volker Weiß

»Tiefster Abstieg«

KONKRET-Interview mit Amram Mitzna, Chef der Arbeitspartei, über Israel nach einer Knesset-Wahl und vor einem Irakkrieg

KONKRET: Herr Mitzna, die israelische Arbeitspartei hat das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte erzielt. Warum?

Amram Mitzna: Das Wahlergebnis spiegelt einen Prozeß wieder, der mit der Wahlniederlage von Premierminister Barak 2001 begann. Nach Monaten bedrohlicher Terroraktivitäten in ganz Israel hatten die Bürger ihre Frustration dadurch ausgedrückt, daß sie mehrheitlich eine rechte Regierung gewählt haben – in der Hoffnung, Terror lasse sich mit Gewalt verhindern. Damals entschied die Arbeitspartei, einer Einheitsregierung unter Ariel Sharon beizutreten. Der erklärte Wille, am nationalen Kampf gegen den Terror teilzunehmen, ließ die Arbeitspartei jedoch nicht gerade als Alternative zur Politik von Sharon erscheinen. Das Friedenslager, die israelische Linke, ist mit ihrem tiefsten Abstieg konfrontiert. Der lang anhaltende palästinensische Terror hat viele Israelis auf die rechte Seite des politischen Spektrums getrieben.

Hält die Linke am Gedanken an die Koexistenz Israels mit einem Palästinenserstaat fest?

Definitiv. Wir werden aus der Opposition das Friedenslager stärken, bis wir genug Unterstützung erhalten, das Land erneut in einen Friedenprozeß zu führen. Die Errichtung eines palästinensischen Staates in einem Friedensabkommen ist die einzige realistische Lösung. Offensichtlich hat das jetzt sogar Premierminister Sharon realisiert und sich nur eine Woche nach den Wahlen entschieden, mit Repräsentanten der Autonomiebehörde zu verhandeln.

Obwohl Sie als Bürgermeister von Haifa das weltliche Israel symbolisieren, sind die Wähler in großen Scharen zur säkularen Shinui-Partei gegangen.

Die Periode der großen Koalition hat ein Vakuum geschaffen. Davon hat die Shinui-Partei mit ihrem vagen Programm profitiert. Es war ein klassischer Fall von »Modewahl«, ein Protest der jungen weltlichen Generation. Die »Mittelklasse-Partei« Shinui versprach, nicht mit den orthodoxen Parteien zusammenzugehen. Wahr ist aber, daß Abgeordnete der Arbeitspartei und von Meretz die säkulare Linie der Gesetzgebung in der 15. Knesset getragen haben und nicht Shinui. Wir wollen jedoch, auch vor dem Hintergrund unserer Partnerschaft mit der Meimad-Bewegung *(einer demokratischen religiösen Initiative)* eine Brücke zwischen den Religiösen und den Weltlichen in Israel darstellen. Während Shinui den Willen zur Veränderung des Status quo mit einer Rhetorik des Hasses artikuliert, basiert bei uns dieser Wille auf gegenseitigem Respekt und Verständigung zwischen Religiösen und Weltlichen.

Hat Ariel Sharon bei der Wahl von der Irakpolitik der USA profitiert?

Obwohl das Weiße Haus bei den Versuchen, eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt zu finden, eine führende Rolle spielt, wäre es Unsinn zu sagen, daß das Engagement der Bush-Administration für eine mögliche militärische Intervention im Irak den Versuch darstellt, die israelische politische Arena zu beeinflussen. Die US-Politik hinsichtlich der derzeitigen beunruhigenden Situation im Irak hat ihre Wurzeln in den Ergebnissen des Golfkriegs von 1991. Saddam Hussein war insofern nicht völlig besiegt, als er seine Fähigkeit zur Massenvernichtung offensichtlich nicht verloren hat. Vor diesem Hintergrund ist es irrelevant, den sogenannten Nutzen, den Premierminister Sharon aus dieser Situation gezogen haben könnte, zu bemessen. Die mögliche Bedrohung der israelischen Bürger kann nicht als politischer Nutzen für irgendwen betrachtet werden, sondern nur als nationale Herausforderung. Die Arbeitspartei wird, wie auch in der Vergangenheit, im Falle eines Krieges die Regierung unterstützen und ihr eine Sicherheitspartnerschaft anbieten.

Wäre der Irak auch nach seiner Abrüstung unter Kontrolle der Vereinten Nationen noch eine Gefahr für Israel?

Es gab einen Zeitpunkt, an dem es so aussah, daß die Entwaffnung unter Kontrolle der Vereinten Nationen in die richtige Richtung führt und Saddam Hussein mit den Waffeninspektoren zusammenarbeitet. Wie die jüngsten Ergebnisse der Waffeninspektionen zeigen, besteht noch immer die Gefahr, daß der Irak über bedrohliche militärische Fähigkeiten verfügt. Obwohl Israel in der Lage ist, sich im Falle eines irakischen Angriffs selbst zu verteidigen, ist es nur im Interesse der internationalen Gemeinschaft, diese Gefahr anzugehen und sie zu neutralisieren.

Soll Israel einen amerikanischen Angriff auf den Irak unterstützen und wenn ja, wie?

Ich bin sicher, daß Israel den USA jede Unterstützung anbieten wird, derer sie bedürfen, um ihre Mission am Golf zu vollenden.

Israel dient den Regimen der arabischen Welt traditionell zur Ablenkung von ihren eigenen Problemen. Birgt ein westlicher Angriff auf den Irak nicht das Risiko, daß Israel ins Schußfeld gerät?

Im Golfkrieg 1991 hat die arabische Welt nicht die Chance gesehen, Israel anzugreifen. Und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß dies in Zukunft passiert. Sollte es zu irgendwelchen Aggressionen gegen den Staat Israel kommen,

verfügen wir über die militärische Stärke, unsere Bürger zu verteidigen.

Erwarten Sie, daß die USA nach einem Sieg im Irak von Israel Zugeständnisse an die Palästinenser verlangen?

Die USA sind in dem Prozeß, die Verhandlungen zwischen Israel und der Autonomiebehörde wieder aufzunehmen, einer der wichtigsten Vermittler. Die amerikanische Regierung meint, daß beide Seiten Zugeständnisse machen müssen und zwar vor den eigentlichen Verhandlungen. Ich bin überzeugt, daß die USA dieser Linie folgen werden und die israelischen Bürger sich bald der Tatsache bewußt werden, daß schmerzhafte Zugeständnisse gemacht werden müssen.

Ist Arafat noch ein Partner Israels?

Es ist offensichtlich, daß Arafat nicht länger einen entscheidenden Faktor in israelisch-palästinensischen Angelegenheiten darstellt. Arafat hat sich entschieden, die Terrorbekämpfung aufzugeben; er konnte den Extremisten auf den palästinensischen Straßen nicht widerstehen. Wir können uns jedoch unsere Partner auf der anderen Seite nicht aussuchen, und wenn wir mit Arafat verhandeln müssen, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, dann werden wir es tun.

Interview: *Volker Weiß*

Konkret 03/03, S. 41

Jürgen Elsässer

Gangster unter sich

Wo bisher Jugoslawien war, gibt es künftig Dschindschistan und Dschukanowitschien, eine Rauschgift-Republik und einen Freistaat-Puff.

Keiner lügt so metaphernreich wie Zoran Djindjic, der deutsche Bambi-Preisträger, im Nebenberuf Ministerpräsident von Serbien. Ende Januar, während der Beratungen des Belgrader Parlaments über die formelle Beerdigung Jugoslawiens, sagte er, der Tod dieses Staates sei schon vor Jahrzehnten eingetreten und nur dank Tito nicht bemerkt worden: »Als der Mann, der das Gefriergerät in Gang hielt, starb, hat alles wieder zu stinken begonnen.«

Man muß kein Anhänger von Tito sein oder sonst ein besonders feines Näschen haben, um an dem Gestank zu würgen, der seit Djindjic' Machtantritt die Belgrader Luft verpestet. So auch jetzt wieder: Entgegen der serbischen Verfassung, die bei grundlegenden Veränderungen – und das Ende Jugoslawiens ist zweifellos eine – eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament fordert, erklärten Djindjic und seine Demokratische Partei, daß eine einfache Mehrheit genüge. Als es auch dazu nicht reichte, wurden die Voten zweier bereits abgetretener Abgeordneter und von zehn Politikern, die noch nie Abgeordnete waren, als Ja-Stimmen gezählt – so jedenfalls die Aussage von Oppositionsführer Vojislav Seselj, von dem noch die Rede sein wird.

Indizien, daß der Vorzeigedemokrat Djindjic nichts anderes als ein Krimineller ist, wurden bereits in KONKRET präsentiert (zuletzt in Heft 1/03). Einer der bekanntesten serbischen Mafiosi hat Mittte Januar diesen Verdacht erhärtet. »Cume« Buha, Chef des im Drogenschmuggel aktiven Surcin-Clans, meldete sich per offenem Brief bei der Justiz und bot sich als Zeuge in zwei Ermittlungs- bzw. Strafverfahren an. Er könne beweisen, daß sowohl beim Kidnapping des Milosevic-Rivalen Ivan Stambolic (August 2000) als auch beim Attentat auf den damaligen Oppositionsführer Vuk Draskovic (Oktober 1999) nicht nur der Unterwelt-Pate Dusan »Dule« Spasojevic, sondern auch Milorad »Legija« Lukovic beteiligt gewesen war. Letzterer war Chef von Milosevics Prätorianergarde, der »Roten Barette«, traf sich aber auch damals schon insgeheim mit Djindjic und spielte dann beim Putsch gegen Milosevic eine wichtige Rolle. Djindjic hält ihn bis heute auf seinem Posten.

Auch die Enthüllungen von Cume veranlaßten Djindjic nicht, gegen Legija, sondern gegen den einzigen Politiker vorzugehen, der seiner Macht noch gefährlich werden kann. Der bereits erwähnte Seselj, Führer der Radikalen Partei, hatte in den vergangenen Monaten mit immer neuen Informationen über Djindjics Verbindungen zu Legija und anderen Kriminellen für Aufsehen gesorgt – bei den serbischen Präsidentschaftswahlen Anfang Dezember erhielt er über ein Drittel der Stimmen. Ende Januar umschlichen Polizisten in Zivil Seseljs Anwesen; der befürchtete, er habe verhaftet und nach Den Haag überstellt werden sollen. Auch eine Gruppe von Elitesoldaten des britischen Special Air Service (SAS) hielt sich zur Unterstützung des Kidnappings in Belgrad auf, behauptete Seselj weiter (bis heute gibt es Gerüchte über eine SAS-Beteiligung bei der Verhaftung Milosevics im April 2001). In der Folge bestätigte der stellvertretende Ministerpräsident Miodrag Isakov zum ersten Mal, daß tatsächlich ein Haftbefehl aus Den Haag gegen Seselj vorliege. Daraufhin ging der Politiker in die Offensive und erklärte, sich freiwillig stellen zu wollen. Ab Ende Februar will er in Den Haag beweisen, daß die Anklage, er habe in den Bürgerkriegen des letzten Jahrzehnts schwere Verbrechen begangen, unbegründet ist. »Nur eine Rückreisegarantie gibt es für ihn nicht«, freute sich die »FAZ«.

Mit der Auflösung des Gesamtstaates hat Djindjic elegant einen weiteren Widersacher beseitigt: Vojislav Kostunica, bisher Präsident Jugoslawiens, verliert sein Amt. Nachfolger an der Spitze der neuen Konföderation Serbien und Montenegro (Spötter sagen: Solanien) wird ein Amigo von Djindjic, genauer: ein Parteifreund seines montenegrinischen Amtskollegen Milo Djukanovic sein.

Djindjic und Djukanovic haben einen gemeinsamen Geschäftspartner: Stanko Subotic Cane, nach der kroatischen Wochenzeitung »Nacional« der »Kopf der gesamten Balkan-Mafia«. Djindjic bezeichnet Cane als »ehrenwerten Geschäftsmann« und hat einen Haftbefehl niedergeschlagen, den die serbische Polizei im April 1997 erlassen und so Cane zur Flucht nach Kroatien gezwungen hatte. Im Sommer 2001 ist Djindjic mit Canes Privatjet zum Staatsbesuch nach Moskau geflogen, die Belgrader Tageszeitung »Politika« zeigte das Foto auf der Titelseite.

»Nacional« hat 300 Stunden Telefongespräche zwischen Cane und Djukanovic abgehört und berichtete über die Jetset-Aktivitäten der beiden – teure Geschenke, wüste Parties, Mißbrauch Minderjähriger – , vor allem aber über die Finanzierung der Wahlkämpfe Djukanovics aus der Schmuggelkasse des Mafioso: 50 Millionen sollen dafür seit 1995 geflossen sein, weitere 130 Millionen seien auf Privatkonten unter anderem in Zypern geparkt.

Diese Affären interessierten herzlich wenig, so lange sie balkanisch waren. Die Lage änderte sich, als die Staatsanwaltschaft im italienischen Bari einen Haftbefehl gegen Djukanovic ausstellte – über Cane soll er nämlich auch in Geschäfte mit der kalabresischen Mafia verstrickt gewesen sein. Außerdem erhob Anfang November letzten Jahres die

Europäische Union Klage gegen den Tabakkonzern Reynold (»Camel«, »Winston«) wegen Zigarettenschmuggels, als Empfänger von Bestechungsgeldern wurde ebenfalls Djukanovic genannt. Rettung vor Interpol versprach sich der Verdächtigte von einer Ämter-Rochade – ein juristisches Unikum, das schwer zu erklären ist. Letzten Winter gab er jedenfalls das Präsidentenamt auf und ließ sich von seiner Parlamentsmehrheit zum neuen Premier Montenegros wählen.

Das Ganze wäre jenseits der Schwarzen Berge gar nicht aufgefallen, hätte die Mehrheit der Montenegriner nicht die fällige Neuwahl des Präsidenten mehrfach (zuletzt Anfang Februar 2003) boykottiert. Warum der Boykott? Zum einen war das Wählen offensichtlich wurscht, denn der designierte Präsident übte das Amt als bisheriger Parlamentspräsident ohnehin bereits kommissarisch aus (und wird das weiterhin tun) – völlig unabhängig davon, ob er die erforderlichen Stimmen bekommt. Zum anderen hatte die Politikverdrossenheit einen gewaltigen Schub bekommen, nachdem am 30. November der montenegrinische Oberstaatsanwalt Zoran Piperovic verhaftet worden war. Eine moldawische Prostituierte hatte gegenüber der EU-Frauenbeauftragten Helga Konrad ausgesagt, sie sei vier Jahre lang als Sex-Sklavin in dem Örtchen Orahovac gehalten worden, und sie nannte 20 hochrangige Kunden mit Namen, unter anderem den erwähnten Piperovic. Die Frau war laut Konrad in einem »entsetzlichen Zustand«, ihr Körper wies die Spuren schlimmer Mißhandlung auf. Die Anschuldigungen waren so glaubhaft, daß Innenminister Jovicevic den gewalttätigen Freier verhaften ließ. Djukanovic aber hatte nichts besseres zu tun, als sowohl Jovicevic wie Piperovic zu entlassen – den Innenminister aus dem Amt, Piperovic aus der Haft.

Der Londoner »Independent« berichtet, daß der Mädchenhandel mittlerweile den Zigarettenschmuggel als Haupteinnahmequelle der montenegrinischen Schattenwirtschaft ersetzt habe. Jedes Jahr würden 1.400 Osteuropäerinnen in den Puffs zwischen Cetinje und Kotor gefügig gemacht und dann nach Westeuropa weiterverkauft. Der Kapitalismus floriert, wie man sieht. Wer würde da dem Sozialismus eine Träne nachweinen?

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 1/03 über Zoran Djindjic' Verwicklungen in das organisierte Verbrechen

Konkret 03/03, S. 42

Peter O. Chotjewitz

Kunst & Gewerbe

Krieg den Hüten

Zu Schröder fällt mir nur ein, was aber, glaube ich, kein richtiges Gerücht ist, sondern im wesentlichen Tatsache: Schröder fordert eine Höchstgrenze für sämtliche Gehälter. Angemessen seien maximal 3.000 Euro netto pro Monat. Das solle nicht nur für die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft gelten, sondern auch für die Bezieher von Einkünften aus Kapitalanlagen, Immobilien etc. Die frei werdenden Mittel sollten zur Erhöhung der Renten- und Sozialhilfesätze, Anhebung der niedrigen Einkünfte, Senkung der Ausgaben für Mieten und öffentliche Beförderungsmittel, Kindergartensätze etc. verwendet werden. Gedacht sei auch an eine Subvention der Grundnahrungsmittel, der Schnapspreise, der öffentlichen und privaten Prostitution, der Eintrittspreise in Sportstadien. Haschisch und Marihuana zum Eigenverbrauch werden ab sofort kostenfrei abgegeben. Konsumbeschränkungsgesetze für KFZ-Nutzer, Eigenheimbesitzer, Alkoholiker.

Motto: Besaufen geht auch mit Mariacron. Golfspielen und Urlaubsreisen werden verboten. Da zu erwarten sei, daß alle Wähler nur noch SPD wählen, erhält die CDU in sämtlichen Parlamenten ein Alibi-Mandat ohne Rederecht und Stimme. Krieg den Hüten, Friede den Knästen!

Konkret 03/03, S. 42

Kunst & Gewerbe

Schröder Investigation Unit

»Wenn Sie irgendwelche Gerüchte kennen, die Herr Schröder peinlich finden würde und die die deutsche Presse veröffentlichen sollte«, brauchen Sie nicht die »Schroeder Hotline« von »Mail on Sunday« anzurufen. Für KONKRET haben vier Autoren die schönsten Gerüchte über Gerhard Schröder aufgeschrieben. (Zusatz für Herrn Nesselhauf: Natürlich liegt uns die Annahme fern, diesen Gerüchte könnte auch nur ein Fünkchen Wahrheit innewohnen.)

Die Red.

Krieg den Hüten

Zu Schröder fällt mir nur ein, was aber, glaube ich, kein richtiges Gerücht ist, sondern im wesentlichen Tatsache: Schröder fordert eine Höchstgrenze für sämtliche Gehälter. Angemessen seien maximal 3.000 Euro netto pro Monat. Das solle nicht nur für die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft gelten, sondern auch für die Bezieher von Einkünften aus Kapitalanlagen, Immobilien etc. Die frei werdenden Mittel sollten zur Erhöhung der Renten- und Sozialhilfesätze, Anhebung der niedrigen Einkünfte, Senkung der Ausgaben für Mieten und öffentliche Beförderungsmittel, Kindergartensätze etc. verwendet werden. Gedacht sei auch an eine Subvention der Grundnahrungsmittel, der Schnapspreise, der öffentlichen und privaten Prostitution, der Eintrittspreise in Sportstadien. Haschisch und Marihuana zum Eigenverbrauch werden ab sofort kostenfrei abgegeben. Konsumbeschränkungsgesetze für KFZ-Nutzer, Eigenheimbesitzer, Alkoholiker.

Motto: Besaufen geht auch mit Mariacron. Golfspielen und Urlaubsreisen werden verboten. Da zu erwarten sei, daß alle Wähler nur noch SPD wählen, erhält die CDU in sämtlichen Parlamenten ein Alibi-Mandat ohne Rederecht und Stimme. Krieg den Hüten, Friede den Knästen!

Peter O. Chotjewitz

Ursprüngliche Bierakkumulation oder: Bloß eine Jugendsünde?

Wie jetzt plötzlich aus unbekannten Kanälen von irgendwoher an die Öffentlichkeit rann und drang, hat der junge Gerhard Schröder, schon in dem Ansinnen, es einmal ganz weit zu bringen und bei der Arbeiterklasse kräftig zu »punkten«, in seinen Peiner Jahren einmal beim Lebensmittelkrämer M. so viele Flaschen Bier stibitzt, daß er sie allein gar nicht austrinken konnte.

Schröder, der damals sogar schon im Rahmen der Jusos einigen Krawall und auch irgendwie anderweitig herummachte, merkte das, stopfte die überzähligen Gebinde in einen Stoffbeutel und schritt, bereits dunkel pumpend spürend, dereinst zum »Tribun der Bierhumpen« (J. Roth, »Eulenspiegel« 9/01) zu avancieren, auf die Straße hinaus.

Der künftige Steuermann des Schiffes »Deutschland« mit Schlagseite auf stürmischer Weltwirtschaftssee nahm also gewissermaßen politisches Augenmaß und gelangte halt immerhin bald wenigstens vorerst doch bei Picknick Paul im Zentrum Peines an, wo unter wärmender Mittagssonne ein paar kommunizierende Kumpels herumstanden und ihr Härke Pils nuckelten.

Gerhard mischte sich unauffällig unter die Lohnabhängigen, fischte nach und nach ein Herrenhäuser (wurde und wird in Hannover gebraut!) nach dem anderen aus seinem Beutel und mogelte die Pullen unter die schönen Härke-Stubbis. Dann sagte er, ohne vorher ein Wort fallengelassen zu haben: »Ich bring' euch mal 'ne Flasche Bier, sonst streikt ihr hier am Ende noch!« Daraufhin bestellte er eine Currywurst. Das Ergebnis war Schweigen.

Gewiß, der Vorgang ist verjährt. Der Kanzler kann also von gut Glück reden, daß erst jetzt alles ans »Licht« kam. Trotzdem bleibt die Frage: Ist ein Bierdieb auf so prominentem Posten tragbar? Oder muß Schröder »weg«, weil er einen unbescholtenen Kaufmann »erleichtert« hat? Und wie verhält es sich mit dem vorsätzlichen Betrug am Proletariat, den die auf den Bierraub folgende Agitation (Verführung zum Biertrinken etc.) ja darstellte?

Ginge es mit »rechten« Dingen zu, müßte das der Stammtisch entscheiden. Aber seit wann tut es (er) das in Deutschland ...

Jürgen Roth

Schröder will Bundeskanzler werden!

Wie aus gewöhnlich ungut unterrichteten Kreisen verlautete, will der Hannoveraner Haartönspezialist und Golf-Fahrer (nicht -Spieler!) Gerhard Schröder demnächst sein Glück als Deutscher Bundeskanzler versuchen. »Deutschland sucht, Deutschland braucht einen Superstar!« so der attraktive Niedersachse (58) gut gelaunt. Er biete dafür die besten Voraussetzungen. Er habe dem Volk lange genug sprichwörtlich aufs Maul geschaut, sogar im Schlaf könne er herunterbeten, was es alles hören will. Er könne im Handumdrehen die Arbeitslosigkeit verdoppeln, die Umverteilung von unten nach oben in Gang bringen, endlich den Sozialstaat überwinden und den Handel mit Fohlenmilch legalisieren. Er könne den frechen Tschechen und Polen das Maul stopfen, wenn es sein muß, und anschließend, oder würde es von der »Bildzeitung« gewünscht, einen schicken Krieg mitführen und Berlin ganz nebenbei völlig unbürokratisch das Stadtrecht verleihen. Kurz: Er könne eine tausendmal schönere und bessere, ach was: originellere christdemokratische Politik machen, als es sich CDU/CSU in ihren schlimmsten feuchten Träumen vorstellen würden. Einen eventuellen Außenminister habe er auch schon im Auge: den schleim- und auswurfgrünen Joseph »Joschka« Fischer. Der sei im Grunde gar nicht so schlecht wie der Rest seiner Stinkepartei, könne sogar tolle Reden halten. Und was das Geilste ist: Eine blitzlichtgewitterableitende Gattin mit überzeugendem Doppelnamen, die die honorige Ahnengalerie bisheriger Bundeskanzlergattinnen um einige mehr als nur interessante Aspekte bereichern könne: Doris Schröder-Köpf. Wovon ihre Vorgängerinnen zuviel hatten, fehle ihr gänzlich (Konfektionsgröße 24). Was jenen fehlte (ebenmäßiges Zahnwerk, Mut gegenüber der Regenbogenpresse), habe sie im Übermaß. Sogar über eine Frisur verfüge die frühere politische Journalistin (39). Und seiner, Schrödergerhards, Meinung sei sie sowieso. Die Zeit sei jetzt aber so was von reif für eine neue deutsche demokratische Republik. Einfach eine Umwertung aller Umfragewerte. Er mache das doch mit links. Beziehungsweise von rechts.

Michael Rudolf

Ausgerechnet KONKRET!

Daß eine linke Zeitschrift wie KONKRET sich auf das Niveau der Schmutz- und Schmierpresse begibt und sich für die neuesten und geheimsten Gerüchte über Gerhard Schröder interessiert, ist schon einigermaßen überraschend. Noch überraschender ist lediglich, daß es sich ausgerechnet um das für seinen intellektuellen und bekanntermaßen kritisch-stalinistischen Anspruch berühmte Theoriefachblatt KONKRET handelt, was schon deshalb am allerüberraschendsten ist, weil die in KONKRET erscheinenden Artikel bislang »von einem empirischen Kenntnisreichtum, einer analytischen Durchdringung und einem so hohen argumentativen Niveau« geprägt sind (Prof. Dr. Hermann Engster-Marcuse h.c. in KONKRET 2/03), daß man sich doch fragt, ob es nicht weiterhin der Blöd- und Pipipresse überlassen bleiben sollte, über Gerhard Schröders Haarfarbe, Seitensprünge und Pimmellänge sowie -dicke zu spekulieren. Außerdem kann man doch Sandra Maischberger fragen.

Es war schon peinlich genug, daß erst das Fallbeil einer Gerichtsentscheidung darüber aufklärte, daß Gerhard Schröder seine Haare nicht grau färbt. Muß man dieser Mutter aller Gerüchte unbedingt weitere Kinder hinzufügen? Wen interessiert es denn, daß Gerhard Schröder nur stark geschminkt vor die Augen der Kameras tritt, weil er in Wahrheit von einem nässenden, eitrigen und hochgradig infektiösen Ganzkörperausschlag befallen ist, der bereits durch bloßes Betrachten ansteckend wirkt? Wer will wissen, daß Gerhard Schröder sich heimlich mit Rudolph Moshammer trifft, weil er geil auf Daisy ist? Was macht es, daß Gerhard Schröder ein gemeinsames Kind mit dem Papst hat? Ein Kind, das meterlang behaart ist, dreieinhalb Beine hat und durch den After atmet, im übrigen aber seinen Vätern wie aus dem »Gesicht« geschnitten ist?

Wen kümmert’s, daß Schröder riecht? Und ist es für linke und zumal linke Politik nicht gänzlich unerheblich, daß Schröder im Sitzen pinkelt und beim Essen schmatzt – und nicht umgekehrt? So etwas interessiert doch niemanden. Mit anderen Worten: Daß eine linke Zeitschrift wie KONKRET sich auf das Niveau der Schmutz- und Schmierpresse begibt und sich für die neuesten und geheimsten Gerüchte über Gerhard Schröder interessiert, ist schon einigermaßen ...

Peter Köhler

Konkret 03/03, S. 42

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Ursprüngliche Bierakkumulation oder: Bloß eine Jugendsünde?

Wie jetzt plötzlich aus unbekannten Kanälen von irgendwoher an die Öffentlichkeit rann und drang, hat der junge Gerhard Schröder, schon in dem Ansinnen, es einmal ganz weit zu bringen und bei der Arbeiterklasse kräftig zu »punkten«, in seinen Peiner Jahren einmal beim Lebensmittelkrämer M. so viele Flaschen Bier stibitzt, daß er sie allein gar nicht austrinken konnte.

Schröder, der damals sogar schon im Rahmen der Jusos einigen Krawall und auch irgendwie anderweitig herummachte, merkte das, stopfte die überzähligen Gebinde in einen Stoffbeutel und schritt, bereits dunkel pumpend spürend, dereinst zum »Tribun der Bierhumpen« (J. Roth, »Eulenspiegel« 9/01) zu avancieren, auf die Straße hinaus.

Der künftige Steuermann des Schiffes »Deutschland« mit Schlagseite auf stürmischer Weltwirtschaftssee nahm also gewissermaßen politisches Augenmaß und gelangte halt immerhin bald wenigstens vorerst doch bei Picknick Paul im Zentrum Peines an, wo unter wärmender Mittagssonne ein paar kommunizierende Kumpels herumstanden und ihr Härke Pils nuckelten.

Gerhard mischte sich unauffällig unter die Lohnabhängigen, fischte nach und nach ein Herrenhäuser (wurde und wird in Hannover gebraut!) nach dem anderen aus seinem Beutel und mogelte die Pullen unter die schönen Härke-Stubbis. Dann sagte er, ohne vorher ein Wort fallengelassen zu haben: »Ich bring' euch mal 'ne Flasche Bier, sonst streikt ihr hier am Ende noch!« Daraufhin bestellte er eine Currywurst. Das Ergebnis war Schweigen.

Gewiß, der Vorgang ist verjährt. Der Kanzler kann also von gut Glück reden, daß erst jetzt alles ans »Licht« kam. Trotzdem bleibt die Frage: Ist ein Bierdieb auf so prominentem Posten tragbar? Oder muß Schröder »weg«, weil er einen unbescholtenen Kaufmann »erleichtert« hat? Und wie verhält es sich mit dem vorsätzlichen Betrug am Proletariat, den die auf den Bierraub folgende Agitation (Verführung zum Biertrinken etc.) ja darstellte?

Ginge es mit »rechten« Dingen zu, müßte das der Stammtisch entscheiden. Aber seit wann tut es (er) das in Deutschland ...

Konkret 03/03, S. 43

Peter K hler

Kunst & Ge erbe

Ausgerechnet KONKRET!

Daß eine linke Zeitschrift wie KONKRET sich auf das Niveau der Schmutz- und Schmierpresse begibt und sich für die neuesten und geheimsten Gerüchte über Gerhard Schröder interessiert, ist schon einigermaßen überraschend. Noch überraschender ist lediglich, daß es sich ausgerechnet um das für seinen intellektuellen und bekanntermaßen kritisch-stalinistischen Anspruch berühmte Theoriefachblatt KONKRET handelt, was schon deshalb am allerüberraschendsten ist, weil die in KONKRET erscheinenden Artikel bislang »von einem empirischen Kenntnisreichtum, einer analytischen Durchdringung und einem so hohen argumentativen Niveau« geprägt sind (Prof. Dr. Hermann Engster-Marcuse h.c. in KONKRET 2/03), daß man sich doch fragt, ob es nicht weiterhin der Blöd- und Pipipresse überlassen bleiben sollte, über Gerhard Schröders Haarfarbe, Seitensprünge und Pimmellänge sowie -dicke zu spekulieren. Außerdem kann man doch Sandra Maischberger fragen.

Es war schon peinlich genug, daß erst das Fallbeil einer Gerichtsentscheidung darüber aufklärte, daß Gerhard Schröder seine Haare nicht grau färbt. Muß man dieser Mutter aller Gerüchte unbedingt weitere Kinder hinzufügen? Wen interessiert es denn, daß Gerhard Schröder nur stark geschminkt vor die Augen der Kameras tritt, weil er in Wahrheit von einem nässenden, eitrigen und hochgradig infektiösen Ganzkörperausschlag befallen ist, der bereits durch bloßes Betrachten ansteckend wirkt? Wer will wissen, daß Gerhard Schröder sich heimlich mit Rudolph Moshammer trifft, weil er geil auf Daisy ist? Was macht es, daß Gerhard Schröder ein gemeinsames Kind mit dem Papst hat? Ein Kind, das meterlang behaart ist, dreieinhalb Beine hat und durch den After atmet, im übrigen aber seinen Vätern wie aus dem »Gesicht« geschnitten ist?

Wen kümmert s, daß Schröder riecht? Und ist es für linke und zumal linke Politik nicht gänzlich unerheblich, daß Schröder im Sitzen pinkelt und beim Essen schmatzt und nicht umgekehrt? So etwas interessiert doch niemanden. Mit anderen Worten: Daß eine linke Zeitschrift wie KONKRET sich auf das Niveau der Schmutz- und Schmierpresse begibt und sich für die neuesten und geheimsten Gerüchte über Gerhard Schröder interessiert, ist schon einigermaßen ...

Konkret 03/03, S. 43

Michael Rudolf

Kunst & Gewerbe

Schröder will Bundeskanzler werden!

Wie aus gewöhnlich ungut unterrichteten Kreisen verlautete, will der Hannoveraner Haartönspezialist und Golf-Fahrer (nicht -Spieler!) Gerhard Schröder demnächst sein Glück als Deutscher Bundeskanzler versuchen. »Deutschland sucht, Deutschland braucht einen Superstar!« so der attraktive Niedersachse (58) gut gelaunt. Er biete dafür die besten Voraussetzungen. Er habe dem Volk lange genug sprichwörtlich aufs Maul geschaut, sogar im Schlaf könne er herunterbeten, was es alles hören will. Er könne im Handumdrehen die Arbeitslosigkeit verdoppeln, die Umverteilung von unten nach oben in Gang bringen, endlich den Sozialstaat überwinden und den Handel mit Fohlenmilch legalisieren. Er könne den frechen Tschechen und Polen das Maul stopfen, wenn es sein muß, und anschließend, oder würde es von der »Bildzeitung« gewünscht, einen schicken Krieg mitführen und Berlin ganz nebenbei völlig unbürokratisch das Stadtrecht verleihen. Kurz: Er könne eine tausendmal schönere und bessere, ach was: originellere christdemokratische Politik machen, als es sich CDU/CSU in ihren schlimmsten feuchten Träumen vorstellen würden. Einen eventuellen Außenminister habe er auch schon im Auge: den schleim- und auswurfgrünen Joseph »Joschka« Fischer. Der sei im Grunde gar nicht so schlecht wie der Rest seiner Stinkepartei, könne sogar tolle Reden halten. Und was das Geilste ist: Eine blitzlichtgewitterableitende Gattin mit überzeugendem Doppelnamen, die die honorige Ahnengalerie bisheriger Bundeskanzlergattinnen um einige mehr als nur interessante Aspekte bereichern könne: Doris Schröder-Köpf. Wovon ihre Vorgängerinnen zuviel hatten, fehle ihr gänzlich (Konfektionsgröße 24). Was jenen fehlte (ebenmäßiges Zahnwerk, Mut gegenüber der Regenbogenpresse), habe sie im Übermaß. Sogar über eine Frisur verfüge die frühere politische Journalistin (39). Und seiner, Schrödergerhards, Meinung sei sie sowieso. Die Zeit sei jetzt aber so was von reif für eine neue deutsche demokratische Republik. Einfach eine Umwertung aller Umfragewerte. Er mache das doch mit links. Beziehungsweise von rechts.

Konkret 03/03, S. 45

Jürgen Roth

Europa rotzt retour

Kultur-Kolumne

Gerade hatte Jemen-Rückkehrer Günter Grass via DPA und den britischen »Guardian« ein krachendes Credoveto gegen den Irakkrieg losgelassen und auf Matthias Claudius' »Kriegslied« verwiesen, um a) zu untermauern, bei einem Waffengang »ums Öl« nicht mittun zu wollen und um b) von der »Süddeutschen Zeitung« eingeschenkt zu bekommen, diese Protestposaune sei nichts als »Pathos« und »Polemik«, weil, so Gustav Seibt am 20. Januar in Verbindung mit einem Lob der rot-grün-deutschen UN-Präsenz im Kosovo und in Afghanistan, »mit Matthias Claudius gegen Amerika« bedeute, »daß der Pazifismus in Deutschland nicht mehr kämpfen muß. Er selbst ist im konservativen Herzen der Gesellschaft angekommen« – da machte ihm, Grass, der Irak-Reisende Konstantin Wecker die akute Rolle des deutschen Weltenmahners leider beinahe streitig und goß weiter ein wenig Öl ins Feuer der Öffentlichkeitsflamme.

»›Der Kinder wegen‹ reiste Konstantin Wecker nach Bagdad«, berichtete der deutsche »Rolling Stone« in der Rubrik »Volksmusik« und kommentierte, Wecker habe dafür gesorgt, »daß die Medien endlich schöne Dinge über ihn sagten«. Auch Wecker selber sagte in den Medien unausgesetzt schöne Dinge, insofern er in einer Reportage (»Junge Welt«) rückblickend abermals etliche »Wechselbäder der Gefühle« nahm und sich trotz aller erlittenen »Schocks« aus vollem Geberherzen zu fragen wagte: »Wieviel Zeit darf ich meinen Kindern nehmen, um sie fremden Kindern zu schenken? Gestern hab' ich meine Buben noch um Spielzeug gebeten, für die ›armen Kinder im Irak‹. Die Tasche ist voll geworden ...«

Während Wecker sich somit den Erfolg seiner Fremdheit abbauenden und Frieden aufbauenden »Mission unmöglich« vollumfänglich hatte bescheinigen können, drohte eine andersartige Entfremdung ungeahnte Frontformen anzunehmen – jene kapitalblockinterne zwischen den USA in persona des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld einerseits und den »europäischen Kernstaaten« (»Welt«) Frankreich und Deutschland andererseits, inkl. der da und dort beheimateten Intellektuellen.

Wie erinnerlich, hatte Rumsfeld im Jänner aus seinen stets leicht zuckenden Backentaschen herausgemurmelt, Frankreich und Deutschland seien »ein Problem«, weil sie ein nun langsam etwas hurtiger anzupackendes Bombardement des Irak nicht absegnen wollten. Sie, die beiden Hallodristaaten bzw. Halunken, verkörperten daher das »alte Europa« und gehörten zum alten Eisen und auf den Schrottplatz der Geschichte o.s.ä. Das hörte man jenseits des »Teiches« nicht allzugern – oder eben doch. Die »FAZ« attestierte der Rede des grottendoofen Bush-Administrators »das Zeug zur historischen Zäsur«, was ungefähr hieß, daß sich jetzt die Möglichkeit bot, ein neuerliches und hochfahrend grundsätzliches Selbstbeweihräucherungskulturritual zu initiieren.

Dem Aufruf zum Aufschrei wider das Rumsfeldsche Geplapper folgten stante pede die gedienten Kräfte der engagierten Wortmeldung. »Der Ton ist entlarvend«, gackerte Alice Schwarzer und gluckste annäherungsweise stabreimend: »Und dabei gehen die elementarsten Werte ganz en passant über die Wupper.« Telepathisch angestachelt von soviel unverklausuliertem Unsinn, brachte Jacques Derrida den kürzesten und klarsten Satz seines bisherigen Wissenschaftlerlebens zustande: »Ich finde einen solchen Ausspruch schockierend, skandalös und bezeichnend.« Sein landesinterner Brother und Counterpart in Wortqualmerei, Paul Virilio, setzte allerdings noch fixer einen punktemachenden Punkt: »Alter Kontinent? Da muß ich lachen.«

Der an Nummer eins der »FAZ«-Stimmenliste positionierte Jürgen Habermas tat sich da etwas schwerer, fand aber gleichfalls ein ähnlich gefälliges Witzwort zur »ziemlich alt aussehenden Neuen Welt«, was Habermas' Debattenfreund Peter »Schnauzzar« Sloterdijk zu einer breiter brummenden Erörterung betr. der »Bruchlinie« zwischen »einem postheroischen Kulturstil« (Europa) und den USA- »Konventionen des Heroismus« veranlaßte, aus der hervorging, daß »der Streit« sich »um den Sinn von ›Realität‹« drehe. Das wird der Rumsfeld, der »schlechte Machiavellist« (Durs Grünbein), zwar nicht verstanden haben – »Sinn« und, in erkenntniskritischen Anführungszeichen, »Realität« sind philosophische Termini, deren tieferer Sinn dem »Realinfantilismus« Washingtons schwerlich zugänglich sein dürfte – , doch wir möchten Slotos Epistel die gebührende weltpolitische »Bedeutung« deshalb keineswegs abschwätzen.

Damit man richtig verstanden werde: Komisch ist das alles nicht, selbst wenn M. Reich-Ranicki meint: »Das alte Europa hat die Ironie erfunden.« Lästig ist die Rhabarberrede des »Philosophen und Clausewitz-Experten« (»FAZ«) A. Glucksmann, lästig des Poeten schwefliges Geschnatter (»Der Tunnelblick der amerikanischen Feldherrn beginnt irritiert zu flackern«, Georg Klein), und über »Realitätsverluste« (Peter Schneider) geben all die bombigen Meinungen gegen Amerikas »Barbarei« (Thomas Hettche) Auskunft, die reklamieren, man müsse »die amerikanische Regierung darauf aufmerksam machen, daß niemand den Realitätssinn gepachtet hat« (P. Schneider).

Das Wortgetümmel läuft auf Getümel, auf deutsch-europäisches Tum hinaus. Der »bellizistischen Supermacht« und ihrem »ideologischem Gelaber von einer transatlantischen Wertegemeinschaft« bietet Peter Rühmkorf im »Hamburger Abendblatt« die Stirn, und »wo wir eigentlich nur von Chaoten regiert werden« (Peter Zadek), da soll eine Weltordnung wachsen, in der Europa/Deutschland jene Rolle spielt, die ihm die White-House-Kulturspießer streitig machen. Im Geheul von der »Tapferkeit vor dem Freund« (Adolf Muschg) artikuliert sich jene Krähwinkel-Mentalität, die nichts mit Enzensbergers einstiger »Ach, Europa«-Formel gemein hat, sondern mit einem Beleidigtsein, dessen Bösartigkeit das politische Feuilleton offen ausspricht.

Die »Taz« ruft die »deutschen ökonomischen Eliten« auf den Plan, um die USA durch das »deutsche Wirtschaftssystem« des »rheinischen Kapitalismus« global aus dem Feld zu hauen, und die »Welt« kontert den »Anpfiff aus Amerika«, das »rotzige Wort des amerikanischen Verteidigungsministers«, mit einer zurückrotzenden Feldpost ohne Rücknahme. »O ja, solche Abkanzelei küßt den Patriotismus wach, den verletzten Stolz der Alten Welt«, geifert es da zwecks Ermahnung zu einem weniger Wecker- und Grass-gemäß kindischen und mehr stahlstarken Return: »Wer souverän ist, vernichtet den Rüpel mit einer einzigen hochgezogenen Augenbraue.« Man möge nicht »so tun, als sei das Land ein Popkonzert und das Regieren ein Rock für den Frieden. Nicht weil wir vor George Bush auf dem Bauch kriechen. Sondern weil unser Land ein paar Interessen braucht. Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder Europa oder gar Deutschland hat die Kraft, beim Ordnen der Welt mitzutun, oder es hat sie nicht.«

»Was sich da anbahnt, ist der Übergang in ein neues Zeitalter der Weltpolitik. Europa formiert sich als dritte Kraft im Spiel der Supermächte«, hatte in diesem erhebenden Sinne Durs Grünbein für die »FAZ« formuliert. Fast zeitgleich war vom selben Dichterwunder im »Spiegel« eine Essayeloge auf Europa zu lesen, in der es u.a. uffs Olle lobjodelte: »Noch jeder totalen Verfinsterung folgte hier eine Renaissance, jedem Hieronymus-Bosch-Inferno ein Botticelli-Frühling. Diese Verführung zur Freiheit ... ist eine Eigenschaft, die man beim einzelnen zutreffend Charme nennt und im Geschlechterzusammenleben Galanterie.«

Ginge Mr. Rumsfeld ein Licht auf, er würde Europa nun nur nennen noch: Erosopa.

Konkret 03/03, S. 46

Gert Ockert

Star Maker

»Deutschland sucht den Superstar« – eine Medienmaschine, die die Träume der Depravierten zu Geld macht.

Wir glauben, daß der Traum wahr wird.

Alles ist schwierig.

Es war die ganze Zeit nicht leicht.

Dürftige Worte. Die auf englisch auch nicht besser klingen und gesungen sogar noch dünner und dümmer. Aber bis Mitte Februar hatten der Chor, der sie plärrt, und der schlichte Mann, der die Worte und die Noten dazu in maximal cirka zehn Minuten hinkritzelte, nicht nur sämtliche »Nudelsender« (Ror Wolf) erobert, sondern auch 900.000 Maxi-CDs von »We Have A Dream« verkauft. Und das Album »United«, vom selben Chor und demselben Mann verursacht, verbuchte vorm ersten Verkaufstag am 10. Februar 740.000 Vorbestellungen.

Ein Traum oder wenigstens eine Illusion wurde wahr, in der Tat: Zehn Niemande durften sich plötzlich bedeutend vorkommen. Denn die zahllosen Nobodys, für die es allerdings die ganze Zeit nicht so leicht und alles eher schwierig ist, die Einwohner der verwalteten Welt, Provinz: Deutschland, identifizierten sich bereitwillig mit diesen Zehn und glaubten offenbar, es wäre doch noch was drin, irgendwie, wenn *die* es doch auch schaffen. Man half diesen armseligen Figuren, um sich selber zu helfen. Ein Akt der Solidarität, der nicht rational, sondern nur aus allwaltender Verzweiflung erklärt werden kann.

Nie zuvor fühlten wir uns wie jetzt.

Aber wir mögen es mehr und mehr

Jeden Tag und jede Nacht.

»Deutschland sucht den Superstar« (»DSDS«) kam sehr stockend in die Gänge. Wochenlang wurden Pre-Castings vorgeführt und kaum wahrgenommen. Man zeigte Trash-TV, das viel zu sehr an »Big Brother« erinnerte und an die »Gong-Show« und entsprechend schnell ödete. Es war kein Glamour an der Sache, vom Titel mal abgesehen, kein Witz, bloß Dieter Bohlen, und kein Vergnügen außer einem bißchen Schadenfreude. Was seit Stefan Raab aber auch keinen Spaß mehr macht. RTL, der federführende Sender, vertraute dem eingekauften Konzept erst einmal eher halbherzig und gab die Sache großräumig ab an die Vasallen von Vox. Die Angelegenheit war wacklig: Ein Erfolg zwar zuvor in anderen Ländern – aber man kennt ja den deutschen Markt und seine Eigenheiten, also: tiefer hängen.

10.077 Männer und Frauen machten sich zum Affen für die Vorauswahl zum »Superstar«. Die meisten konnten nichts, boten ein jämmerliches Bild, glaubten keine zwei Sekunden lang daran, irgendwas reißen zu können – und man sah das auch gleich. Es ging zu wie auf dem Arbeitsamt: Man erwartet nichts, bemüht sich bloß pro forma, behauptet allerlei, lügt ad libitum, und am Ende gibt’s einen Tritt in den Hintern. Der desperate Exhibitionismus der Kandidaten, aber auch die Gemeinheiten Dieter Bohlens lagen viel zu nahe am entsetzlichen Alltag des Publikums, als daß sie noch die Bizarrerie hätten ausstrahlen können, auf welche die Macher spitzten.

»DSDS« wurde zum Event erst, sobald RTL die »Finalrunde« als Event inszenierte. Aus der mäßig wahrgenommenen Vorabendshow wurde eine Revue zur Prime-time am Samstag: Zehn junge Männer und Frauen hatten die zweifelhaften Urteile der Jury überstanden und posierten nun, aufgebrezelt zu Popstar-Darstellern, in einem echten Großstudio vor einem wirklichen Publikum, und zwar *live*. Und plötzlich mochten die Deutschen diese Sendung mehr und mehr. Die massiven Hinweise von »Bild« auf das grelle, geile, großartige neue Format hatten natürlich auch dabei geholfen.

Wir haben einen Traum.

Musik ist unser Leben.

Wir haben eine Hoffnung.

Musik wird überleben.

Ums blanke Überleben, nicht in effigie, sondern buchstäblich, dreht sich alles bei »DSDS«. Der Traum, den die Musik wahr machen soll, kann ja nur für einen der Beteiligten in Erfüllung gehen. Alle anderen – zunächst 10.067, dann neun – Aspiranten werden für immer in jenes trübe Schattenreich zurückverbannt, in dem die alten Griechen ihre Toten wähnten und das für die meisten Insassen dieses Planeten Heimat heißt.

Die Anwärter auf den »Superstar« haben eine Hoffnung, eine einzige nur: mit Karaoke-Geplärr zu Konfektionsmucke *jemand* zu werden, die Tristesse und Ausweglosigkeit ihres Lebens zu überwinden und tatsächlich zu *leben*. Sie haben dem Song, den sie intonieren, selber gar nicht zugehört: Am Ende überlebt allein die Konfektionsmucke. Keiner weiß das besser als Betriebswirt Dieter Bohlen, der seit zwei Jahrzehnten recht ordentlich damit verdient hat, schmale Talente mit netten Gesichtern in seine immergleiche Synthesizer-Klangsuppe hineinzumischen und seine Playback-Puppen kurzerhand auszutauschen, wenn Einfalt und Ideenlosigkeit seiner Musik von den Models am Mikro nicht mehr camoufliert werden konnten. Das heißt: spätestens nach der zweiten Album-CD. Der Kundschaft war's wurscht. Oder erinnern *Sie* sich noch an C. C. Catch?

Wir werden die Chance ergreifen.

Wir hatten alles.

Wir fühlen uns wie Helden.

Wir ragen empor.

Der Erfinder von »DSDS« kann Bohlen zwar in Skrupellosigkeit nichts vormachen, überragt ihn aber bei weitem an Erfindungsgeist und analytischer Kompetenz. Simon Fuller, 42, war einmal Musikproduzent und -manager und ist heute, wie Thomas Schulz im »Spiegel« (2/03) korrekt und ehrfürchtig raunte, »ein Phänomen«, ein »Marionettenspieler«, der »Mann im Hintergrund, der ... Pop-Stars wie Abziehbilder liefert«. Fuller hat 300 Millionen Euro damit verdient, aus dem Nichts Helden zu erschaffen und weniger die Idole als vielmehr den Schöpfungsakt selbst zu vermarkten.

Es soll einmal eine Zeit gegeben haben, da bestimmten die Fans, was Pop ist. »Spex«-Redakteure glauben bis heute, daß es diese Tage mal gab. Beziehungsweise geben könnte. Und sogar müßte, weil: We have a dream, und Pop ist Jugend, Revolte, Freiheit, praktische Dialektik – etwas, das sich dem Markt entzieht, indem es ihn bedient. Simon Fuller hält sich mit solchem Unsinn nicht lange auf: »Pop-Stars«, sagt er dem »Spiegel«-Mann, »sind Marken, die man bis zum Letzten ausnehmen kann«, und: »All die Bands verarschen sich doch selbst, wenn sie gegen den Kommerz im Musikgeschäft wettern und dann zu den MTV Awards gehen.«

Er hat die Spice Girls erfunden, und der weltweite Erfolg dieses aseptischen, gänzlich uninspirierten Frauen-Quartetts muß für ihn so etwas gewesen sein wie der Copy-Test, den große Verlage vor der Einführung einer neuen, herzlich überflüssigen Zeitschrift wie z. B. »Woman« veranstalten. Fuller hatte den Beweis erbracht, Stars installieren zu können, wie es ihm paßte. Er durfte sicher sein, daß er mit den Bedürfnissen der Kundschaft zu spielen vermochte wie auf einem Keyboard. Doch weil »die Plattenindustrie (tot ist), da verdient keiner mehr Geld«, wandte er sich dem mächtigsten aller Medien zu, ergriff seine Chance und erfand »Idols«.

Wir alle hatten unsere größte Zeit.

Herzen werden klopfen, und wir fühlen uns

gut.

Darf ich meinen Traum mit dir träumen?

Das »Idols«-Konzept ist die logische Konsequenz aus der tödlichen Krise der Pop-Industrie, der rettungslosen Verzweiflung des Publikums und der suizidalen Selbstreferentialität des Fernsehens. Sie hatten alle einmal ihre größte Zeit und werden sie nie wieder erleben, aber mit einem gewissen Dreh könnten sie die Tage des Weins und der Rosen wenigstens simulieren.

Das Fernsehen, dazu bestimmt, alle Ereignisse in seine kleinen Bilder zu verpacken, ist mittlerweile überall, unentrinnbar, an jedem Ort des Geschehens, lange bevor irgendwas passiert. Doch gerade seine Omnipräsenz macht es nahezu unsichtbar. In jeder Falte des Lebens hat es sich niedergelassen, um sie glattzubügeln, und jetzt, da es keinen Platz auf dem Planeten gibt, wo man Ruhe vor dem Fernsehen hätte, nimmt man es gar nicht mehr wahr. Es ist ein Hintergrundrauschen, das sich nicht abschalten läßt, das aber auch nicht schlimmer stört als der Verkehrslärm auf der Ringstraße drei Blocks weiter.

Das Fernsehen hat viel Zeit und Energie darauf verwendet, alles, was nicht Fernsehen ist, für null und nichtig zu erklären. Heute, da außerhalb des Mediums tatsächlich nichts Bedeutendes mehr stattfindet, ist es selbst belanglos geworden. Eine Zeitlang konnte es sich durch Schamlosigkeit und Geschrei wieder bemerkbar machen, aber auch diese Instrumente sind inzwischen stumpf geworden. Im Fernsehen wird ausschließlich vom Fernsehen geredet, seine Bilder verweisen immer nur auf andere TV-Bilder, und die Menschen, die es anschreit, existieren nur in der Marktforschung.

Simon Fuller sah die Manipulationsmacht, über die das Fernsehen heute mehr denn je verfügt, brachliegen, und er sah, daß dies schlecht war. Die Events, die das Medium fortwährend verspricht und die dann doch bloß heiße Luft sind, müßten

wieder über das Medium hinausreichen; ihre Protagonisten sollten Menschen sein, die Identifikation bieten *und* telegene Visagen; und damit die Herzen der armen Schweine auf dieser Seite des Bildschirms zu klopfen beginnen, wenn der »Superstar« gesucht wird, mußten auch die anderen Massenmedien mobilisiert werden, die großen Zeitungen und die Radiosender. Der Katalysator für Fullers Event-TV konnte nur schlechte Musik sein, Geräusche, die ein einziger Appell an Rückenmark, Stammhirnrinde und Genitalien sind, vulgo: Pop.

Und es gelang dem brachialen Geschäftsmann, mit seinem Konzept die Herren der Kulturindustrie zu mobilisieren. Sie träumten ihren Traum mit ihm – Medien-Imperator Rupert Murdoch in den USA und Großbritannien, Gunther Thielen, der Reichsverweser des Bertelsmann-Konzerns, in Deutschland.

Ach, ich – ich war manchmal so allein,

Konnte es allein nicht bringen.

Aber meine Freunde, sie helfen mir.

»DSDS« ist eine Goldgrube, für die nicht viel gebuddelt werden mußte. Das beinah Geniale an Fullers Erfindung ist ja, daß die Infrastruktur für die Veranstaltung längst vorhanden war. Nötig war allein, die einzelnen Komponenten miteinander zu verzahnen, und zwar unter dem Direktorium einer mächtigen Konzernmutter. In Deutschland sieht das so aus: Die Bertelsmann-Töchter RTL und Vox besorgen die Shows, mit denen Werbegelder kassiert werden, der Bertelsmann-Musikverlag BMG veröffentlicht die CDs, DVDs und Videos, die mit den zehn »Superstar«-Aspiranten produziert werden, die Bertelsmann-Druckunternehmen erzeugen Titelgeschichten, die von dem Nicht-Ereignis, das plötzlich alles, sogar drohende Kriege und Raumfähren-Crashs, verblassen läßt, höchst kommod schmarotzen.

Alleine hätte RTL es nicht bringen können. Doch die Mobilisierung der Konzern-Freunde brachte Drive und Groove in die Angelegenheit. Boß Thielen hat nur mehr Euro-Zeichen in den Augen – solche hausinternen Koops sind die Zukunft seines Medienkonzerns, das hat der schlaue Kaufmann klar erkannt: »Deshalb gibt es«, erzählte er im »Spiegel« (5/03), »bei Bertelsmann ein Synergie-Komitee, das im Konzern nach ähnlichen Möglichkeiten suchen soll.« Er weiß allerdings auch, daß solche Komitees bloße Entsorgungsparks für ausgebrannte Top-Manager sind und räumt schon zwei Zwischenfragen später ein: »Derartige Thinktanks funktionieren auf Konzernebene nie. Da vertrocknen solche kreativen Einzelkämpfer.« Er denkt hier an Simon Fuller: »Unser Ziel muß es sein, diese Ideen rechtzeitig zu erkennen und schnell zu kaufen.«

Wir weinten Tränen, wir haben Spaß,

Und wir singen unser Lied.

Wir leben für die Musik.

Was noch fehlte, um die synergetische Übung in einen Erfolg zu verwandeln, war die größte Meinungsmaschine der Nation. Und »Bild«, obgleich kein Kind von Bertelsmann, spielte gerne mit. Jede Träne und jedes panische Lachen, jeder Kuß und jeder Furz der »Superstars« ist eine »Bild«-Headline geworden. Für etwas trocken Brot sangen sie ihr Lied und lebten für die Musik, die von den Medienmultis gespielt wird.

Ihr sei klar, gestand die Aspirantin Juliette, die es bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe immerhin unter die letzten drei geschafft hatte, »daß wir der kleinste Teil in diesem Riesen-Macht-Ding sind. Ich bin nicht mehr der Mensch Juliette, sondern die Quote Juliette. Du wirst gehandelt, als seist du nix wert.« Aber sie ist natürlich viel wert – als Quote. Sie macht schon Geld, wenn das Publikum an ihr Spaß hat und sich bei der »Entscheidung« die Finger wund wählt, um sie in die nächste Runde zu bugsieren. 49 Cent kostet ein Anruf bei der »Voting«-Hotline von RTL. So kamen bei rund zwei Millionen Anrufern während der Show am 8. Februar knapp eine Million Euro zusammen, brüderlich aufgeteilt unter Telekom und Bertelsmann.

Wir haben eine Hoffnung.

Wir haben einen Traum.

»DSDS« will im Ernst keine Stars finden, sondern Geld machen, viel, viel Geld. Die Show propagiert eine Hoffnung, um die Träume der Depravierten ausbeuten zu können. Das alles ist selbstverständlich keine Neuheit. Aber man kann die Abgebrühtheit, mit der hier manipuliert und abgesahnt wird, und die Willfährigkeit, mit der die Betroffenen und die Klientel sich manipulieren und absahnen lassen, durchaus als Novum bestaunen. Die Macher selbst können ja kaum fassen, wie gut die Sache läuft. Dem Marketingblatt »w & v« bekannte Ute Biernat, Geschäftsführerin des Bertelsmann-Unternehmens Grundy, am 7. Februar: »(Diese) Dimension hat selbst uns etwas überrascht.«

Sie haben die Chance ergriffen. Sie haben alles.

Gert Ockert wünschte in KONKRET 1/03 Leni Riefenstahl zum Teufel

Konkret 03/03, S. 48

Carsten Otte

Literatur ohne Risiko

Die Inszenierung der Nachwuchsautorin Judith Hermann.

Seit Monaten, wenn nicht seit Jahren wartet die deutsche Buchbranche wieder auf ein literarisches »Ereignis«, einen Text, den sowohl Kritiker als auch Leser lieben, ein Stück Prosa, das in viele Sprachen übersetzt wird und auch im Ausland Erfolg hat. Und wenn man dem Klappentext des neuen Geschichtenbandes von Judith Hermann glaubt, dann ist mit *Nichts als Gespenster* ein Buch veröffentlicht worden, das in den Kanon der »großen deutschen Literatur« aufgenommen werden muß. Mit über 250.000 verkauften Exemplaren und Übersetzungen in 17 Sprachen gehörte Judith Hermanns Erstling *Sommerhaus, später* jedenfalls zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Büchern der neunziger Jahre. Es vergingen vier Jahre, in denen Hermann kaum eine Zeile veröffentlichte. Und die »FAZ« gab die Losung aus: »Auf kein Buch wird so lautstark gewartet wie ihr nächstes.«

Kaum hatte der S. Fischer Verlag die ersten Presseexemplare der *Gespenster*-Sammlung verschickt, erschienen auch schon die ersten Lobeshymnen. Elogen allerdings, die sich nur am Rande mit den Erzählungen auseinandersetzten und statt dessen die Medienerscheinung Judith Hermann in den Vordergrund stellten. Da wurden weniger die sieben neuen Geschichten beschrieben, analysiert und beurteilt, sondern vielmehr das Aussehen der Autorin. Kaum einer der Schnellkritiker verzichtete darauf, das ernste und ein wenig rätselhafte Gesicht Hermanns zu beschreiben, die Melancholie ihres Blicks zu erörtern. Im »Spiegel« las sich das so: »Das berühmte Judith-Hermann-Gesicht. Der geschwungene Mund, die große Nase, die Augen mit den schweren Brauen.«

Reich-Ranicki nannte Judith Hermann im »Literarischen Quartett« eine »hervorragende Autorin«, und statt zu fragen, wie es um diese Qualität im neuen Buch bestellt sei, zerbrachen sich die Rezensenten, die offensichtlich im Bann des berühmten Judith-Hermann-Gesichts standen, ihre Köpfe darüber, wie die »hervorragende Autorin« mit dem Erwartungsdruck wohl umgehe. Hermann gab zu Protokoll, daß sie nach dem Lob im »Literarischen Quartett« die »schrecklichste Zeit« ihres Lebens durchlaufen habe. Das kann man ihr glauben oder nicht, man übersah keinesfalls ihren Zusatz, daß sie nicht undankbar sein wolle, sollte allerdings auch nicht vergessen, daß sich die Autorin von Beginn ihrer Karriere als Sensibelchen selbstinszeniert hat.

Wer sich fürs Foto-Shooting unter düstere Berliner Brücken stellt und grundsätzlich so traurig in die Kamera schaut wie Judith Hermann, der weiß um sich als Kunstprodukt bestens Bescheid. In den Interviews, die Hermann gab, kam sie nicht nur deshalb ständig auf ihre Ängste zu sprechen, weil die Reporter danach fragten. Vor Verrissen würde sie sich fürchten, wiederholte sie in den Gesprächen – als sei dies etwas Außergewöhnliches für eine junge Schriftstellerin und Beweis für ihre viel beschriebene Empfindsamkeit. Doch die Botschaft war angekommen. So hatte man den Eindruck, daß sich einige Rezensenten einfach nicht trauten, böse Worte über *Nichts als Gespenster* zu verlieren. Als dann aber ausgerechnet die Frauenzeitschrift »Brigitte«, deren Kritikerin dem Buch durchaus wohlgesonnen war, sich darüber mokierte, daß in Hermanns neuen Geschichten das »Gespenst der verkorksten Liebe zum Wiedergänger« werde und daß man sich »auch noch andere Themen« wünsche, war das fast schon ein kleiner Skandal. Beziehungsweise die Aufforderung an die Kollegen, doch nicht so zimperlich zu sein. Ein Tabu war gebrochen, und tatsächlich erschienen nun die ersten Verrisse. Fast unheimlich war die insgesamt allerdings wohlwollende Kritik von Iris Radisch in der »Zeit«, die sich über eine Bildsprache ärgerte, »deren Grenze zum zart überfrorenen Kitsch schlecht bewacht ist«. Gut beobachtet. Radisch hätte vielleicht hinzufügen sollen, daß Hermann schon in *Sommerhaus, später* die Grenzen des guten Geschmacks übertreten hatte.

Ein österreichischer Kritiker schrieb einmal, daß man Hermann »zu Tode gelobt« habe und man sie besser »zum Leben kritisieren« solle. Aber das Leben scheint der Autorin völlig fremd geworden zu sein. Sie schickt ihre Helden nach Island oder Venedig, inhaltlich und stilistisch aber bleibt sie im Berlin der neunziger Jahre, dem Hauptschauplatz ihrer Geschichten aus *Sommerhaus, später*. Daß sich die Stimmung in der Stadt im Laufe der letzten vier Jahre grundlegend geändert hat, daß von der »ziellosen Unbeschwertheit«, die Hermann damals berlinweit auszumachen glaubte, ganz und gar nichts mehr geblieben ist, daß Armut und Arbeitslosigkeit jedes zweite Kneipengespräch prägen, all dies scheint die Autorin nicht zu bemerken. Noch heute erzählt sie, daß sie früher gekellnert habe, um den Leuten ihre Dialoge abzulauschen. Mittlerweile hat sie das Kellnern aufgegeben.

Als ihr Debüt erschien, schwärmte Hellmuth Karasek von dem »Sound einer neuen Generation«. Übereinstimmend stellen die Kritiker nun fest, daß beim neuen Buch »der Ton der alte geblieben« sei. Dieser Ton wird als »unaufdringlich, lakonisch, intensiv« (»Welt«) und »wunderbar schwebend« (»Financial Times Deutschland«) beschrieben. Doch nicht nur die von Karasek erfundene »neue Generation« ist älter geworden, sondern auch ihr literarischer Sound. Denn der klingt wie die Musik, die von Hermanns Protagonisten bevorzugt gehört wird. Wie zum Beispiel Tom Waits und Nick Cave, diese

sentimentalen Barden, die seit Jahrzehnten mehr oder weniger ein und dieselbe Platte variieren, die ein Faible für kitschige Songtexte und deprimierende Moll-Akkorde haben und denen es offenbar Spaß macht, mit rauchig-kratziger Stimme die Leiden der Welt beziehungsweise die des eigenen Herzens einzufangen.

Hermanns Prosa geht keine Risiken ein. Da gibt es Gefühlsverwirrungen, da wird über unerfüllte Sehnsüchte, über sich auflösende und nie erfüllende Lieben geschrieben. Andere Probleme haben ihre Figuren nicht. Genau wie ihre Sprache, die keine Brüche, sondern nur das gleichmäßige und etwas eintönige Dahinfließen kennt, so sind auch in ihren Geschichten radikale Krisen, soziale oder politische, weitgehend ausgeblendet. Vielleicht liegt das daran, daß bevorzugt saturierte Mittelstandstypen und gelangweilte Akademiker auftauchen: ein Psychologe mit einem Aufräumtick, eine Literaturwissenschaftlerin, ein polygamer Künstler. Und lauter Ich-Erzählerinnen, die sich mal in Paris, mal in Bern, ab und zu in Bremerhaven aufhalten, von denen man aber nicht weiß, was diese Damen sonst noch tun. Selten setzt sich die Erzählerin wirklich mit dem Ort auseinander, den sie besucht. Die Reise nach Karlsbad erinnert an die Tagebuchaufzeichnung eines bildungsbürgerlichen Touristen, der sich seine Gedanken über die kurstädtischen Sehenswürdigkeiten macht, wäre da nicht ein alter Freund, den es zu treffen gilt und mit dem man eine alte Liebesgeschichte auszustehen hat. Aber auch die Charaktere wollen ihr nicht gelingen. Die Männer ähneln sich in ihrer abgeklärten Gleichgültigkeit, und die Frauen sind zumeist furchtbar verletzlich.

Ein Kritiker der »Welt«, der sich offenbar beim Leser für alte Fehlurteile entschuldigen wollte, beschrieb die psychische Verfassung seiner Zunft und stellte fest, daß das, »was vor Jahren einen Nerv traf, heute nervt«. Der Betrieb hat sich abreagiert, und die Autorin gibt mittlerweile Interviews, in denen sie der gelangweilten Öffentlichkeit zu verstehen gibt, daß sie über die Verrisse, die es nun endlich auch gibt, eigentlich ganz erleichtert sei. Dieser Masochismus könnte einem fast leid tun.

Judith Hermann: *Nichts als Gespenster*. S. Fischer, Frankfurt a. M. 2003, 318 Seiten, 17,90 Euro

Carsten Otte schrieb in KONKRET 8/02 über den »Schriftstellerpianisten« Yorck Kronenberg

Konkret 03/03, S. 49

Fritzi Busch

Roter Bulldog

Wie Claus Peymann Brechts □ Mutter□ erledigte.

Claus Peymann stellt sich einer Herausforderung. Er eröffnet sein »Brecht-Projekt« am Berliner Ensemble mit dem Schauspiel »Die Mutter«, Brechts Dramatisierung von Gorkis gleichnamigem Roman. Das Stück gehört nicht zum Stärksten, was Brecht geschrieben hat. Es ist das ultimative Gewerkschaftsstück: Der Proletarier soll lernen, daß Kommunismus Streik ist. Den Proletarier, das muß man Brecht lassen, schätzt er richtig ein: von nur begrenzter Aufnahmefähigkeit und Denkkraft. Mit einem Wort: strunzdumm.

Übersehen hat Brecht leider, daß ein Theaterpublikum meist nicht aus Proletari-ern besteht und sich, auch wenn man das Theaterpublikum nicht überschätzt, von Brechts Unterricht etwas unterfordert fühlt. Ihm wird, nachdem es gelernt hat »Fu und Fara tut« zu schreiben, beigebracht, daß der Kommunismus eigentlich auch nicht komplizierter ist.

Abgesehen davon, daß das Stück gar nicht versucht, mehr über den Kommunismus zu sagen, als daß er gut und erstrebenswert ist – und das vor allem von einem unerträglichen allgemein menschlichen Standpunkt aus betrachtet – , ist es weder schön noch intelligent noch provozierend noch interessant.

Die Herausforderung, der sich Peymann stellt, besteht für ihn aber nicht darin, ein an sich langweiliges Stück einigermaßen unterhaltsam auf die Bühne zu bringen. Er präsentiert sein Vorhaben als den notwendigen Sprung ins eisige Wasser. Ihm sei es ein Bedürfnis, mit »Die Mutter«, einem unpopulären, aber wichtigen Stück, zu zeigen, daß der Kommunismus immer noch eine spannende und aktuelle Sache ist. Dabei ist »Die Mutter« vielleicht unpopulär, aber sicherlich in keiner Weise wichtig, und anders als der Kommunismus, den das Stück, hätte es denn etwas mit ihm zu tun, einem jeden abgewöhnte, eben keineswegs eine spannende oder aktuelle, sondern bloß eine todlangweilige und *daher* unpopuläre Sache.

Warum Peymann die Herausforderung, die das Stück an seinen Regisseur stellt, mißversteht, offenbart seine Regie. »Die Mutter« so zu inszenieren, daß sie spannend und aktuell wird, hätte einer grundlegenden Idee oder doch einiger Einfälle bedurft. Die aber fehlen Peymann, der lediglich ältere eigene und fremde Einfälle mehr oder weniger zusammenhanglos recycelt. So muß das Stück für sich selbst sprechen – ein hoffnungsloser Fall. Sätze wie »Der Besiegte von heute ist der Sieger von morgen« hat die Geschichte als unzutreffend gestrichen. Bei Peymann muß die Geschichte draußen bleiben, seine Inszenierung beraubt das Stück noch seines letzten Rests an gesellschaftskritischem Potential. Wenn Therese Affolter mit Rosa Luxemburgs Haaren, Kostüm und Texten auftritt, lehrt das nur, daß Rosa die ja nun auch wirklich nicht mehr braucht.

Was also soll das Ganze? Warum stellt sich Peymann einer Herausforderung, die er nicht meistern kann, und präsentiert sie als eine, die sie nicht ist? Aus Angst. Aus Angst, daß einer merkt, was er selbst nicht wahrhaben will: Es fällt ihm nichts ein. Um das zu vertuschen und die Verantwortung eines möglichen Mißerfolgs dem Publikum zuzuschieben, sucht er Herausforderungen in Form von Unpopulärem und Provokantem: dem Kommunismus. Damit man ihn und das, was er so alles treibt, dennoch mag, muß er den roten Bulldog der Provokation dazu bringen, daß er knurrt, aber im Zweifel und eigentlich auch sonst sehr brav apportiert.

Die Mutter in der Inszenierung von Claus Peymann läuft noch bis zum Ende der Spielzeit am Berliner Ensemble

Fritzi Busch lebt und arbeitet hart an der Grenze zum demokratischen Sektor

Konkret 03/03, S. 49

Magnus Klaue

Bohlen-Forschung

Erik von Grawert-May ist Professor für Psychologie an der Fachhochschule Lausitz. Und Besitzer eines Gesichts, das selbst radikale Gegner der Physiognomik in Zweifel stürzen könnte, ob nicht doch etwas dran ist an der Lehre vom Antlitz als Spiegel der Seele. Oder sollte sich hinter dem dementen Dauergrinsen, mit dem der Gelehrte kürzlich Dieter Bohlens Lebensbeichte Nichts als die Wahrheit in die Kameras von DPA hielt, ein raffinierter Dekonstruktivist verbergen, der die von Kittler & Co. geforderte »Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften« in die Praxis umsetzen möchte? Im Kreis Senftenberg, wo der Verblödungsquotient der Hochschulabsolventen höher zu sein scheint als andernorts, wären die Voraussetzungen für solch ein Projekt optimal.

Ein paar Versuchsballons hat Grawert-May schon losgelassen. Im Winter entführte er mit Studenten im Weihnachtsmann-Kostüm eine Statue der Heiligen Barbara aus dem Kreismuseum, um sie für eine Veranstaltung anläßlich des Santa-Barbara-Tags zu verwenden, den die Gemeinde »leider ohne Ehrung« hatte verstreichen lassen. Gegen den geplanten Umzug des Fachbereichs für Wirtschaftswissenschaften nach Cottbus will er »protestieren«, indem er für jeden Senftenberger, der die Stadt verlassen muß, ein »Sterbeglöckchen« läuten läßt.

Nun möchte Grawert-May Bohlen zur »Pflichtlektüre« seiner Studenten machen, weil er prima in seine Vorlesung über »interkulturelle Aspekte der Psychologie« paßt. An Bohlen lassen sich die »Grundlagen und Probleme der Erfolgspsychologie« nämlich besonders gut explizieren. Dabei können endlich auch einige bewegende Fragen geklärt werden: »Warum hat so ein erfolgreicher Musiker so viele Probleme in der Liebe?« □ »Warum ist die Musik von Modern Talking in Deutschland so erfolgreich, in Amerika aber ein Flop?« Außerdem empfiehlt Grawert-May dem Diplom-Kaufmann Bohlen dringend, sich um eine Promotion zu bemühen. Dann könnte dem Sänger womöglich sogar eine Professur angeboten werden. Bohlen selbst hat großes Interesse an einer »akademischen Karriere«: »Vielleicht schreibe ich über die Auswirkungen von Modern Talking auf den Aktienkurs.« Über die Ablehnung, die ihm von Hochschulpräsidentin Brigitte Klotz entgegengebracht wird, ist er »erschrocken und verwundert«. Diese hatte verlauten lassen, eine Berufung Bohlens berge die Gefahr, daß aus der »seriösen Bildungseinrichtung« eine »Spaßhochschule« werde.

Grawert-May wird die humorlosen Traditionalisten schon zum Schweigen bringen, damit endlich jene Bücher geschrieben werden können, nach denen die Fachwelt schon seit Jahren verlangt, Bücher wie »Phänomenologie des Bohlens« oder »Bohlen als Wille und Vorstellung«.

Konkret 03/03, S. 50

Jenna L. Brinning

Buch & Deckel

Michael Moore: Stupid White Men. Piper, München 2002, 329 Seiten, 12 Euro

Es stinkt zum Himmel. So faßt Michael Moore die Lage der Nation für den gemeinen US-Bür-ger zusammen. Sein Verlag, Harper Collins,
wollte das Buch *Stupid White Men* nur herausbringen, wenn Moore den vor dem 11.9.01 verfaßten Text zu 50 Prozent umschreibt, weil das Buch sonst nicht »harmonieren« würde mit der 80prozentigen Zustimmung der Bevölkerung zur Reaktion George W. Bushs auf dieses Ereignis. Tatsächlich lagen zum vertraglichen Erscheinungstermin im Oktober 2001 schon 50.000 Exemplare des Buches druckfrisch in einer Lagerhalle, bereit zur Auslieferung – und Harper Collins, der dem Murdoch/Fox-Imperium gehört, war bereit, sie einzustampfen. Der Filmemacher/Autor/Nader-Unterstützer Moore verweigerte sich der Zensur, die er auch noch selbst bezahlen sollte, der geplante Vertragsbruch des Verlegers wurde öffentlich, und Harper Collins gab nach, allerdings mit der Warnung: »Das Buch wird sterben. Sie (Moore) haben keinen Zugang zur einigen amerikanischen Bevölkerung in diesen Zeiten.«

Die erste Auflage des unzensierten Buches war nach Erscheinen im Februar 2002 jedoch schnell vergriffen, *Stupid White Men* wurde die Nummer eins auf allen Bestsellerlisten in den USA, und Harper Collins kam kaum mit den Neuauflagen nach. Das Buch blieb das meistverkaufte Sachbuch des Jahres, obwohl der Verlag nicht mal eine vernünftige PR dafür betreiben wollte.

Der Alkoholiker George W. wurde nie gewählt und sitzt trotzdem im Weißen Haus, behauptet Moore. Während Bush täglich mittags und abends seine Nickerchen macht, zieht die »Junta«, ein Kreis von Geschäftsfreunden der Familie Bush, die Fäden der Präsidentenmarionette. Sie wollen schließlich ihre Wahlkampfgelder (190 Millionen US-Dollar) zurück, und zwar mit Zinseszins. Enron, Alcoa, AT&T, Philip Morris, Monsato, AOL/Time Warner – die Liste der Firmen, bei denen die höchstrangigen Regierungsmitglieder ihren »Nebenjobs« nachgehen, liest sich wie die »Fortune 500«. Das Regime der christlichen, schwulen- und frauenfeindlichen Republikaner entlarvt Moore ebenso wie das Versagen der Demokraten und Bill Clintons (»der beste republikanische Präsident, den wir je hatten«) und der dummen weißen Männer überhaupt.

Der Erfolg von *Stupid White Men* hat zwei simple Gründe: Erstens weiß Moore, daß man Amerikaner zuerst zum Lachen bringen muß, damit sie zuhören. Zweitens hat Moore die Mehrheit auf seiner Seite, zumindest statistisch: 154 Millionen Amerikaner haben nicht für Bush gestimmt. Die Republikaner sind eine Minderheit, und laut Moore ist Bush eine Gefahr für die nationale Sicherheit. *Stupid White Men* ist ein vergnügliches Resümee der politischen Lage in den USA.

Konkret 03/03, S. 50

Ale□ andra Buch

Buch & Deckel

Freerk Huisken: □ .B. Erfurt. Was das b□ rgerliche Bildungs- und Einbildungs□ esen so anrichtet. VSA, Hamburg 2002, 130 Seiten, 8 Euro

Das deutsche Volk war erschüttert. Wie hatte so etwas geschehen können? »Diese singuläre Tat«, schrieb der Bundeskanzler über den Amoklauf eines relegierten Schülers in Erfurt, »die unsere Vorstellungskraft übersteigt, bedarf seitens des Staates der gründlichen Analyse und entschlossener Konsequenzen ... Was können die Verantwortlichen in allen Teilen der Gesellschaft tun, um eine Wiederholung auszuschließen?« Wehret den Anfängen! Aber seit wann und wovon wäre eine singuläre Tat ein Anfang?

Freerk Huisken, Professor für Politische Ökonomie an der Uni Bremen, zeigt diesen und andere Widersprüche in der Debatte nach Erfurt auf. Zu den Konsequenzen, die dem Amoklauf mit seinen 18 Toten folgten, gehörten Überlegungen, gewaltverherrlichende Computerspiele zu verbieten und das Waffengesetz zu verschärfen. Im übrigen aber sei die Tat nicht zu verstehen. Gewiß, die Frustration über den Schulverweis und den somit verbauten Weg zum Abitur war nachvollziehbar, aber schließlich war Robert S. doch selber schuld und seine Reaktion völlig unangemessen. Andere, die durch das Sortierungsraster der Schule fallen, fügen sich ihrem Schicksal.

Hier wäre nun eine Kritik an ebendiesem Bildungssystem angebracht gewesen. Statt dessen fragte man sich, wie man auch Robert S. dazu hätte bringen können, sich mit dem über ihn gefällten Urteil, er sei für ein Hochschulstudium nicht geeignet, abzufinden. Offenbar hatte die Schule die ihr zugewiesene Aufgabe, ihn mit genügend »Frustrationstoleranz« auszustatten, nicht erfüllt.

Huisken zeichnet die Debatte Punkt für Punkt nach und geht dabei auch auf weitere soziale und erzieherische Mißstände ein. Er entwickelt aus seiner fundierten Analyse eine radikale Kritik am Bildungswesen, das Jugendliche, statt sie zu fördern, nach Gewinnern und Verlierern sortiert □ ein Verfahren, das Gewaltausbrüche wie den von Erfurt provoziere.

Konkret 03/03, S. 50

Volker Weiß

Buch & Deckel

Michael Brenner: Geschichte des Zionismus. C. H. Beck, München 2002, 128 Seiten, 7,90 Euro

Michael Brenner hat eine kurze Geschichte des Zionismus vorgelegt, deren Lektüre sich auch für die Auseinandersetzung mit der Dauerkatastrophe »Nahost« eignet. Er skizziert die Entwicklung der Idee des Zionismus, die Formierung der Organisationen, Migrationswellen und die Probleme bei der Umsetzung der zionistischen Utopie. Hierbei wird ersichtlich, daß der Gedanke einer jüdischen Autonomie sich wesentlich aus dem zunehmenden Druck speiste, der im ausgehenden 19. Jahrhundert auf die Juden Europas ausgeübt wurde. Ohne den Antisemitismus und die nach dem Ersten Weltkrieg erschwerte Einwanderung in die USA, dem traditionellen Hauptziel der jüdischen Emigration, hätte sich die Wirkung der zionistischen Idee wohl auf eine kleine Gruppe Jugendbewegter beschränkt.

Angenehme Distanz wahrt Brenner gegenüber jeglichem Herzl-Kult. Der Wiener Schriftsteller wird als derjenige gewürdigt, der das Talent hatte, Strukturen und Menschen zusammenzuführen. Einige Legenden rückt Brenner zurecht: Die Barone Hirsch und Rothschild standen der Vision, die Wüste zu kolonisieren, nicht sonderlich begeistert gegenüber. Mit Herzl verfuhren sie nach der Gepflogenheit rationaler Kapitalisten, die es mit Romantikern zu tun bekommen: Sie ließen ihn abblitzen.

Ob (und wo) sie überhaupt einen eigenen Staat haben wollten, wußten die Zionisten lange selbst nicht. Brenner läßt keinen Zweifel daran, daß der Zionismus eine Befreiungsbewegung war, deren Mängel allerdings bald zutage traten. Von Moses Hess über Theodor Herzl bis Chaim Weizmann kamen die prominenten Befürworter jüdischer Autonomiebestrebungen meist aus assimilierten Kreisen und wurden erst durch die ihnen feindliche Außenwelt darauf gestoßen, daß sie Juden waren. Ihre Ignoranz gegenüber der arabischen Bevölkerung Palästinas wurzelte in der europäischen Kolonialmentalität. Brenner nennt Kritiker dieser Haltung, die bezweifelten, daß sich die arabische Bevölkerung Palästinas den »Zivilisationsbringern« gegenüber begeistert zeigen würde. Wenig Raum widmet er allerdings der Frage nach der heutigen Rolle des Zionismus in Israel. Im Schlußteil deutet er an, daß der permanente Ausnahmezustand der israelischen Gesellschaft die notwendige Debatte um das eigene Selbstverständnis verhindert(e). Hierzu hat Brenner bereits einen eigenen Sammelband mitherausgegeben (*Zionistische Utopie, israelische Realität: Religion und Nation in Israel*, München 1999).

Konkret 03/03, S. 51

Oliver Tolmein

Buch des Monats

Klaus Briegleb: Mißachtung und Tabu – Wie antisemitisch war die Gruppe 47? Philo, Berlin 2003, 324 Seiten, 24,90 Euro

»Die Gruppe 47 vollendet meine Verdrängung«

Paul Celan

Am Anfang seiner Streitschrift dokumentiert Klaus Briegleb ein Foto: Es zeigt den mit großer Geste auf sein Publikum einredenden Günter Grass und neben ihm, in sich zusammengesunken, an den Bildrand gedrückt, das halb abgewendete Gesicht des israelischen Schriftstellers Yoram Kaniuk. Das Bild datiert vom 7. März 1991, es ist die Zeit des ersten Golfkriegs gegen den Irak, die Zeit, in der Israel durch irakische Giftgasraketen, die mit deutscher Hilfe hergestellt worden waren, bedroht wird. Kaniuk und Grass treten als Freunde auf, aber sie finden in diesem Konflikt nicht zueinander. Briegleb resümiert mit Blick auf die Kontroverse um die Position der deutschen Friedensbewegung und ihrer Parole »Kein Blut für Öl«: »Die tiefere Differenz ... schien mir diese zu sein: Kaniuk sprach als Schriftsteller über seine Affekte des Schmerzes auf der Deutschlandreise, Grass trumpfte als Politiker auf, ›als habe er persönlich den Frieden erfunden‹.«

Für Brieglebs Streitschrift sind diese Bild/Text-Montage und der Passus selbst charakteristisch. Sie zeigen das Spannungsfeld auf, in dem er Antisemitismus thematisiert: Literatur und Politik, Freundschaft und Mißachtung. Und sie liefern einen Eindruck von Brieglebs Methode: Der Philologe arbeitet assoziativ, und er sucht nicht nach schnellen Belegen für vorgefertigte Ansichten, sondern bemüht sich, die oft wortreich verdeckten Botschaften im vorgefundenen Material zum Sprechen zu bringen. In den besten Passagen des Buches gelingt ihm das. Seine Analysen von Alfred Anderschs *Notwendige Bemerkungen zum Nürnberger Prozeß* und vor allem von Hans Werner Richters *Sie fielen aus Gottes Hand* erhellen die Befindlichkeit der Autoren, die nicht bereit sind, das Besondere am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zu begreifen und literarisch zu bearbeiten. Richter, Andersch und andere Mitglieder der Gruppe 47 sind auf der Suche nach der einebnenden Gemeinsamkeit, die Juden und Christen, Deutsche und Sowjetrussen als Opfer »des Krieges« und »der Machthaber« zu einer großen Schicksalsgemeinschaft zusammenschweißt.

Nun begnügt sich Briegleb jedoch nicht damit, die »moralische Gleichwerterei« herauszuarbeiten und zu kritisieren, er findet einen eleganteren und fruchtbareren Weg. Thomas Mann hatte sich 1951/52 mit Richters Buch auseinandergesetzt, weil er gebeten worden war, der Verleihung eines Preises an den Autor zuzustimmen. Briegleb zeichnet Manns Beschäftigung mit dem Buch nach, dessen erste Lektüre bei ihm nur den Tagebucheintrag »Zweifel!« bewirkte. Er analysiert die Lektüre des »unwilligen Jurors« Mann, der der Ausrufung von Richter zum »Schützenkönig« schließlich zustimmte, um der Nachkriegsliteratur der im Lande gebliebenen Deutschen nicht insgesamt eine Absage zu erteilen: »Daß er es (Schützenkönig) unter ABC-Schützen ist«, so Mann in einem Brief, »brauchen wir ja nicht zu sagen.«

Besonders beschäftigt sich Briegleb mit der Art und Weise, in der Richter die beiden jüdischen Figuren des Romans charakterisiert: Ariel, ein Ironiker und späterer (zionistischer) »Aktivist« wird von Richter so beschrieben: »In seiner fleischigen Fülle sah er nach Amsterdam aus.« Besondere Aufmerksamkeit verdient aber vor allem die in dem dokumentarischen Roman zentrale Figur des Shlomo Galpertin. Die Geschichte von Richters Protagonisten unterscheidet sich Briegleb zufolge auf bemerkenswerte Weise von Shlomo Galpertins tatsächlicher Geschichte. An diesen Unterschied wird sehr viel später der aus der Gruppe 47 kommende Martin Walser mit seinem *Tod eines Kritikers* ausdrücklich anknüpfen. Der Galpertin des Romans, dessen Geschichte aus der »deutschen Zentralperspektive« erzählt wird, verläßt, nachdem er den Krieg mit Hilfe ganzer Kohorten gutmütiger Deutscher überlebt hat, Israel wieder und stirbt dann einen absurden Tod unter den Galgenkreuzen des ehemaligen Konzentrationslagers, in dem nun die Displaced Persons untergebracht sind. Er wird, als einzige Figur des Romans, literarisch geopfert.

Mißachtung und Tabu wäre als Buch gelungen, hätte es sich auf Werner Richter konzentriert, auf den Nachweis, wie dessen Versuch, einen Corpsgeist unter den Schriftstellern der Gruppe 47 zu schmieden, seine Sprache zu der eines Polit-Soldaten des Friedens verarmen ließ, auf dessen Aggression gegen Paul Celan und die »Emigrantendeutsch« schreibenden geflohenen Dichter. Briegleb will aber mehr – und scheitert damit. Nicht weil seine These auf Sensation getrimmt wäre, wie in der »Welt« ausgerechnet Fritz J. Raddatz behauptet, dessen Rolle als Herold der Literatengruppe Briegleb in seinem Buch angemessen knapp abgehandelt hat. Auch der von Walter Jens, Peter Wapnewski, Reinhard Baumgart und anderen empört vorgebrachte Hinweis auf die jüdischen Mitglieder der Gruppe 47 ist kein überzeugender Einwand gegen Briegleb. Der hat in seinem Buch an mehreren Stellen beschrieben, wie gerade Wolfgang Hildesheimer stets am Rand der Gruppe blieb und wie die Reaktionen auf Peter Weiss' Verarbeitung des Auschwitz-Prozesses und seine damit einhergehende politische Radikalisierung dazu führten, daß er aus der Gruppe 47 herausgeschmäht wurde.

Briegleb scheitert an seinem Thema, weil es *den* Antisemitismus als einfach faßbares und dingfest zu machendes Phänomen so wenig gibt, wie *die* Gruppe 47 als zuverlässig organisierten Verein. Der emeritierte Germanist und Heine-Herausgeber weiß das und schweift in seinem Bemühen, das Thema in seiner Vielgestaltigkeit zu erfassen, oft ab, verliert sich in Details, Aufzählungen und dem Herausarbeiten von Querverbindungen. Er häuft Bruchstücke von Interpretationen aneinander und reiht kluge Beobachtungen auf, aber er schreibt kein Buch. Das Werk wirkt über weite Strecken, als sei es bloß eine Vorarbeit für etwas, das nun erst noch kommt. Brieglebs Skizze über das Verhältnis von Ingeborg Bachmann und Paul Celan und ihren »(Nicht-)Ort in der Gruppe 47«, die vor sechs Jahren als Kapitel einer Aufsatzsammlung (Suhrkamp Taschenbuch 3127) erschienen ist, bietet einem deswegen einen besseren Einstieg in die Argumentation des Autors. Dennoch ist *Mißachtung und Tabu* als Streitschrift ein wichtiges Buch. Sein Erfolg zeigt sich insbesondere an den wütenden Attacken durch Autoren aus dem Umfeld der Gruppe 47, die offensichtlich allenfalls die Kapitelüberschriften überflogen haben.

Es wäre dringend zu wünschen, daß sich Briegleb selbst oder eine Autorin oder ein Autor mit ähnlichem Forschungsinteresse der Materie annähme und der Streitschrift in absehbarer Zeit eine stringenter konzipierte, strenger am Gegenstand festhaltende Studie folgen ließe. Aus einem solchen Werk wäre wohl Wesentliches über die Genese des Selbstverständnisses der »guten Deutschen« zu erfahren, die heute in immer größerer Zahl auftauchen.

Konkret 03/03, S. 56

Georg Fülberth

Danach

Peter Hacks zum 75. Geburtstag am 21. März.

Was vom Werk des Peter Hacks – es ist ästhetisch und gedanklich gleichermaßen vorzüglich – in Zukunft noch gekannt sein wird, weiß derzeit kein Mensch. Das ist nämlich nicht von der Qualität abhängig, sondern von einer Instanz, der sich der Dichter spätestens 1955, als er in die DDR ging, vollständig überantwortete: der Geschichte.

Über literarische Leistungen muß nicht gestritten werden, dafür gibt es objektive Maßstäbe. Es sind die Gattungsgesetze von Lyrik, Epik und Dramatik. Hacks, der doktorierte Philologe, hat sie studiert und probiert. Er kann in jedem Versmaß schreiben, das gerade angebracht ist. Dies ist aber nicht beliebig, sondern muß sich zu dem verhalten, was jeweils zu sagen ist. Für das Beamtendrama »Prexaspes« zum Beispiel ist nur der Alexandriner geeignet.

Innerhalb der Gattungen gibt es noch Unterformen, die ebenfalls erkannt und beachtet werden müssen. Dazu gehört das Kinderbuch, für das Hacks eine Poetik entdeckt und umgesetzt hat: Den Kleinen ist dasselbe zumutbar wie den Großen, denn sie sind ja nicht dümmer. Die Literatur, die speziell für sie geschrieben wird, muß nur hinzufügen, was ihnen fehlt: Erfahrung.

In der Epik ist Hacks sparsamer als in den anderen Gattungen: Er meidet den großen Roman. Hier hat er Formlosigkeit erkannt.

Er weiß, daß auch der Essay seine Regeln hat, die ihn vom Feuilleton vollständig trennen. Indem er sie praktiziert, ist er bei uns nahezu der einzige, der diese Form beherrscht, wie in einem anderen Land einst Montaigne. Wo sie mißachtet wird (genauer: unbekannt ist), entsteht, was in den Buchläden in großer Zahl als »Essay« verkauft wird.

Der überlieferte Bestand an Gattungen reicht Hacks' Meinung nach aus. Die aus ihnen ausbrechen, tun dies, weil sie müssen – dies aber nicht, weil sie so viel zu sagen haben, daß keine der bisherigen Formen dazu ausreicht, sondern im Gegenteil: weil sie nicht können. Daß es sich mit ihnen so verhält, hat aber nicht immer mit individuellem Unvermögen zu tun, sondern mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. So entstanden im heraufkommenden, britisch dominierten Kapitalismus die Romantik, im Imperialismus Fernsehspiel sowie literarische Moderne und allgemeine Postmoderne. Das bißchen Handwerk, um so etwas zuwege zu bringen, beherrschte auch Hacks, wenn er denn wollte. Wer »plätschert« auf »Sweatshirt« reimt, könnte sich als großer Formensprenger aufspielen. Aber er will nicht.

Daß Qualität nichts aussagen muß über den offiziellen Rang, der einem Künstler zugemessen wird, läßt sich durch die Beantwortung der Frage zeigen, weshalb Goethe ein großer Dichter nicht nur ist, sondern auch als ein solcher gilt. Peter Hacks läßt auf ihn bekanntlich ebenso wenig kommen wie Friedrich Engels auf Karl Marx. Dies könnte als Koketterie erscheinen angesichts der Tatsache, daß, objektiv gesehen, er Goethe in manchem überragt. Dieser hat, da manchmal aus Gefälligkeit reimend, neben seinen guten auch viele schlechte Gedichte geschrieben. Nimmt man sich vor, seine gesammelten lyrischen Verse in Gänze zu lesen, macht man sich's schwer. Von Peter Hacks dagegen gibt es kein einziges mißlungenes Gedicht.

Nehmen wir Goethe zu dem Nennwert, der ihm aufgrund seiner besten Werke zukommt, kann man ihn wohl einen sehr großen Dichter nennen. Sein Ruhm beruht aber nicht darauf, sondern kommt von der Tatsache, daß die Deutschen, um als Nation etwas zu werden und den Briten einen Einheitsstaat mit Schutzzöllen entgegenstellen zu können, unbedingt einen Nationaldichter brauchten, so wie die Konkurrenz ja ihren Shakespeare hatte. Cirka 1859 schien ihnen dafür Schiller zeitweilig geeigneter. Für Goethe entschieden sie sich wohl auch deshalb, weil sie seinen Universalismus für unpolitisch und ihn deshalb für knetbarer hielten. Dies rettet sein Ansehen noch heute.

Also: Goethe wurde groß genannt, weil die Nation ihren Dichter benötigte. Aus ähnlichen Gründen verschafften sich die Ungarn Petöfi und die Dänen den Denker Grundtvig. Daß der eine oder andere von ihnen erste Klasse war, wäre völlig belanglos gewesen für die öffentliche Wertschätzung, denn es tat nichts zur Sache.

Peter Hacks' Sache aber ist der Kommunismus. Seine ästhetischen Fertigkeiten erklären sich daraus, daß er Mitte der fünfziger Jahre zu der Erkenntnis kam, sie müßten dieser Menschheitsaufgabe gewachsen sein. Sonst hätte er es billiger machen können, genauer: Er hätte es dann wohl gleich ganz gelassen.

Immer wieder hat er darauf hingewiesen, daß klassische Literatur die klassische Konstellation braucht: Elisabeth die Erste und Shakespeare, Carl August und Goethe, Walter Ulbricht und Peter Hacks. Sein schönstes Drama in diesem Sinn ist »Margarete in Aix«.

Ist der Kommunismus besiegt, bleibt sein Dichter groß. Er sieht sich »aller Hoffnung jäh beraubt«, feilt sich wöchentlich die Nägel und schreibt lediglich noch aus »Dichterpflicht«. Wem aber gilt diese seit 1990? Das Schreiben ist – anders, als

das eben zitierte Hauptwort mißverstanden werden kann – nicht Angewohnheit oder professionelle Routine. Die Pflicht des kommunistischen Dichters ist unverändert der Kommunismus. Deshalb hat Peter Hacks in seinen »Späten Stücken« und im Zyklus »Jetztzeit« ein Requiem für die Deutsche Demokratische Republik verfaßt.

Da die Bundesrepublik Deutschland die Negation der DDR war (und umgekehrt), ist sie selbstverständlich auch die Negation von Peter Hacks. Sie darf ihn nicht einmal haben wollen in der neuen innerimperialistischen Konfrontation mit den USA und Großbritannien, obwohl er vom kommunistischen Standpunkt aus über diese einiges gesagt hat, was ebenso richtig ist wie für die konkurrierenden Zwecke Deutschlands unbrauchbar.

In »Denkmal für ein Denkmal« beschreibt er den Zustand, daß der Kommunismus – hier von ihm symbolisiert durch Stalin – nur noch ein von Heimatgedichten beklagtes Loch in der Heimatgeschichte sei. Seine Sprache – die des Kommunismus und die von Peter Hacks – wird nicht mehr gesprochen. Es mag sein, daß das Idiom der US-Hegemonie mit Shakespeare nichts zu tun hat, aber für diese finden sich derzeit andere Intellektuelle. Wer Deutschland dagegen aufbieten will, hat Botho Strauß. Hacks' Texte sind als klassische Literatur notwendig in einer der klassischen Sprachen geschrieben, die für Verächter des humanistischen Gymnasiums bekanntlich als »tot« gelten. Es gibt Schöneres und Schlimmeres. Um mit dem Schönsten zu beginnen: Ein künftiger Kommunismus würde die Frage, ob Peter Hacks der größte Dichter ist, richtig beantworten. Dessen gegenwärtige Ungleichzeitigkeit ist ein vergleichsweise kleines Übel gemessen an der folgenden, immerhin ausdenkbaren Katastrophe.

Stellen wir uns einmal vor, der Imperialismus habe endgültig gesiegt. Da könnte es sein, daß man die Hervorbringungen der Unterlegenen mustert, würdigt, ausstellt und aufführt. Falls die anglophone Variante der finalen kapitalistischen Ordnung sich durchsetzt, würde Peter Hacks ins Englische übertragen werden, oder man würde sogar Deutsch lernen, um ihn studieren zu können wie Aristophanes. Vielleicht würde man seine Dramen zu dem machen, was sie keinesfalls sein dürfen: Regietheater (so wie es gegenwärtig mit Lessings »Emilia Galotti« und Goethes »Clavigo« geschieht). Es wäre das Zeichen dafür, daß der Kommunismus endgültig verloren hat und seine besten ästhetischen Leistungen kulinarisch vernutzt werden können.

Daß dies niemals geschehen möge, sondern das Gegenteil: dies ist Peter Hacks zu seinem 75. Geburtstag hiermit gewünscht – ihm und uns allen.

Lieferbare Bücher von Peter Hacks (Auswahl):

Die Maßgaben der Kunst. Gesammelte Aufsätze 1959-1994. Hamburg 1996, 1.184 Seiten, 70,80 Euro

Die späten Stücke I und II. Hamburg 1999, jeweils 240 Seiten, jeweils 25,80 Euro

Die Erzählungen. Hamburg 1995, 208 Seiten, 22,80 Euro

Die Gedichte. Hamburg 2000, 492 Seiten, 34,80 Euro

Alle erschienen in der Edition Nautilus.

Zur Romantik. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2001, 160 Seiten, 19,90 Euro

Tamerlan in Berlin. Gedichte aus der DDR. Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2002, 96 Seiten, 12,90 Euro

Im Eulenspiegel-Verlag erscheint außerdem eine 15bändige Hacks-Werkausgabe. Bis zum 30.3. gilt der Subskriptionspreis von 380 Euro, danach kostet sie 450 Euro (die Bände können auch einzeln erwor-

ben werden).

Konkret 03/03, S. 57

Ra□ k Wieland

Tr□ bes Wetter

Andr□ M□ ller sen./Peter Hacks: □ Nur da□ □ ir ein bischen kl□ rer sind. Der Brief□ echsel 1989 und 1990.□ Herausgegeben den Korrespondenten. Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2002, 126 Seiten, 12,90 Euro

Wer vom Wetter redet, redet selbstredend nicht vom Wetter, sondern in erster Linie davon, wovon er nicht redet. Darüber hinaus redet er natürlich vom Wetter und von nichts anderem als dem Wetter. Denn das Wetter ist, als Generalmetapher des Lebens, allgegenwärtig, universell und präzis. Es berücksichtigt sowohl kosmische Verknotungen als auch die eher kleinteiligen seelischen Abläufe. Es kommt exakt immer, wie□s kommen muß, und schießt doch ständig Kapriolen. Und es ist, wer wollte es leugnen, vorhanden.

Die Jahre 1989 und 90, wie der Briefwechsel zwischen dem Kölner Shakespeareianer André Müller und dem Dichter Peter Hacks beweist, waren keine guten Jahre fürs Wetter. Der Sozialismus machte sein schwaches Licht aus, das Kapital masturbierte verstärkt. Vor diesem Hintergrund erörtern die Korrespondenten u.a. die sinnfällige Brisanz von Stalins Armeereden (»Sie enthalten die Theorie von der Gegenoffensive: Unglaublich weit zurückziehn und dann vernichtend schlagen!«), eine neuartige Lehre der Soziopsychiatrie (»Es gibt gesellschaftliche Lagen, welche in einzelnen Individuen Irrsinn erzeugen und in welchen diese erzeugten Irren die Macht erlangen.«) und erstmalig die Gorbatschow-Dramen Shakespeares (»Er hat ein Motiv, weshalb er den Kapitalismus einführen will, und das ist die Schraube, die in seinem Hirn locker ist.«). Hauptarbeitsthema aber bleibt das Wetter, es ist immer da: »Das Wetter ist sichtbar von Jelzin veranlaßt.« □ »Das Wetter ist neblig-kalt und macht müde.« □ »Das Wetter fährt fort zu nebeln.« □ »Die Sonne schint stark bei starker Kälte. Irgendwas ist in dieser östlichen Luft, das tötet, Föhn oder Ozon oder russische Seele.« □ »Das Wetter ist trüb, und wenn man gewiß rasch gelernt hat, von der Welt abzusehen □ ermunternd wirkt sie jedenfalls nicht.« □ »Gegen das Wetter ist hier im Westen nicht das geringste einzuwenden. Jetzt haben wir einen Spätsommer.« □ »Es kann am diesjährigen Nichtherbst liegen, aber mal ehrlich, nie ist mir so mistig, wie wenn ich mich mal einen Sommer lang erholt habe.« □ »Ich habe aber eine Magenschleimhaut und bin ungesund und wundere mich, weshalb Voltaire so wenig vom Wetter spricht.«

Hacks hingegen kann davon nicht absehen, das Wetter ist ihm Herzensangelegenheit und Intimfeind zugleich, Grunddilemma der menschlichen Existenz. »Eine sinnvolle Frage ist«, schreibt er einmal rundheraus, »ob man bei besserem Wetter weniger über Politik reden würde.« Das ist sehr unwahrscheinlich. So gutes Wetter ist leider selten.

Konkret 03/03, S. 58

Andreas Busche

FilmTheater

About Schmidt

Regie: Alexander Payne; mit Jack Nicholson; USA 2002 (Warner); 124 Minuten; seit 27. Februar im Kino

Die Landmasse zwischen Los Angeles und New York, das wahre Amerika, ist einfach nur da, um überwunden zu werden. Es gibt nichts, was zum Verweilen einlädt. Das Streben nach Mobilität ist eine der Gründermythen dieses Landes, und wahrscheinlich hat der Schöpfer nur für diesen Zweck Wisconsin und Nebraska erschaffen: um hindurchzufahren oder wegzukommen. »About Schmidt« ist so ein Film über das Durchfahren und Wegkommen und dabei auch noch so amerikanisch wie die Pionier-Western John Fords. Jack Nicholson sitzt in seinem zwölf Meter langen Winnebago Adventurer Wohnmobil und bringt einfach nur Strecke hinter sich. Ein großes Nichts – und als er sein Ziel schließlich erreicht, sieht dieses Amerika immer noch nicht anders aus als bei seiner Abfahrt.

Nicholsons Warren Schmidt hat jedoch nichts von einem John Wayne. Schmidt ist kein Abenteurer, sondern ein kleiner Beamter mit minimalster sozialer Mobilität: ein Leben lang hat er in seiner Versicherungsfirma gearbeitet, 42 Jahre war er mit derselben Frau verheiratet. Es paßt, daß Alexander Payne Nicholson in diesem rollenden Eigenheim durch Amerika schickt. »About Schmidt« handelt von einer durch und durch amerikanischen Reisekultur: scheinbarer Freiheitsdrang bei gleichzeitigem Stillstand. Ob man sich sein Football-Spiel im eigenen Haus anguckt oder 1.000 Meilen weiter westlich im Wohnmobil, macht keinen Unterschied mehr. Nicht nur, daß die Landschaft draußen immer gleich aussieht, im sicheren Inneren hat man auch jeglichen Bezug zum Außen verloren. So weit ist das Roadmovie bei Payne regrediert.

Alexander Payne hat schon vorher Filme über das Amerika gemacht, das man aus Hollywood-Filmen gewöhnlich nicht kennt – zumindest nicht, solange keine Aliens angreifen oder Kommunisten einfallen. Mit »About Schmidt« setzt Payne seine Omaha-, Nebraska-Reihe fort, und es ist konsequent, daß in seinem dritten Film der Protagonist – nach dem Tod seiner Frau – endlich aufbricht, diese Einöde hinter sich zu bringen. Ein weiterer guter Grund ist, daß Schmidts Tochter sich gerade dazu entschlossen hat, einen Wasserbett-Vertreter mit Vokuhila zu heiraten – was es zu verhindern gilt.

Mit dem Slogan »Jack Nicholson ist Schmidt« wird »About Schmidt« vermarktet, und damit ist eigentlich alles gesagt. Aber selbst wenn Nicholsons Knallchargentum gehörig auf den Geist geht, sind Paynes misanthrope Untertöne, die im Gegensatz zur Romanvorlage sogar noch etwas zurückgenommen wurden, sehr erfrischend. Daß Schmidt sein deprimierendes Leben in kurzen Briefmonologen seinem afrikanischen Patenkind erzählt, das er im Nachtprogramm für 22 Dollar pro Monat »gefunden« hat, gehört zu den Zynismen, ohne die kein Payne-Film auskommt. Störender ist allerdings, daß man zwei Stunden lang das Gefühl nicht loswird, Jack Nicholson bei seiner eigenen Oscar-Kür zuzusehen.

Konkret 03/03, S. 58

Tobias Nagl

FilmTheater

Chicago

Regie: Rob Marshall; mit Renée Zellweger; USA 2002 (Buena Vista); 113 Minuten; seit 20. Februar im Kino

Verfilmte Musicals mag man, oder man mag sie nicht. Viel Stoff für Diskussionen gibt es zwischen Anhängern und Gegnern des Genres gemeinhin nicht; auch wenn sich Letztere gerne als Linke geben und im Musical eine der schlimmsten Ausgeburten kulturindustrieller Verblödung erblicken, wo ihnen meist nur die nötige sittliche Reife fehlt. Seinen ideologisch prekären Status hat das Musical mit einem anderen großen US-Filmformat gemein: dem Western. Doch wie beim Western ist die Angelegenheit inzwischen eine durch und durch historische: Beide Genres sind untrennbar mit dem Aufstieg und Fall des Hollywoodschen Studiosystems und seinen Erzählmustern verbunden; beide sind im »postklassischen« Hollywood der Gegenwart nahezu völlig verschwunden. Auch Rob Marshalls Big-Budget-Berlinale-Eröffnungsfilm »Chicago«, inszeniert nach einem Broadway-Stück von Bob Fosse (»Cabaret«), wird das ganz sicher nicht ändern.

Chicago handelt vom historischen Fall der Roxie Hart (Renée Zellweger), einem Chorus-Girl mit Ambitionen, die einen verlogenen Liebhaber im Chicago der Prohibition und des Jazz Age ermordete und sich im Knast mit Hilfe eines schmierigen Anwalts (Richard Gere) zum Liebling der Klatschpresse wandelt.

Dort begegnet sie der Männermörderin Velma (Catherine Zeta-Jones), einem erfolgreichen Bühnenstar, und einer matronenhaften Gefängniswärterin (in einer viel zu kurzen Glanzrolle: Ex-Rapperin Queen Latifah). Die Vorbereitungen Roxies auf ihren Gerichtsprozeß geraten so zunehmend zur Auseinandersetzung um ihre und Vilmas Popularitätswerte, um jene 15 Minuten Ruhm, die Andy Warhol uns allen versprach. Wie »Cabaret« bindet »Chicago« alle »Nummern« narrativ an eine Bühne, inszeniert sie als Phantasien der Hauptdarstellerin im sexualisierten MTV-Modus »fitter« Körper. Das störte nicht weiter, wären Gere, Zellweger und Zeta-Jones bessere Sänger und Tänzer. So jedoch langweilt »Chicago« mehr noch als »Moulin Rouge« bereits auf der technischen Ebene. Und »Chicagos« ideologischem Projekt ergeht es kaum anders: Wo die Durchdringung von Alltag und Identität durch eine Gesellschaft des Spektakels an der Tagesordnung ist, hat der Ausstieg aus dem öden Alltag in eine Welt des Spektakels, von der noch das klassische Musical utopisch und in den Händen von Meistern wie Vincente Minelli geradezu brechtianisch handelte, kaum mehr Verführungskraft als, sagen wir, die Gründung einer Ich-AG oder die Suche nach dem Superstar.

Konkret 03/03, S. 58

FilmTheater

Solaris

Regie: Steven Soderbergh; mit George Clooney; USA 2002 (Fox); 98 Minuten; ab 6. März im Kino

Stanislaw Lem mag Steven Soderberghs »Solaris«. Das ist mehr Sympathie, als er Anfang der Siebziger Tarkowskis Film entgegengebracht hatte. Aber selbst Tarkowski hatte ja damals an seinem Film kein gutes Haar gelassen. Zuviel blinkende Lichter, hatte er sich später beklagt, dabei sei es ihm ganz grundsätzlich um die Conditio Humana gegangen – beispielhaft an einem in sich geschlossenen Ort vorgeführt. Soderbergh mag, wie Lem, seinen Film übrigens auch. Hat er auf der Berlinale gesagt. Das geht ihm leicht über die Lippen, ist »Solaris« wie jeder andere seiner Filme doch nicht mehr als eine weitere Etappe auf seiner Mission als Bilderstürmer des Kino-Mainstreams; während der obsessive Tarkowski mit seinen Filmen etwas ganz Episches, Universalistisches vollbringen wollte. Das sieht man ihnen auch an – sie sind für den Zuschauer kein reines Vergnügen.

Bei Tarkowski hätte es so etwas Profanes wie einen nackten Arsch natürlich nie gegeben, dafür zeigt Soderbergh Clooneys gleich zweimal – zweimal mehr als nötig. Worum es ihm im Gegensatz zu Tarkowski geht, wird schnell klar. Die Prämisse, daß sich im Orbit über dem Planeten Solaris die Begehren der Menschen physisch manifestieren, dient Soderbergh lediglich als McGuffin für seine Version von »Szenen einer Ehe«: Sein »Solaris« verhandelt ein konfuses Liebesmodell, das das Körperliche erst überwunden haben muß, um zu funktionieren. Im Film klingt das zunächst wie ein innerer Monolog über Schuld und Sühne, aber die Schlußeinstellung im zeitlos-geschmackvollen »Schöner Wohnen«-Interieur aus der vierten Dimension läßt kaum Zweifel daran, daß seine Vision eher im Kleinfamilien-Format gedacht ist. Soderbergh zieht sich lieber übervorsichtig ins Private zurück. Er hat seine Grenzen erkannt.

Aber genau darum ist »Solaris« auch nicht das prognostizierte Desaster geworden. Verdichtet auf die Liebesgeschichte von Kelvin und seiner toten Frau wendet er Tarkowskis Methoden auf einen sehr überschaubaren Topos an und vereinfacht rigoros. Anders kann ein Tarkowski-Remake wohl auch kaum funktionieren, und am Ende sieht Soderberghs »Solaris« mehr nach »inspired by« als nach »based on« aus. Den Ballast freudloser Grübeleien hat er über Bord geworfen – und ihm gleich noch jede Uneindeutigkeit ausgetrieben. Im Film schlägt die Stationsleiterin irgendwann vor, einen der supranatürlichen Besucher einfach in einem »Higgs-Feld« zu atomisieren. Bei Soderbergh herrscht wieder ein Konfliktmanagement wie aus der Steinzeit. »Ich will, daß die Menschen gewinnen!« hat sie Clooney noch ins Gesicht gebrüllt. Willkommen auch in der Zukunft.

Konkret 03/03, S. 59

Dietrich Kuhlbrodt

Film des Monats

Adaptation

Regie: Spike Jonze; mit Nicholas Cage, Meryl Streep; USA 2003 (Columbia Tristar); 114 Minuten; ab 13. März im Kino

LA. Wenn ich den Adapter in die Dose stecke, dann ist das meine private Systemüberlistung – was die Normen von Stecker und Spannung betrifft, und ich schere meine Glatze wie im good old Europe. Für komplexere Systeme braucht es jedoch einen Film wie »Adaptation«. Wie überlebe ich zum Beispiel die Evolution? Es geht immerhin um drei oder vier Milliarden Jahre. Regisseur Spike Jonze zeigt es in knapp 55 Sekunden: vom Urknall über die Formierung der Erde, die Saurier, die Eiszeit, den Affen, den Menschen, das Konglomerat der Großstadt bis zum Kopf des Drehbuchautors, Charlie Kaufman. Der wird im Kreißsaal grade aus der Mutter gezogen. Er atmet. Der Film hat längst begonnen.

Legitimiert wird der Schöpfungsakt vom good old Darwin persönlich. Mit weißem Rauschebart. Ein Zwillingsgott. Denn in den Staaten muß er bekanntlich mit dem anderen konkurrieren, dem Fundamentalisten, der in den Schulen das Sagen hat – mit seiner hollywoodkompatiblen Story, die linear die Schöpfungsgeschichte erzählt. Wer sich dort auf Darwin beruft, ist Ketzer. Weshalb in den USA ein Darwin-Feature nach dem anderen entsteht, das wir dann – zuletzt im Februar – auf Arte sehen dürfen. Bloß ist das wieder linear erzählt und unadaptiv. Weshalb »Adaptation« mit seinem »aaaaa«-Programm benötigt wird: adaptiv, assoziativ, autobiographisch, anekdotisch, apokryph. Eben alles, was in der Datei oder den Kontaktanzeigen vor dem ersten Wort steht.

Wie überlistet ein Drehbuchschreiber in Hollywood das Hollywoodsystem? Dagegen angehen? Kompromisse schließen? Kämpfen? Leiden? Gar Hollywood mit eigenen Mitteln schlagen? »Adaptation« entwickelt eine evolutionäre Strategie, die unschlagbar, weil nicht diskursiv, sondern autobiographisch ist. Weil der Filmheld nicht nur Kaufman heißt, sondern auch der Scriptwriter Charlie Kaufman ist, überdies (im Off) mitspielt und seinen Text spricht. Wer will dagegen anargumentieren, wenn der, der das Drehbuch zu »Being John Malkovich« schrieb, jetzt im Set eben dieses Films mit sich hadert: »Ich bin ein wandelndes Klischee.« Wie soll er aus einem Printwerk, das sich der Orchideenzucht widmet, einen spannenden Kinoplot machen? Wobei sowohl das Buch real existiert (*The Orchid Thief*) als auch die Autorin, und sie gab mit Freuden ihren Namen für den Film her wie vormals Malkovich. Bei soviel Legitimation durch die Wirklichkeit wird glaubwürdig, was sonst der Argumentation bedürfte. Wer wird sagen: Du hast das nicht erlebt? – Und doch gibt es den adaptiven Zwilling. Jede Orchidee hat den speziellen Partner, der organisch auf sie und nur auf sie fixiert ist und der, ist er ein Insekt, für ihren dreißig Zentimeter langen Blütenkelchschlauch mit seinem ebenso langen Rüsselschwanz eingerichtet ist. Kopulierend sichern beide sich die Existenz. Auch für den Dauerbrenner »Casablanca«, so erfahren wir, brauchte es ein Doppelwesen: die Drehbuchbrüder Epstein. Was uns wiederum Hollywood gelehrt hat.

Scriptwriter Kaufmann braucht also die spezielle Persönlichkeit, die ihn vor Frust, Depression und Suizid bewahrt. Charlie Kaufman (Nicholas Cage) kriegt im Film einen fiktiven Zwillingsbruder, einen eineiigen sogar. Der heißt Donald Kaufman (Nicholas Cage) und taucht auch im Abspann auf. Cage eine multiple Persönlichkeit? Zwilling Donald, auch Drehbuchschreiber, geht die Dinge straight und linear an. Für die multiple Szene entwirft er ein Klischeebild: den geborstenen Spiegel. Die Hollywoodproduzenten sind begeistert. Auch pflegt Bruder Donald den Direktkontakt mit Frauen. Eine toller als die andere, schleppt er sie in die Zwillingswohnung ab, während Charlie, sich selbst befragend, freudlos onaniert. Wodurch sich immerhin eine ebenso überraschende wie kitschige Szene nachträglich erklärt. Was nicht linear ist, springt hin und her. Zeitlich wenigstens.

Die Zwillinge verstehen sich oder verstehen sich nicht. Man braucht sich. Charlie, der frustrierte berühmte Autor, folgt einem brüderlichen Rat. Er besucht das Drehbuchseminar des noch berühmteren Hollywoodwriters Robert McKee. Selbstverständlich gibt's den wirklich, und er tritt als sein eigenes Dokument im Film auf. Er gibt zum Besten, was hochberühmte Plotentwerfer zum Besten geben. Zielgerichtet zum Ziel! Im Berlinalepalast, wo ich den Film sah, gab's Beifall von der falschen Seite. Hier war's, wo Hollywood »Adaptation« adaptierte. Im Kino wurde der verzweifelte Orchideen-Kaufman applaudierend zur Schnecke gemacht. Crash! Im Film jedoch bat die Schnecke Gott um Rat und siehe: Gott McKee gewährte ein Whisky-Privatissimum. Wenn vier Akte schon fertig geschrieben sind, okay, dann den fünften hinterher, der endlich den Plot bringt, Action, Sex und Drogen: den Schlußakt, »der überrascht und verblüfft und die Dinge auf den Kopf stellt«.

Die gefestigte Orchideenbuchautorin (Meryl Streep), die gerade noch gelehrt mit lateinischen Namen operiert und beim Unbekannten im Fahrstuhl prompt die Hand an der Gassprühdose hat – sie fällt aus ihrem geschlossenen System heraus. Im fünften Akt. Sie lügt! Im Orchideenhaus produziert sie Drogen. Lange, grüne Bahnen zieht sie sich in die Nase. Ihr Gesicht ist um ein Jahrzehnt gealtert. Wilder Sex mit dem Orchideensammler! Währenddessen klären die Zwillingsautoren Kaufman endlich ihre alte Beziehung zum ersten Collegemädchen. Action! Verfolgungsjagden! Schüsse! Leichen! Ein

Krokodil frißt in Floridas Sümpfen den sexsüchtigen Orchideensammler! – Alles kommt auf die Reihe. Welch ein Plot! Eigentlich war das die Story des straighten Bruder Donald gewesen. Der bekam glatt anderthalb Millionen für sein Buch. Im Film des anderen, zum Schlußakt komprimiert, wird die Hollywoodstory jedoch zur Hollywoodverstümmelung, zur Selbstverstümmelung der Zwillingsautorenschaft.

Grandios das! Jackass als Antwort auf das System der Filmindustrie. Tut dem, der's sieht, nicht weh, und der Hollywoodkörper ist verletzt. Eine prima Systemüberlistung. »Adaptation« ist erfreulich, und Spike Jonzes nächster Film ist auch schon fertig: »Jackass – der Film«. Jonze, der Experte für Skatepunk und Videoclips, hat die MTV-Show »Jackass« erfunden: eine Serie, in der sich aufgeregte nackte Männer mit Hilfe des Publikums den Hodensack an die Schenkel tackern, einmal links und einmal rechts. Die Selbstverstümmelung – ein Phänomen der US-Jugendkultur. Der Film zur Serie kam bei uns am 27. Februar in die Kinos. Aggression und Gewalt am eigenen Körper zu erfahren, ist hip. Das ist eine andere Größenordnung als die Selbstverstümmelungsdemonstration Hermann Nitschs und der anderen Wiener Aktionisten bei uns vor vierzig Jahren. – In »Adaptation« verstümmelt Jonze die Kulturindustrie: im Mainstream den Mainstream. Die brave Meryl Streep ist jetzt Drogi und Sexschlampe. Verwüstet. – Autsch!

Konkret 03/03, S. 60

Ludwig Seyfarth

Nichts dahinter

Ist die gegenwärtige Renaissance der figurativen Malerei nur ein Coup des Kunstmarkts? Zur Frankfurter Ausstellung »Lieber Maler, male mir ...«

So manchem Betrachter dürften die Frauenakte, die Francis Picabia Anfang der vierziger Jahre malte, als »unerträglicher Naturalismus« erschienen sein. Wie konnte ein moderner Künstler, der sich unter den Dadaisten und Surrealisten mit ironischen Werken einen Namen gemacht hatte, derart konventionelle Figurenbilder malen? »Unerträglicher Naturalismus«: So heißt ein Bild, das der in den letzten Jahren zu Ansehen gekommene Leipziger Maler Neo Rauch 1998 anfertigte. Es hängt, wie auch Picabias Akte, in der Ausstellung »Lieber Maler, male mir ...« in der Frankfurter Schirn Kunsthalle, die, ausgehend von einigen historischen Positionen, einen Einblick in die gegenwärtige »Renaissance« der figurativen Malerei geben will.

Was sehen wir auf Rauchs Bild? Mehrere Menschen in einem Interieur, im Vordergrund die Rückansicht eines rotgrün gekleideten Mannes, der ein Gewehr lädt. Man blickt wie von draußen in eine Wohnung hinein, doch ist der Rahmen, durch den man schaut, nicht der eines Fensters, sondern der einer Staffelei. Der Nierentisch rechts im Vordergrund findet sich nochmal oben im Bild, wo, wie in einem Stockwerk darüber, ein weiteres Zimmer zu sehen ist, in dem eine ebenfalls rotgrüne Figur (derselbe Mann?) ein auf einer Staffelei stehendes quadratisches rotes Bild anzuvisieren scheint, vor dem eine orange Scheibe schwebt und einen Schatten auf das Bild wirft. Dieses Motiv ist ebenfalls aus dem Raum darunter wiederholt, in dem mehrere solcher Kreise durch die Luft fliegen. In der unteren rechten Bildecke steht, vor der rahmenden Staffelei, wiederum ein Nierentisch, so daß der Tisch hinter der Staffelei eine Spiegelung von ihm sein könnte. Was aber ist hier überhaupt drinnen und was draußen? Handelt es sich nicht insgesamt um einen zusammenhängenden Raum? Wird hier überhaupt eine »reale« Situation vorgeführt? Oder ist der Betrachter mit einer grundsätzlichen Reflexion über das Malen konfrontiert, über die Vieldeutigkeit auch naturalistischer Darstellungen, wie sie uns René Magritte systematisch vor Augen geführt hat?

Die Aufteilung der Bildfläche in Rauchs Bild erinnert an Marcel Duchamps berühmtes »Großes Glas«, hinter dessen Anspielungsreichtum Rauch kaum zurücksteht. Ikonographisch bezieht sich Rauch deutlich auf die ehrwürdige Tradition des Atelierbildes, in dem der Maler sich vor der Staffelei stehend zeigt. In seinem Katalogtext für »Lieber Maler, male mir ...« nimmt Michael Glasmeier ein berühmtes historisches Beispiel dieser Gattung unter die Lupe, ein um 1627/28 entstandenes Frühwerk Rembrandts, das heute im Museum of Fine Arts in Boston hängt. Das auf Holz gemalte Bild ist nur 25 Zentimeter hoch und zeigt im Vordergrund schräg von hinten eine Staffelei mit einer Leinwand, die dunkel verschattet ist und fast bedrohlich erscheint, zumal sie die Höhe des Bildes fast vollständig einnimmt und den Maler, der sich links im Hintergrund befindet, zwergenhaft klein erscheinen läßt. Neben den vielen selbstbewußten Allegorien auf die Malkunst, etwa dem berühmten Gemälde Jan Vermeers im Kunsthistorischen Museum Wien, wirkt dieses kleine Bild wie ein noch leiser, kritischer Einspruch. Wir sehen nicht, was der Maler auf die Leinwand gemalt hat. Oder ist sie noch leer? Der Maler ist nicht beim Malen zu sehen, sondern in einem Moment des Innehaltens, des Nachdenkens. So ist Glasmeiers These einleuchtend, daß das Atelier zu einem »Denkraum« wird, und so könnte man auch den realen Gegenstand, die »abgebildete« Staffelei mit Leinwand, als mentales Objekt lesen, das sich als unbewältigte Herausforderung im Kopf des Malers monströs vergrößert.

An der Moderne geschulte Augen haben keine Mühe, in diesem weitgehend leeren Raum ein Arsenal »abstrakter« Formen zu entdecken, das auf den Weg der Malerei in die Ungegenständlichkeit vorausweist. Dieser wird immer noch als Königsweg, als Mainstream der Moderne gehandelt, trotz oder vielleicht gerade wegen der Postmoderne, deren Abgrenzungsrhetorik oft ein vereinfachtes Bild der Moderne als zu überwindenden, linear-fortschrittsgläubigen »Modernismus« zeichnete, wie ihn der amerikanische Kunstkritiker Clement Greenberg in den fünfziger Jahren theoretisch zurechtgezimmert hatte. Allerdings ließ der philosophische Idealismus, mit dem Greenberg und europäische Autoren wie Werner Haftmann oder Herbert Read die Abstraktion interpretierten, den Gegensatz von Gegenständlichkeit und Abstraktion so konturiert hervortreten, daß man darüber zweierlei vollständig vergaß:

· Erstens, daß jedes Bild, bevor es etwas Gegenständliches wiederkennbar darstellt, zunächst einmal »abstrakt« ist und deshalb an der verworfenen These, es gebe einen »Fortschritt« zum Naturalismus, etwas dran ist;

· zweitens, daß die »Ungegenständlichkeit«, von der Materialebene her und nicht idealistisch interpretiert, der realen und gegenständlichen Umwelt des Ateliers abgelesen ist: dem Rahmenkreuz der Staffelei, dem geometrischen Rechteck der Leinwand, den Latten, Scharnieren und Klinken einer hölzernen Tür, wie sie rechts in Rembrandts Bild im Rücken der Staffelei zu sehen ist. Ganz unähnlich sieht sie nicht der Tür, an der Besucher des Philadelphia Museum of Art ihre Nase wetzen, wenn sie durch zwei kleine Gucklöcher die illusionistisch arrangierte Szenerie von Duchamps Spätwerk »Etant donnés« zu betrachten suchen.

Der Betrachter eines Bildes ist auch ein Voyeur, der gerne schaut, was an Verborgenem dahintersteckt – das war Duchamp so bewußt wie es von vielen Apologeten der Abstraktion und des Anti-Illusionismus der Bildfläche negiert oder verdrängt wurde. Daß die Vertreibung der Figur aus der Malerei auch die Verdrängung sexueller Darstellung bedeutet, macht den puritanischen Zug der Moderne aus. Damit, daß sie nackte Figuren nicht klassizistisch idealisierten, sondern handgreiflich real erscheinen ließen, lösten Courbet oder Manet im bürgerlichen Paris des 19. Jahrhunderts einen Skandal aus.

Ein »Skandal« nun waren auch die Frauenakte, die Picabia zwischen 1940 und 1942 malte. Die Vorlagen der Bilder, Abbildungen in erotischen Magazinen der dreißiger Jahre, wurden erst 1996 entdeckt. Das Skandalöse an Picabias Gemälden war allerdings nicht ihre sexuelle Anstößigkeit, da gab es schon damals Aufregenderes. Die Akte sind im Gegenteil von einer fast langweiligen Klassizität, die dem avantgardistischen Geist der Epoche zu spotten scheint. Picabia nahm damit, was heute als Postmodernismus avant la lettre gilt, eine »zweite« Künstleridentität an, die nicht »ins Bild« paßte, ebensowenig wie die Porträts und Landschaften, die Kurt Schwitters zeitlebens malte, und die neben seinen Collagen und Wortgedichten nie recht ernst genommen wurden.

Picabia ließ sich nicht nur in den Akten auf »niedere« Klischees ein, und das interessierte in den sechziger Jahren den deutschen Künstler Sigmar Polke, der sich wie die amerikanische Pop Art an Phänomenen der Massenkultur orientierte, allerdings nicht an Coca-Cola-Werbung und Leuchtreklame, sondern an kleinbürgerlichen Tapetenmustern oder skurrilen Kleinanzeigen. Daß Polkes »Liebespaare«, zu sehen in der Ausstellung, von ähnlichen Motiven Picabias angeregt worden sein könnten, fiel damals wohl niemandem auf – Picabias Werk war in Deutschland wenig bekannt. Aber vielleicht werden solche Bezüge heute auch überstrapaziert, denn mittlerweile zählt Picabia zu den anerkannten Klassikern der Moderne, auch mit seinen Akten, die von Kunsthistorikern mittlerweile als intelligente Strategie der Subversion interpretiert werden.

Das steht Bernard Buffet vielleicht noch bevor. »Ernsthafte« Kritiker und Museen haben sich jahrzehntelang geweigert, dem in den fünfziger Jahren äußerst populären Buffet über seinen kurzlebigen Postkartenruhm hinauszuhelfen. Bis zu seinem Tod 1999 blieb er seinem Stil treu: Hart konturierte, magere Figuren, uneindeutig zwischen Expressivität und Karikatur stehend, mit oft betont ausdruckslosen, puppenhaften Gesichtern. Einige heutige Künstler bekennen sich als Buffet-Fans, aber ist es wirklich sein Werk, was ihn bemerkenswert macht? Verglichen mit den malerischen Feinheiten der Lolita-Erotik von Balthus wirken Buffets Akte grobschlächtig und stereotyp. Vielleicht ist etwas anderes an ihm interessant. Im Katalog schreibt Alexander Roob: »Buffet ist der einzige bildende Künstler der Moderne, der wirklich ein Popstar war. In den fünfziger Jahren gab es eine regelrechtee Buffet-Mania. Die Erzeugnisse seiner Ein-Mann-Malfabrikation waren nicht nur durch unzählige Ausstellungen, sondern auch in massenhaften Reproduktionen als Poster, Postkarten, Briefmarken, Zeitschriftencover, in der Werbung und als Mode- und Souvenirartikel präsent. Buffet war Kult, und die Begeisterung ging quer durch alle Gesellschaftsschichten.« War also nicht Warhol, sondern Buffet der erste Popstar der Kunst? Warhol selbst bekannte sich als großer Fan seines Pariser Kollegen und erklärte ihn zu seinem Lieblingskünstler.

Wie es im Vorwort zum Katalog der Wanderausstellung heißt, die zuvor im Pariser Centre Pompidou und in der Kunsthalle Wien zu sehen war, wird in »Lieber Maler, male mir ...«, ausgehend von Picabia und Buffet, versucht, »ein Netz künstlerischer Verbindungen nachzuzeichnen, das sich fest über mehrere Generationen figurativer Darstellung knüpft«. Eine »präzise Perspektive« bestehe darüber hinaus in der Konzentration auf Künstler, die »den Menschen durch die Optik massenmedialer Bilder darstellen«.

Dies tat beispielsweise 1981 der aus Anlaß seines 50. Geburtstags gegenwärtig gefeierte Martin Kippenberger. Auf 21 jeweils 60 mal 50 Zentimeter große Leinwände malte er Porträts von Menschen, die »bekannt durch Film, Funk, Fernsehen und Polizeirufsäulen« sind. Das Spektrum der Personen, deren Konterfei auch 22 Jahre später noch allgemein geläufig ist, reicht von Harald Juhnke oder Peter Maffay bis zu Helmut Schmidt und Roland Reagan.

Was aber sollen wir im Fall Kippenberger mit dem übergreifenden Gesichtspunkt des »Figurativen« anfangen oder mit dem im Ausstellungs-Untertitel auftauchenden »Radikalen Realismus«? Die Verbindung zu Picabia etwa läge doch eher darin, daß beide Vorlagen verwendet und »abgemalt« haben. Und das tat Kippenberger nicht einmal immer selbst. Für eine ebenfalls 1981 entstandene zwölfteilige Serie, deren Titel »Lieber Maler, male mir« für die gesamte Ausstellung übernommen wurde, beauftragte Kippenberger einen professionellen Kinoplakatmaler, der die Motive auf Leinwand übertrug. Zu sehen ist in der Schau ein drei Meter hohes Bild aus dieser Serie, auf dem Kippenberger selbst in Rückansicht, eingehakt mit einem Freund, auf einer Kölner Straße steht. Angesichts der routinierten Ausführung des Bildes könnte man meinen, der Kinoplakateur sei gegenüber Kippenberger, der – zumindest damals – seine Bilder betont unhandwerklich aussehen ließ, der »bessere« Maler. Auch das Bildmotiv, welches das Klischee des Künstlers als durch die Kneipen ziehenden Bohemien vorführt, nährt auf ironische Weise das Vorurteil, der »moderne« Maler schere sich nicht mehr ums Handwerk.

Je genauer man sich in der Frankfurter Ausstellung umschaut, desto stärker wird der Eindruck, daß die Kuratoren besser getan hätten, den noch am überkommenen Gegensatz zur Abstraktion klebenden Begriff des Figurativen durch den des

Klischees oder des »Images« zu ersetzen. Dies entspräche der erklärten Intention, durch Medien geprägte Menschenbilder vorzuführen – Images also, die sich vom herkömmlichen Porträt dadurch unterscheiden, daß die Inszenierung der »äußeren« Erscheinung nicht mehr auf ein »inneres« Wesen oder individuelle Charaktereigenschaften einer Person zurückzuführen ist.

Diese Tendenz finden wir bei vielen Malern der Ausstellung. Der 1927 in New York geborene Alex Katz ist in den USA seit langem sehr populär. Hierzulande hingegen entdeckte man ihn erst in den letzten zehn Jahren. So waren Bilder von Katz 1997 in einer Ausstellung amerikanischer Malerei im Kunsthaus Zürich und in den Hamburger Deichtorhallen zu sehen, die den Titel eines Stückes von Miles Davis trug: »Birth of the Cool«. Die Beziehung seiner Bilder zu »cooler« Musik leitet Katz selbst aus biographischen Erfahrungen seiner High School-Zeit ab. Die Gestalten auf seinen meist mehrfigurigen Bildern sind beim Partygespräch beobachtet, erholen sich am Strand oder machen Picknick im Wald. Seinem relaxt, gleichzeitig locker aufgetragenen und konturierten Stil ist Katz seit den fünfziger Jahren treu geblieben. Damals hätten »die Menschen die Bilder kalt, unmenschlich« gefunden, was er selbst nie so gesehen habe. Er male »Figuren in einem Film«, und tatsächlich erinnern die Bildkompositionen oft an Filmeinstellungen. Gesten, Accessoires und Details der Kleidung sind oft sorgfältiger ausgearbeitet als die meist zurückhaltend gestalteten Gesichter. Katz will nicht zum Ausdruck bringen, was »hinter« der Oberfläche liegt. In einer solchen Auffassung der Malerei sieht er eine europäisch-humanistische Perspektive, die ihm fremd ist.

Die Idee einer Oberfläche ohne Tiefe wird besonders deutlich in den »Cutouts«, die Katz parallel zu seinen Gemälden produziert und die gegenwärtig erstmals in Europa umfassend in den Hamburger Deichtorhallen zu sehen sind. Das erste Cutout entstand 1959, als Katz mit der Gesamtkomposition eines Bildes unzufrieden war, aber die einzelnen Figuren mochte. Er schnitt sie aus und heftete sie an die Wand. Viele seiner mehr oder weniger lebensgroßen Cutouts stehen frei im Raum und sind direkt auf Aluminium gemalt, oft beidseitig. Die Flachheit angesichts der erwarteten Dreidimensionalität und die Betonung des Umrisses, der oft auch die Silhouette der Kleidung ist, lassen die Cutouts phantomhaft zwischen physischer Präsenz und Immaterialität pendeln. Real, aber nicht wirklich greifbar: wie Medienbilder, Images abermals.

Daß Katz auf seine Anerkennung in Europa lange warten mußte, mag vor allem daran liegen, daß der hiesige Geschmack nicht viel mit der Oberflächenhaftigkeit seiner Werke anfangen konnte und ihre Machart mit bloßer Dekorativität verwechselte. Man könnte Katz aber durchaus in eine europäische Tradition stellen, die der Oberfläche den Vorrang vor einer möglicherweise nur erheuchelten oder herbeigeredeten Tiefe gab, der des Dandyismus. Katz' Plädoyer für das Wesen der Erscheinung ist eigentlich nur eine andere Formulierung für Oscar Wildes berühmten Satz, nur oberflächliche Menschen urteilten *nicht* nach dem äußeren Erscheinungsbild.

Explizit auf die Tradition des Dandytums bezieht sich eine amerikanische Malerin, die eine Generation jünger ist als Katz: die 1965 geborene Elizabeth Peyton. Auf ihren kleinformatigen Holztafeln setzt sie Freunde oder Figuren der Popkultur wie Kurt Cobain ins Bild, auch erscheinen ausgesuchte »Dandys« der Geschichte von Ludwig II. von Bayern bis zu David Hockney. Für viele Gemälde ist ihr Liebhaber Tony das Modell. Doch porträtiert sie ihn weniger als daß sie ihn in verschiedenen Images inszeniert. Vor manchen ihrer Bilder bekommt der Betrachter das Gefühl, die Personen aus irgendeinem Nachtleben zu kennen. Der Sechziger-Jahre-Retro-Look, der von vielen Szenegängern, nicht zuletzt unter bildenden Künstlern, gepflegt wird, erhält in Peytons »neoromantischer« Malerei einen adäquaten Ausdruck.

Während viele der in »Lieber Maler, male mir...« vorgestellten Künstler/innen der dekorativ-entspannten Malerei Matisse' näher zu stehen scheinen als den großen »Ausdruckskünstlern« der Moderne, hat die jüngere deutsche Malergeneration, geboren meist zwischen 1965 und 1975, die Vorgaben der Moderne ziemlich komplett ausbeutet – eine wirkliche »Tendenz« ist bei ihr nicht erkennbar. Über 50 Künstler/innen zeigen im Frankfurter Kunstverein gegenüber der Schirn in der Ausstellung »deutschemalereizweitausenddrei« ihre Bilder. Von Expressionismus und Konstruktivismus bis Informel und Cobra, von deutscher Fünfziger-Jahre-Malerei à la Werner Gilles, Sechziger-Jahre-Siebdruck-Pop oder Fotorealismus feiert fast jeder Stil, den es im zwanzigsten Jahrhundert gegeben hat, in neuen Abmischungen eine fröhliche Wiederkehr. Auf ein kuratorisches Konzept, wie es »Lieber Maler, male mir ...«, wenn auch nicht stringent, zumindest noch leitet, wurde hier vollständig verzichtet. Vielleicht ist die aktuelle Interessenlage des Kunstmarktes oder einiger Kulturfunktionäre dafür verantwortlich, die, wie der Frankfurter Kunstvereinsdirektor Nicolaus Schafhausen, noch vor kurzem erklärtermaßen für Malerei nichts übrig hatten.

Ganz anders Raimund Stecker. Der Direktor des Arp-Museums in Rolandseck und frühere Leiter des Düsseldorfer Kunstvereins hat seine gesammelten Aufsätze und Rezensionen jetzt in einem Band veröffentlicht, der die Malerei als »unentfremdetes Medium« feiert. Unentfremdete Malerei – eine merkwürdige These angesichts der komplexen Reflexion auf mediale Bildwelten, die uns »Lieber Maler, male mir ...« präsentiert. Wie zu erwarten, gelingt es Stecker nicht, plausibel zu machen, was an Malerei »unentfremdet« sein soll. In einem ursprünglich 1995 im Katalog der von ihm

mitkuratierten Schau »Das Abenteuer der Malerei« erschienenen Text schreibt er, Malerei sei »schon aufgrund ihrer Produktionsbedingungen weit weniger entfremdet als nahezu alle anderen gesellschaftlichen Bereiche. Und Malerei ist auch aufgrund der Dialogsituation zwischen Bild und Betrachter nahezu unentfremdet ... Und Unentfremdetheit ist ein grundsätzliches Kriterium von Kunst.«

Da hilft auch ein angehängtes Zitat aus dem *Marxistisch-Leninistischen Wörterbuch der Philosophie* (Stichwort »Entfremdung«) nicht weiter. Ein Marxist wie Bertolt Brecht hätte Stecker vielleicht geraten, statt von ENTfremdung von VERfremdung zu sprechen, und dann wäre das Gegenteil seiner These deutlich geworden. Die Malerei ist, auch durch ihre lange Tradition, das wahrscheinlich verfremdetste Medium überhaupt und eines, das sich ständig im Dialog mit anderen Medien und Bildformen befindet. Gerade deshalb sind Ausstellungen oder Thesen, die sich ausschließlich (»Lieber Maler, male mir....«) oder immanent (Stecker) auf Malerei beziehen, so problematisch. Sinnvoll erscheinen dagegen generalisierende Aussagen, wenn sie die Komplexität der Malerei auch in historischer Perspektive zu fassen versuchen.

Malerei ist Bildermachen und gleichzeitig Reflexion über den Gebrauch von Bildern. Das haben wir am Beispiel Neo Rauchs gesehen, dessen komplexe Ikonographie aber noch einen weiteren Aspekt aufweist, der noch nicht zur Sprache kam. Ein »Unerträglicher Naturalismus« herrschte auch im sozialistischen Realismus, mit dem Rauch in der DDR aufwuchs. Dieses problematische Erbe nicht zu verurteilen, sondern ironisch-kritisch mit der westlichen Tradition der Moderne zu verbinden, wie Rauch es versucht, hätte als »radikaler Realismus« auch dem politischen Handeln nach 1989 ein Leitfaden sein können.

Kataloge und Literatur:

»Lieber Maler, male mir...«. Radikaler Realismus nach Picabia. Schirn Kunsthalle Frankfurt, bis zum 6. April 2003, Katalog 200 Seiten, ca. 100 Farbabb., 20 Euro

deutschemalereizweitausenddrei, Frankfurter Kunstverein, bis zum 13. April 2003, Katalog 158 Seiten, fast ebenso viele Farbabb., 29 Euro

Alex Katz, Cutouts, Deichtorhallen Hamburg, bis zum 27. April 2003, Katalog 96 Seiten, 75 Farbabb., 24,80 Euro

Raimund Stecker: Malerei. Das unentfremdete Medium. Verlag Lindinger + Schmid, Regensburg 2003, 272 Seiten, 21 Abb., 21,80 Euro

---

Ludwig Seyfarth schrieb in KONKRET 12/02 über den Maler Daniel Richter

Konkret 03/03, S. 62

Fritz Tietz

Ein Wunder

Statistiken werden üblicherweise erstellt, um anschließend je nach Gusto gefälscht zu werden (oder umgekehrt). Das ist hinlänglich bekannt. Daß die Fälschung einer Statistik offiziell angekündigt und vorher sogar im Detail erläutert wird, wie der Betrug funktioniert, kommt allerdings seltener vor und um so bemerkenswerter daher, wenn es sich bei dem zu manipulierenden Zahlenwerk um die Mutter aller Statistiken handelt: nämlich um, nein, nicht die Ran -Datenbank, sondern um die deutsche Arbeitslosenstatistik. Sie deutlich zu schönen, ist erklärte Absicht der rotgrünen Bundesregierung. Und die gibt sich damit mittlerweile auch jede Mühe, allen voran der zum Superminister aufgetakelte Schaumschläger Clement. Nicht etwa indem er neue Arbeitsplätze schafft, die es ja ums Verrecken auch gar nicht mehr gibt, sondern indem er mit Hilfe der Hutzaubereien des ominösen Herrn Hartz alle Verrichtungen, die bislang als Verwandtschafts-, Freundschafts- oder Nachbarschaftsdienste galten sowie sämtliche Tätigkeiten, die bisher unter dem Rubrum Leibeigenschaft, verbrecherische Ausbeutung oder Prostitution geführt wurden, zu sozialabgabenpflichtigen Arbeitsplätzen umetikettiert.

Das reicht aber nicht, um die von Schröder verordnete signifikante Reduzierung der Beschäftigungslosenzahlen zu erreichen. Wir werden eine international vergleichbare Arbeitsmarktstatistik schaffen, in der nur Personen, die auch tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, erfaßt werden , hatten deshalb SPD und Grüne nach ihrer Wiederwahl vorsorglich im Koalitionsvertrag vereinbart und so offenherzig angekündigt, wie sie die Arbeitslosenquote um, so vermuten Experten, deutlich mehr als einen Prozentpunkt zu ondulieren gedenken. Dieser als Internationalisierung gepriesene Griff in die Jobwundertüte soll Anfang nächsten Jahres getan werden. Niemand wird dann mehr arbeitslosenstatistisch erfaßt, der nicht auch tatsächlich als Arbeitskraft verfügbar ist, also Behindis, Siechende, Alte, Mütter und sonstwie notorische Faulenzer. Auch wer länger als zwei Wochen braucht, um sich einen neuen Job zu besorgen, wird künftig nicht mehr als Arbeitsloser geführt. Vorbei auch die Zeiten, als noch die deutsche Statistik belastete, wer es auf nicht mehr als 14 Arbeitsstunden in der Woche brachte und sich arbeitslos gemeldet hatte. Demnächst muß jeder, der auch nur eine (in Zahlen: 1) Wochenstunde Arbeit hat, erwerbstätig genannt werden und taucht somit nicht mehr in den sicher bald gegen Null tendierenden Nürnberger Statistiken auf.

Na bitte, es geht doch! In den Parolenschmieden der Regierungsparteien sollen sie denn auch schon fleißig diesen Sprechchor üben: Hoch die internationale Solidität!

Konkret 03/03, S. 64

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

The Residents: Demons Dance Alone. Euro Ralph Records/Indigo

Wer nur eine einzige Idee hat, der möge wirklich vorsichtig mit ihrer Publikation und Repetition verfahren. Das sei den Residents gleich eingangs an den Zylinder geklemmt. Strafmildernd käme höchstens in Frage, daß einem The Residents mit ihrem Werk nicht auf der Tasche liegen sie machen ja alles selbst. Nur mit dem importanten Nachteil: Ihr Werk wird konsumiert von Leuten, die ebenfalls Dassichselbstmachen zum Lebensentwurf geadelt haben. »The Residents sind nicht vernünftig«, kündet der Waschzettel mutig augenzwinkernd zum 30. Bandjubiläum, und die neue CD »Demons Dance Alone« wird dem vielleichtigen Hörer als Rückkehr der Residents zu ihren Jugendsünden beschrieben, als »kleine Sammlung merkwürdig deformierter Pop-Songs«. Als wären Pop-Songs nicht per se merkwürdig deformiert sonst wären sie ja keine Pop-Songs. Merkwürdig deformiert erscheint einem allerdings auch der Humor, der damit kokettiert, daß man die Songs prima mitsummen könne, sie einem aber so vorkämen wie »Britney mit Brandblasen oder Kylie mit Krätze«. Für die Sichwichtignehmer mit der üblich einhergehenden Grammatikschwäche heißt das etwa übersetzt: »Auf Demons kehren The Residents zu ihren Pop-Wurzeln zurück und erzeugen die dekonstruktivistische Pop-Energie, die frühe Alben wie Duck Stab, The Commercial Album und Stars & Hank zu Klassikern der Siebziger und Achtziger machten.«

Ich weiß nicht, ob sie unter ihren albernen Augenkugelmasken Bärte tragen, aber eines ist gewiß: Der ganze Residents-Witz überhaupt hat mindestens seit 29 Jahren einen so langen Bart, daß man damit die ganze Weltkugel als Geschenk verschnüren und außergewöhnlich passabel verschleudern könnte. Nur an wen?

Konkret 03/03, S. 64

Michael Saager

Melodie & Rh□ thmus

Sole: Selling Li□ e Water. Anticon/Efa

»Cops ain□t shit to me. Jobs ain□t pothing but free pens and long distance calls ... I□ve never paid a parking ticket: it□s 20 dollars now or 300 then; you want your money, come and get it, but better bring 200 guns and 100 men.« Bisweilen, man sieht es hier, und auf seinem Album kann man es hören, ist mit Sole nicht gut Kirschen essen. Und vielleicht denkt man: ein gefährlicher Mann! Schließlich weiß man ja, daß der Rapper eine harte Sau ist, die Straße sein Gesetz, und dein Leben kein Pfund Kaffeebohnen mehr wert, wenn du ihn ärgerst. Dann sieht man ein Foto des 25jährigen und aus ist□s mit dem schönen Klischeezauber: Sole (Tim Holland) ist von schmächtiger Statur, hat seine strähnigen rötlichen Haare zum Pferdeschwanz gebunden und trägt Jesuslatschen an den blaßrosa Füßen. Ein lustiges Sandmännchenbärtchen ziert ein gutmütiges Vollmondgesicht □ ein Nerd wie er im Buche steht.

Nichts paßt besser zu diesem rappenden Anti-Klischee als Anticon. Der Name steht für anti-conventional oder anti-conformity. Die Betreiber des Labels leben in der Bay Area, in East Oakland. Nicht ohne Grund: Das Klima ist angenehm, zudem befindet man sich hier in guter Gesellschaft, in der Nähe von Stone Throw, Living Legends und anderer aufgeschlossener HipHop-Protagonisten. Bevor Sole, Jel, Alias und Mayonnaise □ übrigens allesamt weiße Mittelklasse-Twens □ gemeinsam dort hingezogen sind, sollen sie ziemlich gelitten haben. Daran, daß Wesensverwandte für ihre eigensinnigen HipHop-Entwürfe zunächst nicht zu finden waren. Im Internet schließlich hört man die Veröffentlichungen der anderen, nimmt Kontakt auf, versteht sich, und nachdem man in Nullkommanichts unter dem Namen Deep Puddle Dynamics eine erste LP eingespielt hat, zieht zusammen, was zusammen gehört, wächst zur Großfamilie und mausert sich in den nächsten Jahren zum interessantesten, gleichermaßen von Noise, ArtRock und Psychedelic beeinflußten Indie-HipHop-Label des Landes, neben El-Ps Def Jux.

Anfeindungen und Drohungen gab beziehungsweise gibt es natürlich auch, vorzugsweise aus traditionsbewußten HipHop-Lagern: Mann, wo ist der Soul? Was ist mit euerm Flow, ihr Fucker? Sole etwa rappt auf »Selling Live Water« wie ein tollwütiger Storch durch den eigenen Wortsalat, immer schön gegen die Beats und ohne den leisesten Versuch, schick zu reimen. Reimen betrachtet er als Einschränkung seiner Ausdrucksmöglichkeiten. Und auszudrücken gibt es eine Menge: sein Hadern mit der prekären Identität als weißer Rapper und seine generellen Schwierigkeiten, die richtigen Worte zu finden; seinen Unmut über die Kriegsmaschinerie, über die unzähligen Schafe, die sich allzu gern vom Staat in die Pflicht nehmen lassen: »Thank the loyal servants for being so loyal ...« Aggressiv-sarkastisch oder ironisch-scharf sind Soles Worte. Aber manchmal klingt er auch ausgesprochen traurig. Die Musik verstärkt diesen Eindruck: Harsch und lieber kantig als rund verbreiten die Beats eine Atmosphäre flirrender Aufgeregtheit. Am Ende ist »Selling Live Water« vieles gleichzeitig. Am meisten jedoch ein hysterischer Trip in die Eingeweide eines Menschen, der eines mit Sicherheit nicht ist: von dumpfer Gleichgültigkeit.

Konkret 03/03, S. 64

Michael Sailer

Melodie & Rhythmus

John Sinclair & His Blues Scholars: Fattening Frogs For Snakes The Delta SoundOkra-Tone/In-Akustik

Was nun eigentlich ist der Blues: Rabenvater des Rock, Kegel des Jazz, durch spontane Selbstbefruchtung dem Staub amerikanischer Landstraßen und Baumwollfelder entsprungen? Mußenmucke für poststudentische Bierdimpfel, Essenz des wahren Groove, unverwüstliche Tradition härterer Lebensart? Oder was sonst?

Alles und nichts und mehr davon und zunächst einmal natürlich nicht der, sondern *die* Blues, genaugenommen; aber geben wir der Gewohnheit den Vorzug und hören wir, was John Sinclair meint. Der hat den Blues studiert, erlebt und gesammelt, war als Manager der Punk-Vor(be)reiter MC 5 und Vorsitzender der maoistischen White Panther Party einer der lautstärksten Propagandisten des rockmusikalisch befeuerten Umsturzes im Zentrum der kapitalistischen Weltreligion, wirkt seit bald vierzig Jahren als Gründer, Förderer und Mitarbeiter radikaler Initiativen zwischen Musik und Politik; und er weiß, was es heißt, »down and out« zu sein, nicht erst seit er wegen zwei Joints zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt (aber auf Protest u.a. von Yoko Ono und John Lennon nach zweieinhalb Jahren wieder freigelassen) wurde.

Neben seinen utopistisch-politischen Aktivitäten und diversen Ämtern ist John Sinclair damit beschäftigt, die Graswurzeln eines anderen als des in Supermärkten, Daily Soaps und Bush-Regierungserklärungen propagierten Lebens in den USA und seiner Musik freizulegen und zu überliefern. Vor zwanzig Jahren begann er, ein Buch zu schreiben, in dem er die Geschichte und Funktionsweise des Blues erzählt – nicht akademisch, sondern nach Art einer »oral history«, und weil solcherart Selbsterzähltes am besten funktioniert, wenn man den Gegenstand vor Ohren hat, suchte sich Sinclair ein paar Kumpels zusammen, die den Blues, von dem er spruchdichtet, in die Tat umsetzen. Das tun sie unter der ordnenden Hand des Veteranen Andre »The Black Godfather« Williams, gemütlich, fröhlich, ohne Lack und Politur, schlagen fließende Bögen zu Rock und Jazz; und wer Sinclairs mordssympathisches, begeisterndes Bärenorgan hier zum ersten Mal hört, ahnt, warum sich Millionen von dieser Stimme anstiften ließen, noch die unmöglichsten Träume sofort umsetzen zu wollen.

So wird aus dem Uralten etwas nicht nur höchst Lebendiges und famos Unterhaltsames, sondern auch ein Bindeglied zur Jetztzeit; denn wenn Sinclair und seine Bande das, was sie tun, gleichzeitig erklären und im Erklären wiederum tun, dann sind sie ganz nah dran zum Beispiel an den Rappern und ihrem Anspruch, das Leben, wie es ist, direkt in Musik umzusetzen und dadurch Kopf, Bauch und die Welt in Bewegung zu bringen.

Konkret 03/03, S. 65

Alexander Kasbohm

Platte des Monats

Jimi Tenor: Higher Planes. Kitty-Yo

Die Eurovisionsfanfare ist gerade verklungen, Hans-Joachim Kuhlenkampff kündigt die Big Band von Dieter Glawischnig an. In weißen Anzügen wird für eine Weile betulich vor sich hin gedudelt. Die Kamera fährt näher an die Band heran. Sie besteht ausschließlich aus flachsblonden finnischen Sozialdemokraten. Das erklärt, wieso sie nicht so richtig swingt. Von ihr gehen schlechte Vibrations aus. Das Gefühl, daß etwas nicht so ist, wie es sein sollte. Die Band gerät außer Kontrolle. Mit versteinerten Mienen spielen die kalkweißen Skandinavier einen monströsen Funk, der die Zuschauer auf ihren Sitzen erstarren läßt. Die Studiowände lösen sich auf, und aus dem Gesicht Kuhlenkampffs bricht langsam die Fratze von Andreas Türck hervor. Die Band spielt unbewegt weiter.

In der letzten Reihe der Swingmutanten steht Jimi Tenor und spielt ein futuristisch und gleichzeitig organisch aussehendes Instrument unklarer Funktionsweise. Er scheint damit das Geschehen nach Belieben zu dirigieren. In einem seiner schrecklichen Pullunder, ein froschgrünes Hemd darunter mit Kragenspitzen, die ihm bis zu den Brustwarzen reichen. Er findet solche Kleidung wahrscheinlich lustig. Er hat nie verstanden, warum ironisches Kleiden falsch ist. Kleidung, die in der eigenen Kindheit schon übel war, wird nicht dadurch besser, daß sie mittlerweile seit dreißig Jahren schlecht ist. Jemand sollte ihm verraten, daß Kleidung nicht lustig sein soll. Ironie ist zwar eigentlich rehabilitiert, spätestens seit Benjamin von Stuckrad-Barre und seine Freunde *Tristesse Ro□ a*das dümmste Buch der Welt, pathosschwer mit den Worten »Irony is over« beendeten. Doch bei Kleidung funktioniert das nicht. Ironie kleidet nicht. Und sie hat keinen Groove.

Doch Jimi Tenor ist nicht durch und durch böse. Ein Typ, der aussieht wie die Menschen, die einem die Lieblingskneipen verderben, dabei aber erschreckende Ähnlichkeit mit einem selbst und den Freunden hat. Er hat einfach keine geschmackliche Sensibilität. Alles, was er macht, macht er wie ein Außerirdischer, der menschliche Musik auseinanderbaut, danach – technisch verbessert – wieder zusammenschraubt. Aber irgendwas fehlt. Ständig schlingert er zwischen guten Ideen und üblem Muckertum. Alles springt direkt ins Gesicht, erklärt, was es sein soll und warum es so ist, wie es ist. Eine Platte wie ein Mann, der seine Witze erklärt.

Da wird mit der Inspiration seelentoter Fusionjazzer ein Song vakuumverpackt, der nach Steely Dan klingen könnte und vermutlich auch sollte. Es ist, als träumte man, 1977 im Mercedes der Tante im Sommer über die Autobahn zu fahren. Aber irgend etwas stimmt nicht. Man sieht die Raststätten vorbeiziehen, für einen Moment ist man überzeugt, 25 Jahre in die eigene Vergangenheit gereist zu sein. Doch es sieht nur so aus, es fühlt sich nicht so an. Man sieht, wie die schwarzen Kunstledersessel im heißen Auto schwitzen, aber man riecht sie nicht. Und das Radio spielt nicht Steely Dan, es spielt Jimi Tenor. Und zu Hause wartet nicht die neue Folge von Detektiv Rockford, da wartet gar nichts. Nicht einmal der neue »Tatort« mit Kommissar Ballauf. Denn man befindet sich auch nicht im Jahre 2003. Man befindet sich in einem Nichts, irgendwo zwischen Leben und Tod.

Jimi Tenor mag keine Computer. Er mag analoge Synthesizer, und er mag das große Orchester. Er mag die Gleichzeitigkeit von unterkühlter Verstocktheit und großer Geste. Doch beides gleichzeitig funktioniert nicht. Er mag Golf, aber keine Golfer. Er sieht aus wie ein Architekt mit Symmetrieneurose und zieht sich an wie ein Juniortexter auf dem Weg zum Schlagermove. Er macht Musik für Wohnungen, die originell, sparsam und auf den ersten Blick geschmackvoll eingerichtet sind, in denen man aber nach einer Weile merkt, daß man sich nicht wohl fühlt. Daß man raus will. Daß man fröstelt, obwohl die Heizung voll aufgedreht ist. Der Reif, den man durch das große Panoramafenster auf dem Rasen sieht, legt sich auf die Sinne.

Jimi studierte über 20 Semester in Helsinki an der Musikhochschule. Er kann tatsächlich verdammt viele Instrumente spielen. Er meint, sein größtes Talent sei es zu faken. Leute glauben zu lassen, er habe Talent, selbst wenn er gar keins hat. Doch das ist kein Understatement, das ist blöde Koketterie. Ständig versucht er sich und anderen etwas zu beweisen. Eigentlich kann er alles und hört die richtigen Platten und kann auch richtig nette Musik machen. Aber er leidet unter dem Knalltütensyndrom. Er ist auch mit über dreißig noch der Klassenkasper, der sich zuwenig zutraut und deshalb all seine netten, charmanten Ideen mit seiner lauten, aufdringlichen Knalltütigkeit torpediert.

Er drückt tausend Stile auf eine Platte, weil er möchte, das jeder weiß, wie vielseitig er ist. Doch wenn man sich das anhört, klingt das nicht nach Vielseitigkeit, sondern nach unentschlossener Wirrköpfigkeit. Seit einiger Zeit nimmt Tenor seine Stücke auch gern mal mit einem klassischem Orchester oder einer Big Band auf. Funk, Jazz, Progrock – alles drin. Jimi Tenor ist, so scheint es, zu schlau, um zu grooven, um einfach den Arsch zu bewegen, aber zu blöd, um der Zappa zu sein, der er gerne wäre.

Wie ein Filmkomiker, der meint, ernste Rollen spielen zu müssen, um ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein, leidet Tenor unter der zwanghaften Suche nach Wärme. Und bewegte sich dabei von sehr warmen Technosounds zu eiskalten »natürlichen« Klängen. Etwas erschreckend Totes, von dem aber nicht die Faszination anderer kalter durchkonstruierter Musik ausgeht. Nichts gegen Posen, aber diese hier ist vollkommen leer, sie verweist auf nichts.

Trotzdem möchte man Tenor mögen, seine Musik gut finden. Man hört sich seine Platten ein paarmal an, in der Hoffnung, daß da was ist, daß da mehr ist. Aber meist ist da nichts. Und man wartet weiter auf die Platte, auf der Jimi Tenor einfach das macht, was er gut kann. Denn wenn seine Witzigkeit Grenzen kennt, wenn er nicht zu schlau sein möchte, kann das Resultat richtig freundlich sein. Wenn er an irgendwelchen alten russischen Synthesizern herumschraubt, sich zu seinem Nerdsein bekennt, wird er plötzlich ganz entspannt; ohne daß er es merkt, fangen seine Hüften an zu kreisen.

Doch bis dahin regiert akademische Nostalgie, die Melodica vom Flohmarkt, die er kaufte und auf der neuen Platte benutzte, weil sie ihn an seine Schulzeit erinnert. Das ist nicht mehr als die oberflächliche Sehnsucht nach der Kindheit. Nach der orangefarbenen Couchgarnitur auf dem grünen Veloursteppich, nach der Geborgenheit hinter der Schrankwand. Das führt zu nichts.

Konkret 03/03, S. 66

Frank Schäfer

KEIN SCHÖNER LAND - Planet der Affen

Ein Tryptichon.

I

Die Tür öffnet sich mit Schwung, und ein vom halbvollen Wartezimmer etwas eingeschüchterter Mann tritt ein. Ein anderer rotgesichtiger Mann mit bandagiertem Arm sieht auf und begrüßt ihn freundlich. »Karl! Na, Meister, wieder im Lande?« sagt er laut. – »Tach auch.« Er setzt sich auf den freien Platz neben ihn. – »Wo warsten überhaupt?« – »Bayrischer Wald.« – »Gut da?« – »Worauf du einen lassen kannst ...« Er räuspert sich vernehmlich. »Schnitzel, sag ich dir, so groß wie der Teller, lappt noch drüber wech ... Kannste alleine gar nich aufessen.« – »Und hier?« Der Rotgesichtige schnippt mit dem Finger. »Quanta costa?« Der Mann, der auf den Namen Karl hört, winkt ab. »Mit nem Riesenberg Pommes und Salatteller elfachtzig.« – »Da kannste wirklich nix von sagen. Alles was recht ist!«

Jetzt wird Karl langsam warm. »Aber überall das gleiche. Schöne Pizza Calzone, son Oschi, weißte, zehn Mark. Aber hier? Geh doch hier mal hin nach La Gondola oder Michelangelo, bezahlste doch mindestens zwölf, dreizehn ...« – »Oder mehr!« – »Genau. Nö, also ehrlich, ich fahr da jetzt öfter hin ... Jugoslawien war ja letztes Jahr auch nich mehr das Wahre. Siehst ja nur Wolfsburger da ... Das kann ich jeden Tach haben.« – »Und die Weiber da unten solln ja auch ziemlich riemig sein.« Karl weitet die Augen. »Die gehen dir an die Marmeln, so schnell kannste gar nich kucken. Aber ich war ich ja mit Gundel da. Kannste nich machen!« – »Wie hats der denn gefallen?« – »Oaach Gott, so weit so gut. Die ißt ja meistens nur Grünzeug ... oder mal ne Bouillon.« – »Is die immer noch auf Diät, oder was?« Der Rotgesichtige grinst verschlagen. Offensichtlich weiß er längst die Antwort. Karl grinst nun auch. »Kuck se dir doch mal an!«

Der Rotgesichtige wird wieder ernst. »Gottchen, so wie vor den Kindern isse nich mehr, aber sonst ... Ich sage immer, lieber n bißchen griffiger. Dann sindse auch nich so anfällig.« – »Kannste recht haben. Aber mir ist das auch egal ... Sollse man machen. Und was war hier los?« – »Viel Arbeit.« – »Ach komm.« – »Ehrlich jetzt.« Der Rote reibt sich, wie zum Beweis, mit dem Handrücken Schweiß von der Stirn. Karl kuckt ungläubig. »Ihr habt doch da n ruhigen Job in Halle 12.« – »Pfff, denkst du.« Er wackelt unruhig mit dem Kopf. »Ich geh morgens inne Frühschicht zum Meisterpult, meld mich an, da sagt er mir, Heinz, du mußt heute mal aushelfen. Halle 2 hat angefragt bei mir, die brauchen wohl einen bei den Seitenteilen. Halle 2, weißte, Rohbau, laut, totaler Gestank, also nee, da war ich erstmal satt.« – »Und was haste gesagt?« – »Kann das nicht Luigi machen, sage ich, oder Kümmel, unser Türke weißte, die streiten sich sowieso den ganzen Tag. Wär mal ganz gut, wenn man die trennt. Aber denkste. Nee, sagt der Alte, die habe ich schon zum Fegen eingeteilt, die holen sich gerade Besen bei der Ausgabe. Da mußt du ran, Heinz.« – »Und dann haste Seitenteile gemacht?« Karl scheint es nicht glauben zu wollen. – »Ja, ich kann dir sagen, das ist vielleicht ne Scheiße. Acht Stunden die volle Maloche. Da kannste nich mal Pause machen oder eine rauchen oder was.« – »Wie jetzt?« platzt Karl heraus. »Ihr habt doch da nich die Pausen durchgearbeitet?!« – »Das nich ... Aber wir hatten wirklich nur die vier offiziellen Pausen. Neenee, das kannste maaaal machen, aber nich immer.« – »Wie meinsten das jetzt? War doch nur für ein Tach.«

Jetzt weitet der Rote die Augen. »Halt dich fest! Nächsten Morgen gehe ich zum Meister, anmelden, da fängt der schon wieder an. Heinz, die brauchen dich heut nochmal. Meister, sag ich, heute ist aber Luigi dran, ich bin doch hier nicht euer Himbeer-Toni. Nee, sagt er, Luigi hat Urlaub, und Kümmel müßten wir erst wieder anlernen. Mach du das man nochmal, du bist doch jetzt schon firm da drin. Hat er ja recht. Also ich wieder nach Halle 2 hin und an meine Maschine. Und so ging das die ganze letzte Woche ... bis gestern.« – »Jetzt biste wieder in Halle 12?« – »Nee, gestern Mittag bin ich zum Sani gerannt. Ich hatte auf einmal so ein komisches Ziehen im Unterarm ...« Karl lacht gekünstelt. »Aaaa, alles klar!« – »Verdacht auf Sehnenscheiden!« Der Rote zeigt auf seine Armbinde. – »Hätt' ich ganz genauso gemacht.« – »Weißte, ich bin jetzt fünfzehn Jahre im Werk. Die können ja nu nicht alles mit mir machen. Sollnse doch einen von den 5000/5000ern da hinschicken. Mein Arbeitsplatz ist Halle 12 und nicht Rohbau, fertich ab!«

Die Sprechstundenhilfe kommt ins Wartezimmer, begrüßt freundlich, aber so selbstbewußt und energisch die Patienten, daß allen klar sein muß: Es hat keinen Sinn, sich mit ihr anzulegen. Dann sieht sie den verbundenen Arm.

»Aaa, Herr Stubbinski, mal wieder Probleme mit den Sehnenscheiden?« – »Was soll'n das heißen?« sagt der Rote mürrisch. – »Sie haben es doch sicher nicht so eilig damit, oder? Ich würde nämlich ganz gern Frau Hartwig vorziehen ...« – »Wieso denn ... geht das hier nach Schönheit, oder was?« Stubbinski zieht die Augen zusammen. Die Sprechstundenhilfe bleibt gelassen. »Nein, aber bei Frau Hartwig müssen wir eine kleinere Operation vornehmen. Kommen sie man erstma, Frau Hartwig!«

Eine ältere Dame steht vorsichtig auf und greift etwas genant zu dem rettungsringförmigen Luftkissen, auf dem sie gesessen hat, und folgt der Sprechstundenhilfe nun langsam in den Behandlungsraum. Als sie an Stubbinski vorbeigeht, hält sie kurz inne. »Ich habe ihr Gespräch mitangehört«, sagt sie sanft. »Sie sollten froh sein, daß sie jung und gesund sind

und Arbeit haben, anstatt hier zu simulieren. Schämen sie sich was!« Die anderen Patienten lächeln schadenfroh in sich hinein und schauen angestrengt in ihre Zeitschrift. Stubbinski ist platt und kuckt ihr hinterher. Erst als sie die Tür hinter sich geschlossen hat, findet er seine Sprache wieder. »Olle Kuh.«

»Hat wohl Hummeln im Arsch, wa Heinz?« sagt Karl. – »Muß wohl.« – »Aber sach ma, was war'n sonst hier los, in letzter Zeit. Warste mal im Kino?« – Heinz überlegt. »Ja, ›Planet der Affen‹. Der neue, weißte. Bin ich mit meinem Großen dringewesen.« – »Hör mir auf. Mit so'm Zukunftskram kann ich nix anfangen. Das ist doch Karottenmist. Die sollen mal auf dem Teppich bleiben ... würde *ich* sagen. Gibs denn keine Themen mehr, die heute spielen ...« Karl sucht nach Worten. »Na, was alles so in der Welt passiert?« Heinz hebt beruhigend beide Hände. »Nu bleib ma sinnig. So schlecht fand ich den gar nicht. Überleg doch mal, was die Affen da mit den Menschen machen, das machen wir so ähnlich ja auch mit den Affen. Verstehste, Tierversuche und so. Neenee, wennde ma genauer darüber nachdenkst, so ohne ist das gar nicht.« – »Trotzdem, dann sollen se doch n Film über Tierversuche machen, der jetzt spielt.« – »Würdste da reingehen?« – »Nee, aber ›Planet der Affen‹ würd ich mir auch nicht antun.« – »Nur weil's jetz n Seins Wiktschen is?« – »Ich kann das nicht verknusen, was willste machen. Naja, gut, außer ›Starship Troopers‹. Der ging natürlich ab wie Sau. Wie diese Käfer mit ihren Scheren bei den Fußtruppen von der Erde rumjemetzelt haben, da flogen die Arme und Beine ja nur so durch die Gegend. Und wie diese Riesenraupe, der Chef von den Bugs da, den Gefangenen das Gehirn rausgelutscht hat. Uaaah, hübsch eklig.« – »Du bist doch krank, bist du doch.« Heinz schüttelt überrascht den Kopf. – »Man gönnt sich ja sonst nichts.«

»Ooorrr«, stöhnt Heinz, »wie lange soll'n das noch dauern. Ich will heute noch in'n Garten.« – »Was mußt'n noch machen?« – »Nix mehr, spielt sich nichts ab ... Mit *dem* Arm?« Karl lacht laut auf. Und Stubbinski greift zu einem Lesezirkel-Heft. »›Tina‹! Hamse denn keine ›Wochenend‹ hier? Is doch Verlust, is doch das.«

II

Ein großer blonder, braungebrannter Student steht in der Schlange vor dem Tresen der Uni-Cafeteria, einen wildledernen Rucksack lässig über die Schulter geworfen. Jetzt bemerkt er eine stark geschminkte dunkelhaarige Schönheit im Hosenanzug, offenbar eine Kommilitonin. »Halloooo.« Sie sieht von ihrem Buch auf. Er winkt ihr affektiert zu. Sie erkennt den Blonden und winkt lächelnd zurück. »Soll ich dir auch noch einen Cappuccino mitbringen?« Die Menschen vor ihm in der Schlange drehen sich nach ihm um, weil er so schreit. Sie schüttelt ablehnend den Kopf.

Dann ist er an der Reihe, bestellt, bezahlt und geht vorsichtig balancierend zu ihrem Tisch. Er begrüßt sie mit Küßchen auf beide Wangen. »Ach, warte, ich mach dir Platz.« Sie räumt ihre Tasche von einem Stuhl. »Aber sag mal, bist du denn schon wieder da? Wolltest du nicht nach, sag schnell ... Mallorca?« – »Ibiza.« – »Herrrrlich. Da möchte ich auch mal hin. Einfach mal raus, an nix denken müssen. Mal was lesen, was auch Spaß macht.« Sie seufzt. – »Mach doch.« – »Keine Zeit, ich hab doch meine Arbeit angemeldet.« – »Ach?« – »Ja, aber hör auf daaavon, erzähl erstmal! Wie war's denn da unten? Schönes Wetter gehabt?« – »Traumhaft. Dieses Licht da, einfach gigantisch. Weißt du, Sommer hier und Sommer auf Ibiza, das sind wirklich zwei komplett verschiedene Paar Schuh ... Ehrlich!« – »Jaaa, das kann ich mir gut vorstellen.« – »Und die Menschen sind da unten ganz anders drauf. So freundlich. Da siehst du kein miesepetriges Gesicht oder sowas. Irgendwo lächeln da alle ...« – »Na, die haben auch ne ganz andere Lebensphilosophie.« – »Stimmt, die machen sich da nicht so ein Streß wie wir hier.« – »Hör mir auf mit Streß. Ich weiß schon gar nicht mehr, wo mir der Kopf steht, ich hab doch nur noch acht Wochen.« – »Ja ... Du! Und der ibizenkische Fisch, mmmmh, delicious sage ich dir, really delicious.« – »Na, ich mag ja keinen Fisch.« – »*Den* schon, *den* muß man gegessen haben, der schmeckt vollkommen anders als hier, riecht auch gar nicht so fischig, weil er fangfrisch auf den Teller kommt. Da gibt es einen Laden, sind wir abends oft hingegangen, da gehst du an einem riesigen Bassin vorbei, wo man sich das Tier dann aussuchen kann. Die sind ganz unterschiedlich groß, also je nachdem, wie man gerade Hunger hat.« – »Is ja eklig.« – »Ich fands ganz praktisch ... Wieso eklig? Die werden doch sowieso gegessen, wenn ichs nicht mache, dann macht es ein anderer Gast.« – »Ja, schon, aber ich hätte da das Gefühl, ich wäre irgendwie schuld am Tod dieses Tiers. Genau, ich käme mir, glaub' ich, dabei so schuldig vor, nee ...« Sie schüttelt sich. »Ein Glück mag ich keinen Fisch.«

Er zuckt die Schultern, hebt jetzt zum ersten mal seine Tasse und trinkt. »Hach, lauwarm ... Was machst du eigentlich, Lehramt oder Magister?« – »Magister ... Lehrerin werden? Nee, laß mal, das wär das Hinterletzte. Und außerdem, die Kinder an den Schulen werden doch im gewalttätiger, ich wüßte gar nicht, wie ich damit umgehen sollte.« – »Tja, immer eine Spraydose mit CS-Gas griffbereit in der Tasche haben.« – »Nein, das halte ich für grundfalsch, Gewalt mit Gegengewalt bekämpfen, da kommst du in so eine Spirale rein, die sich immer weiter nach oben dreht.« – »Das war jetzt auch nicht so ernst gemeint, Susanne.« Der Blonde läßt seinen Blick durch den Raum schweifen und wendet sich dann nach einer Weile wieder ihr zu. »Und was willst du damit machen?« – »Womit?« – »Mippm Magister.« – »Ich mach doch für den NDR seit ein paar Wochen diese Radiosachen, so kürzere Reportagen aus der Region ... da rutsch ich schon

irgendwie rein.« – »Ist dein Vater nicht auch beim NDR?« – »Ja, aber das heißt da wirklich nichts, man wird deshalb nicht bevorzugt behandelt oder so ...« – »Nee, das meine ich nicht. Das würde man ja auch nicht wollen.« – »Finde ich auch, man muß das schon aus eigener Kraft schaffen.«

»Andererseits ...« Er wiegt skeptisch seinen Kopf. »Heute läuft doch nichts mehr ohne Vitamin B. Da wär man doch schön blöd, wenn man die paar Kontakte, die man hat, nicht nutzt. Machen doch sowieso alle!« – »Naja ... natürlich hat mein Vater dafür gesorgt, daß die Bewerbung auf dem richtigen Schreibtisch landet. Eine Hand wäscht die andere ...« – »Ach so.« – »Aber da ist man dann auch plötzlich ganz schön unter Druck, auf den Lorbeeren ausruhen kann man sich jedenfalls nicht, das ist ja klar, man will das in einen gesetzte Vertrauen ja auch nicht enttäuschen.« – »Logisch.« Er nimmt noch einen Schluck aus der Tasse. »Nee, den kann man hier echt nicht trinken. Heimbs ist das nicht.«

»Und was sagst du zum Attentat auf das World Trade Center?« – »Schrecklich ... Ich war live dabei, als der zweite Tower fiel. Hab gleich danach gedacht, jetzt kommt diesen Filmen, ›Schlaflos in Seattle‹ und so, in denen das Gebäude eine besondere Funktion hatte, auf einmal eine ganz andere Bedeutung zu, das sind jetzt ja auf einmal Dokumente.« – »Es soll aber wieder aufgebaut werden.« – »Das ist doch nicht dasselbe.« – »Viel schlimmer finde ich die Schicksale, die dran hängen. Unsere Bäckerin zum Beispiel ... Zwei Tage danach hole ich Brötchen und mache irgend einen Scherz zur Begrüßung, da sehe ich erst, daß sie einen schwarzen Pullover anhat und ganz verheult aussieht. Sie ist heute nicht zum Scherzen aufgelegt, sagt sie, gestern ist ihre Cousine gestorben, und sie zeigt auf die Schlagzeile in der ›Bild‹-Zeitung. Ich: Das ist ja schrecklich. Da erzählt sie die Geschichte: Sie hat vor drei Jahren einen Amerikaner kennengelernt, hat ihn hier geheiratet und ist dann ausgewandert. Seit Anfang des Jahres hatte sie ihr Büro im World Trade Center ... ziemlich weit oben.« – »Ach Mensch!« – »Ja, geht aber noch weiter. In der Woche darauf hole ich Brot, da sagt sie mir: Soll ich dir mal was ganz Ekliges erzählen? Ich ahne schon, was jetzt kommt. Die haben meine Cousine gestern identifiziert, meint sie. Die haben eine Hand gefunden, an der war ihr Ehering ... Da weißte wirklich nicht, was du dazu sagen sollst.« – »Aber ehrlich.«

Sie schweigen eine Weile. Der Blonde hebt die Tasse, überlegt es sich dann aber doch anders. »Worüber schreibst du eigentlich deine Arbeit?« fragt er. »Über Gespräche in den Romanen des 19. Jahrhunderts. Welche Funktion die im Zusammenhang haben und so ...« – »Klingt ja interessant.« –

»Findste?« – »War nur Spaß.« Er lacht. – »Na ja, so was Ähnliches hab ich auch schon im Abi gehabt ... außerdem hab ich da mal ne Hausarbeit drüber geschrieben. Die dicke ich nur noch mal an. Nehme einfach Fontane noch dazu. Muß ich nicht mehr viel rumbibliographieren.« – »Bei welchem Prof. bisten?« – »Hahn.« – »Und? Ist der streng?« – »Wenn man das so macht, wie er es will, dann nicht. Aber der kann auch ziemlich eklig werden ...«

Er sieht auf die Uhr. »Oje, meine Vorlesung ... Sag mal, wir wollen heute in ›Planet der Affen‹ – kannst ja mitkommen?« – »Der lief doch neulich erst im Fernsehen.« – »Nicht den alten mit Charlton Heston, das Remake ... von Tim Burton!« – »Da kannst du mal sehen, wie ich raus bin. Raabe, Keller, Fontane, sonst kriege ich nix mehr mit.« – »Und? Hast du Lust?« – »Weiß noch nicht ... Wo läuft der?« – »Cinemaxx, 20.30 Uhr ... meine ich.« – »O.K., mal sehen.« – »Wir können ja bis fünf vor halb auf dich warten vorm Kino, dann gehen wir rein.« – »Ach, das braucht ihr nicht, geht ruhig schon mal rein, ich finde euch da schon ...« – »Kein Problem, wirklich.« – »Nee, dann bist du hinterher nur sauer, wenn ich es doch nicht schaffe.« – »Quatsch ... Wir warten auf dich.« – »Müßt ihr aber wirklich nicht.« – »Wollen wir aber.« – »Naja dann ...« – Er beugt sich zu ihr hinunter und gibt ihr einen Kuß auf die Wange. »Bis denne, tschüß.« – »Ja, tschüß.«

III

Zwei junge Frauen mit Pagenschnitt, die eine aschblond, die andere dunkel, sitzen nebeneinander auf einer Parkbank und schaukeln jede einen Kinderwagen. »Mensch, bin ich froh, daß die Große jetzt im Kindergarten ist, endlich kommt man mal wieder zu was im Haushalt. Ich glaube, ich habe über ein Jahr die Fenster nicht mehr geputzt.« – »Dann wirds aber Zeit!« Die Aschblonde lacht. »Ach, was ich dir noch erzählen wollte. Neulich waren wir doch bei Thomas zum Brunch, du kennst doch den großen, schlaksigen Motorradfahrer! Ist 35 geworden. Wir natürlich die einzigsten ...« – »Die einzigen!« – »Ja, die einzigen ... mit Kindern. Du, das war vielleicht komisch. Man merkte den anderen richtig an, wie die genervt waren ... Mensch, können die ihre Blagen nicht mal zu Hause lassen.«

Die Dunkle stöhnt auf. »Ja, das kenne ich.« – »Aber das Schärfste war, wie die über Kinder gesprochen haben. Der Rüdiger, den kennst du auch, der arbeitet jetzt als Computerfachmann in der Autostadt, jedenfalls, der hat ständig was von kleinen lärmenden Larven erzählt. Und Thomas war immerzu von Schmarotzern zugange ...« – »Is ja dreist. Und was hast du geantwortet.« – »Das sind keine Schmarotzer, habe ich gesagt, das sind kleine Menschenkinder. Da haben die aber erstmal geschluckt, das glaub mal.« – »Ach, da kommen die auch noch hinter, laß die mal ein paar Jahre älter werden. Die Steffi, die Cousine von Ralf, die war doch auch immer voll dagegen ...« – »Das ist doch diese Power-Frau!?« – »Ja,

Karriere, Karriere, Karriere, sonst hatte die nix im Kopf ... Und jetzt? Vorgestern rief die bei mir an, ob wir uns mal treffen könnten. Sie ist in der 30sten Woche und würde mir gern die Strampler und andere Klamotten abkaufen, die ich über habe. Ich hab gar nichts über, aber wir haben uns trotzdem mal für heute Abend verabredet. Nur mal so zum Quatschen, auf ein Glas Wein. Kannst ja auch kommen? Ich wollte Ilse noch Bescheid sagen ...« – »Ich stille doch noch.« – »Pump doch ab, und dann soll Matthias ihm die Flasche geben, wenn der Kleine vorher kommt!« – »Nee, ich meine wegen dem Wein.« – »Ach so, na dann trinkst du eben Wasser.«

Die Blonde nickt. »Geht trotzdem nicht, Matthias hat doch heute seinen Herrenabend. Der will mit ein paar Freunden ins Kino ... diesen Affenfilm, weißt du?« – »Ja, habe ich eine Vorschau von gesehen ... ›Planet der Affen‹!« – »Männer!« – »Ogottogottogott.« Die Dunkle schüttelt unverständig den Kopf. – »Was solls, morgen hat er ja frei.« – »Wie? Extra um mit seinen Kumpels einen saufen zu können, na, du bist ja tolerant!« – »Nee, morgen früh muß er mal auf den Kleinen aufpassen, ich hab doch einen Vorstellungstermin ... Hab ich das nicht erzählt? Ich bin jetzt schon aufgeregt.« – »Ich dachte, du wolltest nicht mehr arbeiten?« – »Wollte ich auch nicht, aber den Job kann ich von zu Hause aus machen, Adressen aufnehmen. Ich kriege säckeweise Postkarten ins Haus geliefert, Preisausschreiben und so weiter, und tippe dann die Absender in den Computer. Die Ingrid macht das schon ne Weile, bringt über 500 Euro im Monat. Kommt natürlich immer drauf an, wie schnell du bist.« – »Was wollen die denn mit den vielen Adressen?« – »Verkaufen, was denkst du denn? Die meisten Firmen zahlen eine hübsche Stange Geld dafür. Damit sie denen ihre Werbung ins Haus schicken können.« – »Ach so ...«

»... Kannst du denn Maschineschreiben?« – »Nö, aber das muß man wohl nicht können, sagt Ingrid, sie ist da auch ziemlich fix reingekommen. Und mal ehrlich, Ingrid ist ja nun nicht gerade die schnellste!« – »Beileibe nicht.« – »Na ja, warten wir's mal ab, wenn ich das Gefühl habe, daß der Kleine dadurch vernachlässigt wird, hör ich halt wieder auf.« – »Klar.« Die Dunkle wirkt leicht abwesend. – »Und was meinst du, findest du das jetzt egoistisch von mir?« – »Da kann man nichts zu sagen, muß jeder selber wissen, wie er das händelt mit den Kindern. Aber warum auf einmal? Braucht ihr denn so dringend Geld? Wollt ihr bauen?« – »Ach was, frühestens in drei Jahren, wenn der Bausparvertrag fällig wird. Nee, Matthias verdient ja gut ... Ich mache das mehr für mich, weißt du!? Ich fühle mich nicht richtig ausgelastet ... irgendwie.« – »Sei froh, daß du noch kein zweites hast, dann bist du ausgelastet, das kann ich dir flüstern, vielleicht mehr als dir lieb ist.« – »Ja, aber Matthias und ich wollen noch etwas warten. Überhaupt bin ich mir gar nicht so sicher, ob er noch ein weiteres Kind will. Er sagt das zwar nicht, aber trotzdem ...« – »Dann soll Friedrich ein Einzelkind bleiben? Nee, den Fehler würde ich nicht machen. Kuck dir die doch mal an, Ilse zum Beispiel, oder Sophie, sind doch alles Problemfälle.« – »Matthias war ja auch Einzelkind.« – »Gut ... Ausnahmen bestätigen die Regel.«

Frank Schäfer hat gerade die Essaysammlung »Harte Kerle« veröffentlicht (Oktober Verlag)

Konkret 03/03, S. 69

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Frau Ingrid Wild, SPD-Kreisrätin

a. D., Grafrath

Fax 08144/997 089

Sehr geehrte Frau Wild, als Schriftführerin des »Deutsch-Ungarisch-Rumänischen Vereins Grafrath e.V.« berichten Sie im »Mitteilungsblatt der Gemeinden Grafrath, Kottgeisering und Schöngeising« über eine »Reise nach Petrifeld (Rumänien)«, wo es unter anderem heißt: »In der Stadt Sigheta Mara-Muresch besichtigten wir das Holocaust-Museum, das die Geschichte der Widerstandskämpfer gegen die Kommunisten dokumentiert.« Heißt das, daß Sigheta Mara-Muresch ein von der SS an die rumänischen Kommunisten verpachtetes Außenlager von Auschwitz war? Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir möglichst heute noch kurz per Fax Aufklärung hierüber gäben. Danke! Freundlichen Gruß H.T.

Telefonanruf Frau Wilds, die nach Konsultation ihrer Unterlagen sagt: »Ich hab zwei Sachen in deutscher Sprache so mitgenommen, also da geht nichts draus hervor, ob die wirklich vorher bereits von den Nazi benutzt wurden, ob die das vorher schon, wie die das gemacht haben, das haben wir leider net erfahren, wir wärn ja gar nicht auf die Idee gekommen, weil wir echt so irgendwo überrascht waren, von dem, was die da gemacht haben, für mich war das genauso wie wenn man nach Dachau geht, genauso ist es auch aufgebaut, und das war eine sehr umfangreiche Führung, und ich muß sagen, das war schon

H.T.: Und das heißt Holocaust-Museum?

I.W.: Ja, so nennen die das, ich hätt also Unterlagen da, das sind acht Seiten, ich kann ihnen die auf den Fax legen, was ich damals mitgenommen hab, ich hab das kopiert, da hättens auch Adressen, wer da zuständig ist und so

H.T.: Ja, wenns ma vielleicht bloß *die* Seite faxen, wo Holocaust-Museum drausteht, das tät mich interessieren.

I.W.: So ham die das genannt, jetzt wartens a mal... Sie – das heißt Memorial Sigeth, so nennt sich das.

H.T:. Ja, Holocaust oder wie?

I.W.: Nein, Memorial Sigeth Info

H.T.: Aber bei ihnen heißt es doch Holocaust-Museum.

I.W.: Ja, so haben die das uns benannt.

H.T.: Aber unter Holocaust versteht man doch, wie sie wissen, eigentlich was anderes

I.W.: Ja, aber ich vermute halt, daß das genau so war

H.T.: Daß da Juden vergast worden sind oder wie?

I.W.: Nein, vergast sind die nicht worden, aber umgebracht sind einige worden, es sind ganz schön viele ums Leben gekommen.

H.T.: Ist ihnen bei Holocaust nichts aufgefallen?

I.W.: Doch, schon, klar, aber das war ja für uns war das doch so wie wenn ich heut wenn ich jetzert Juden hab oder Kommunisten und äh äh Widerstandskämpfer, das war für mich dann irgendwo das gleiche, ich seh da im Endeffekt ... Ach so, und uns wurde das auch so in der Einladung, äh Besuch des Holocaust – Museums da und da, so war die Einladung, die wir damals von der Gemeinde in Petrifeld bekommen haben, wie wir das Programm bekommen haben.

H.T.: Ham sie denn diese Einladung noch?

I.W.: Die hab ich schon, da ist das gesamte Programm drauf, was wir gemacht haben.

H.T.: Wenn sie mir diese Einladung faxen könnten, das tät mir glangen.

I.W.: Jaa.

H.T:. Der Fax ist auf.

I.W.: Ja, gut.

Fax von Ingrid Wild an H.T.:

Sehr geehrter Herr Tomayer, leider ist auf der schriftlichen Einladung der Bürgermeisterin von Petrifeld kein konkreter Hinweis auf den Besuch des Holocaust-Museum. Nach der Bekanntgabe des Programms waren wir der Meinung, daß wir eine KZ-Gedenkstätte aus der Nazizeit besichtigen werden. Erst in der Gedenkstätte haben wir erfahren, daß es sich um die Zeit nach 1945 handelt. Die Frau, die uns zwei Stunden durch die Gedenkstätte geführt hat, hat auch immer vom Holocaust-Museum gesprochen. Diese Stätte war für uns alle so beeindruckend und erschreckend wie ein Besuch in Dachau oder in einem anderen KZ. Ob diese Gedenkstätte in Rumänien vorher von der SS ebenfalls benutzt wurde, kann ich nicht sagen. Vielleicht helfen Ihnen die beiliegenden Informationen zur weiteren Aufklärung. Mit freundlichen Grüßen Ingrid Wild

Fax von H.T. an Ingrid Wild:

Sehr geehrte Frau Wild! Ich danke für die Zusendung von Auszügen aus dem Info der »Academia Civica« (einer Bürgerrechtler-Stiftung in Bukarest), die offensichtlich in Korrelation zu der Gedenkstätte in Sighet steht. Das Kompositum »Holocaust-Museum« findet sich in diesen vier Blatt nirgends. Ich habe den Leiter des »Memorial Sighet« per Fax gebeten, die Dame ausfindig zu machen, die Sie seinerzeit durch das »Holocaust-Museum« geführt haben will. Wir bleiben am Ball! MfG H.T.

Dachverband der deutschen

Traueranzeigenrezensenten – Der Wachhabende

An die Hinterbliebenen von Dr. rer. pol. Dietrich Koch, c/o Asklepiusstift Bad Kreuznach, Fax 0671/625 11

Hallo, Hinterbliebene! Sie zeigen in der »FAZ« den Tod Ihres Angehörigen unter dem Dulceetdecorumlogo an. Diesen Etikettenschwindel können wir leider nicht durchgehen lassen. Denn Dietrich Koch starb ja nicht in seiner biologischen Blüte als schwer am Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes hängender Handlanger Hitlers in einem überfallenen Land, Dietrich Koch fiel vielmehr als Zivilist im biblischen Alter von 86 Jahren an der Heimatfront, im Asklepiusstift zu Bad Kreuznach. Zutiefst unbefriedigend dünkt uns die Abwesenheit von Auskunft darüber, für welche Kunststücke und/oder Wohltaten im deutschen Raub- und Vernichtungskrieg 39/45 der Heimgegangene ordensbelohnt wurde. Und dann schieben Sie da auch auf so prätentiös-kryptische Weise (huch!) die Dichterin vor, statt selber konkret zu sagen, wofür der Heimgegangene kampfentbrannt war und was sich da nicht ausgezahlt haben soll. Kurzum: Wir kommen nicht umhin, Ihrer Traueranzeige die Note ungenügend geben zu müssen. Mit bedauerndem Gruß – der Wachhabende: H.T.

Konkret 03/03, S. 70

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Es gibt ein Leben nach dem Tod. Nur hätte man den Beweis für die Wahrheit dieses Satzes nicht unbedingt von den Verfassern einer Zeitschrift erwartet, die sich in ihrem Namen auf den bedeutendsten Kritiker allen Aberglaubens beruft. Und doch schreibt einer von ihnen, er heißt Heinz Stehr, in den »Marxistischen Blättern«:

Der 16. Parteitag der DKP hatte vier Kernaufgaben zu lösen: Die Einstellung auf die politischen Aufgaben, gerade nach der Bundestagswahl. Dem dienten die Behandlung einer Handlungsorientierung und auch von Forderungen für Ostdeutschland. Die weitere Arbeit an einem Programm zu regeln, um 2003 zu einem Entwurf zu gelangen, 2004 ein Programm zu beschließen. Die Überarbeitung des Statuts gemäß einem Auftrag des 15. Parteitags abzuschließen. Die Stärkung der DKP und der Parteizeitung »UZ« durch neue Überlegungen zu gewährleisten.

Daß einer, wenn alles vorbei ist, nächstens im weißen Laken des Friedens herumgehen muß, um die Kernaufgabe der Einstellung auf die Aufgaben zu lösen, die Handlungsorientierung zu behandeln, die auftragsgemäße Überarbeitung des Statuts abzuschließen und die Stärkung durch Überlegungen zu gewährleisten, ist, gerade nach der Bundestagswahl, keine schöne Aussicht. Marx hätte ihm empfohlen, den Sarg nur zu verlassen, um den jungfräulichen Töchtern des Klassenfeinds die blitzenden Eckzähne der Zeit in den Hals zu schlagen.

Ein wenig verblüfft ist man zunächst, wenn man George W. Bush sagen hört:

Es gibt nur einen Grund, warum ich im Weißen Haus bin: Ich bin hier durch die Macht Gottes.

Aber wenn man sich die Macht Gottes vorstellt als die Verlängerung von Maradonas Hand Gottes, versteht man sogar das Wahlergebnis von Florida.

Am Sonntag, wenn die »Frankfurter Allgemeine« sieht, daß es gut war, vertreibt sie sich die Zeit mit allerlei Allotria. Unter anderem läßt sie einen Volontär feststellen, wieviele Treffer der Rechner meldet, wenn man die Namen ausgewählter Personen in die Suchmaschinen »Google« und »Alltheweb« eingibt, und bereitet daraus einen Betriebsnudelauflauf, den sie aber »Ranking der deutschen Intellektuellen« nennt:

Das Ergebnis überrascht nicht weniger durch Konstanz als durch spektakuläre Veränderungen. Günter Grass ist nach wie vor der wichtigste deutsche Intellektuelle – auch wenn dies angesichts des knappen Abstands zu Jürgen Habermas von der Tagesform abhängt. Dem Polit-Grafiker Klaus Staeck gelang der größte Sprung nach vorn.

Aber eins, aber eins, das bleibt bestehn – mögen die Stürme der Stagnation sie auch an den Rand eines blauen Briefs aus Brüssel treiben – , eine Nation, für die, knapp hinter Grass und Habermas, aber vor Joseph Ratzinger (Platz 6) und Alice Schwarzer (Platz 10), der Polit-Grafiker Klaus Staeck auf Rang drei denkt, die kann nicht untergehn.

Haben Sie schon gehört?:

Die imaginäre Verkennung, die das moderne Sexualitätspositiv hervorbringt, mit der Sex als unterdrückt als Außen der Macht, als von Verbot, Zensur und Prüfung umlagerte existentielle Kraft illusioniert wird, wird in eine Darstellung überführt, in der Sex kein innerstes Geheimnis mehr ausdrückt, sondern auf der Realität eines so reaktiven wie fliehenden Begehrens an den Verbindungsstellen von Normierung und Heterosexualität insistiert. Wie soll das gehen?

Was fragen Sie mich? Also, wie war das?

Die imaginäre Verkennung, die das moderne Sexualitätspositiv hervorbringt, mit der Sex als unterdrückt als Außen der Macht, als von Verbot, Zensur und Prüfung umlagerte existentielle Kraft illusioniert wird, wird in eine Darstellung überführt, in der Sex kein innerstes Geheimnis mehr ausdrückt, sondern auf der Realität eines so reaktiven wie fliehenden

Begehrens an den Verbindungsstellen von Normierung und Heterosexualität insistiert. Wie soll das gehen?

Alles klar. Das ist ein

Text zur Tagung »Wiederholung wiederholt«,

den Katja Diefenbach unter den Titel

Sehr rasch und nicht zu innig. Diesseits der Überschreitung

gestellt hat. Leider hat die Autorin die akademische Stunde dazu mißbraucht, hinter dem Rücken der Veranstalter mit mir, der ich ihr slawisches Pseudonym Slavoj Zizek enthüllt habe, abzurechnen. Als sie über sich sprach, war sie nicht bei sich, dem einen, sondern der andern:

In seinem Essay »Sehr innig und nicht zu rasch« hat Slavoj Zizek die Konzeption eines leeren, nicht psychischen Subjektes, eines Subjektes ohne Szene, ohne Drama bei Foucault kritisiert.

Foucault, das sei sicherheitshalber gesagt, ist kein weiteres Diefenbach-Pseudonym, den gibt's bzw. gab's wirklich. Aber, sagt Zizek, sagt Diefenbach,

das ist Zizek egal, weil die Kritik Foucaults ihm eine gute Vorlage verschafft, seine Theorie eines obszönen Supplements der Macht zu entwickeln, so daß wir für einige Zeit

einen angebrochenen Nachmittag lang

Zizeks

nämlich Diefenbachs

hegelianisch-psychoanalytisches Modell einer inkonsistenten symbolischen Ordnung, die inmitten ihrer selbst eine überschreitende Protuberanz heranwachsen läßt …

Hier, beim Heranwachsen einer überschreitenden, aus dem Sonneninnern strömenden Gasmasse bzw. einer höckerartigen Vorwölbung am Knochen (das sind die beiden möglichen Bedeutungen des Wortes Protuberanz), machen wir, bevor uns noch

eine Art pragmatischer Subjektreformismus

erwischt,

der auf eine Diskontinuität zwischen zwei Modalitäten von Machtwirkung verweist,

rasch und innig Schluß, nicht ohne der Theoretikerin des modernen Sexualitätspositivs und seiner imaginären Verkennung einen nützlichen Tip zu geben: An einer pragmatischen Verbindungsstelle zwischen Normierung und Heterosexualität ist noch ein Ausbildungsplatz frei. Bewerbungen an: Friseursalon Heidi, Hamburg/Groß-Flottbek.

Eine Riesen-Schlagzeile der »Bildzeitung«:

Soli aussetzen? Riesen-Streit in der SPD

Kleiner Hinweis an die Redaktion: In der SPD gibt’s keine Riesen. Was sich dafür hält, sind Zwerge mit’m Pult.

Die Catherina-Reisen GmbH annonciert:

6 Tage Traumreise nach Oberschlesien und Breslau. 3-Sterne-Hotels inklusive Frühstücksbuffet. 6 herrliche Urlaubstage, Stadtrundfahrt Breslau, die wunderschöne Königsstadt Krakau, das Kloster von Tschenstochau, Besichtigung der Gedenkstätte in Auschwitz, das Land der Sudetendeutschen, Riesengebirge und Schneekoppe, schlesischer Heimatabend mit Folklore, all das macht diese Reise zu einem unvergeßlichen Erlebnis. Diese Gelegenheit kommt nie wieder! 100 Prozent Urlaubsvergnügen!

»Ich bin stolz und froh über die gewachsene Zivilität der Deutschen, ihre zunehmende Mitleidsfähigkeit und nicht zuletzt über ihre gelegentliche Ironie.« Schöner als die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Antje Vollmer, hätte nicht mal ich es sagen können.

Den an dieser Stelle schon mehrfach erwähnten verdienstvollen vormaligen Leiter der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte der DKP in Eppendorf nennt die »Frankfurter Allgemeine« nach seiner Perestroika den

Hamburger Historiker und Stalinismus-Experten Reinhard Müller.

Das eröffnet ihm doch eine Perspektive, dem Jürgen Möllemann. Vielleicht nimmt ihn, wenn einmal sein Antisemitismus-Geschäft den Mann nicht mehr nährt, das Hamburger Institut für Sozialforschung, als Antisemitismus-Experten.